

Ö-punkte

Grünes Geld



Terror und Krieg -
*wo bleibt der
emanzipatorische
Widerstand?*



Organisierung von unten -
Vorschläge für kreative Politik statt zentraler Strukturen

Termine, Kurzinfos...
*zu Anti-Atom, Verkehr, Naturschutz,
direkte Ökonomie, Widerstand,
Energie wende und Gentechnik*



Ö-punkte
Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

2 Winter 2001/02
• Start ins
Heft

Bitte veröffentlichen bzw. an die Presse geben!

Presseinformation

Ökologie durch Markt?

Welche Chancen und Gefahren birgt das »Grüne Geld«?

Inzwischen fließen Milliardenbeträge in den Markt mit umweltfreundlichen Produkten, Energieanlagen und mehr. Neue Firmen entstehen. Die KämpferInnen des Beginns mit ihren Biohöfen und BürgerInnen-Windanlagen sind in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Die Kapitalakquise läuft über den Markt. Die Werbung findet sich in Managermagazinen und auf Kapital-Messen. Gekördert wird mit den hohen Renditen. Ökologische und soziale Kriterien sind in das Kleingedruckte verbannt. Welche Chancen bietet die riesige Geldmasse? Und welche Gefahren treten auf - werden Windräder, Solaranlagen, Nahrungsmittelproduktion usw. am Ende wieder rücksichtslos gegen Mensch und Natur stehen, weil die Regeln des sogenannten freien Marktes den Profit erzwingen - Ausbeutung von Mensch und Natur inbegriffen?

In den aktuellen »Ö-Punkten« diskutieren dazu Menschen mit sehr unterschiedlichen Positionen - von den Pro-Markt-Positionen bei Michael Miersch (Umweltjournalist) und Jörg Weber (Ecoreporter) bis zu den kritischen Positionen eines Jörg Blunks (Umweltsecur) oder des Instituts für Ökologie. Dazwischen schreiben AkteurInnen, die an verschiedenen Orten mit Geld für den Umweltschutz zu arbeiten versuchen, über Chancen und Gefahren bis hin zu konkreten Tipps.

Mit dem Schwerpunkt begleiten die »Ö-Punkte« eine Debatte, die sich weit von der Bewegung der Umweltaktiven entfernt hat. Drumherum finden sich die bewährten Rubriken von Anti-Atom über Wirtschaft, Naturschutz und Energie bis zu Widerstand, Verkehr und ökologischer Landbau füllen das Heft. Viele Seiten voller Informationen, Debatten, Termine und Hintergrundtexte - und einige Sonderseiten zu den Themen »Terror und Krieg« sowie »Organisierung von unten«.

Das aktuelle Heft und die bisher erschienenen Titel (kleine Bilder) mit spannenden Schwerpunkten sind zu beziehen (2,- DM plus 2,- DM Porto in Briefmarken für das erste, je 1 DM für jedes weitere Heft) bei der Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.



**Spenden für
Ö-Punkte nötig!**
Förderverein, Nr. 92882004
Volksbank Gießen, BLZ 51390000

Der nebenstehende Presstext macht Werbung für diese Ö-Punkte und das Projekt überhaupt. Wer Platz für weitere Texte hat, kann auch sonst alle Texte abdrucken - bitte mit Quellenangabe und Bezugsadresse der Ö-Punkte. Freianzeigen für die Ö-Punkte können bei der Redaktion bestellt werden.

Internet "Umweltschutz von unten"
<http://go.to/umwelt>
Projekte, Aktionen, Adressen usw.
www.projektwerkstatt.de
Netzwerk für kreativen Widerstand
www.hoppetosse.net
Ö-Punkte
www.oepunkte.de

Eigentumsvorbehalt

Gefangenen ist diese Zeitung direkt auszuhändigen. Zurhabenahme ist keine Aushändigung dieser Art. Bei Nichtaushändigung bitten wir um Rücksendung mit Begründung.



Spenden und Förder-Abos

Wir bitten um Spenden für die "Ö-Punkte". Das Projekt ist nach wie vor immer ein Minusprojekt - leider. Wenn es als Diskussionsblatt und Infodienst erhalten bleiben soll, brauchen wir für jede Ausgabe zwischen 1.000 und 3.000 DM an Spenden oder über Förder-Abos. Den Rest (also immerhin den größeren Teil) schaffen wir bislang durch ausgesuchte Werbung.

**"Förderverein/Ö-Punkte", Nr. 92882004
Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00**

Spendenbescheinigung auf Wunsch.



Aktive RedakteurInnen gesucht!

Die "Ö-Punkte" brauchen kreative Menschen in den Themenredaktionen und der Endredaktion... bei letzterer für Layouts, Textrecherchen, das Zusammenhalten des ganzen Ladens, die fehlenden Rubriken, Anzeigenakquise und das technische Drumherum. Von überall aus und/oder viermal im Jahr 1-2 Wochen gemeinsam der Projektwerkstatt. Unterbringung und Zeit inmitten von spannenden Aktionsarchiven und Projekträumen inklusive.

oe-punkte@gmx.de, O6401/903283 oder
0171/8348430, www.oepunkte.de

regelmäßig ... die zwei Varianten - und das Förder-Abo:

1. Mit anderen Rundbriefen, Zeitschriften, über Verbände und Netzwerke (siehe vorletzte Seite sowie in allen Rubriken rechts oben)

2. Als Abo der „Ö-Punkte“ zu 20 DM/Jahr mit 4 Heften plus weiteren Info-Sendungen der „Ö-Punkte“ Sonderhefte, Terminübersichten usw.

In allen Fällen bitten wir die, die es können, um ein Spende an die Ö-Punkte - als Förder-Abo (nach Selbsteinschätzung dann mehr als 20 DM) oder per Spende. Spenden sind absetzbar!



Presetext2
 Inhalt, Vorwort3
 Debatte4
 Bücherliste27
 Impressum23
 Ö-Punkte-Verteiler, Zeitschriftenliste -

Aus aller umWelt

Kurzmitteilungen5
 Kommentar: Terror und Krieg8

**Schwerpunkt
 "Grünes Geld"**

Einleitung und Grundtexte10
 & Interviews Jörg Weber,
 Jürgen Hermannsdörfer
 und Oliver Storz
 Ist Profit verwerflich?14
 & Interview Michael Miersch
 Akzeptanzkriterien für Geldanlagen ..16
 & Interviews Jörg Blunk
 und Gerard Jänichen
 Tipps, Internet und mehr18
 & Interview Bernd Schüssler

**Kalender "Winter
 2001/02"**

Termine für Umweltschutz von unten 28
 und direkte Aktion

Schwerpunkt

Kurz notiert von A - Z
 Perspektiven

Kurzinfos "Natur&Nutzung"

Gentechnik20
 Landschaft und Naturschutz22
 Ökologischer Landbau24
 Tierrechte/Tierschutz26

Kurzinfos "Energie"

Anti-Atom30
 Energiewende32

Kurzinfos "Umwelt"

AbfallFehlt!
 UmweltbildungFehlt!
 VerbraucherInnenpolitikFehlt!
 Verkehr34
 WasserFehlt!

Kurzinfos "Markt&Macht"

Chemie & Industrie36
 Militär und Umwelt38
 Politik von untenFehlt!
 Über den Tellerrand40
 Wirtschaft, Direkte Ökonomie42

Kurzinfos "Weltweit"

Umwelt&Entwicklung44
 Weltwirtschaft, Neoliberalismus46

Widerstand&Alternativen

Skandale und Perspektiven48
 Freiräume50
 Widerstand, Direkte Aktion52
 Organisierung von unten54

 Der Infodienst für
 UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

Start ins
 Heft 

Hinweise

Alle Themenredaktionen sind autonom und für ihre Texte und Abbildungen selbst verantwortlich. Dazu gehört auch der Stil sowie die Wahl der männlichen, weiblichen oder geschlechtsneutralen Sprachform.

Ausnahme sind alle mit (*) gekennzeichneten Texte, die während der Endredaktion direkt an diese geschickt und von dieser bei ausreichendem Platz in den Rubriken eingefügt wurden.

 Dieses Zeichen verweist auf weiterführende Texte unter www.oepunkte.de.

Wo bleibt die Hoffnung?

Das World Trade Center ist weg. Und auch die Hoffnung auf die Fähigkeit zumindest von Teilen der politischen Bewegung (am besten aber vieler in der ganzen Gesellschaft!), emanzipatorische Positionen zu benennen und klare Handlungsfähigkeit zu zeigen. Grauenvoll, was in den Tagen und Wochen nach dem 11. September alles zu hören und zu lesen war. Jede politische Gruppe interpretierte die Anschläge nach ihrem Lieblingsthema: Bush, Blair, Schröder und Schily sahen einen Angriff auf die Zivilisation (mit der sie ihre Politik verwechseln) und wetzten innen- und außenpolitisch die Messer. Globalisierungs-NGOs sahen die internationale Ausbeutung oder gar (so Attac) die Offshore-Zentren als Ursache. Die Antideutschen phantasierten einen Zusammenhang mit der Intifada und forderten, auch ihrem Haßobjekt Palästina den Garaus zu machen. Andere wollten lieber die Gunst der Stunde nutzen und die israelische Politik brandmarken. Horst Mahler und etliche Rechte freuten sich. Sie und die Antideutschen sahen im zerbombten World Trade Center einen Judenturm – mit dem Unterschied, daß die einen den Schlag begrüßten und die anderen wütend den Heiligen Krieg gegen den Islam forderten. Und mir ... wurde schlecht. Alles wurde umgedeutet, wie es in den eigenen Kram paßte. Eine emanzipatorische Linie ließ sich dabei nicht erkennen –

(auch eine Herrschaftsform, und den öffentlichen Diskur-Verhalten usw. bestimmte nicht statt. Ich habe selten so stark an ihnen selbst auskam ... da wirken die Verschlechterung des Kyoto-Protokoll die Traurigkeiten beim vorher mehr denn je Kreativität und mal abgesehen, die meinte gesellschaftliche Einmischung



eine kritische Analyse von Religion (eine Herrschaftsform!) und Staat, dem Markt denn was den Markt schafft, sind Regeln, die wiederum der Staat durchsetzt!) sen (die dritte Herrschaftsform, bei der durch Bildung, Medien, Debatten, Denkmuster und Wertungen entstehen und reproduziert werden) fand so kraß die Ohnmacht politischer Gruppen erlebt. Aber selten auch, daß es liegt. Was für eine Masse von absurden Analysen und Positionen da herpeinlichen Kommentare von Umweltgruppen und NGOs zur nochmaligen kolls bei der Konferenz in Marrakesh geradezu wie AnfängerInnenfehler. Castor-Protest, wo trotz vermehrter Pressegruppen und kritischer Debatte Vermittlung von Inhalten fehlen – von der unerträglichen Anzeige der BI vor Ort „Zuhausebleiben ist wie Nicht-wählen-gehen“. Wo findet denn dort Politik, statt???

Politische Arbeit macht immer we-Kopfschütteln über eine politische Rampenlicht zu stellen, die eigenen ne gesellschaftliche Alternative ent-Was zur Zeit gegen den Krieg läuft, hat nur eine Überraschung – neben den Mahnwachen und Latschdemos, die zu jedem Krieg gehören wie die B-52-Bomber, ist als Krönung der schönsten Stunden die Forderung nach mehr Krieg (Antideutsche) hinzugekommen. Emanzipatorische Politik bleibt zwischen intelligenter Strategie und Verblödung in politischen Gruppen voll auf der Strecke ... frustriert in der End-Redaktion



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

4

Winter 2001/02

● Echo und Diskussion

Politische Science-fiction selten?

Zum Schwerpunkt „Utopien“ der Ö-Punkte 3/2001

Hi,

spannend und gut, dass die Ö-Punkte doch auch mal wieder auf das Thema Utopien zurückgreifen. Ich würde allerdings der Behauptung von Annette Schlemm widersprechen wollen, dass politische Sciencefiction in den letzten Jahren selten geworden sei. Nicht nur die von ihr zu recht gelobte Trilogie R/G/B-Mars ist – zwischen den Zeilen, und glücklicherweise nicht von vorneherein modellfremd – politische Sciencefiction. In diese Richtung lassen sich ebenso einige der neueren Werke von Bruce Sterling verstehen (der sich so nebenbei mit seiner Viridian-Bewegung als autonomer Kommerzlifeöko profiliert) wie auch, manchmal sehr hässlich-politisch, weil ganz nah am rechten Rand der amerikanischen Libertären, so gut wie alles von Niven. Dass libertär nicht gleich rechts sein muss, beweisen dagegen die beiden neusten Romane von Vernor Vinge. Diskussionswürdig – gerade auch in Bezug auf die Frage, wieweit utopische Sciencefiction Vorbild für politisches Handeln sein kann, die mir in diesen Ö-Punkten etwas kurz kommt – sind schließlich die Culture-Romane von Iain M. Banks, in der der Autor eine ausdrückliche sozialistische gemeinte, geldlose Überflussgesellschaft aus Menschen und intelligenten Maschinen porträtiert, die ihre ganz eigenen Hedonismen entwickelt. Politisch-utopische Sciencefiction ist also deutlich mehr als eine Marktnische - und das meiner Meinung nach viel zu sehr in Richtung klassisch-philosophischer Naivutopie ausschlagende Buch von Aldiss und Penrose hätte gar nicht erwähnt werden müssen, trotzdem wäre noch mehr als genug an weiterem Diskussionsstoff da gewesen. Und wäre es die Frage gewesen, wie weit R/G/B-Mars einen Leitbildcharakter für aktuelle gesellschaftsverändernde Bewegungen entwickeln kann.

Schöne Grüsse, Till Westermayer

Che Guevara

Zum Titel der letzten Ö-Punkte.

Eine kurze anmerkung zu Ö-Punkte 3/2001:

Das heft gefällt mir sehr gut.

Es hat nur einen kleinen wermutstropfen. Nämlich das bild von herrn Guevara auf der titelseite, wo es um „Utopien“ geht.

Guevara war ein versager. Er wurde bankdirektor ohne das geld abzuschaffen. Er hat einen sozialismus nach dem vorbild von Lenin propagiert, weil auch er meinte, die produktionsmittel müssten erst einmal entwickelt (nach bürgerlichen

massstäben) werden, bevor der kommunismus eingeführt werden könne und bis dahin müsste der staatskapitalismus regieren.

Auch soll der heilige Che ein gnadenloser schlächter gewesen sein.

Che Guevara, 2.

pssssst: das cover mit che fand ich ja abschreckend. ich verbinde eher was martialisch-hierarchisches mit ihm. erregungskorridorierend unterwegs?



Ö-Punkte-Chaos

Zu falschen Rechnungen & Co.

Na, klar die Öpunkte ist super wichtig und ich persönlich finde sie gut, aber wenn wir ihr es mit dem Abo nicht auf die Reihe bekommt, dann hole ich mir die Öpunkte halt über andere Quellen!

Wahrscheinlich fragt ihr Euch warum ich denn nicht nochmal gemailt habe. Ganz einfach: Ich hab keine Lust mehr!

Die Öpunkte ist nicht die einzige linke „Zeitschrift“ die in Abo fragen alles andere als zuverlässig ist!

Ich finde das scheiße!

Gut, sicher hattet ihr viel zu tun usw. aber trotzdem muss das mit den Abos klappen.

Anmerkung aus der Endredaktion: Die Kritik ist berechtigt. Ob wir es aber ändern können, wissen wir nicht. Das Gute an den Ö-Punkte ist nämlich ihre breite Verankerung in aktiven Gruppen und Zusammenhängen über die Themenredaktionen. Und das Schlechte die mickrige Endredaktion. 1 oder 2, wenn wir richtig Glück haben auch mal 3 Leute agieren in der Endredaktion, immer ehrenamtlich und oft auch nicht ganz sicher, ob sie nun kommen oder nicht. Ihnen obliegt alles: Layout, Korrektur, die Texte zusammenfassen, schlüssigen ThemenredakteurInnen auf die Beine helfen, damit kämpfen, daß meist die vereinbarte Textmenge nicht eingehalten

Leserzuschrift:

Mein Name ist Bernt Nehmer

Rio Reiser soll sich noch mal im Grab umdrehen dürfen.

Ich kann nicht einschätzen wer mich bedroht.

Was mich bedroht schon eher.

Ich kann das Wetter in Deutschland einschätzen und ich kann mir vorstellen wie das Wetter in Afg(H)anistan ist.

Deshalb wünsche ich mir eine Feuerpause während des Ramadan.

Weiterhin schlage ich vor: Mr. Osama Bin Laden ins deutsche Gefängnis für Terroristen Stammheim zu verlegen falls er noch lebt und wenn er will.

Unterstützen Sie: 1 König für Deutschland!
Vielen Dank und möge Gott mit uns sein.

Kontakt? bernt__nehmer@web.de

wird und Bilder fehlen, Versand, Belichtung und Druck, AnzeigenkundInnen (nicht) gewinnen, essen, schlafen (selten), sich ärgern oder freuen und noch unendlich viel mehr. Außerdem bleibt noch das Finanzielle: Ca. 4-6.000 DM müssen wir je Ausgabe reinstecken, nur 2-4000 DM kommt durch Anzeigen und Abos rein – und durch immer mehr Spenden von LeserInnen (freu!). Und dann noch die Buchhaltung und Abo-Dateli, Rechnungskontrolle (ca. 1 Drittel der AbonnentInnen überweist das Geld nicht, über die Hälfte der Verkaufsstellen auch nicht!), Rechnungen schreiben, Unbekannt verzogen, Annahme verweigert ... eintippen in Computer ... ah-hrrrgggg, wo ist jetzt die Mail hin? Warum können die nicht ihren Absender oder Abo-Nummer draufschreiben ... hiillllffäääääähhhh.

Na gut. Und dann noch sowas wie im Juli: Der Laptop, mit dem die Ö-Punkte überall gemacht werden können (sehr nett) wurde vom Verfassungsschutz geklaut. Die letzte Sicherungskopie ein paar Wochen her. Naja – und so haben noch mehr Menschen als ohnehin schon durch unser Chaos verursacht, falsche Mahnungen bekommen. Wir hoffen sehr, daß Ihr alle uns das verzeihen mögt. Oder mehr: Mitmachen. So manches kann auch woanders gemacht werden ...

Wir versuchen, all das zu verbessern. Kritik und Hinweise sind daher gern gesehen. Aber so wie es aussieht, wird es weiter Fehler geben. Obwohl kaum jemand da ist, der sie machen kann ...

Kapitalisten!

Zur Werbebeilage der letzten Ö-Punkte (für Windenergieanlagen).

Hiermit kündige ich mein Abonnement der Zeitung „Ö-Punkte“, zum 31.12.2001. Die Öko-Kapitalismus-Neigungen (u.a. Windenergie-Propaganda) mißfallen mir als m.-l. Sozialisten.

Hj. Schupp, Appetshofen

Auch hier eine Anmerkung: Tja, was sollen wir sagen ... dabei gelten wir in der Szene als die klarsten GegnerInnen des Öko-Kapitalismus, machen Vorträge dazu, schreiben Texte. Die „Ö-Punkte“, sind ein offenes Blatt, in denen kontroverse Ansichten Platz finden (siehe den aktuellen Schwerpunkt). Werbung für ganz ausgewählte Firmen und Projekte wollen wir drinhaben, weil die Öffentlichkeitsarbeit dafür akzeptabel ist (vor allem im Rahmen des kritischen Projektes „Ö-Punkte“) und weil jede Mark von dort nicht von den politischen Gruppen und Akteuren kommen muß, die an den Ö-Punkten werkeln. Zur Zeit ist das Minus pro Ausgabe um die 5000 DM. Da sind keine großen Sprünge zu machen – auch nicht, was der Absender des Leserbriefes immer gerne macht, uns nach jeder Ausgabe eine Liste mit etlichen Adressen zu schicken, wo wir Freixemplare hinsenden sollen. Das haben wir mehrfach auch gemacht, denn die Sache ist uns wichtig – aber Briefmarken kaufen ist auch verdammt, verdammt kapitalistisch. Da kämen wir nur raus, wenn das Projekt eine breite kollektive und kooperative Basis erhält. Doch davon ist die politische Bewegung weiter entfernt denn je ... jeder für sich und gegen andere, abzocken, konkurrieren und mehr!

Briefe

Debatten sind gern gesehen. Die „Ö-Punkte“ wollen nicht nur ein Infodienst sein, sondern auch hinterfragen, als selbstverständlich geltende Positionen überprüfen und neue Ideen vorstellen.

Leider können wir nicht seitenweise Debattenbeiträge darstellen.

Verwiesen sei gerade für die Diskussion um Perspektiven auf unsere Internetseiten:

<http://go.to/umwelt>
Umweltschutz von unten

www.hoppetosse.net
Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand

www.projektwerkstatt.de/debatte
(Streit um Bewegungsstrategien)

LeserInnenpost bitte schicken an:
Ö-Punkte
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
Fax 06401/903285
oe-punkte@gmx.de

Wir behalten uns Kürzungen vor, die jedoch gekennzeichnet sind.

Verbrennung von Kohle erhöht die Quecksilberwerte im Boden

Wissenschaftler des Rensselaer Polytechnic Institute (www.rpi.edu) sind sich sicher, daß die Verbrennung von Kohle große Mengen giftiges Quecksilber freisetzt. Die Forschungsergebnisse werfen deshalb ein negatives Licht auf Pläne der US-Regierung, weitere Kohlekraftwerke in den USA zu bauen. Der Ausstoß gesundheitsschädlicher Emissionen werde sich dann bis zum Jahr 2010 voraussichtlich um zehn bis 30 Prozent erhöhen, bemängelt die Umweltbehörde Environmental Protection Agency (EPA). Bereits heute gelange aus den Kohlekraftwerken der USA pro Jahr rund 52 Tonnen Quecksilber in die Umwelt.

Abgase verursachen mehr Todesfälle

Eine Studie der Carnegie Mellon University (www.cmu.edu) hat nachgewiesen, dass heute weltweit mehr Menschen durch Abgase sterben als durch Verkehrsunfälle. Die Wissenschaftler untersuchten die Gesundheitsfolgen der Luftverschmutzung durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe in den Metropolen Sao Paolo, Mexico City, Santiago und New York. Die ermittelten Daten stimmen mit einer WHO-Studie überein, die für 2020 acht Millionen Todesfälle aufgrund von Luftverschmutzung vorhersagt hat.

Erdölausbeutung in Ecuador

Bei der Ausbeutung neuer Erdölquellen scheinen Skrupel weiterhin keine Rolle zu spielen. So scheut sich offensichtlich auch die deutsche WestLB Bank nicht, Hauptgeldgeber einer Erdöl-pipeline zu sein, die Ecuadors unberührteste Regenwaldgebiete bedroht. Umweltschützer kritisieren, die Pipeline werde zur Zerstörung der letzten, kommerziell noch unangetasteten Regenwälder Ecuadors führen und die Existenz der dort isoliert lebenden Indianervölker der Huaorani und Zapara gefährden. Die vorgesehene Route der Pipeline zerschneide nicht weniger als 11 Urwaldreservate. Eine Koalition von Regenwaldschutzorganisationen ruft deshalb nun im Internet (<http://forests.org/emailaction/ecuador.htm>) zu Protestbriefen an die WestLB auf.

UN-Weltbevölkerungsbericht 2001
Umweltzerstörung kostet jedes Jahr Millionen Menschen das Leben

Rund 25 Millionen Menschen sind zurzeit auf der Flucht vor Umweltkatastrophen und Ressourcenknappheit. Dies geht aus dem aktuellen Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen hervor, den die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) gemeinsam mit dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) am Mittwoch in Berlin vorstellte. Die Auswirkungen der globalen Umweltzerstörung treffen vor allem Menschen in den ärmsten Entwicklungsländern. Laut UN-Bericht lassen Armut und schnelles Bevölkerungswachstum zudem vielen Menschen keine andere Wahl, als die natürlichen Ressourcen zu übernutzen – und damit ihre Lebensgrundlage zu zerstören.

Aus dem aktuellen Weltbevölkerungsbericht:

In den letzten zehn Jahren konnte in 64 von 105 untersuchten Entwicklungsländern die Nahrungsmittelproduktion nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. Weltweit sind zurzeit 800 Millionen Menschen chronisch unterernährt.

Über eine halbe Milliarde Menschen leiden heute unter Wasserknappheit oder chronischem Wassermangel. Bis zum Jahr 2025 könnten es

nach Schätzungen des UN-Berichts sechs Mal mehr Menschen sein.

Verschmutztes Wasser und schlechte sanitäre Versorgung kosten jährlich zwölf Millionen Menschen das Leben. Weitere drei Millionen Menschen sterben jährlich an den Folgen der Luftverschmutzung – die meisten von ihnen in Entwicklungsländern.

Kontaminierte Raumluft, die durch das Verbrennen von Holz, Biomasse und Kohle zum Kochen und Heizen entsteht, beeinträchtigt die Gesundheit von 2,5 Milliarden Menschen, vor allem Frauen und Mädchen. Jährlich sterben 2,2 Millionen von ihnen an den Folgen, schätzt der UN-Bericht.

Der UN-Bericht mit dem Titel „Bevölkerung und Umwelt“ ist zum Preis von 9,90 Euro im Balance Verlag, Schockenriedstr. 4, 70565 Stuttgart, Tel. 0711/782 92-140, Fax 0711/782 92-199, Vertrieb@hampverlag.de, ISBN 3-930723-40-9 zu beziehen.



Winter 2001/02

• Aus aller umWelt



Wir machen das Beste aus Gras

Wolle

- Felle
- Garne
- Decken
- Pullover
- Strümpfe
- Matratzen



www.finkhof.de

Kostenloser Katalog
Finkhof
 St. Ulrich-Str. 1F
 89410 Arnach
 Tel 07564 931710



www.vistaverde.de
Neues Umweltportal geht online

Wer bisher im Internet tagesfrische Nachrichten zu Umwelt und Natur suchte, der musste Geduld und Zeit mitbringen. Mit www.vistaverde.de geht jetzt ein Portal online, das gezielt zu diesen Themen Meldungen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft bietet. Ebenfalls einmalig in Deutschland: Ein Verzeichnis mit über 2.500 Web-Adressen der wichtigsten Akteure im Umwelt- und Naturschutz.

Von A wie Atomenergie bis Z wie Zoologie – in über 500 Rubriken führt der Web-Katalog von Vista Verde die wichtigsten deutschen und internationalen Links. Organisationen, Projekte und Initiativen, Behörden und Ämter, Forschungsinstitute und Universitäten sowie Medien und Info-Websites sind aufgelistet. In Zukunft werden auch Unternehmen und regionale Initiativen den Katalog ergänzen. Im Nachrichtenzentrum von Vista Verde finden Internetsurfer Meldungen von Agenturen und von Zeitungen. Pressefotos ergänzen die tagesaktuellen Nachrichten.

Vista Verde will nicht nur informieren, sondern auch zum Mitmachen anregen. Von Klimaschutz bis Dosenpfand: In moderierten Forum können Leserinnen und Leser aktuelle Fragen diskutieren. Eine Praktikantenbörse, Terminkalender und Veranstaltungshinweise runden das Angebot ab. Wer sich – „on-line“, oder „off-line“ – im Umwelt- und Naturschutz engagieren möchte: Vista Verde zeigt, welche Wettbewerbe gerade laufen, welche Preise vergeben werden, wo Freiwillige gesucht werden, für welche Projekte man spenden kann und welche Aktionen aktuell im Internet laufen.

STICHWORT BAYER
 LIPOBAY - Tödliche
 Pillen für gelbes Bilancon.
 Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
 Fax 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
 e-mail: CBGnetwork@aol.com
KOSTENLOSES PROHEFT BESTELLEN, JETZT...



Der Infodienst für UmweltakteurInnen



Winter 2001/02

• Aus aller umWelt

Hinweis zum Februartreffen

Auf dem Treffen werden Workshops zu den Projekten und Vorschlägen aus der Debatte „Organisation von unten“ des Hoppetosse-Netzwerk stattfinden (siehe Seite 55).

22.-24.2.2002 in der FH Düsseldorf

Einladung zum Februartreffen

Seit dem „Januartreffen“ im Jahr 2001 hat sich viel getan. Göteborg und Genua haben die interne Szene ebenso verändert wie die Öffentlichkeit. Die Presse redet langsam von der 1. Sozialen Bewegung nach '68, die Feuilletons sehen in uns eine repolitisierte Jugend, die auf der Suche nach neuen Werten mit Manu Chao im Gepäck zum Widerstand fährt und im allgemeinen ausgerufenen Anti-Globalisierungs-Trend spülen sich NGOs und größere Gruppen als „Sprachrohr der ganzen Bewegung“ an der Spitze.

Der Mord in Genua, die neuen Kriminalisierungsmaßnahmen und die gleichzeitige Legitimierung reformistischer „Anti-globalisierung“, die möglichen Spaltungen und die Rolle libertärer Positionen in dieser Lage – all das und noch viel mehr schreit förmlich danach, bei einem großen Treffen die Inhalte zusammenzutragen, zu diskutieren, sowie persönliche Kontakte aufzufrischen und neu zu knüpfen. In diesem Sinne ruft die Düsseldorfer Gruppe IGLU (Internationale Gruppe Leidenschaftlicher UtopistInnen) zum Februartreffen vom 22.-24.2.2002 auf.

Wie immer klappt das ganze nur mit Euch, also:

- ▣ Bietet AK's an
- ▣ Schickt uns Texte und Ideen zu Euren (erwünschten) AK's als Basis und zur Diskussionsanregung
- ▣ Schickt uns Texte für den Vorbereitungsreader (max. 10 000 Zeichen), Redaktionsschluss: November 2001

Infos: www.februartreffen.de, info@februartreffen.de, Tel. 0173/1761737

informieren und einkaufen:
www.baustoffladen.de

Internationale Mobilfunkkritiker:

Handyfreie Zonen in Bussen und Bahnen!

Peiting (sz) – Der internationale Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog „BÜRGERWELLE e. V.“ führte am Samstag, den 13. Oktober in Taufkirchen bei München seine Mitgliederversammlung durch. Dem Peitinger Hans Schütz wurde dabei die Ehre zuteil, einstimmig als Versammlungsleiter gewählt zu werden. Unter seiner Leitung verabschiedeten die Delegierten aus Luxemburg, Österreich, der Schweiz und nahezu allen deutschen Bundesländern unter anderem eine Resolution mit der die Einführung von Handyverboten in allen öffentlichen Verkehrsmitteln gefordert wird. Begründet wird dieses Verlangen mit dem Hinweis auf die besonders schwierige Verbindungsaufnahme von Handys zu Sendeanlagen in Bussen und Bahnen. Diese funktechnisch problematische Situation führe dazu, dass die Handynutzung in solchen Fällen für alle Fahrgäste zu einer unzumutbar hohen Strahlenbelastung mit entsprechend hohen Gesundheitsrisiken führe.

Höhepunkt der mit über dreihundert Teilnehmern besuchten Veranstaltung waren die Fachvorträge des Medizinphysikers Dr. Lebrecht von Klitzing über die biologische Relevanz gepulster elektromagnetischer Felder und von Professor Dr. Alexander H. Volger über die Be-

weissituation der Schädlichkeit von Mobilfunkstrahlung.

Beide Wissenschaftler forderten am Ende ihrer Referate die kritische Auseinandersetzung mit der derzeit verwendeten Mobilfunktechnik engagiert weiterzuführen und den öffentlichen Druck auf die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft so zu erhöhen, dass die Rahmenbedingungen für eine alternative, gesundheitlich unbedenklichere Mobilfunktechnik endlich geschaffen werden.

Der Dachverband BÜRGERWELLE, der zur Zeit weit über tausend Initiativen allein in Deutschland betreut, wählte den langjährigen Vorsitzenden Siegfried Zwerenz (Tirschenreuth) erneut zu seinem Vorsitzenden. Als Stellvertreterin wird er von Bärbel Eidling aus Egling (Kreis Bad Tölz Wolfratshausen) unterstützt. Der Allgäuer Erich Amann (Rückholz) und Elfi Mayer aus Tirschenreuth komplettieren die neue Vorstandschaft. Der Landkreis Weilheim-Schongau stellt mit Dr. Jürgen Seitz aus Seeshaupt und Hans Schütz aus Peiting, die beide zu den Gründungsmitgliedern des Verbandes zählen, auch in Zukunft gleich zwei Mitglieder im Vorstandsbeirat, dem wichtigsten Gremium des internationalen Dachverbandes.

Radioaktive Bestrahlung ist nun auch bei uns erlaubt

Rot-Grün macht's möglich: Nun dürfen auch deutsche Lebensmittelhersteller ihre Produkte zur Verlängerung der Haltbarkeit radioaktiv bestrahlen. Die Zulassung gilt „vorläufig“ aber „nur“ für getrocknete aromatische Kräuter und Gewürze. Bereits seit 1999 durften deutsche Firmen zur Weiterverarbeitung Kräuter und Gewürze einführen, die in anderen Ländern der EU bestrahlt wurden. Experten gehen nun davon aus, daß bald auch andere Lebensmittel in Deutschland radioaktiv bestrahlt werden dürfen, da dies bereits in Frankreich, Belgien und den Niederlanden erlaubt ist.

Schadstoffe aus Hightech-Industrie belasten Kleinkinder

Schwedische Forscher warnen vor der Zunahme chemischer Schadstoffe, die als Brandschutz in elektronischen Geräten eingesetzt werden. Die Menge der so genannten polybromierten Diphenylether (PBDEs) steigen laut Forschern kontinuierlich in der Umwelt an und belasten zunehmend unsere Gewässer. Die Chemikalie reichert sich über die Nahrungskette an und sei, so ein BBC-Bericht (<http://news.bbc.co.uk>) ein großes Gesundheitsrisiko für ungeborene Babys. Die Forscher aus Schweden fanden nun heraus, dass sich die Schadstoffe in der Baltischen See in den vergangenen fünf Jahren verdoppelt haben. Nach dem Verzehr von Fisch aus diesem Gewässer gelangten sie ins Fettgewebe und reichern sich dort an. Werden PBDEs über die Muttermilch übertragen, können sie bei Kleinkindern die Gehirnentwicklung und den Hormonhaushalt schädigen.

Überfischung zerstörte auch Küstengebiet

Die Überfischung habe dazu geführt, dass große Fische, Wale und andere Meeressäuger aus den Weltmeeren weitestgehend verschwunden sind. Als Folge davon degradierte die Umwelt an den Küsten. Dies bestätigte nun ein umfassender Bericht von 19, an der Untersuchung beteiligten Universitäten und internationalen Organisationen. „Tatsächlich waren in prähistorischen Zeiten alle Meere entlang der Küsten von einer großen Zahl riesiger Tiere bevölkert“, so die Studie. Das Bild habe sich dramatisch geändert. Meerestiere wie Dorsch, Austern und Wasserschildkröten seien praktisch verschwunden. Dies habe zum Kollaps des Ökosystems der Küsten geführt. Die drastischen Umweltveränderungen setzten bereits in der frühen Kolonialzeit ein.



Redaktion Aus aller umWelt

Die Redaktion wird im Rahmen der Endredaktion zusammengestellt. Die Texte stammen von verschiedenen AutorInnen.

Koordination: Jörg Bergstedt

Katastrophenzeit für Wale, Robben und Seehunde

Den Meeressäugern stehe ein Jahrhundert der Katastrophen bevor, glauben Forscher der Universität von Calgary und der britischen St. Andrews Universität (<http://www.mammalsociety.org/pubjom>). Globale Umweltverschmutzung und Klimaerwärmung würden Robben, Seehunden, Walrossen und Wale stark zusetzen. Das kommende Jahrhundert werde zur Ausrottung einiger Arten führen. Grund: Einerseits nehme die Verschmutzung der Meere durch die Bevölkerungszunahme in den Küstenregionen stark zu, andererseits werden die zur Aufzucht von Robben notwendigen Eisschollen durch die Erwärmung der Meere immer kleiner. Darüber hinaus habe die Klimaerwärmung auch noch negative Auswirkungen auf die Verbreitung und die Verfügbarkeit von Nahrungsquellen für die Säugetiere.

Internet: 250.000 wollten Kinder pornos sehen

Eine Internetseite mit Kinderpornographie brachte den Betreibern monatlich 1,4 Millionen Dollar ein. Wie das Nachrichtenmagazin Time weiter berichtet, habe diese von der Polizei entdeckte Website 250.000 Abonnenten gehabt.

40 Prozent der Schüler leiden unter kindlicher Tyrannei

Tyrannei unter Kindern ist heute weit verbreitet: Fast 40 Prozent der Schüler gaben an, schon einmal gequält worden zu sein. Vier Prozent gestanden, andere zu unterdrücken, aber niemals selbst darunter leiden zu müssen. Eines von zehn Kindern schlüpfte abwechselnd in beide Rollen. Die Tyrannei unter Kindern hat Langzeitfolgen für die Gesundheit, stellten nun Forscher fest. Mädchen und kleine Leute, die entweder nur Opfer, oder Täter und Opfer waren, plagten sich mit weitaus mehr gesundheitlichen Problemen als Kinder, die nicht von anderen gepiesackt wurden.

Umweltgerecht schenken

Weihnachten und Jahresende – Zeit für ziemlich viele komische Dinge, u.a. für ein zwanghaftes Schenken. Wer dem erliegt, kann immerhin die Umweltbelastung durch schlaues Schenken minimieren.

Das gilt auch für Firmen und ihre Werbeprodukte. Die Firma memo AG hat wieder einen umweltfreundlichen Firmenpräsentenkatalog herausgebracht.

Info: www.memo.de

Computerspiele schädigen jugendliche Gehirne

Der japanische Wissenschaftler Ryuta Kawashima von der Tohoku University (www.tohoku.ac.jp/index-e.html) hat nachgewiesen, dass die Tendenz zum Kontrollverlust bei Heranwachsenden nicht auf die aggressiven Inhalte von Computerspielen zurückzuführen ist, sondern auf Schädigungen der noch nicht vollentwickelten Gehirne. Messungen der Gehirnaktivität ergaben, dass Computerspiele nur jene Gehirnbereiche stimulieren, die mit Sehen und Bewegung in Zusammenhang stehen. Dies führe schließlich dazu, daß sich die anderen Gehirnbereiche nicht richtig entwickeln können. Entscheidend sei jedoch laut Kawashima,



dass der Frontallappen, der sich beim Menschen ungefähr bis zum 20. Lebensjahr weiterentwickelt, auch bei Selbstkontrolle eine wichtige Rolle spiele. Je mehr bei Kindern die Entwicklung dieser Gehirnregion gefördert wird, desto besser wird auch seine Fähigkeit zur Selbstkontrolle sein. Computerspiele allerdings fördern diese Art von Gehirnentwicklung nicht. Laut Kawashima könnten sie daher zum Entstehen einer eher gewaltbereiten Generation beitragen, die eher Schwierigkeiten hat, unsoziale Elemente ihres Verhaltens zu kontrollieren.

Neu!!!

CD „Umweltschutz von unten“



Ab sofort erhältlich: Die CD mit allen Positionspapieren zum „Umweltschutz von unten“ und den bisherigen Ausgaben der „Ö-Punkte“ (erste Ausgaben nur unvollständig, da leider nicht vollständig erhalten). Als Textdateien und PDF. Mit dem aktuellen Acrobat Reader zur komfortablen Suche und Archivierung. Gegen 10 DM bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

**Die härteste Konkurrenz für
Amort-Recycling-International ist
Amort Recycling-International,
da wir nicht aufhören, besser zu sein!**

Amort Recycling-International Refillservice für Druckerzubehör
Rebbergstraße 30 * 78464 Konstanz
Telefon: +49 (7531) 9150 76 * Telefax +49 (7531) 9150 78
Internet: <http://www.amort.de> * E-mail: amort@amort.de

Ö-Punkte
Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

• Aus aller
umWelt

Erläuterung

Die Liste der Zeitschriften und Rundbriefe mit weitergehenden Informationen ist diesmal nicht im Heft. Siehe die vorangegangene Ausgabe.

Ö-voraus

Die nächsten
Ö-Punkte
Frühjahr '02:

Termine:

- Redaktionsschluss: 1.2.02
- Endredaktion: 3.-22.2.02
- Erscheinen: ca. 21.2.02

Die Redaktionstreffen und -arbeit sind offen für alle Interessierten!

Schwerpunkt:
Noch in Planung

Schwerpunkt-Redaktion:

Bitte nachfragen über oe-punkte@gmx.de

Für 2002 bisher ins Auge gefaßt:
Umgang mit Repression & Entscheidungsfindung von unten

Thematische Texte bitte direkt an die zuständigen Themenredaktionen schicken. Allgemeine Artikel und Beiträge, Kleinanzeigen und Anzeigenaufträge an die Redaktionsadresse.

Und weiter ...:

Für das Jahr 2002 wird ein neues Konzept der Zeitung und ihrer Erscheinungsweise diskutiert – stärker orientiert an konkreten überregionalen Umweltschutzaktionen.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen



Winter 2001/02

● Aus aller umWelt

Kommentar zu „Terror, Gedenkterror und Krieg“

Wer kein Ziel hat, kann es auch nicht verfehlen!

Gibt es auch irgendetwas dem dann einsetzen- vilisations-Patriotismus und teilweisen rassistischen bis Großmäuler dieser Repu- und NGOs bis zu den Mak- Die Antwort lautet: Ja! chen Erregungskorri- wurde. Die Bilanz ist pulierbarkeit öffentli- auch politischer Ent- scheidung und die totale sichtlich von Zielen,

Die Stunden danach ...

Kaum waren die vier Flugzeuge und das Leben in ihnen mit unterschiedlicher Wirkung zerschellt, setzte geschäftiges Geschnatter ein. Die Palästinenser waren da, hieß es zunächst, obwohl eigentlich niemand überhaupt irgendetwas wußte. Nach ca. 10 Stunden waren die Palästinenser dann so schnell wieder aus dem Rennen, wie sie hineingekommen waren. Die NATO-Staaten hatten entschieden, lieber einen anderen Gegner zu finden. Irgendetwas, was mensch getrost und am besten auch noch nutzbringend bombardieren könne. Irak? Nein, denn das hieße, daß alle ständigen Bombardierungen dort mit den Hunderttausenden von Toten pro Jahr erfolglos (aus Sicht der Bombenden) gewesen wäre. Zum Glück gab es dann noch den Ex-CIA-Mann Bin Laden und das Land Afghanistan mit seinem religiös-faschistischen Regime der Taliban (deren Widerlichkeiten aufzuzählen hier den Rahmen sprengen würde, das aber natürlich auch selbst mit Hilfe der NATO an die Macht gekommen war). Zwar lagen auch weiterhin keinerlei Daten vor, aber der Truppenaufmarsch in Richtung Afghanistan startete schon einmal.

„Linke“ Politik I: Gute gegen Böse

Unzufrieden war nur eine Gruppe – die Antideutschen. Sie hatten gehofft, daß es endlich ihrem Lieblingsfeind, dem von ihnen so genannten „palästinensische Selbstmordkollektiv“, an den Kragen gehen könnte. Standhaft versuchten sie, die Anschläge als Fortsetzung der Intifada zu bezeichnen und forderten, daß nicht nur gegen Afghanistan Krieg zu führen sei, sondern Ziel sei die „militärische Bezwingung des Islamismus“ insgesamt. Alles sei eine Sache von „barbarischem Angriff und notwendiger Gegenwehr“. Ein einfaches Weltbild. Wer

Positives an den Anschlägen vom 11. September und den gesellschaftlichen Gedenk„terror“, des Zidem hilflosen, oft peinlichen, aber auch faschistischen Gestammel aller blick – von PolitikerInnen über Medien kern linksradikaler Protest„kultur“? Es hat selten einen gesellschaftli- dor gegeben, in dem soviel klar schlimm. Sie zeigt die volle Mani- cher Wahrnehmung und damit scheidungsfähigkeit der Gesell- Leere politischer Bewegung hin- Grundpositionen und Strategien.

das verursacht nirgendwo direkte Betroffenenheit. Aber jetzt die zunächst 6.000 Toten in New York (inzwischen ist die Zahl, auch bemerkenswert, deutlich gesunken). Eine solche Zweiteilung trägt klar rassistische Züge. Fast alle politischen Gruppen haben sie vollzogen.

„Linke“ Politik III: Die Maßstäbe kippen ... der Super-Holocaust

Hiroshima, der Holocaust, Kreuzzüge, Weltkriege – alles Peanuts gegen die Anschläge. „Mordaktion ohnegleichen“ schrieb wiederum Horst-Eberhard Richter bei attac, „beispiellos brutalen Terroraktion“ stand bei www.gewaltspiraledurchbrechen.de. Phantasievoll suchten die Antideutschen ebenfalls nach Begriffen und fanden derer viele: „Grauen von New York und Washington“

gegen den Krieg sei, sei Antisemit, andere Gründe für eine Ablehnung von Krieg scheiden aus.

Bei soviel Einteilung der Welt in „Gut“ und „Böse“ seitens der NATO und der Antideutschen, bei beiden mit der Konsequenz des Traumes eines Heiligen Krieges von Christen gegen Nicht-Christen (Zivilisation gegen den Rest), bei den Antideutschen in einer Kampfkoalition mit dem Judentum, was zu konstruieren als Einheit der Guten auch eine Spezialität der Antideutschen und anderer Antisemiten ist, wollten andere nicht nachstehen ...

„Linke“ Politik II: Rassistisches Gedenken

Aus dem üblichen Spektrum der sanften Politgruppen wurde zunächst wochenlang dem Gedenken gefrönt. Sonntagsspaziergang in Ahaus – mit Gedenkminute. Presseinformationen und Flugblätter von Friedensgruppen, Umweltverbänden, Parteien, Attac oder wie sie alle heißen – nirgends fehlten die seierigen Worte. „Wir sind mit den Menschen in den USA in ihrem Schock und Leiden uneingeschränkt solidarisch“, schrieb beispielsweise die Aktion „Gewaltspirale durchbrechen“ vom Friedensnetzwerk und aus Attac-Umfeld. „Innere Identifikation mit den Opfern“ empfand der offenbar schwer senile Horst-Eberhard Richter im Leitartikel der attac-Zeitung. Welch eine rassistische Logik. Wenn in den armen Regionen Menschen durch Hunger, Vertreibung, sexuelle Gewalt oder Umweltzerstörung auf qualvolle Weise sterben, regt sich kein Gefühl. Solche Zahlen werden schnell vergessen oder nüchtern in Statistiken gepreßt. Zerfetzte Israelis nach Selbstmordanschlägen von Palästinensern auf Marktplätze, versehentlich abgeschossene Flugzeuge, absaufende Flüchtlingsboote unter militärischem Druck – all

„Linke“ Politik IV: Antisemitismus: World Trade Center als Judentum

Was alle Gruppen, die auf ihre Art Gewalt und Rassismus hegen und pflegten, einte, war die Reduzierung der Anschläge auf das World Trade Center. Daß auch das Pentagon getroffen wurde, ist fast gänzlich aus den Berichten verschwunden. Das hat System und wird benutzt. So konnten die Antideutschen die Anschläge zu einem Angriff auf das Judentum umwerten – und bemerkten nicht ihren eigenen, penetranten Antisemitismus, ständig das Finanzkapital mit dem Judentum gleichzusetzen. Was könnte antisemitischer sein als die Behauptung, daß getroffene Gebäude sei eine jüdische Einrichtung gewesen oder das Judentum stehe für das Finanzkapital. Attac & Co. phantasierten einen Verzweiflungsschlag von unterdrückten Menschen in die Anschläge. Und die NATO sah den Kampf Zivilisation gegen Barbarei. Für alle war wichtig, nur New York zu thematisieren. Die Attacke auf das Pentagon war für die US-Streitkräfte nicht nur äußerst peinlich, sondern weist auch auf andere oder zumindest weitergehende Ziele der AttentäterInnen hin. Das Pentagon steht nicht für Kapitalismus oder Judentum, sondern für Militarismus und Herrschaft.

Die genutzten Zitate und noch viele mehr sind unter www.projektwerkstatt.de/debatte (bzw. www.hoppetosse.net) zu finden.

Foto:

Seltene Ausnahme schon in den Tagen nach dem Anschlag ... Demo in Marburg

Quelle: www.de.indymedia.org



„Linke“ Politik V: Bitte mehr Rechtsstaat

„Selbstverständlich müssen die Schuldigen ermittelt und mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden“...

„Linke“ Politik VI: Mehr Toleranz für Intoleranz

Religionen sind immer Herrschaftssysteme, denn sie schaffen übermenschliche Wertsysteme und sind mit mehr oder weniger harten Durchsetzungsformen verbunden...

Aber auch anderes wurde legitimiert – die Antideutschen wollten mehr Krieg und bezeichneten Bomben auf Dörfer als Gegenwehr und Befreiung.

„Linke“ Politik VII: Inhalte? Fehlanzeige ...

Bei genauerer Betrachtung geht fast allen Texten und Aufrufen eine klare Position ab. Warum sind Menschen gegen den Krieg – aber für (welt)polizeiliche Härte?

che, die Herrschaft legitimieren oder nutzen würden. Der starke Staat, Religionen, Polizei und Armeen sind für viele bürgerliche GlobalisierungskritikerInnen eher eine Hoffnung gegen den „entfesselten Kapitalismus“...

Der Irrtum „Markt und Staat“

Mehr Markt ist nur möglich mit mehr Staat, denn die Ausdehnung des Marktes ist kein Kampf gegen den Staat, sondern der Staat bekämpft die Menschen, um mehr Markt schaffen zu können.

Das Mehr an Markt ist kein zwingendes Ergebnis eines stärkeren Staates, aber das zur Zeit dominierende. Ausnahmen sind zur Zeit wenige Staaten, die starre Diktaturen, religiöse oder feudale Systeme durchsetzen wollen...

Selbstbestimmung und das Ende von Herrschaft und Verwertung sind mit Staat und Markt nicht zu machen. Wer mehr Institutionen, Kontrolle oder Regulierung fordert, will den Staat stärken – und damit die Macht, die den Markt gegen die Menschen durchsetzt.

Stattdessen: Emanzipation

Das Ziel politischer Arbeit, die den Menschen befreien will aus den „Klauen“ von Macht und Markt, muß alle Formen von Herrschaft abbauen. Dabei geht es nicht um die Alternative zwischen Reform und Revolution, wie in den Debatten von inhaltsleeren angepaßten und verbalradikalen Gruppen immer anklingt.

Reformen, die mehr Herrschaftsinstitutionen schaffen (neue Steuern, Kontrollen usw.), oktroyierte Inhalte in der herrschenden Von-oben-Pädagogik und mehr Rechtsstaatlichkeit gehören hierzu – also fast alle aktuellen Vorschläge aus NGO-Kreisen...

Eine intensive Auseinandersetzung um emanzipatorische Ziele (Reformen und Visionen), um Kritik an Markt und Macht, um Aktionsformen und Organisation von unten würde eine politische Bewegung entwickeln, die viele, aber dennoch klare Antworten auf Krieg, Unterdrückung, Ausbeutung und die „Events“ dieser Gesellschaft hat.



Neuerlichen Auftrieb erhielten die Beobachtungen dann rund um die Proteste gegen die WTO in Katar und gegen den Castor. Inhaltlich ist das, was in Deutschland gelaufen ist, derart dünn gewesen, daß „keine Inhalte“ noch beschönigend ist.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

Aus aller umWelt

Internet

Eine ausführliche Sammlung von Texten und Links zu „Krieg und Terror“ ist unter www.hoppetosse.net zu finden.

Fotos

Bilder vom Anschlag in New York.

Unten: Das Pentagon – der Anschlag wurde in den meisten Analysen „vergessen“.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

10

Winter 2001/02

• Schwerpunkt

Schwerpunkt „Grünes Geld“

Profit. Wachse oder weiche. Konkurse und Firmenaufkäufe. Konkurrenz statt Kooperation. Billig statt gut. Produktionskosten senken auf Kosten von Mensch und Natur. Anonymität statt soziale Interaktion.

Die Kennzeichen des Marktes. Sie stehen für zwei Jahrhunderte von Zerstörung und Ausbeutung. Der Markt zerstört nicht selbst, sondern er ist ein Regelwerk, das von einem Staat durchgesetzt und aufrechterhalten wird, der sich immer mehr bewaffnen muß gegen die auf ihre Nützlichkeit reduzierten Menschen, je brutaler die Ausbeutung von Denk- und Arbeitskraft, Reproduktion und Fürsorge vollzogen wird. Und der immer mehr Kraft investiert in die Schadensbeseitigung der Umweltzerstörung.

Ökologie

durch

Redaktion des Schwerpunktes

Jörg Bergstedt
Institut für Ökologie,
Fachbereich Politik &
Wirtschaft

Autor der Texte dieser Seite

siehe oben

Hinweise

Dieser Text ist die Grundlage für die erste Frage an die Interviewpartner (nur Männer, es gibt auch kaum Frauen in Führungspositionen im Bereich „Grünes Geld“) – kenntlich an den grauen Dreiecken.

Im KABRACKlarchiv der Projektwerkstatt stehen etliche Bücher zum Thema, zudem ist im Archiv „Agenda, Expo, Sponsoring“ etliches Material gesammelt.

www.projektwerkstatt.de/saasen



Das Regelwerk mit Namen „Markt“, geschützt vom stärker werdenden Staat, besitzt etliche Elemente und Zwänge, die Umweltschutz und Selbstbestimmung der Menschen gegenüberstehen. Dazu gehört die Möglichkeit jeder Herrschaft, die Folgen eigener Entscheidungen auf andere abwälzen zu können und der Zwang, Naturnutzung und menschliche Arbeit immer billiger machen zu müssen, um im konkurrierenden Wettbewerb zu bestehen und für sich mehr Profit oder Kapital (Grundbesitz, materielle Werte, Verfügungsgewalt) anzuhäufen.

Kann dieses Regelwerk mit Namen „Markt“, das Profit erzwingt um den Sieg (gegen andere) willen, das Mittel sein, das plötzlich gegenteilig wirkt? Betrachten wir das Beispiel der Windanlagen. Von BefürworterInnen des Marktes wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die aktuellen,

Es gibt nicht »das Richtige« Qualität entsteht durch Entscheidungsfindung von unten

Der Schutz der Umwelt kann aus vielen Gründen erfolgen, z.B. zum Erhalt langfristiger Produktions- und damit Profitmöglichkeiten (Nachhaltigkeit), aus ästhetischen Gründen (Geschmackssache), als Gewinnanlage (Grünes Geld) oder als Argument für imperialistische Kriege (Grünhelme usw.). In allen diesen Fällen ist nicht klar, welche gesellschaftliche Bild der Natur vorherrscht und wie weit Umweltschutz gegen Menschen

marktorientierten Verfahren der Geldanlage deutlich mehr Geld lokermachen als vorher möglich war. Das scheint überzeugend. Allerdings muß auch darauf hingewiesen werden, daß es keinen Gegenversuch gibt – inzwischen organisieren Tausende hochausgebildeter ManagerInnen Geld für ökologische Projekte im Markt. Welches Ergebnis herausgekommen wäre, wenn diese alle in mitbestimmungsorientierten Projekten (BürgerInnen-Windanlagen) agiert hätten, ist nämlich gar nicht bekannt. Doch

ausgespielt wird. Das aber senkt die Akzeptanz und wird langfristig den Umweltschutz schwächen. Es gibt nur einen Garanten für einen langfristigen Umweltschutz – und das ist der Mensch selbst. Er ist, wenn er nicht (wie heute viele) über die Machtmechanismen verfügt, sich die Arbeitskraft oder die Umwelt anderer (Nahrungsmittel- und Energieerzeugung fernab, Tourismus usw.) anzueignen, auf eine intakte, lebenswerte Umwelt an seinem Lebensort angewiesen. Darum werden Menschen, die nicht über Herrschaftssysteme verfügen und nicht in Profitlogiken denken, kollektiv ihre Umwelt so gestalten, wie es für sie gut ist. Dann, wenn der Mensch wieder die Verfügungsgewalt über seine

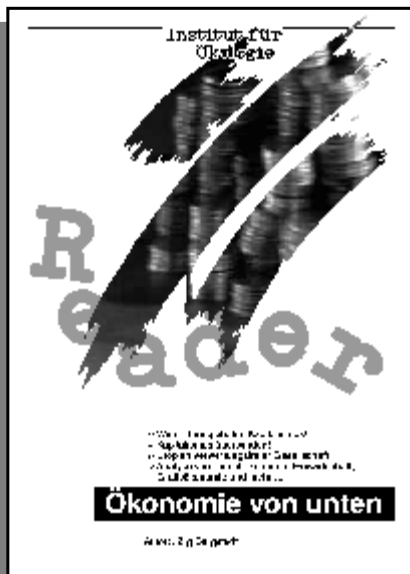
das ist nur ein Zweifel. Stärker wiegt noch ein Blick in die Zukunft: Nach den fetten Jahren wird der Konkurrenzdruck zwischen den Betreibern und Herstellern immer größer werden. Dann wird, der Marktlogik folgend, dort um Profit gekämpft, wo was zu verändern ist: An den Faktoren Umwelt und Mensch. Windanlagen werden immer weniger auf soziale und ökologische Aspekte Rücksicht nehmen, das Profitgesetz bestimmt dann alles. Wenn das eintritt, wird das Einlassen auf den Markt der entscheidende Fehler gewesen sein. Pleiten, Aufkäufe und der Wechsel der Zielgruppe von den „Ökos“ zu den Reichen sind deutliche Anzeigen. Der Schwerpunkt der „Ö-Punkte“ gibt keine eindeutige Antwort, sondern will viele Aspekte zeigen.

Buchbesprechung

Armin Grunwald
Technik für die Gesellschaft von morgen
(2001, Campus in Frankfurt, 314 S., 68 DM)
Daß Technik sich weiterentwickeln, z.T. rasant, steht außer Frage. Der Autor untersucht in seinem Buch die gesellschaftliche Gestaltbarkeit von Technik. Dabei beschränken sich die Vorschläge auf bereits bekannte Verfahren innerhalb eines repräsentativ-demokratischen Kapitalismus, d.h. alle durchgreifenden Möglichkeiten wie die Kollektivierung des Zugriffs auf Rohstoffe und Wissen, Technik und Mittel sind gar nicht erst erörtert. So wirken die Kapitel über die Regulierungsmöglichkeiten des Staates im doppelten Sinne hilflos, weil sie zum einen in ihrer Wirkung beschränkt wären (was im Buch auch dargestellt wird), zum anderen an die guten PolitikerInnen glauben, während in der Realität der Staat den Markt selbst sichert und ausdehnt. Ohne Herrschaft gäbe es die von den menschen abgekoppelte Produktions- und auch Technikentwicklungsebene gar nicht.

Wir bedauern ...

Drei Menschen aus Firmen, die mit Geld umgehen und Umweltschutz als Ziel haben, hatten die Haupt-Textbeiträge zu diesem Schwerpunkt zugesagt. Geplatzt hat das aber leider in keinem Fall. Ob Zufall oder daß auch hier der Marktzwang über den Willen zur inhaltlichen Orientierung längst gesiegt hat – wir wissen es nicht. Aber wir bedauern, daß das unseren Themenschwerpunkt „Grünes Geld“ sehr stark verkürzt. Es sollte so eine schöne Mischung aus inhaltlichen Texten, den Interviews und Tipps werden ...



Reader „Ökonomie von unten“

Gesammelte Informationen, Texte usw. zu Fragen der Globalisierung, zu Chancen und Grenzen alternativer Ansätze wie Tauschökonomie, Gratisökonomie, Freiwirtschaft usw. Wie wirkt Kapitalismus, welche Alternativen gibt es? Eine umfangreiche Sammlung für alle, die es genauer wissen wollen.

A4-Reader, ca. 70 Seiten, 12 DM

Reader „Ökonomie & Ökologie“

Und noch solch ein Reader, diesmal zum Verhältnis Ökonomie und Ökologie – kann der Markt die Umwelt heilen? Was ist mit Ökosteuern, Öko-Audit usw.?

A4-Reader, ca. 70 Seiten, 12 DM

Adresse: MAUS, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld,
www.maus-versand.de, info@maus-versand.de

Zum Interview

Jörg Weber ist Journalist im Bereich „Grünes Geld“ und Mitorganisator des Fachprogrammes der Messe „Grünes Geld“. Sein Internetservice ist unter www.coreporter.de zu finden.

Leider kam auf Präzisierung der Fragen keine weitere Antwort.

Umwelt hat, wird der Egoismus, d.h. der Wunsch zu einem besseren Leben, zum Antrieb, die Umwelt zu gestalten und zu schützen.

Dieser Logik widersprechen die meisten Projekte grüner Geldanlage und Fond-politik«. Statt eines Prozesses „von unten“ werden hochrentable Projekte durchgeführt, immer öfter auch gegen die Menschen, aber mit Hilfe der Herrschaftsstruktur Staat. Dadurch entstehen zwei Probleme: Die Akzeptanz sinkt und die AkteureInnen werden immer mehr in die Logik des Profitdenkens gedrängt, in der Umweltschutzgesichtspunkte am Ende keine Rolle mehr spielen. Umweltschutz ist dann gut,

solange damit Gewinn zu machen ist (was zur Zeit einige Gesetze vor allem im Energiebereich herbeiführen). Ändern sich die Rahmenbedingungen, ist alles aus.

Das Gegenmodell wäre eine Wirtschaft, die von unten organisiert wird. Jedes Dorf, jeder Häuserblock usw. produziert die eigene Energie aus Sonne, Wind, je nach Standort Wasser und vor allem der Biomasse. Sie organisieren ihre Versorgung und ihren Austausch mit anderen selbst.

Interview mit Jörg Weber

Wie stehen Sie zu dem Text (hier auf der Seite 10)?

Ich kann einem sehr großen Teil der Aussagen und Annahmen dieses Textes nicht zustimmen, angefangen von der Aussage zur anthropozentrischen/naturzentrischen Fundierung des Umweltschutzes bis zum „Gegenmodell“, das für mich gar kein Gegenmodell ist, sondern beginnende Realität. Beispielsweise verstehe ich nicht, wieso Sie davon sprechen, „DER MENSCH“ müßte die Verfügungsgewalt über „SEINE UMWELT“ wiedererlangen. Das ist mir alles viel zu pauschal bei mittlerweile – 5 Milliarden? Menschen.

Können Sie in kurzen Worten schildern, welche Entwicklungen zur Zeit laufen und wo Sie Chancen und Gefahren siehst?

Da müßte ich erst einmal wissen, was sie mit „Entwicklungen“ meinen. Zur Zeit (am 13.9.) gibt es nur eine Entwicklung zu immer mehr Gewalt.

Gibt es Gruppen und Zusammenschlüsse, die sich um die Förderung von Akzeptanzkriterien und Mitbestimmung im Bereich „Grünes Geld“ kümmern?

Auch das verstehe ich nicht. Was sollen Akzeptanzkriterien sein? Wovon? Wer soll was akzeptieren – die konventionellen Märkte, dass es endlich „grünes Geld“ gibt? Was meinen Sie mit Mitbestimmung im Bereich grünes Geld – Mitbestimmung innerhalb der Betrieb oder Mitbestimmung der Geldgeber?

Markt?

Grünes Geld



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

12

Winter 2001/02

• Schwerpunkt

Autor

Bernd Schüller,
Red. Wirtschaft der
Ö-Punkte

Bernd.Schuessler@
web.de

Ökologie durch Markt:

Ist Profit verwerflich?

Die Richtung ist klar – für den Weg gibt es verschiedene Denkanstöße. Ziel ist eine Wirtschaft mit einem Ausgleich zwischen arm und reich, zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen Gegenwart und Zukunft. Kurz: Sustainable Development oder auf deutsch: Nachhaltige Entwicklung. Grundsätzlich ist die dabei die Frage zu stellen: Ist zum Zwecke dieser Zielerreichung Profitdenken verwerflich?

Profit – was ist das eigentlich ?

Viele – oder gar alle ? – Menschen möchten, daß ihr Handeln sich auszahlt, profitabel ist, sich lohnt. In einer Marktwirtschaft erhält die oder der Einzelne Geld als Beloh-

nung für sein Tun – oder für sein Unterlassen. Wenn er es unterläßt, sein verdientes Geld heute für Konsum auszugeben und es statt dessen spart, erhält er dafür einen Ausgleich in Form von Zinsen. Wenn er es gar risikobehaftet

skapital zur Verfügung stellt, z.B. investiert,chnet, hofft er für das Eingehen dieses Risikos Gewinne durch Kurssteigerungen und Dividenden zu erhalten.

Das ist auch notwendig. Nur dadurch können die Kapitalherren, dem Staat und auch vielen anderen Gesellschaften wie z.B. biologischen

Bauernnoten Kapital zur Verfügung, welches sie selbst nicht sofort aufbringen könnten. Denn: der oder die Investitionswillige kann entweder solange sparen bis er oder sie das nötige Kapital zusammen hat und es dann investieren oder das notwendige Kapital wird durch einen Kredit beschafft und sofort investiert. Dieser Kredit wird durch die Erträge des neu errichteten Projektes oder Unternehmens im Laufe der Jahre wieder zurückgezahlt.

Unternehmensbeteiligungen
bringen der S.A.G. Solarstrom AG
Monopolstellung

Interview mit Michael Miersch:

Demokratie des Marktes ist weitaus besser

Wie stehen Sie zu dem Text (siehe Seite 10)?

Fast alle Behauptungen in diesem Text beruhen auf ideologischen Überzeugungen und widersprechen den messbaren Tatsachen. Die verfügbaren ökonomischen und ökologischen Daten zeigen: In Ländern mit einem hohen Grad an wirtschaftlicher Freiheit geht es den Menschen und der Umwelt besser als in Systemen, die die angeblich schädliche »Logik des Profitdenkens« durch planwirtschaftliche Instrumente außer Kraft setzen. Die Voraussetzungen für effizienten und langfristigen Umweltschutz sind Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. Dies zeigt sich nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern, sondern auch in den schnell aufholenden Schwellenländern. Beispielsweise schreitet in Schwellenländern die »Effizienzrevolution« (d.h. die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch) viel schneller voran als in Europa oder Nordamerika. Vergleicht man die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Daten von vor 50 Jahren, vor 25 Jahren und heute, zeigen sich für die kapitalistischen Länder eindeutig folgende Trends:

- Weniger Hunger
- Weniger Armut
- Geringere soziale Unterschiede
- Längere Lebenserwartung
- Geringere Kindersterblichkeit
- Mehr Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln
- Höhere Bildung
- Mehr Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen
- Mehr Länder mit demokratischen Systemen

Nimmt man die am weitesten entwickelten Staaten (Europa und Nordamerika) zeigen sich zusätzlich folgende Trends (die bereits auch in Schwellenländern sichtbar werden):

- Bessere Luftqualität
- Bessere Gewässerqualität
- Strengere Umweltgesetze
- Verbot von immer mehr Umweltgiften
- Mehr Naturreserve
- Rückkehr einstmals nahezu ausgerotteter Tierarten

Die längste Zeit ihrer Geschichte, war die Menschheit in kleinen, autarken Stammesgruppen organisiert, wie sie dem Autor des Textes offenbar vorschweben. Diese Gesellschaften waren gekennzeichnet durch Hunger, Mangel, frühen Tod, ständige kriegerisches Auseinandersetzungen mit Nachbarstämmen und einen rücksichtslosen Raubbau an der Natur, der nur durch die geringe Zahl der Menschen und mangelnde technische Möglichkeiten abgemildert wurde. Wenn der Autor die »Vorzüge« solcher Systeme studieren möchte, empfehle ich Somalia, Nigeria oder – etwas näher gelegen – den Balkan oder die Kaukasusregion.

Vier ökonomische Entwicklungen befördern derzeit die Lösung ökologischer Probleme:

- Die Globalisierung. Sie verhilft armen Menschen zu mehr Wohlstand. Wohlstand ist die Voraussetzung für Umwelt- und Naturschutz.
- Die Effizienzrevolution. Sie sorgt dafür, dass Ressourcen geschont werden und Abfall vermieden wird.
- Der Tourismus. Er sichert den Erhalt artenreicher Naturgebiete.

Gründe für Kapitalanlage

Warum genau möchte der Einzelne nun sein zur Zeit nicht für Konsum benötigtes Geld profitabel anlegen? Grundbedürfnisse des Menschen sind unter anderem Anerkennung, Liebe, ein gutes Gewissen, Weiterentwicklung, Sicherheit, das Gefühl ehrlich und gerecht behandelt zu werden und das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, nach Gemeinschaft.

Zinsen für verliehenes Kapital zu fordern, hat wohl mit dem Bedürfnis nach Gerechtigkeit, nach Ausgleich für Verzicht zu tun. Durch die vorhandene Inflation – das heißt die durchschnittliche Preissteigerung im Vergleich zum Vorjahr – würde das Kapital im Laufe der Zeit auch immer weniger wert werden. Zinsen müßten somit mindestens dieser Inflationsrate entsprechen, z.Zt. ca. 2.5 % pro Jahr.

Verzicht?

Nun – was könnte Menschen dazu bewegen, sich mit eher niedrigen Zinsen zufrieden zu geben oder sich sogar trotz geringerer Zinsen gerecht behandelt zu fühlen? Hier müssen sozusagen weitere Motive im Spiel sein. Die oder der Einzelne erhält etwas anderes: Die Gewißheit, daß ihr bzw. sein Geld für gute Zwecke arbeitet – z.B. Förderung des Umweltschutzes (Sicherung der eigenen Lebensgrundlage), Schaffung fairer Arbeitsplätze für Behinderte (Gerechtigkeit, Gemeinschaft) oder Verwirklichung innovativer ökologischer oder gesellschaftlicher Ideen (u.a. Weiterentwicklung). Auch dies ist Profit. Der Einzelne profitiert hier nicht, oder nicht nur, durch Geldzahlungen (Gerechtigkeit, Sicherheit). Der oder die AnlegerIn bekommt auch andere Grundbedürfnisse erfüllt, profitiert in diesem Sinne.

In einer Wirtschaft wie unserer ist Arbeitsteilung aus Effizienzgründen notwendig. Aus vielen Jahren Praxiserfahrung weiß ich, daß die meisten Menschen in unserer Gesellschaft eine Grundversorgung gewährleistet haben

möchten. »Jede kleine Siedlung produziert seine eigene Energie« mag für manche erstrebenswert sein – die Masse an Menschen möchte die Grundversorgung (Energie, Nahrung, Infrastruktur, Gesundheitswesen) ohne eigenes Zutun garantiert wissen. Diese Haltung kann man begrüßen oder nicht, sie ist Tatsache und bei einer Industriegesellschaft wie der unseren auch nachvollziehbar. Wer möchte und genug Platz und Kapital hat (evtl. durch einen zinsgünstigen Kredit der Umweltprogramme der Bundesregierung), kann auch heute mittels Solarzellen, Windkraft u.ä. schon seine gesamte Energie selbst erzeugen. Doch dies möchten bisher nur wenige, oft ökologisch sehr engagierte Menschen. Dies kann aber anspornen, Wirtschaftsformen Stück für Stück aufzubauen, welche breitere Bevölkerungsschichten ansprechen. So möchten zunehmend mehr Menschen ihr Kapital ökologisch und ethisch sinnvoll anlegen. Wie sich gezeigt hat, kann der oder die Einzelne dadurch auch in verschiedenen Bereichen profitieren. Und dies meist ohne Mehraufwand im Vergleich zu einer konventionellen Geldanlage z.B. bei Großbanken oder Sparkassen.

Angebote

Es gibt heute am Markt eine Vielzahl von Angeboten im Bereich ethisch-ökologischer Geldanlagen, darunter leider auch einige unseriöse. Als seriöse Anbieter seien hier beispielhaft im Bereich Umweltfonds die Umweltsecur (www.umweltsecur.de) und im Bereich Banken die GLS-Bank (www.gls.de), die Ökobank (www.oekobank.de) und die Umweltbank (www.umweltbank.de) genannt. Banken bieten verschiedene Sparformen an, Beteiligungen an Windkraftfonds sowie Kredite für ethisch-ökologische Vorhaben. Als Händler ökologischer Aktien hat sich zudem die Gemeinschaft DepotVG gegründet (www.depotvg.de). Viele seriöse Angebote stehen auch aus Sicht der materiellen Verzinsung konventionellen Angeboten von Großbanken in nichts nach. Oft kann der/ die Anlegerin auch selbst über den gewünschten Zinssatz mitentscheiden.

Persönlich profitieren von einem Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft, zu mehr Ökologie und sozialem Denken. Wer sein Geld ethisch-ökologisch sauber anlegt, kann dabei sein.


Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

●Schwerpunkt

13

Checkliste für Windkraftfonds

Mit der folgenden Checkliste soll potenziellen Anlegern die Möglichkeit gegen werden, sich kritisch mit einem Beteiligungsangebot auseinanderzusetzen. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, kann künftigen Windmüllern jedoch als Orientierungshilfe dienen.

Fragen zum Standort

- ✓ Sind die Windverhältnisse durch mindestens zwei unabhängige Windgutachten bestätigt worden? Wer sind die Gutachter? Gelten Sie unter Branchenkennern als seriös/erfahren?
- ✓ Wurden der voraussichtlichen Beteiligungsdauer entsprechende Pachtverträge über die benötigten Grundfläche abgeschlossen?
- ✓ Sind alle Grunddienstbarkeiten/Baulasten eingetragen?
- ✓ Liegen alle rechtlichen Genehmigungen zum Bau und Betrieb der Windkraftanlagen vor?
- ✓ Liegt die Einspeisezusage des Stromversorgers vor? Liegt der Einspeisevertrag vor? Beinhaltet er ggf. nachteilige Regelungen (beispielsweise Zahlungen unter Vorbehalt)?
- ✓ Wurden ökologische Gutachten zur Prüfung der Umweltverträglichkeit erstellt?

Fragen zur Windkraft-Anlage

- ✓ Liegt eine detaillierte, aussagekräftige technische Beschreibung der Windturbine vor?
- ✓ Verfügt die Windkraftanlage über eine vermessene Leistungskennlinie? Wenn nicht, wird die Leistungskurve durch den Hersteller garantiert?
- ✓ Wie gut ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Herstellers? Sind Garantien ggf. über Versicherungsgesellschaften abgesichert? Kommt der Betreiber im Konkursfall des Herstellers auf die technischen Unterlagen?

- ✓ Handelt es sich bei den Windkraftanlagen um marktreife Serienanlagen, die bereits mehrfach verkauft wurden, oder um Prototypen?
 - ✓ Ist der Windkraftanlagentyp bereits aufgestellt und im (Probe-)Betrieb? Wenn nicht, gibt es Fertigstellungsgarantien, falls der Hersteller der Anlage seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann (beispielsweise bei einem Konkurs)?
 - ✓ Erfolgt eine Schlussabnahme durch einen unabhängigen Technischen Sachverständigen?
 - ✓ Ist die ständige technische Überwachung der Anlage gewährleistet? Durch wen?
 - ✓ Existieren Service-, Wartungs- und Instandhaltungsverträge?
 - ✓ Besteht ein ausreichender Versicherungsschutz, beispielsweise auch eine Betriebsunterbrechungsversicherung? (Hinweis: reine Herstellerzusagen wie z.B. das Enercon-Partner-Konzept reichen nicht. Sie müssen durch spezielle Versicherungen ergänzt werden)
- Fragen zum Investitions- und Finanzierungsplan
- ✓ Sind die „weichen“ Kosten angemessen im Vergleich zur Gesamthöhe der Investition?
 - ✓ Wird die Kostenreserve/Umlaufkapital aus dem Investitionsplan bei der Liquiditätsplanung als bestehende Liquidität verbucht?
 - ✓ Auf welcher Basis wurden die Fremdkapitalkonditionen kalkuliert?
 - ✓ Liegt die Finanzierungszusage (mit Zins-Sicherung) einer Bank oder Sparkasse vor?
 - ✓ Sind öffentliche Fördermittel zugesagt?

- ✓ Wurden die Zinskosten einer Anschlussfinanzierung nach Ablauf der Zinsbindungsfrist kalkuliert? Mit welchem Zinssatz?
- ✓ Wird das nominelle Beteiligungskapital teilweise fremdfinanziert? Ist eine solche Anteilsfinanzierung konzeptionell vorgegeben oder kann sie individuell gestaltet werden?

Fragen zur rechtlichen Gestaltung

- ✓ Ist die Haftung der Anleger definitiv geregelt und werden sie bei KG-Fonds direkt im Handelsregister eingetragen?
- ✓ Bestehen Eigenkapital-Platzierungsgarantien, die die Realisierung der Beteiligung sicherstellen? Sind diese werthaltig?
- ✓ Wenn nicht, kann die Beteiligungsgesellschaft mit geringem Anlegerschaden rückabgewickelt werden?
- ✓ Wird alternativ die Möglichkeit zur Investition in einen Ersatzstandort geboten?
- ✓ Können die Anleger das Beteiligungsmanagement effektiv kontrollieren und haben sie Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen (Beirat)?
- ✓ Ist der eingeschaltete Treuhänder unabhängig vom Initiator oder ein Kreditinstitut?
- ✓ Besteht die Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung oder eines Verkauf vor dem geplanten Beteiligungsende?
- ✓ Bleibt der Initiator hierbei seine Unterstützung bei der Vermittlung von Anteilen an?

Zur Checkliste

Die Liste ist ein Auszug. Quelle: Neue Energie 12/00.
www.wind-energie.de



Zum Interview

Michael Miersch
Journalist, Autor
mehrerer Bücher und
etlicher
Zeitschriftenbeiträge

www.maxeiner-
miersch.de
miersch@maxeiner-
miersch.de
For: +49 – (0)89 –
26 92 04
Fax: +49 – (0)89 –
26 05 809

Fliegenstr. 12
80337 Muenchen

• Das Wachstum des Mediensektors. Dadurch entsteht ein globales Bewusstsein für Umwelt- und Naturschutz.

Alle vier sind so erfolgreich, weil sie Bedürfnisse befriedigen, für die eine starke Nachfrage existiert (das bedeutet Profitlogik). Die Demokratie des Marktes ist weitaus besser für den Umwelt- und Naturschutz als alle gut gemeinte Planung.

Können Innovationen »von unten«, d.h. von den Menschen selbst entwickelt, für ein besseres Leben, nicht viel mehr technischen Fortschritt bringen – aber in den Bereichen, die für das Leben

wichtig sind (Energie, Nahrungsmittel usw.) und nicht in Rüstung, Großindustrie usw.?

Viele Innovationen von unten sind das Beste, was einer Gesellschaft passieren kann. Der Kapitalismus ist nicht deswegen erfolgreich, weil es ein paar mit dem Staat verflochtene Großkonzerne gibt, sondern weil Millionen Unternehmer, Erfinder und Innovatoren ständig Probleme lösen.

Die Statistik der Patente und Erfindungen in Deutschland weist aus: Es sind die kleinen und mittleren Unternehmen und nicht die »Saurier«, die dem Fortschritt Flügel verleihen.

Rendite mit Windkraft

Was ist Ihnen wichtig, daß es in der nächsten Zeit verwirklicht wird?

Zwei Dinge:

Erstens: Die Gentechnikrevolution in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer. Bis das Bevölkerungswachstum zirka 2050 (wie es die UNO prognostiziert) aufgehört, muss es gelingen, auf gleicher Fläche immer mehr Nahrungsmittel anzubauen, damit Wälder und Savannen gesichert werden.

Zweitens: Mehr marktwirtschaftlichen Naturschutz, besonders in Entwicklungsländern. Wenn es gelingt, den Erhalt von Naturgebieten konkurrenzfähig zu machen gegen Getreideanbau und Viehwirtschaft, dann wird der Kampf um die Artenvielfalt gewonnen.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

14

Winter 2001/02

• Schwerpunkt

Zum Interview

Jürgen K. Herrmannsdorfer ist „Macher“ von HerMerlin, die in Sachen Geldanlage berät und vermittelt. Zudem ist er am Forum Nachhaltige Geldanlagen beteiligt und als Referent bzw. Autor überall unterwegs.

Buchbesprechung

Waldemar Schindowski, Elisabeth Voß
Nachhaltiges Wirtschaften
(2001, AG Spak in Neu-Ulm, 341 S., 34 DM)
Ein umfangreiches Lesebuch mit verschiedenen Texten sehr unterschiedlicher AutorInnen. Einige von ihnen würden sich vermutlich wehren, ihre Texte unter das Banner der Nachhaltigkeit und des Wirtschaftens zu stellen. So aber lautet der Titel des Werkes – unverständlich. Denn das Buch ist kein Langweiler, sondern zeigt das ganze Spektrum unterschiedlicher Ideen auf. Etwas dünn gesät sind allerdings die grundsätzlichen Alternativen – Stefan Meretz Text zu „Nehmen statt kaufen“ ist eine der wenigen Ausnahmen. Da paßt der Titel dann doch wieder ...

Stephan Rotthaus
Grüne Geldanlagen
(2001, Falken in Taunusstein, 160 S., 29,90 DM)
Ein Buch, das vor allem für alle die geschrieben wurde, die nach allgemeinverständlichen Informationen suchen und praktische Hinweise brauchen. Hier werden verschiedene Anlageformen nach ihrer ökologischen Wirkung, ihrer Laufzeit und ihrem Risiko. Beispiele illustrieren, was mit dem Geld bewegt werden kann, wenn es richtig eingesetzt wird. Auch einige aus den normalen Verfahren ausbrechende Investitionsbereiche werden vorgestellt. Der Autor geht dabei insgesamt zu unkritisch vor – das Thema von Mitbestimmung blendet er z.B. komplett aus. Eine grundlegende Infragestellung des Prinzip, ausgerechnet den Umweltkiller „Marktwirtschaft“ als Basis zu nutzen, fehlt ebenso. Dennoch: Für praktische Tipps wertvoll.



Alf-Sibrand Rühle
Erfolgreich investieren an der Börse
(2001, Falken in Taunusstein, 192 S., 29,90 DM)
Ein Buch für alle, die das Spekulieren mit Geld als das sehen, was es ist: Ein riesiges Spiel – anders als beim Monopoly ist es jedoch mit echten und virtuellen Reichtümern organisiert. Es geht um gigantische Gewinne und Verluste ... und dennoch bleibt (fast) alles beim Alten, wenn die Kurse hochziehen oder fallen. Das Buch erklärt die Spielregeln, die verschiedenen Möglichkeiten – sehr praxisnah.



21 (Oktober 2001): Schülerfirmen
(ökom in München, 68 S., 8 Euro)
Das aktuelle Heft der umweltpädagogischen Zeitschrift mit dem Untertitel „Das Leben gestalten lernen“ befaßt sich mit Firmen, die von Schülern gegründet werden. Als „innovativer methodischer Ansatz“ wird die Idee bezeichnet, in ökonomischen Projekten die Ideen der Nachhaltigkeit zu erlernen. Offenbar gehen die AutorInnen von dem Motto aus: Was Geld bringt, behält mensch auch. Alle Beispiele, die praxisgerecht und an Beispielen beschrieben werden, arbeiten mit Geld und im offenen Markt. Alternative Ökonomie kommt in dem Heft gar nicht vor. Training für NachwuchsmanagerInnen also ...

Interview mit Jürgen K. Herrmannsdorfer

Wie stehen Sie zu dem Text (siehe Seite 10)?

Es ist für mich, wenn ich das so sagen darf, auch nach 15 Jahren Pionierarbeit auf dem ökologischen Anlagemarkt, immer eine Gratwanderung zwischen ökologischem und sozialem Nutzen, kultureller Verträglichkeit sowie ökonomischen Faktoren die für ein Projekt über Gelingen oder Mißlingen entscheidet.

Es ist zu fragen:

Wer kann, wer will für den Umweltschutz eintreten, woher kommt das Kapital, ist damit eine nachhaltige Rendite zu erzielen? Die Fragen sollten aber weiter gefasst werden.

Was tut die/der Einzelne im persönlichen Umfeld praktisch für den Erhalt oder die Regenerierung der Umwelt.

Nehmen Sie nur einfach die Bezugsmöglichkeit von „dunkelgrünem Strom“ – von allen in der Diskussion bejaht, von wenigen bezogen. – Die Diskrepanz zwischen sich langsam verändernder Anlagementalität und dem eigenen Praktizieren von „Umwelt flankierenden Verhaltensweisen“ ist extremer denn je.

Natürlich ist eine dezentrale, eine „Vor-Ort“-Versorgung unter Verwendung der regionalen Möglichkeiten wünschenswert. Es ist für mich zum ein Beispiel zu nennen, nur schwer verständlich, da in allen Regionen Deutschlands, egal wie hoch die Sonneneinstrahlung ist, der „Staat“ die Fotovoltaik fördert.

Die HerMerlin fördert und engagiert sich als Know How Träger gerade auch bei dezentral, regional angelegten Projekten. In Ländern in denen z. B. die Verbeklung der Landschaft nicht soweit fortgeschritten ist wie hier in Deutschland, haben ökologische „Insellösungen“ gute Ansatzmöglichkeiten. Derzeit stehen Projekte in Georgien, Portugal, Bulgarien oder auf den Cap Verden bei uns in der Projektierung.

Ob das von Ihnen benannte Gegenmodell funktionieren könnte, kann ich nicht sagen.

Aus meiner Erfahrung heraus muss ich dazu leider feststellen, dass auch der einzelne Mensch sich oft nur dann für eine ökologische Alternative der Energieversorgung entscheidet, wenn sie zu mindest kostenneutral zur „herkömmlichen“ gestaltet werden kann. Das St. Florian's Prinzip gilt auch hier, das Hemd ist näher als die Jacke und ein AKW in ?? ist weit weg und stört den Menschen nur bei einem medienwirksamen dargebrachten Störfall.

Dass ökologisch erzeugte Energie auf Dauer auch kostengünstiger ist (ohne

staatliche Subvention), neben den Faktoren wie aktivem Umwelterhalt oder -schutz gilt es zu beweisen – und da befinden wir uns immer noch am Anfang.

Leider werden z. B. bei der Windenergie die Projekte immer teurer. In jedem Fond werden die selben hohen Kosten für Konzeption, Bankgarantien, Vermittlungsgarantien oder -gebühren, um nur einige zu nennen, angesetzt obwohl es sich um die xte Wiederholung handelt. Durch den Steuerrückfluss werden diese overhead-kosten, bis zu 30 % des eingelegten Eigenkapital „kompensiert“. Für mich sind – und ich habe einige Projekte durchgerechnet – die meisten Windfonds grüne Bauherrenmodelle...

Es ist eine Organisation zur Förderung nachhaltiger Geldanlagen in der Entstehung. Was sind die Ziele? Und: Gehört die Entwicklung von Akzeptanz-/Beteiligungskriterien dazu?

Die Aufgaben die der Verein sieht:

- Förderung der Akzeptanz der „grünen“ Geldanlage
- Kriterien der Nachhaltigkeit zu verfeinern, also neben ökologischen auch sozial und kulturell beachtenswerte Faktoren neben ökonomischen Kriterien zu formulieren und als Katalog Initiatoren, Investoren und engagierten Gruppen zur Verfügung zu stellen.
- Bereitstellung von Know How und die aktive Mitarbeit bei politischen Entscheidungsprozessen

Auch hier stehen wir am Anfang der Diskussion. Neben vielen kleinen ökologisch aktiven Gesellschaften sind mittlerweile auch einige Banken Mitglied geworden. Auf diesen jetzt entstehenden Diskussionsprozess bin ich sehr gespannt.

Welche weiteren Entwicklungen erwarten Sie für die kommenden Monate und Jahre?

Viele der als hochökologisch verkauften Anlagen haben nicht halten können, was bewußten AnlegerInnen versprochen wurde. Viele der Gesellschaften sind auf Subventionmärkte ausgerichtet, die es irgendwann nicht mehr geben wird, dann könnte es heißen, die „Gut-Menschen“ haben auf Sand gebaut.

Ökologie ist hoch ökonomisch, aber das erfordert Managementleistung, durchdachte Strategien und wohl überlegte Kostenstrukturen die mir in vielen sogenannten ökologischen Gesellschaften fehlen.

Nach der irrationalen Entwicklung in 1999/2000 erwarte ich wieder ein bewussteres Umgehen mit ökologischen Anlagen. Die ökologische Kapitalanlage ist eben nicht nur Kapitalanlage sondern birgt auch die Chance für einen anderen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Kapitalmitteln.

Die „Ö-Punkte“ unterstützen!

Mit einer **Spende** verhindern helfen, daß die Welt zur **Ware** wird!

Für die „Ö-Punkte“, damit sie auch weiterhin (und immer besser!) als unabhängiges Sprachrohr für konsequenten Umweltschutz und eine herrschaftsfreie Gesellschaft eintreten können. Das Konto:

„Ö-Punkte“, Nr. 92882004

Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00

Spendenbescheinigungen können auf Anfrage ausgestellt werden – wichtiger sollte Euch aber die politische Wirkung sein! Herzlichen Dank!

Wie wirkt der Markt?

Der Markt wird häufig als etwas Neutrales gewertet. Auch die meisten politischen Gruppen versuchen immer wieder, den Markt zu zähmen, ihn zu einem Ort von sozialer und ökologischer Wende zu machen. Ökosteuern sollen Rohstoffe sparen helfen, Chemikalien- oder Abfallabgaben sollten früher diese Stoffe eindämmen – auch die aktuell gefeierte Tobin Tax dient einem solchen Ziel (Vermeidung von schnellen Devisenspekulationen soll den Markt weniger krisenanfällig machen). Ethische Geldanlagen, also die Idee, Gelder umzulenken für das „Gute“ in der Welt, gehören auch zu diesen Versuchen.

Vorhandenes Geld aus unmenschlichen und umweltzerstörenden Projekten und Firmen herauszunehmen, ist in jedem Fall und immer richtig. Geld bedeutet Möglichkeiten des Handelns. Wer viel davon hat, kann auch viele seiner Ideen umsetzen – und das ist im Falle von Atom-, Rüstungsfirmen, Gentechnik, Chemie- und Agro-Industrie usw. nichts Gutes. Doch daraus den Schluß zu ziehen, das Geld in „bessere“ Projekte zu stecken, dafür dann mit viel Mühe Kriterien der Glaubwürdigkeit festzulegen und ihre Einhaltung zu kontrollieren (oder auch nicht ...), ist nicht so zwingend, wie es immer dargestellt wird. Denn alle genannten Wege übersehen das, was die Logik des Marktes bedeutet: Der Markt ist ein anonymes, auf Konkurrenzprinzipien aufgebautes System, das von den Nationalstaaten, regionalen und globalen Institutionen (von der WTO über die Nato bis zum Verkehrspolizisten oder dem Gewerbeamt vor Ort) aufrechterhalten und auch dann noch durchgesetzt wird, wenn die Menschen gegen ihre Ausbeutung Widerstand leisten. Der Castor-Transport ist ein gutes Beispiel: Er dient dem Profit in der Konkurrenz von Firmen und verschiedenen Energieträgern. Der Staat setzt ihn durch – Markt und Staat sind ein nicht trennbares Gebilde.

Für ethische Geldanlagen heißt das nun, daß sie ebenfalls den Logiken des Marktes unterworfen sind, wenn sie sich darauf einlassen. Und die sind alles andere als „ethisch“. Ein Windrad oder eine Solaranlage kann gut sein. Im Markt tritt sie konkurrierend zu anderen auf. Darin kann sie nur bestehen (profitabel sein), wenn sie die Faktoren Natur und Mensch zeit- und ko-

stenmäßig marginalisiert, d.h. unwichtig bis überflüssig macht. Das heißt: Eine Windanlage ist immer noch besser als ein Atomkraftwerk, aber der Markt sorgt dafür, daß die ErrichterInnen immer mehr zu unmenschlichen und ökologisch bedenklichen Durchsetzungsformen, Standorten und Produkten neigen. Der Markt führt also überall zu den maximal profitablen und deswegen meist maximal ausbeuterischen und umweltbelastendsten Formen. Das ist ein Gesetz des Marktes. Darüber kann die verschleiende Öffentlichkeitsarbeit der Firmen, die im Markt agieren, nur hinwegtäuschen – ändern kann sie es nicht.

Deshalb wären andere Wege besser. Geldflüsse umleiten ist einer davon – aber raus aus dem Markt. Direkte Geldanlage in selbstorganisierten Projekten, wo die Menschen selbst planen, entscheiden, organisieren. Oder Formen von gemeinsamer Ökonomie, Aufhebung von Eigentum, kollektive Lösungen, Energieversorgung von unten, Direktvermarktung im gemeinsamen Besitz. Dort können Marktlogiken ganz oder teilweise aufgehoben werden und die ideellen Ziele bzw. der Wille zu einem schöneren Leben ohne Zwang zum Profit zum Ausdruck kommen. Das alles spielt zur Zeit beim „Grünen Geld“ keine Rolle. Stattdessen sind grüne Geldanlagen zum Teil des Turbo-kapitalismus geworden – schneller-höher-weiter, wachse-oder-weiche, shareholder-value. Die Wallstreet ist auch für „Ökos“ längst zum Maßstab geworden. Das Ende ist jetzt schon absehbar: Riesige Öko-Anlagen mit maximalem Profit und hoher Umweltbelastung. Die Aktien im Besitz der, die ohnehin viel Geld haben und über die hohen Kursgewinne im „grünen Geldbereich“ noch reicher werden. Ist das das Ziel?

*Mit der Sonne
Geld verdienen.*

Interview mit Oliver Storz:

Wie stehen Sie zu dem Text (siehe Seite 10)?

Mein Eindruck: Ein etwas verworrener ideologischer Rundumschlag gegen das „Profitdenken“, der am Ende bei einem geradezu rührenden „Gegenmodell“ landet, in dem die Menschen – friedlich wie Schafe – in einer Idealwelt leben: „Jedes Dorf, jeder Häuserblock usw. produziert die eigene Energie aus Sonne, Wind ... Sie organisieren ihre Versorgung und ihren Austausch mit anderen selbst.“ Wo die Solarmodule bzw. Turbinen zur Stromerzeugung herkommen, bleibt das Geheimnis des Autors. Wer die Investitionen finanziert, aus welchem Antrieb heraus und nach welchen Prioritäten, ebenfalls.

Zentral im Hinblick auf das Thema grünes Geld erscheint mir aber die Behauptung, „die AkteurInnen“ würden „immer mehr in die Logik des Profitdenkens gedrängt, in der Umweltschutzgesichtspunkte am Ende keine Rolle mehr spielen.“ Mit anderen Worten: Das Streben nach wirtschaftlichem Erfolg wird früher oder später zum Selbstzweck. Ich würde die unterstellte Zwangsläufigkeit einer solchen Entwicklung verneinen, obwohl sich über dieses Thema natürlich trefflich streiten lässt. Bezeichnenderweise setzt diese Diskussion aber am falschen Ende an. Zuerst muss man sich doch fragen, ob der Aufbau nachhaltiger Strukturen ohne wirtschaftliche Anreize überhaupt in Gang kommen kann? Meine Antwort ist ein klares Nein.

Sie gelten als Kritiker einer Orientierung allein auf umweltbewusste Zielgruppen? Sollen Öko-Geldanlagen direkt mit konventionellen konkurrieren?

Ja. Nur so kann es gelingen, genügend Mittel für Investitionen in grüne Unternehmen und Projekte freizusetzen. Dieser Schritt ist im Übrigen schon vollzogen, Aktien börsennotierter Öko-Unternehmen wurden letztes Jahr von einer breiten AnlegerSchicht „entdeckt“, und Windpark-Beteiligungen sind längst auch bei konventionellen „Steuersparern“ salonfähig. Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Wirtschaft unter Berücksichtigung langfristiger Versorgungs- und Umweltziele in die richtige Richtung läuft, d. h. dass beispielsweise die erneuerbaren Energien eine echte Chance erhalten. Das ist mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz tatsächlich geschehen. Den Rest soll der Wettbewerb regeln, auch am Kapitalmarkt.

Werden Ökoprojekte und -angebote dann nicht automatisch dem massiven Druck des Marktes nach niedrigen Kosten unterworfen, was eine Ursache der Ausbeutung von Mensch und Natur ist?

Die Annahme ist richtig, die Schlussfolgerung falsch. Unter der Voraussetzung fairer Rahmenbedingungen (s.o.) führt Wettbewerbsdruck zu Effizienzsteigerun-

gen und damit zur Reduktion von Ressourcenverschwendung. Das kommt letztlich auch Mensch und Natur zugute.

Was ist Ihnen wichtig, daß es im Bereich „Grünes Geld“ in der nächsten Zeit verwirklicht wird?

Gerade im ethisch-ökologischen Bereich erscheint mir aber die Gefahr besonders groß, daß über der guten Absicht die kritische betriebswirtschaftliche Bewertung der Beteiligungsangebote vernachlässigt wird. Dies gilt nicht nur für Anleger, sondern auch für Multiplikatoren wie beispielsweise Journalisten, die – betriebswirtschaftlich oft völlig ahnungslos – über grüne Geldanlagen schreiben. Nachhol- bzw. Entwicklungsbedarf sehe ich deshalb insbesondere beim professionellen „Aktien-Research“ in der Ökobranche. Ansätze sind bereits erkennbar, auch in den Investmentabteilungen konventioneller Banken. An Anleger kann ich nur appellieren, Angebote vor einem Investment sorgfältig zu prüfen und sich ggf. von fachkundiger Seite beraten zu lassen.

Zum Interview

Oliver Storz
Investition und
Umwelt in Aachen

Mehr "Ö"s in dieser (um)Welt!

Wir brauchen 20x 1000 DM oder 40x500 DM zum Überleben!!!

Winter 2001/02

●Schwerpunkt

15



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

16

Winter 2001/02

• Schwer-
punkt

Ethische Geldanlagen

Rentabel, ökologisch und akzeptiert!

Vorweg I: Es geht bei diesen Kriterien nicht in erster Linie um die Firmen selbst, sondern um die Projekte, die von ihnen umgesetzt werden. Die Kriterien müssen also bei den konkreten Projekten angewendet werden – es geht nicht um die Mitbestimmung in den Firmen, sondern um die bei deren Projekten zwischen Firma/Projekte und den außenstehenden Menschen.

Wenn es um Geldanlage bei Firmen oder in Aktienfonds geht, bietet sich die Möglichkeit, verbindliche Selbstverpflichtungen der Firmen zur Förderung der Mitbestimmung bei den von ihnen umgesetzten Projekten zu benennen.

Vorweg II: Der Faktor einer demokratischen Akzeptanz von Projekten und Firmen muß ähnlich wie der einer glaubwürdigen ökologischen Umsetzung behandelt werden, d.h. zum einen als notwendiger, wichtiger Baustein emanzipatorisch-ökologischer Betriebe und Projekte, zum anderen als Faktor der Öffentlichkeitsarbeit: Die Erfüllung von Kriterien, d.h. die Umsetzung von Projekten „von unten“ muß offensiv beworben werden, um die Ideen der Demokratisierung von Projekten als positives Element durchzusetzen. Dadurch können gesellschaftliche Kategorien geschaffen werden, die den demokratisierten Projekten Vorteile verschaffen.

1. Akzeptanz (statt Durchsetzung)

Für alle Projekte im Umweltschutz gilt nicht mehr der Profit als Ziel, sondern die Akzeptanz durch die Menschen. Voraussetzung für ein Projekt ist, daß es von den betroffenen Menschen aus ihrem Willen und ihren Bestimmungsmöglichkeiten heraus entwickelt wurde und umgesetzt wird.

Konkrete Kriterien:

- Es werden Beteiligungsstandards erarbeitet, nach denen ein Projekt eingestuft wird. Als Mindeststandard könnte die Beteiligung nach § 3 Bundesbaugesetz angesehen werden – auch dann (freiwillig), wenn diese tatsächlich nicht vorgeschrieben ist. Sinnvoll wäre zudem die Formulierung „gehobener Standards“ von Beteiligung.

- Besondere Beteiligungsformen sollten für Menschen und Gruppen, z.B. Umwelt- oder soziale Gruppen, geschaffen werden, die eine kontinuierliche Mitarbeit anstreben würden.

- Neben den Beteiligungsverfahren ist auch der Beteiligungszeitraum wichtig. Als positiv kann nur gelten, die Menschen im betroffenen Gebiet bereits im Planungszeitraum umfassend zu beteiligen.

- Eine besonders positive Einstufung wäre dann vorzunehmen, wenn die Menschen im betroffenen Gebiet selbst zu den TrägerInnen des Projektes würden, also formal (als Mitglieder, Genossinnen, AnteilseignerInnen u.ä.) zu Durchführenden werden.

- Diese Kriterien gelten global, es werden keine Unterschiede in den Beteiligungsstandards in Regionen Deutschlands oder Ländern des Südens gemacht. Hierin steckt ein „Sprengstoff“, der sehr schnell zu einer breiten Debatte und zu einer bemerkenswerten positiven Wirkung der mitbestimmungsorientierten Projekte wird.

2. Transparenz und Ansprechbarkeit (statt Phrasen und Show)

Echte Bilanzen zu den Zielen, die eben nicht Profit, sondern Demokratisierung, Beteiligung und Umweltschutz heißen, müssen kontinuierlich die Geschäftsberichte ausfüllen. Füll- und Modewörter, PR-Kampagnen bis hin zu ökomodernisierter Marktwirtschaft sind kein Aktionsfeld für Umweltfirmen – stoppt die Verwendung der intransparenten Begrifflichkeiten wie Agenda, Nachhaltigkeit, Öko-Audit, Effizienzrevolution usw.

Transparenz und konkrete Beteiligung (siehe Punkt 1) gehören eng zusammen.

Konkrete Kriterien:

- Offenlegung aller Daten (jederzeitige Einsichtnahme möglich).

- Gesonderte Untersuchungen zu Umwelt- und sozialer Verträglichkeit.

- Einrichtung einer gut erreichbaren Stelle in der betroffenen Region, wo Informationen, Beteiligungsmöglichkeiten usw. abgefragt sowie eigene Ideen eingebracht werden können.

3. Direkte Ökonomie (statt Anonymität des Marktes)

Geld ist Macht. Anonyme Geldanlagen in der Hand anderer, die damit wiederum Geld machen sollen (Rendite), stellt einen Machtfaktor ohne Bindung an die konkreten Entscheidungen von und zwischen Menschen dar. Das unterhöhlt direkte Verantwortung und die Unmittelbarkeit von Handeln. Zukünftig müssen Firmen GeldgeberInnen bzw. alle, die Kapital in Form von materiellen oder geistigen Werten bereitstellen, in ei-

nen direkten Kontakt zu denen bringen, die damit agieren.

Konkrete Kriterien:

- Bewertet werden muß, inwieweit die Menschen in der betroffenen Region bzw. die ins Auge gefaßten „KonsumtInnen“ in einem direkten Verhältnis zur Firma bzw. zum Projekt stehen. Ziel wäre, eine direkte Beziehung zu schaffen, d.h. den Markt als Zwischenebene auszuschalten – Strom von einer Energieanlage direkt an die AnteilseignerInnen oder feste AbnehmerInnen, die gleichzeitig mitbestimmen; Nahrungsmittel vom Biohof direkt an Menschen in der Umgebung, die wiederum mitbestimmen, was und wie angebaut wird usw.

- Ziel ist, mit jedem Projekt (Produkte, Energie, Dienstleistungen) vorrangig die Menschen in der betroffenen Region zu versorgen bzw. Projekte auch dort anzusiedeln, wo die Menschen dieses wünschen und „Nachfrage“ vorhanden ist.

- Geldanlage, Mitbestimmung und Konsum müssen im Verhältnis zwischen Firma/Projekt und den Menschen in der betroffenen Region möglichst stark zusammen entwickelt werden.

4. Bedürfnis und Willen (statt Bewerbung im Markt)

Wer für den Markt produziert, schafft Werte ohne ein Wissen von Bedarf. Diese Werte müssen im Markt beworben werden, um wieder zu Geld zu werden. Damit unterwerfen sich Firmen den Gesetzen des Marktes. Diese diktiert ständig höhere Werbeausgaben, Konkurrenzen und Kosteneinsparungen bei den Faktoren Mensch (Arbeit) und Natur (Rohstoffe, Umweltbelastung). Um diese Logik zu durchbrechen, müssen Produkte und Projekte jeweils an konkreten Bedürfnissen konkreter Menschen oder der von ihnen gebildeten Organisationen ausgerichtet sein.

Konkrete Kriterien:

- Bewertung, wieweit produzierte Güter, Energie u.ä. für einen unbekanntenen Markt oder für eine greifbare Nachfrage entstehen (ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Zusammenhang).

- Die „Nachfrage“ in der Region muß vor der Planung eines Projektes ermittelt werden.

5. Kooperation statt Konkurrenz

Im Markt herrscht Konkurrenz. Gefragt aber ist Kooperation, das Sich-Ergänzen und die Orientierung am Zweck, nicht am Profit.

Konkrete Kriterien:

- Entwicklung kooperativer Arbeitsformen z.B. mit anderen Firmen in der betroffenen Region oder mit Einzelpersonen (VerbraucherInnen, LandwirtInnen usw.)

- Einbindung interessierter Fachpersonen oder z.B. Umweltgruppen in die Projekte, Beiräte bei Firmen u.ä.

6. Autonomie statt Abhängigkeit

Viele Betriebe sind abhängig von Zuschüssen, Krediten, Rückversicherungen usw. Sie haben sich auf die Logiken der herrschenden Wirtschaftssysteme eingelassen. Stattdessen müssen Firmen ihren Rückhalt in den Menschen finden, die ihre Arbeit unterstützen und die Existenz der Firmen wollen. Ohne diesen Willen kann es keine Ökonomie von unten geben.

Konkrete Kriterien:

- Transparenz über alle beteiligten juristischen Personen an Firmen und Projekten sowie die bestehenden oder entstehenden finanziellen Abhängigkeiten samt ihrer Konsequenzen.

- Bewertung der Höhe des Anteils finanzieller Beteiligung von Menschen und Gruppen aus der betroffenen Region, aus dem Themenbereich usw. sowie ihrer Mitsprachemöglichkeiten.

Satte Renditen
mit Umweltaktien

Interview mit Gérard Jänichen

Wie stehst Du zu dem Text (siehe Seite 10)?

In unsere Gesellschaft ist es nun mal leichter die meisten Menschen über eine Rendite zu Umweltschutz zu bewegen. Diese sollte sich dann auch in Geld und nicht nur in einem guten Gewissen oder Prestige ausdrücken, damit geben sich die wenigsten zufrieden.

Du kennst viele Firmen in der Branche. Ist das Thema da überhaupt in der Diskussion?

Da in unsere derzeitigen Wirtschaftsordnung immer wieder Investor Relations gefordert wird, sind die meisten Unternehmen auch aus dem grünen Bereich im Zugzwang, selbst wenn sie anders wollten, was jedoch eher die Ausnahme ist.

Welche weiteren Entwicklungen im Bereich Grünes Geld erwartest Du für die kommenden Monate und Jahre?

Die aktuellen Ereignisse in den USA bewegt viel Menschen sich über ihr eigenes Handeln und das unsere Gesellschaft Gedanken zu machen. Als Ergebnis erhoffe ich mir eine bedachtere Umgehensweise mit den uns von der Natur gegebenen Ressourcen und ein menschlicheres Miteinander.

Was ist Dir wichtig, daß es in der nächsten Zeit verwirklicht wird?

Ein Umdenken im Verhalten mit den Mitmenschen und ein reduzierteres Konsumverhalten auch der Natur gegenüber.

Zum Text

Vorschläge für Ziele und Kriterien der Akzeptanz und Mitbestimmung bei ökologischen Projekten.

Die Forderungen wurden vom Institut für Ökologie im Januar 2001 zur Messe „Grünes Geld“ aufgestellt und dort vorgelegt. Eine Diskussion darüber wurde von den meisten GeldanlagevermittlerInnen ebenso abgelehnt wie von den OrganisatorInnen der kommenden Messe im Februar in Hannover (auf der Capital World!).

Zum Interview

Gérard Jänichen
Ökologische Vermögensberatung
Mengenicher Str. 31
50767 Köln
Tel 0221 / 534 75 06
Fax 0221 / 534 75 08
Mobil 0171 401 58 30
Mail info@gjaenichen.de
Web www.gjaenichen.de

7. Mitbestimmung in Firmen (statt Chefentscheidungen)

Nicht nur das einzelne Projekt muß auf dem Willen von Menschen basieren – und nicht auf der Hoffnung auf Profit. Auch die Firmen selber müssen Experimentierfeld von Mit- und Selbstbestimmung sein. Materielle Werte, Gebäude, Plätze und Flächen gehören in die Hand vieler, die

die Idee mitfragen und gestalten. Statt Aktiengesellschaften und Genossenschaften, die vor allem dem Zweck dienen, Kapital zu schaffen, müssen echte Demokratisierungen her – zudem eine hohe Transparenz. Dabei darf das Stimmrecht nicht von der Anlagehöhe abhängen, denn das würde Geld wieder stärken.

Konkrete Kriterien:

- Bewertung der Demokratisierung von Entscheidungen zu Projekten bzw. innerhalb von Firmen, sowohl der MitarbeiterInnen in Firmen wie auch der Menschen in den betroffenen Regionen an konkreten Projekten oder Firmenansiedlungen.

- Kollektive Firmenstrukturen sind zu bevorzugen und zu benennen.


Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

●Schwerpunkt

17

Fair(er) Handel(n)

kann auch heißen. Geld bei **Oikocredit** anzulegen:
Zum doppelten Nutzen der
ProduzentInnen.

Ab 200 Euro können Sie
diese konkrete Nord-Süd-
Solidarität praktizieren.



Michael Reinert, Geschäftsführer
Fair Trade e.V., Wuppertal

Oikocredit, Westdeutscher Förderkreis
Adenauerallee 37, 53113 Bonn
Tel.: 02 28 / 9 25 97 39
www.oikocredit.org/de

Oikocredit - fairer GLOES



Weiterführende Informationen

Umweltschutz-von-
unten im Internet:
<http://go.to/umwelt>
Ökostrom-von-unten
im Internet: <http://move.to/oekostrom>
Debatten, Aktionen
sowie Infomaterialien,
Bücher usw. über die
Versandliste der Pro-
jektwerkstatt: www.projektwerkstatt.de

Interview mit Jörg Blunk

Nur als Kunde am Spiel beteiligt

Wie stehst Du Text (siehe Seite 10)?

Positiv, und zwar im Sinne einer Basis für weiterführende Debatten. Mit den Begriffen »Schutz der Umwelt«, »Umweltschutz« habe ich Schwierigkeiten. Wir sitzen als Gattung auf einem relativ schmalen Seitenarm von Natur/Evolution und berühren mit unseren Aktivitäten und Eingriffen nur eine ziemlich schmale Oberfläche ihrer Komplexität. C. Spehr (»Die Ökofalle«) hat ja schon vor einigen Jahren aufgeräumt mit dem großwahn-sinnigen und zutiefst patriarchalen Bild von »Natur«, die durch menschliche Verantwortung erhalten werden müsse, da sie sonst zugrunde gehe. Mir konnte auch noch niemand die Frage beantworten: Wie hätte es »die Natur« denn gerne? Welches Verhältnis von Kohlendioxid und Sauerstoff wäre ihr denn angenehm? Hat sich »die Natur« vor Millionen Jahren, als nur Einzeller die Ozeane bevölkerten, unvollkommener gefühlt als heute? Wir können »die Natur« nicht kaputt machen. Unsere Lebensbedingungen bzw. uns selbst allerdings schon.

Inzwischen bevorteilen viele menschliche Veränderungen der Natur die Reichen auf Kosten der Armen, den Norden auf Kosten des Südens, die heute lebenden auf Kosten künftiger Generationen.

Ich bin mir aber nicht sicher, ob es da irgendwo eine faßbare Interessengruppe gibt, von der das alles ausgeht, von der »Umweltschutz« gegen Menschen ausgespielt wird. Die Dinge liegen wohl tiefer.

Foucault spricht davon, daß es nicht die Menschen sind, die ihr Geschick bestimmen sondern eine Normierungs- oder Disziplinarmacht die in Strukturen eingeleget ist, denen wir fast blind unterworfen sind.

Deshalb müssen andere Rahmenbedingungen geschaffen werden, ähnlich einer Arena, bei der im Spiel die beste Lösung erkundet wird. Das kann das heutige System in seiner Festgefahrenheit nicht schaffen.

Es ist zu sehr zentralisiert und schränkt durch die wirtschaftlichen Spielregeln zu sehr ein – in dem Sinne, daß der Mensch sozusagen nur als Kunde am Spiel beteiligt ist, aber wenn er kein Geld mehr hat, sich eigentlich aus der Arena verabschiedet.

Insofern hat Nachhaltigkeit nicht nur damit zu tun, die Tragfähigkeit irdischer Ökosysteme nicht zu überfordern – sondern auch die soziale Tragfähigkeit zu erhalten, gesellschaftliche Systeme nicht auseinanderdriften zu lassen.

Dabei geht es nicht um einen gesellschaftlichen Zusammenbruch als Grundlage für eine neue Entwicklung. In der Naturwissenschaft gibt es die Erkenntnis, das gekoppelte chaotische Systeme von sich aus wieder zu einer bestimmten Ordnung führen. Man kann Instabilitäten als furchtauslösende, weil unkontrollierte Momente ansehen – aber auch als Beförderer von Flexibilität.

Richtig ist, soziale Innovationen sind viel, viel schwieriger im Vergleich zu technisch-wissenschaftlichen durchzuführen. Letztere Beruhen auf dem Verständnis von Dingen, die wir praktisch schon rational erfassen können. Bei gesellschaftlichen Errungenschaften ist das nicht der Fall. Trotzdem ist ein Vorankommen beim Umbau unserer Lebensformen überlebensnotwendig. Es wird von den Leuten selbst ausgehen. Davon, daß sie merken, so kann es nicht weiter gehen. Sie wissen selbstverständlich, daß es um ihr eigenes Überleben geht. Es sind die vielen kleinen Taten von Menschen, die letztes Endes für die Zukunftsfähigkeit wichtig sind.

Du kennst viele Firmen in der Branche. Ist das Thema da überhaupt in der Diskussion?

Nein.

Wir bringen nachhaltige Größe in Ihr Investment.

Wie verhalten sich die KundInnen – gucken die nur aufs Geld oder fragen die gezielt nach ökologischen, sozialen und Mitbestimmungskriterien? Wenn ja – was sind deren wichtigsten Themen?

Unterschiedlich. Wir haben drei große Gruppen von Interessenten. Den Kriterien-Orientierten ist vor allem wichtig, daß keine Aktien von AKW-Betreiber, Rüstungs- oder Ölkonzernen im Fonds enthalten sind. Dafür sind sie auch bereit, auf ein paar Prozent Ertrag zu verzichten.

Dann gibt es die große Gruppe, denen der Umweltaspekt ihres Investmentfonds schon wichtig ist. Andererseits orientieren sie sich aber an marktüblichen Performancezahlen. Die dritte Gruppe hat weder mit Ökologie noch Ethik was am Hut. Die sehen einfach, daß mit Umwelttechnologiefonds Geld zu verdienen ist, also gehen sie da rein.

Im Grunde geht es ja bei »grünen« Investmentfonds um das Vorhandensein/Nichtvorhandensein von Ausschlusskriterien (Rüstungsproduktion, Gentechnik, Tierversuche usw.) Was eigentliche Mitbestimmungskriterien angeht, z.B. die Analyse der Tagesordnung von

Hauptversammlungen bzw. die Wahrnehmung von Stimmrechten auf den Hauptversammlungen der Unternehmen, die im Fonds enthalten sind – da stehen wir noch ganz am Anfang.

Was ist Dir wichtig, daß es in der nächsten Zeit in diesem Bereich verwirklicht wird?

Es wird Zeit, daß wir Wege und Methoden finden, die sozial-ökologische Orientierung von Investmentfonds neutral zu vergleichen. Was da im Moment läuft, ist sowohl für die Anlageinteressenten als auch für uns als Fondshändler/Fondsberater schlicht unbefriedigend.

Zum Interview

Jörg Blunk

Ex-Geschäftsführer der Umweltsecur in Berlin, weiterhin in der Fondsberatung und Entwicklung von Kriterien tätig. Aktiv in der Stiftung „Freiräume“.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

18

Winter 2001/02

Schwerpunkt

Studie des Öko-Instituts

Umweltfonds im Vergleich

Im Jahr 2000 erschien eine Studie des Öko-Instituts zur Qualität von Umweltfonds, also der Sammlung von Beteiligungen an Unternehmen. Die Zusammenfassung ist im folgenden abgedruckt.

Das Öko-Institut e.V. hat die in Deutschland zugelassenen 15 Umweltfonds untersucht und vergleichend bewertet. Analysiert wurde die Auswahl und Bewertung von Unternehmen und anderen Anlagemöglichkeiten unter ökologischen und sozialen Aspekten. Ziel war es, einerseits mehr Transparenz für potenzielle Anleger zu schaffen und andererseits den Stand der Entwicklung in diesem Bereich festzustellen, um die Weiterentwicklung von Umweltfonds durch eigene Arbeiten zu fördern.

Umwelt-Investmentfonds sind eine Geldanlage, die dem Anleger bereits mit kleinen Beträgen eine Anlage in Wertpapiere nach dem Prinzip der Risikoverteilung ermöglichen. Das Fondsvermögen wird in Aktien verschiedener Branchen und Länder investiert, so dass durch die breite Streuung das Risiko für den Anleger geringer ist, als wenn er direkt in ein einzelnes Unternehmen Aktien investieren würde. Bei den meisten Umweltfonds handelt es sich um reine Aktienfonds. Die anderen sind Mischfonds, die auch Schuldanleihen von Unternehmen und Ländern aufnehmen. Ende 1999 wurden in den in Deutschland zugelassenen Umweltfonds insgesamt 1,16 Milliarden Mark investiert. Der Anteil der Umweltfonds am gesamten Fondsvermögen beträgt bislang etwa 0,15 Prozent, mit steigender Tendenz.

Beim ökologischen Vergleich der Umweltfonds wurden fünf Bereiche bewertet:

- Einhaltung von Ausschlusskriterien für die aufzunehmenden Unternehmen (Rüstung, Kernenergie, Gentechnik in der Landwirtschaft),
- angemessene inhaltliche (ökologische und soziale) Bewertung,
- nachvollziehbares Bewertungsverfahren,
- adäquate Bewertung der Produkte,
- Transparenz für den Anleger.

Das Ergebnis: Es gibt eine Reihe empfehlenswerter Ökofonds wie etwa Ökovicision, Sarasin ValueSar oder UBS Eco Perform. Schlechter schnitten dagegen alle Umwelttechnologiefonds ab. Bei ihnen blieb das Bewertungsverfahren häufig unklar und unzureichend.

Die meisten Fonds setzen auf Großunternehmen (Blue Chips), die nach dem „best in class Prinzip“ im Vergleich zu ihren Wettbewerbern als „Ökoleader“ oder als „ökoeffizienter“ eingeschätzt werden. Der Ökovicisionfonds der Ökobank setzt dagegen vorwiegend auf überzeugte Pionier-Unternehmen, die gezielt umwelt- und sozialverträgliche Technologien entwickeln. Einige Fonds stufen sich selbst als „Nachhaltigkeitsfonds“ ein, sie bewerten zunehmend auch soziale, ethische oder kulturelle Aspekte. Allerdings ist die Entwicklung von Bewertungskriterien im Vergleich zu denen im Umweltbereich noch am Anfang und die erforderlichen Informationen können häufig von den Unternehmen gar nicht geliefert werden. Auch wenn einige Unternehmen sich bemühen, ihre Aktivitäten an den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu orientieren, kann noch nicht davon gesprochen werden, dass es heute schon „nachhaltig“ operierende Großunternehmen und damit eine Basis für Nachhaltigkeitsfonds gibt. Perspektivisch wird sich das ändern, und die Fonds sind hier ein wichtiger Motor dieser Entwicklung.

Bei den „Nachhaltigkeitsfonds“ schnitten die Fonds schlecht ab, die nach den Kriterien des Dow Jones Sustainability Group Index der SAM Group Zürich zusammengestellt werden (beispielsweise Oppenheim Topic DJ Sustainability). Hier fehlen explizite Mindest-Ausschlusskriterien. Darüber hinaus ist die Zusammensetzung der Fonds für den potenziellen Anleger noch nicht transparent.

Bei den angelegten Umweltkriterien der Fonds liegt der Schwerpunkt der Erhebung bei Fragen zu Umweltstrategie, Um-

weltmanagement und Standort/Prozessen (meist 70 bis 80 Prozent der Gewichtung). Die Produkte oder Dienstleistungen der Unternehmen werden unzureichend bewertet, obwohl die Produkte meist die „größten Emissionen“ der Unternehmen darstellen. Dies ist allerdings nicht dem Unwillen der Umweltfonds-Manager anzulasten. Es fehlt bislang schlicht am geeigneten Handwerkszeug, um die große Produktvielfalt etwa von Großunternehmen seriös bewerten zu können.

Interessant ist die Gewichtung einzelner Branchen bei den Fonds. Einige Branchen werden zwar explizit oder implizit ausgeschlossen, zum Beispiel Rohstoffgewinnung, Grundstoffchemie oder Automobilindustrie. Als gesamtwirtschaftliche Strategie ist das eher zweifelhaft, aber hier reagieren die Umweltfonds offensichtlich auf vermutete Kundenwünsche und Kundenaversionen. Umgekehrt werden auffällig viele Telekommunikationsunternehmen in die Umweltfonds aufgenommen. Zum einen, weil diese per se als dematerialisierte saubere Unternehmen gelten, zum anderen, weil sie sich an der Börse vergleichsweise gut entwickeln und damit die Performance der Umweltfonds anheben. Nach Untersuchungen des Öko-Instituts kann jedoch von einer Dematerialisierung durch Telekommunikation keine Rede sein. Die möglichen ökologischen und sozialen Folgen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und deren Anwendung sind bisher noch unzureichend untersucht worden.

Der Anteil der Umweltfonds am Anlagevermögen ist derzeit noch gering. Trotzdem sind erste indirekte Effekte bei den Unternehmen zu verzeichnen. Direktere Wirkungen auf Großunternehmen könnten drei Entwicklungen befördern: Erstens nehmen Umweltfonds in ihrer Bedeutung bei Privatanlegern deutlich zu. Zweitens strahlen die Umweltfonds zunehmend auf institutionelle Anleger wie Pensionskassen, Lebensversicherungen und Kirchen aus. Und drittens reagieren die Unternehmen schon aus Imagegründen hochsensibel auf die Aufnahme in einen Umweltfonds – erst recht auf einen Ausschluss.

Weiterentwicklungsbedarf der Fonds besteht im Besonderen bei der Bewertung von Produkten, Produktportfolios und Branchen, bei der Integration von sozialen und ökonomischen Kriterien und bei der ökologischen Analyse neuerer Technologien (z.B. Informations- und Kommunikationstechnologien) und der Forschung und Entwicklung der Unternehmen.

Zur Studie

Umweltfonds im Vergleich (2000, Öko-Institut in Freiburg, 48 S., 39 DM) Es geht ums Geld (nicht nur beim Preis des Heftchens, der ungewöhnlich hoch ist – jede Seite fast eine Mark) – ein kritischer Blick hinter die Kulissen der Umweltfonds. Dargestellt werden die Bewertungskriterien des Fonds und die Ergebnisse. Im Anhang ist der Bewertungsbogen abgedruckt – und das Ergebnis des Öko-Tests von Umweltfonds. Die Kurzfassung des Büchleins aus der Öko-Instituts-Werkstattreihe findet sich als Text in diesem Schwerpunkt. Bezug: Postfach 6226, 79038 Freiburg.

Hinweis

Die Werbeproschüren stammen ausnahmslos aus Werbeproschüren der Grün-Geld-Branche.

„Wir glauben an den Markt“

Ergebnisse des Ökotests zu Umweltfonds

(siehe Text rechte Seite)

Wer?	Was?	Kein Ausschluss von ...	Transparenz?	Gesamt (0-5 Sterne)
Credit Suisse	CS EF (Lux) Evo Efficiency	Gentec, Chemie	Keine Infos über Firmen	•••
BfG (aufgekauft)	Luxinvest OekoLux	–	Keine kontinuierliche Kontrolle	••••
BfG (aufgekauft)	Luxinvest OekoRent	–	Keine kontinuierliche Kontrolle	••••
Migrosbank	Mi-Fonds Eco	Chemie	o.k.	••••
Sal. Oppenheim	topic DJ Sustainability	Atomkraft, Gentec, Chemie ...	Keine Infos über Firmen	••••
Sarasin	OekoSar Portfolio	–	o.k.	••••
Sarasin	ValueSar Equity	–	o.k.	••••
Swissca	Green Invest	Chemie	o.k.	••••
UBS	EF-Eco Perform	Chemie	o.k.	••••
Ökovicision	Ökovicision	–	o.k.	••••
Dr. Höller	Prime Value	Chemie	o.k.	••••
Aktinvest	Lux EcoTech	Gentec, Chemie	Keine kontinuierliche Kontrolle	–
Invesco	Focus GT Umwelttechnologie	Rüstung, Atomkraft, alles	Keine kontinuierliche Kontrolle	–
Union Investment	KD Fonds Oeko Invest	Keine Antwort	Keine Antwort	–
Sund Life	GP Ecological	Gentec	Keine Antwort	–

Grün und reich

Nicht immer ist Öko drin, wo Öko draufsteht

Tests von Öko-Institut und Ökotest

So lautete ein Zwischentitel der Ökotestausgabe Juni 2000, in der Umweltfonds bewertet wurden. Eine Studie zum gleichen Thema erschien zudem beim Öko-Institut in Freiburg (siehe Buchbesprechung). Die Bewertung der Fonds führt zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Viele fielen glatt durch, andere erhielten immerhin vier der möglichen fünf Punkte. Richtig gut war keiner.

In der Zusammenfassung schrieb Ökotest: „Wer Anteile eines Umweltfonds kauft, muss zumindest sicher sein, dass sein Geld weder in Rüstungsgeschäfte oder in die Atomenergiebranche fließt noch die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen fördert. Von einem Drittel aller Fonds wird zumindest eines dieser drei Kriterien nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. So kommen beim Oppenheim Topic Dj Sustainability-Fonds Unternehmen nur dann nicht in den Fonds, wenn sie mehr als die Hälfte ihres Umsatzes mit Rüstungsgütern oder Waffen erwirtschaften. Auch Firmen der Kernenergiebranche sind beim Oppenheim-Fonds nicht ausdrücklich ausgeschlossen. Beim Focus-Fonds von Invesco sieht es noch miserabler aus: Dort sind weder Rüstungs- noch Atom- oder Gentechnikfirmen ausgeschlossen.“

Diese offensichtlichen Negativpunkte sind die schnell erkennbaren Punkte einer notwendigen Kritik an sog. Umweltfonds. Dazu gehört sicherlich auch die Firmen, deren umwelt- oder sozial unverträgliche Geschäftspolitik allgemein bekannt sind: „Selbst wenn die Ausschlusskriterien in Ordnung sind: Bei manchen Firmen, die in den Fonds auftauchen, wird sich manch ein Anleger wundern: weder den Autokonzern VW oder den Erdölriesen BP Amoco noch Lufthansa oder den Lebens- und Waschmittelproduzenten Unilever zählt man gemeinhin zu den grünen Stars am Öko-Himmel. Das Argument der Fonds-Manager: Sie sind zumindest deutlich besser als die anderen in der Branche.“

Intransparenz

Viele Fonds geben nicht genügend Daten heraus: „Nach welchen Kriterien allerdings Unternehmen in den Activest Lux EcoTech und den Focus GT Umwelttechnologie aufgenommen werden, blieb für die Wissenschaftler des Öko-Instituts letztlich unklar. Ein solide Datenbasis und ein nachvollziehbares Bewertungsmodell für die Auswahl finden unsere Prüfer nicht. Beide Fond verschicken weder Fragebögen an die Firmen noch ziehen sie externe Experten zu Rate. Die Manager des KD Fonds Oeko Invest und des Sun Life GP Ecological machten gar keine Angaben dazu.“

Ein weiterer Mangel dieser und zwei weiterer Fonds: Firmen, die einmal für würdig befunden wurden, werden nicht kontinuierlich kontrolliert. Ein Wechsel in der Umweltpolitik des Unternehmens bleibt dadurch unberücksichtigt.

Mängel in der Fonds-Bewertung

Da Fonds keine Direktanlage sind, sondern das Geld gestückelt wird, ist alles

viel undurchsichtiger. Auch wofür Firmen das Geld ausgeben, kann nicht direkt beeinflusst werden. Zudem fehlt bei den Fonds oft die nähere Betrachtung des Produzenten. Ökotest kritisiert hier weitergehend: „Ein grundsätzliches Manko mussten die Experten vom Öko-Institut bei allen Umweltfonds feststellen: Die Projekte der Unternehmen werden bislang nur unzureichend berücksichtigt – obwohl sie inzwischen oft die größten

Emissionen der Unternehmen darstellen. Als Beispiel werden Telekommunikationsunternehmen. Da sie im internen Ablauf nicht so umweltschädlich sind wie Chemiefirmen oder Hochöfen, ist wenig überraschend. Aber ihre Produkte wie Computer oder Handys gelten als umweltgefährdend. „Es fehlt bislang schlicht am geeigneten Handwerkzeug, um die Produktvielfalt von Großunternehmen seriös bewerten zu können.“

Interview mit Bernd Schüssler

Wie stehst Du zu dem Text (siehe Seite 10)?

Hier verweise ich auf meinen Text „Ist Profitdenken verwerflich?“ in dieser Ausgabe. Grundsätzlich beobachte ich nicht, daß „immer öfter auch gegen die Menschen Projekte durchgeführt werden“. Auch viele Großkonzerne achten zunehmend auf ein gutes Bild in der Öffentlichkeit, die Rechte der Bürger im Bereich Naturschutz wurden kürzlich erst durch die Regierung gestärkt und Banken wie die GLS-Bank finden immer mehr KundInnen. Die GLS-Bank finanziert unter anderem Demeter-Bauernhöfe, integrative Behindertenarbeitsplätze und gemeinschaftliche Wohnprojekte. Im Bereich Umweltaktienfonds hat z.B. der Anbieter mit der größten Auswahl in Deutschland, die Umweltsecur seinen Kundenstamm deutlich erweitern können. Die Sensibilität für Umweltschutz ist in den letzten Jahrzehnten in Deutschland stark gestiegen.

Kannst Du in kurzen Worten schildern, welche Entwicklungen zur Zeit laufen und wo Du Chancen und Gefahren siehst?

Zur Zeit nimmt insbesondere ethisch-ökologisches Investment im Bereich mit geringem Risiko für AnlegerInnen zu. Die Anlage in einzelnen Aktien ist stark zurückgehend, was sicherlich mit den immensen Verlusten in diesem Bereich erklärt werden kann. Seriöse Adressen, welche auch einen großen Teil risikoarme Anlageprodukte anbieten sind die Umweltbank (www.umweltbank.de), die Ökobank (www.oekobank.de) und insbesondere auch die GLS-Bank aus Bochum (www.gls.de). Die Berliner Umweltsecur (www.umweltsecur.de) bietet Aktien- und Rentenfonds an. Diese Fonds konnten schon weitreichende ökologische Verbesserungen auch bei Großunternehmen – erreichen.

Gefahren sind bei unseriösen Anbietern zu sehen, welche auch am Markt zu beobachten sind. Diese können den Ruf der gesamten seriösen Branche schädigen.

Wer seriöse Anbieter sucht, wendet sich am besten an die oben genannten Adressen, auch wenn die Aufzählung nicht erschöpfend ist.

Welche Erfahrungen hast Du mit Projekten hinsichtlich der Beteiligung bzw. der Reaktion der örtlichen Bevölkerung gemacht?

Grundsätzlich sind ökologische Projekte in der Bevölkerung viel lieber gesehen als konventionelle Unternehmen. Sie schaffen genauso Arbeitsplätze und bringen weit weniger Umweltbelastung mit sich. Daß man es nie jedem recht machen kann ist eine Lebensweisheit. So müssen Windkraftanlagen z.B. ja irgendwo stehen und meist gibt es Bewohner, welche durch die Anlagen sich gestört fühlen. Doch dies sind meist sehr wenige Menschen, wengleich diese oft medienwirksam agieren, angeblich manchmal auch durch die Hilfe großer Stromversorger. Demgegenüber bringen gerade Windkraftanlagen Landwirten gute Zusatzverdienste (oft ca. 5.000,- DM pro Jahr und Windrad) und sind in weiten Teilen der Bevölkerung um ein vielfaches mehr akzeptiert als konventionelle Atom- und Gaskraftwerke. Die Wünsche der Bevölkerung werden heute zunehmend berücksichtigt, doch immer die Interessen jedes einzelnen voll zu berücksichtigen, würde dazu führen, daß auch in Zukunft unser Strom meist aus Kohle und Atomkraft entsteht. Und das kann nicht das Ziel sein.

Was ist Die wichtig, daß es in der nächsten Zeit verwirklicht wird?

Wir müssen noch breitere Teile der Bevölkerung für ökologische und ethische Formen der Geldanlage gewinnen. Es wird auf Dauer nicht reichen, nur ökologisch stark interessierte Personen anzusprechen. Diese können aber dafür sorgen, durch Mundpropaganda die Möglichkeiten dieser Geldanlage bekannter zu machen. Die Anlegerin und der Anleger muß sich eines Mehrwertes seiner ökologischen Geldanlage sicher sein.



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

●Schwerpunkt

19

Allgemeine Infos zu Umweltfonds

(nach Ökotest, siehe Tabelle)

●Investmentfonds sind als mittel bis langfristige Geldanlage zu sehen und eignen sich nicht für jemanden, der mit Spekulationen eine schnelle Mark machen will.

●Investmentfonds kann man über jede Bank oder direkt bei der Fondsgesellschaft kaufen. Wer nur wenige Fonds erwerben will, sollte die Anteile direkt beim Fonds-Anbieter kaufen, da Banken in der Regel höhere Depotgebühren verlangen. Wer Fonds verschiedener Anbieter kaufen will, ist am besten bei Direktbanken aufgehoben.

●Jeder kann bei seiner Bank auch Anteile von Fonds kaufen, die nicht in Deutschland zum Vertrieb zugelassen sind. Ist von der Fondsgesellschaft kein Vertreter mit Sitz in Deutschland bestellt, ist von einem Investment allerdings eher abzuraten, da sich für den Anleger erhebliche steuerliche Nachteile ergeben.

Zum Interview

Bernd Schüssler
Ausbildung zum und
tätig als Bankkaufmann
z.Zt. Studium Umwelt-
und Personalwirtschaft
seit vielen Jahren im
Bereich ethisch-ökologisches Investment
aktiv

und

Redakteur der Ö-
Punkte (Red. Wirtschaft)



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

20 Winter 2001/02
 • Kurz notiert:
 Naturnutzung



Themenredaktion
 "Gentechnik"

Thomas Schmidt
 c/o Umweltwerkstatt
 Willy-Brandt-Allee 9,
 23554 Lübeck
 Tel.&Fax 0451/7070646
 jupluebeck@t-online.de

**Zeitschriften-
 schau**

BioSkop 4. Jg. Nr. 15
 September 2001
 • Schwerpunkt »Im Netz der molekularen Vernunft«: Wie Forscher genetische Erklärungen für abweichendes Verhalten konstruieren S. 8
 • Schwerpunkt »Im Netz der molekularen Vernunft«: »Genort für Rechtsschreibleistung« S. 11
 • Gentechnik und Rüstung: Verteidigungsoffensive, aber »bio« S. 14
 • Reproduktionsmedizin: Klonen – die Sektensvisionen und die korrekten Visionen S. 12
 • Schon wieder: »Unsterblichkeits – Gen entdeckt« S. 5

GiD 147 August/September 2001
 • Schwerpunkt Biologische Psychiatrie: Der Geist – nur ein biologisches System? S. 3
 • Schwerpunkt Biologische Psychiatrie: Depressionsforschung S. 6
 • Schwerpunkt Biologische Psychiatrie: Psychiatrie als Freizeitparkerlebnis S. 10
 Landwirtschaft und Lebensmittel: Grenzen für das Saatgut – Monopoly S. 19
 • Landwirtschaft und Lebensmittel: Profit für Wenige oder Nahrung für Alle S.20
 • Mensch und Medizin: Chromosomen est omen S. 29
 • Politik und Wirtschaft: Neues altes Gentechnikgesetz S.35
 • Politik und Wirtschaft: Patientenrechte versus Pharmaprofite S.37

Rubrik „Gentechnik“
**Kriegsforschung
 der Bundeswehr
 steigt und steigt**

Seit 1995 ist der Etat der Bundeswehr für die Forschung an Biowaffen im Vergleich zum Gesamthaushalt überdurchschnittlich gestiegen. Diese Entwicklung steht in direktem Zusammenhang mit der Vorbereitung der Armee auf Auslandseinsätze. Denn laut Einschätzung des Verteidigungsministeriums habe sich die Bedrohung durch biologische Waffen deswegen erhöht, weil die Kräfte dort tendenziell einer entsprechend höheren Gefahr ausgesetzt seien. Deswegen müsse man nun auch entsprechende »defensive Biowaffenforschung« betreiben. 10 Millionen DM wurden 1999 dafür aufgewandt, 60% mehr als noch 5 Jahre zuvor. Die Hälfte des Etats wurde dabei an zivile Auftragnehmer vergeben, insbesondere an Universitäten. Allzu oft trennt jedoch nur eine hauchdünne Linie offensive und defensive Forschung. So betreibt die Sanitätsakademie der Bundeswehr in München Grundlagenforschung an Hasenpestbakterien. In einem Versuch wurden die Bakterien per Gentechnik waffentauglicher gemacht, indem sie mit einer Antibiotikaresistenz ausgestattet wurden. Letztlich entscheidet hier die Absicht im konkreten Einsatzfall die

oder defensiv. Das Verteidigungsministerium versucht bislang, eine öffentliche Diskussion der Biowaffenforschung zu vermeiden. »Eine Bekanntgabe von detaillierten Informationen über einzelne Projekte [...] ist nicht vorgesehen, um nachteilige Aktionen gegen Vertragsnehmer [...], wie in der Vergangenheit geschehen, zu vermeiden«, heißt es dazu in der im Juni ergangenen Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS.

Klar ist allerdings auch so, daß ein vorsorglich erhöhter Schutz vor Biowaffen nur außerhalb Europas von Belang ist. Wer nicht plant, seine Truppen in Kriegsgebiete außerhalb des NATOgebiets zu schicken, kann auf eine Ausweitung der Forschung verzichten. Die Bundeswehr und alle Auftragnehmer müssen sich der Situation stellen, daß sie mit ihrer Arbeit erst die Voraussetzungen für entsprechende Einsätze und damit für ein biologisches Wehrrüstungen schaffen. Dabei ist es keine neue Erkenntnis, daß ein Drehen an der Gewaltspirale die ursächlichen Konflikte nicht zu lösen vermag.

Quelle: BioSkop Nr. 15, Sept. 2001;
 Bundestagsdrucksache 14/6233



**Ausstellung:
 Gentechnik und Militär**

Unter dem Titel »Schwarzer Tod und Amikäfer« ist im Max-Delbrück-Zentrum für Molekulare Medizin in Berlin eine Ausstellung ausleihbar, die die Geschichte der biologischen Waffen darstellt – von den mittelalterlichen Versuchen mit Pesterregern bis zu den Bedrohungen, die die Gentechnik heute ermöglicht. Die Ausleihe der 30 Tafeln in DIN A 0 Größe kostet so viel, wie es der Transport erfordert.

Infos bei: Max-Delbrück-Zentrum für Molekulare Medizin, Prof. Dr. Erhard Geißler, Robert-Rössle-Straße 10, Postfach 740238, 13092 Berlin, geissler@mdc-berlin.de

**Befragung zu Genmanipulation
 in Lebensmitteln**

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat eine bundesweite Herstellerbefragung zum Einsatz der Gentechnik in der Lebensmittelproduktion durchgeführt. 444 Firmen wurden gefragt, ob sie auf entsprechende Rohstoffe, Zutaten, Zusatzstoffe, Futtermittel usw. verzichten; diesen Verzicht belegen bzw. ansonsten eine entsprechende Kennzeichnung genmanipulierter Nahrungsmittel vornehmen. Das Ergebnis ist in Form einer Firmenliste gegen DM 6,- in Briefmarken, davon die Hälfte auf einem entsprechend frankierten und adressierten Rückumschlag, zu haben.

Infos bei: Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Mintropstr. 27, 40215 Düsseldorf



Frage von
 offensiv



**Medizinischer Fortschritt:
 die totale Überwachung**

Berlin war im Juli Schauplatz des »7. Weltkongresses für Biologische Psychiatrie«. VertreterInnen dieser Disziplin gehen davon aus, daß psychische Störungen wie Depression, Angstzustände, Nikotinsucht oder Eßstörungen vor allem genetischen Ursprungs sind. So zeigten sich die OrganisatorInnen des Kongresses davon überzeugt, daß Alkoholabhängigkeit zu etwa 50 – 60% genetisch determiniert sei, auch wenn »noch gänzlich unklar ist, welche Gene oder Genkombinationen im einzelnen an der Entstehung der Suchtkrankheiten beteiligt sind«. Derartige Positionen sind keine von Außensternern mehr. So fördert die Bundesregierung Forschungen, mit denen genetische Erklärungen für entsprechende Befindlichkeiten konstruiert werden sollen, mit mehreren Millionen DM. Einher geht eine genaue Erfassung sämtlichen abweichenden Verhaltens: Zukünftig sollen psychiatrisch verdächtige Personen beispielsweise bereits in der Schule erfaßt und in so-

genannten Früherkennungszentren untersucht werden. Bereits jetzt sind 41 Kliniken, Krankenhäuser und Praxenverbände an der Datenerhebung beteiligt. All das führt zu enormen Datenmengen, zu Risikoindikatoren und »gefährdeten Personen«. Und danach folgt die psychologische und medikamentöse Behandlung. Ein Modell, das keine Unverdächtigen mehr kennt. Risiken aller Art werden erkannt, reguliert und individualisiert. Patienten werden ausfindig gemacht und gelten per se als biologisch beeinträchtigt. Ein Gespräch über ihre sozialen Erfahrungen, wie beispielsweise Gewalt oder Kontrollverlust über ihr Leben, ist nicht mehr nötig. Die moderne Psychiatrie ist mit Hilfe der Gentechnik dabei, alle vergangenen Versuche zu übertreffen, unter dem Schirm medizinischer und wissenschaftlicher Autorität Abweichungen und Unterschiede zu definieren und zu kontrollieren.

Quelle: GiD Nr. 147, Aug./Sept. 2001

**Schlupflöcher für gen-
 manipulierte Nahrungsmittel**

Im Juli beschloß die EU-Kommission, die Richtlinie zur Kennzeichnung von genmanipulierten Lebens- und Futtermitteln zu verschärfen. Der neue Vorschlag muß noch vom EU-Parlament sowie von den Mitgliedsstaaten gebilligt werden. Kommt er durch, muß die gesamte Kette von der Herstellung der Inhaltsstoffe bis zum Verkauf des Produkts dokumentiert werden. Bei »geringsten Spuren von genmanipulierten Organismen« (z.B. Hefen und Aromastoffen) solle es aber Ausnahmen der Kennzeichnung geben. Ebenfalls ausgenommen ist der gesamte Bereich der Eier, Fleisch und Milchproduktion. Eine konsequente Kennzeichnung hätte die EU-Landwirtschaft in erste Schwierigkeiten gestürzt. Denn auf dem US-dominierten Weltmarkt sind kaum noch nicht genmanipulierte Futtermittel für die riesigen Massen an Schweinen, Hühnern und Rindern zu erhalten, welche die Verbraucher in ihren Magen wandern lassen. Vorgesehen ist daher, generell eine 1-%-tige gentechnische Verunreinigung von Nahrungsmitteln ohne Kennzeichnungspflicht zu erlauben. Juristische Schritte gegen Produzenten, die

Mogelpackungen verkaufen, werden damit schwieriger. Und eine wirkliche Wahlfreiheit besteht beim Einkauf auch nicht mehr.

Quelle: GiD Nr. 147, Aug./Sept. 2001

Streit um illegalen Gen-Raps

Aufgrund einer Routineuntersuchung auf Veranlassung des brandenburgischen Landesumweltamtes mußten Bauern von 4 Höfen Raps vernichten, der genmanipuliert war. Die betroffenen Flächen von bis zu 200 Hektar werden im nächsten Jahr nicht bestellt. Die aus Norddeutschland stammende Saatgut- und Lieferfirma wurde namentlich nicht genannt. Allerdings wurde behauptet, es habe sich „im Zuchtbetrieb um nicht beabsichtigte, spontane Kreuzungen gehandelt“. Ein Bußgeldverfahren soll es daher nicht geben. Diese eh lasche Intervention der Behörden hat harsche Kritik aus Bayern ausgelöst. Dort wird angezweifelt, daß der Raps überhaupt genmanipuliert war. Im Hintergrund steht ein grundsätzlicher Streit: Die Länder sind uneins, ob eine gesetzliche Grenzwertregelung eingeführt werden soll, die eine gewisse gentechnische Verunreinigung konventionellen Saatguts erlauben würde. Solange es keine bundeseinheitliche Regelung gibt, gilt Landesrecht. In Bayern ist ein halbes Prozent Verunreinigung erlaubt, in Brandenburg keine.

Quelle: GiD Nr. 147, Aug./Sept. 2001 und BioSkop Nr. 15, Sept. 2001

Überarbeitung Gentechnikgesetz

In den nächsten Monaten steht eine Novellierung des Gentechnikgesetzes (GenTG) an. Im Jahre 1990 geschaffen,

regelt es die Anlage gentechnischer Forschungs- und Arbeitsstellen sowie die Freisetzung manipulierter Organismen und das Inverkehrbringen von Produkten, die aus letzteren bestehen. Auf den Druck von Forschung und Industrie hin wurden bereits 1993 erhebliche Erleichterungen an den Sicherheitsvorkehrungen bei Arbeiten mit geringerem Risiko (Stufe 1 und 2) vorgenommen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidung über Freisetzungen oder Einrichtungen von Gentechanlagen wurde weitestgehend abgeschafft. Seinerzeit stimmten die Grünen gegen diese Gesetzesänderungen, die SPD enthielt sich zumeist. Nun machen neue EU-Richtlinien, die u.a. wieder eine Öffentlichkeitsbeteiligung und eine verstärkte Umweltüberwachung fordern, eine erneute Gesetzesüberarbeitung notwendig. Während die Grünen bislang kaum Vorschläge dazu erarbeitet haben, weiß die Industrie längst, was sie will, darunter die vollständige Abschaffung der Sicherheitsstufen 1 und 2 sowie die Einführung eines Grenzwertes, der eine gewisse gentechnische Verunreinigung konventionellen Saatguts erlauben würde (1 %).

Quelle: GiD 147 Aug./Sept. 2001

Wem gehört die genetische Vielfalt?

Ende Oktober verhandelte in Bonn eine internationale Arbeitsgruppe das Thema des Zugangs zu den genetischen Ressourcen. Beteiligt waren VertreterInnen der fast 180 Staaten, die in Rio 1992 die Konvention über biologische Vielfalt (CBD) unterschrieben hatten. Konkrete Beschlüsse sind aber erst auf der sechsten UN-Konferenz hierzu im April 2002 in Den Haag zu erwarten. Bislang betreiben Firmen aus den Industriestaaten oftmals

ungehinderten Raubbau, auch Biopiraterie genannt. Vorgeschlagen wird jetzt, die Ursprungsländer zu beteiligen, wenn aus bei ihnen beheimateten Pflanzen etc. Produkte wie Medikamente hergestellt werden. Auch die Menschen vor Ort, oft indigene Volksgruppen, die die natürlichen Ressourcen seit Jahrhunderten pflegen und weiterentwickelt haben, sollen beteiligt werden. Wie das alles geschehen soll, ist offen geblieben. Auch zeichnet sich bereits jetzt ab, daß derartige Regelungen nicht rechtlich einklagbar sein sollen. Vertreter indigener Völker kritisieren dies. Darüber hinaus stellen sie die zunehmende Kommerzialisierung von Leben und die Verteilung von Patenten auf dasselbe grundsätzlich in Frage. Entsprechende Proteste sind für die Konferenz im April geplant, siehe Termine.

Quelle: taz 27./28. Oktober 2001

Gen-Mais: Verhütung & Rassismus in einem

Eine in Kalifornien ansässige Gentechnikfirma hat zum Zweck der Verhütung eine Maispflanze entwickelt. Die Spermien von Männern, die von dem genmanipulierten Mais essen, werden so schwer, daß sie sich nicht mehr fortbewegen können. Das Unternehmen will die Genpflanze in der Dritten Welt einsetzen. In den kommenden Monaten sollen erste klinische Versuche gestartet werden.

Quelle: Hamburger Abendblatt 10. September 2001

Deutsches Unternehmen an rassistischer Ausbeutung beteiligt

Im November 2000 hatte die australische Biotechfirma Autogen mit dem Gesundheitsminister des Königreiches Tonga (Südsee) einen Vertrag abgeschlossen, der ihr exklusiven Zugang zur wissenschaftlichen und ökonomischen Nutzung der Gene der Bevölkerung sichert. Nach Ansicht der Firma bieten die Tonganer einen einzigartigen Genpool zur Erforschung chronischer Krankheiten wie Diabetes und Fettsucht. Der Deutsche Konzern Merck (Darmstadt) profitiert per Vertrag direkt von diesem Deal, denn er ist über eine Tochterfirma zu 13% an Autogen beteiligt.

Quelle: GiD Nr. 147, Aug./Sept. 2001

Ein Durchbruch?

Wissenschaft kreiert »ökologische« Genpflanzen!

Eine der Hauptgefahren, die von genmanipulierten Pflanzen ausgehen, ist die unkontrollierte Verbreitung ihres veränderten Erbguts. Nach eigenen Angaben ist es Forschern aus Münster und Freiburg nun gelungen, Tomaten genetisch so zu verändern, daß diese zwar fortpflanzungsfähig bleiben, die veränderten Gene aber dennoch nicht über Pollen an die Umwelt weitergeben können. Dazu wurde anstatt an einer Veränderung des Erbguts im Zellkern mit den Chloroplasten, kleinen Energiezentren der Pflanzenzellen, gearbeitet. Letztere wurden mit Goldkügelchen beschossen, auf deren Oberfläche die neuen Gene aufgebracht worden waren. Im Ergebnis wird das manipulierte Erbgut nun nur noch von der »Mutterpflanze« an die Frucht oder den Samen weitergegeben und ist in den männlichen

Pollen nicht enthalten. Ziel der Wissenschaftler ist es, Pflanzen mit Stoffen in hohen Konzentrationen zu produzieren, die dann in der Medizin oder als Nahrungsmittel profitabel zu vermarkten sind. Wann nun die eßbare Medizin – Tomate in den Handel kommt, ist noch nicht absehbar. Doch die Tomate, die kein wässriges Treibhausgewächs ist, sondern viele Vitamine enthält und auch entsprechend schmeckt, gibt es im kontrolliert – biologischen Anbau schon lange. Und angesichts der oft vielfältigen Vermehrungs- und Kreuzungsarten auch bei sogenannten »pollensicheren« Sorten wäre es derzeit unverantwortlich, generell von »erreichter ökologischer Harmlosigkeit« von genmanipulierten Pflanzen zu sprechen.

Quelle: taz 3. September 2001



Winter 2001/02

• Kurz notiert:
Naturnutzung

21



Ö-Verteiler
"Gentechnik"

• Leider keiner.

Genmanipulation



8. – 19. April 2002 Den Haag
Internationale Proteste gegen Raubbau an der Biologischen Vielfalt
Treffen von Gentechnikgegnerinnen, BäuerInnen usw. parallel zur sechsten UN-Konferenz zur Konvention über Biologische Vielfalt. Kontakt: GE campaign, A SEED Europe, Postbus 92066, 1090 AB Amsterdam, 0031-206682236, biotech@aseed.antenna.nl, www.aseed.net



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

22

Winter 2001/02

• Kurz notiert:
Naturnutzung



**Themenredaktion
"Landschaft/
Naturschutz"**

Jörn Hartje,
Institut für Ökologie
Turmstr. 14A,
23843 Bad Oldesloe
Tel. 04533/792259
Fax 04531/792286
Institut@inihaus.de

&

Peter Szekeres (ps)
Marcus-Heinemann-
Str. 13
21337 Lüneburg
peter.szekeres@
gmx.de

Zeitschriften- schau

Naturmagazin
(5/2001)

• Schwerpunkt Vo-
gelzug

Natur und Landschaft
(9/10 2001)

• Naturschutz-
großprojekte

Nationalpark
(3/2001)

• Es klappert die
Lobby am rauschen-
den Bach – Kritische
Betrachtung über
Nutzung der Wasser-
kraft

Rubrik „Naturschutz und Landschaft“

Biodiversitätskampagne

In Rio vor 10 Jahren wurde neben der bekannten Agenda 21 auch ein Abkommen über die biologische Vielfalt verabschiedet. Diese Biodiversitätskonvention führt allerdings nur ein Schattendasein und ist wenig bekannt. Daher plant das Bundesministerium für Umwelt und der Naturschutzverband Euronatur eine Biodiversitätskampagne zu starten. Diese Kampagne will möglichst viele Partner aus allen Bereichen der Gesellschaft finden, die sich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen beteiligen. Unter dem gemeinsamen Dach des Kampagnenlogos und dem Slogan „Leben braucht Vielfalt“ bietet sich nicht nur Umwelt- und Entwicklungsgruppen ein Forum, sondern auch Naturnutzer können Wege zur nachhal-

tigen Nutzung darstellen. Einziges Bedingnis ist der Zusammenhang zum Thema biologische Vielfalt. Wie die Akteure sich öffentlich präsentieren bleibt dabei ihnen selber überlassen, Möglichkeiten wären z.B.: Filme, Werbespots, Konzerte, Tagungen, Fortbildungen, Ausstellungen, Exkursionen, Kochfeste und andere Events, Bücher, Falblätter, Plakate, der Vielfalt sollen keine Grenzen gesetzt werden.

Die Beiträge werden über das ganze Jahr verteilt sein, wobei es eine Auftaktveranstaltung im Januar und einen Höhepunkt zum „Tag der Biologischen Vielfalt“ (22. Mai 2002) geben wird.

Infos: Euronatur, Konstanzer Str. 22,
78315 Radolfzell, 07732/9272-0, Fax:
07732/9272-22, www.euronatur.org,
info@euronatur.de

Workcamps für Natur und Umwelt

Die Internationalen Gemeinschaftsdienste (IJGD) veranstalten jedes Jahr einige Workcamps im Naturschutz. So nahmen in diesem Jahr über 2000 Jugendliche an diesen Workcamps teil. Die IJGD nimmt nun die Planungen für 2002 auf. Naturschutzverbände, Initiativen und andere interessierte Organisationen können sich mit ihren Projekten für die Veranstaltung eines solchen Workcamps bewerben.

Infos: IJGD, Kaiserstr. 43, 53113
Bonn, 0228/22800-18/19

Goldene Natur

ZDF, HörZu und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt Würdigen mit dem Wettbewerb „Goldene Natur“ ehrenamtliches Engagement im Naturschutz. Neben den Hauptgewinnen von je 10.000,- DM werden weitere 200.000,- DM für 50 ähnliche Projekte, wie die der Preisträger, vergeben. Bewerbungen können sich Privatpersonen oder private Initiativen, die aus ehrenamtlichen Engagement Aktionen und Projekte in Gang gebracht haben. Im besonderen soll die Förderung der Biodiversität und Umweltkommunikation gefördert werden.

Infos: Bundesstiftung Umwelt, Goldene Natur, An der Bornau 2, 49090 Os-
nabrück, www.goldenenatur.de

Naturverträgliches Wandern?

Die durch das hessische Umweltministerium groß verkündete „Allianz Sport und Umwelt“ ist nach Ansicht der Naturschutzverbände NABU und BUND

eine „leere Worthülse“. Es fehlen klare und verbindliche Ziele für den Schutz der Natur, es wird dagegen lediglich der Anspruch des Sportes an der Natur festgeschrieben. Die beiden Verbände fordern daher alle Beteiligten an einen Tisch zu holen und ein umfangreiches Konfliktmanagement zu betreiben.

NABU/BUND

Artenschutz: Viele Seehunde?

Noch nie gab es seit dem Start der Zählungen 1958 der Seehunde im Wattenmeer so viele Tiere wie in diesem Jahr. So wurden insgesamt 13000 Tier erfasst und in Dänemark nochmal 11000. Kaum wurden diese Zahlen bekannt wurden schon vergessen geglaubte Forderungen nach Dezimierung der Bestände laut. Vor allem die Fischereiverbände behaupten die Seehunde seien für die Dezimierung der Fischbestände verantwortlich.

Dem widersprachen Ökologen und Naturschützer vehement. Denn die Größe der Fischbestände würde immer noch durch den Menschen bestimmt und die Bestände würden durch die Fischerei um ein Vielfaches übernutzt.

Natur & Landschaft (9/10 2001)

Wolf wieder in Deutschland

Der Wolf gilt als Wildtier seit 150 Jahren in Deutschland als ausgestorben. Nun wurden in einem kleinen aus ca. 6 Tieren bestehenden Wolfsrudel, welches auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz im Städtedreieck Weißwasser, Bautzen, Hoyerswerda liegt, drei Welpen beobachtet.

FR 17.7.2001

Nationalparke gut für Kapitalismus?

Im Jahr 2000 verzeichneten die Nationalparkregionen Müritz (Mecklenburger Seenplatte) und Vorpommersche Boddenlandschaft trotz eines verregneten Sommers Rekordzuwächse im Tourismus. In der Müritz-Region nahmen die Übernachtungen in Privatunterkünften um 18,3 und in gewerblichen Unterkünften gar um 35,5 Prozent zu. Badeorte im und um den Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft sprechen von dem erfolgreichsten Tourismusjahr bisher. Insgesamt registrierte die Nationalparkregion seit 1992 eine Steigerung von rund 1,6 auf 2,8 Millionen BesucherInnen. Immerhin 71.700 davon besuchten die Ausstellungen der Nationalparke und 12.000 besuchten die Führungen, aber auch die anderen BesucherInnen dürften die in der direkten Umgebung gelegenen Nationalparks als Auswahlkriterium für den Urlaub herangezogen haben und für Wanderungen, Radtouren und ähnliches nutzen.

Nationalpark 2/2001

Bundestag beschließt Reform

Erstmals wird mit der Novelle des Naturschutzgesetzes bundesweit die „gute fachliche Praxis“ als Grundlage für die Bewirtschaftung von Agrar- und Naturflächen festgeschrieben. Der Begriff umreißt die Anforderungen, mit denen Acker-, Wald- und Fischereiflächen bewirtschaftet werden müssen. Angrenzende oder auf den Betriebsflächen befindliche Biotopflächen dürfen nicht beeinträchtigt werden. Ferner müssen die zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen Verbindungen wie Hecken oder Feldraine erhalten oder neu gepflanzt werden. Landwirte müssen künftig ihre Agrar- und Naturflächen noch umweltverträglicher als bisher bewirtschaften. Der Bundestag verabschiedete mit den Stimmen von SPD und Grüne einen Gesetzentwurf zur Reform des Bundesnaturschutzgesetzes. Das Gesetz regelt ferner die Bildung eines bundesweiten Biotopenverbands.

Quelle: www.ngo-online.de, 15.11.01

Buchbesprechung

Norbert Suchanek

Mythos Wildnis

(2001, Schmetterling in Stuttgart, 135 S., 19,80 DM)

Das Buch „Mythos Wildnis“ geht nicht nur der Frage nach, was Wildnis eigentlich ist. Es zeigt auch auf, wie der „Mythos Wildnis“ seit Jahrhunderten von verschiedenen Interessengruppen instrumentalisiert wurde und wird. Ferner setzt sich das Buch kritisch mit der verbreiteten Nationalpark-Strategie auseinander, die den Menschen aus der Natur ausklammert.

Das Thema „Wildnis“ ist keineswegs nur ein Thema fuer Romantiker oder Psychotherapeuten. Norbert Suchaneks „Mythos Wildnis“ zeigt, dass „Wildnis“ ein hochbrisantes, aktuelles politisches Thema ist. Denn was Wild ist, darf man sich ungestraft nehmen und patentieren, oder? Aber wer bestimmt, was „Wildnis“ oder was „Wild“ ist?



ROBERT WAGNER Dämmtechnik

isofloc
Wärmedämmtechnik

GUTEX
NATÜRLICH AUS HOLZ

Trockenbau- und
Naturbaustoffe

Gewerbegebiet Oberwetz, Am Grund 1
35641 Schöffengrund
Tel.: 06445-92580 Fax: 925819
www.rowad.de e-mail: info@rowad.de



Ö-Punkte

Der Infodienst für UmweltschützerInnen

Institut für Ökologie (gemeinnütziger Verein)
Servicestelle für BIs und Umweltgruppen
V.i.S.d.P. der Rubriken: ThemenredakteurInnen
„Gesellschafts“-Spiel: Schwarze Katze
Sonstige Seiten: Jörg Bergstedt (jb)

Redaktionen:

Ö-Punkte
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
06401/90328-3, Fax -5, 0171/8348430
oe-punkte@gmx.de

Abfall: Nicht besetzt!

Anti-Atom: Bernd Hanewald
Hermann-Levi-Str. 9, 35392 Gießen
0641/29125 (auch Fax)

Chemie&Industrie: Coord.gg, BAYER-Gef.
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf
0211/3339-11, Fax -40

Energie/wende: Marcus Janke
Haubachstr. 34, 22765 Hamburg
marcusjanke@web.de

Freiräume: Red. "Ö-Punkte"
Brunnenstr. 183, 10119 Berlin

Geotechnik: Thomas Schmidt
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554
Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Landschaft/Naturschutz: Jörn Hartje
Steinfeld 61, 23858 Feldhorst
04333/792259 (Fax 04533/792286)

Militär und Umwelt: Ralf Cüppers, Postfach 1426,
24904 Flensburg, 0045/7446/7494

Ökol. Landbau: Johannes Richter
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554
Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Politik von unten (pvu): Nicht besetzt!

Tierschutz: RAGE, c/o Umweltzentrum (ra)
August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld

Über den Tellerrand: Red. Tellerrand, c/o JUMP
Postfach 306137, 20327 Hamburg

Umweltbildung: Nicht besetzt!

Umweltrecht: Nicht besetzt!

Umwelt&Entwicklung (uns): Norbert Suchanek
Siemensstr. 13, 84513 Töging am Inn

VerbraucherInnenpolitik: Nicht besetzt!

Verkehr: Umkehr e.V.
Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding
030/4927-473 (Fax -972)

Wasser: Nicht besetzt!

Weltwirtschaft: Lenja Öxle, Zimmer
301/Engelberger Str. 41 H, 79106 Freiburg

Widerstand/Direkte Aktion: Daniel Habenicht
Lüneburg, dan_o@web.de

Wirtschaft/Direkte Ökonomie: Jörg Bergstedt
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
06401/90328-3 (Fax -5), 0171/8348430

Endredaktion (red) war diesmal in Saasen
Druckerei: Gießen-Druck

Auflage Heft 4/'01: 14.000

Diese Auflage erreicht ca. 10.000 Basis-Umweltgruppen, Umweltzentren und -einrichtungen, Umweltbeauftragte und -beraterInnen, Rest an Presse, Büchertische und AbonnentInnen.

Konto

"Förderverein/Ö-Punkte", Nr. 92882004
bei der Volksbank Gießen (BLZ 51390000),
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Buchhandelsauslieferung

trotzdem, Postfach 1159, 71117 Grafenau
07033/44273, Fax 445265
trotzdemus@t-online.de

Im Internet ...

Das Spiel „Handlungsreise“ als PDF- und
JPG-Download, schwarz-weiß und in Farbe!
Jede Ausgabe neu!

Außerdem: Weitere Texte, Links usw. und den
Themen dieser „Ö-Punkte“

www.oepunkte.de

Mail: oe-punkte@gmx.de



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

● Kurz notiert:
Naturnutzung

23



**Ö-Verteiler
"Landschaft/
Naturschutz"**

- NABU Saarland
- BUND Thüringen,
- Nordrhein-Westf.,
- Niedersachsen
- Grüne Liga
- Thüringen, Sachsen
- Brandenburg



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

24

Winter 2001/02

● Kurz notiert: **Naturnutzung**



Themenredaktion "Ökologischer Landbau"

Johannes Richter
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck
Tel & Fax
0451/7070646
jupluebeck
@t-online.de

Zeitschriften-schau

Ökologie & Landbau 4/01
● Ökologische Ernährungskultur
● Gedankliches Vor-spiel auf die WTO-Konferenz in Katar
● Ökolandbau in Kuba

Naturland 3/01
● Hühnerhaltung
Klimaschutz

Unabhängige Bau-ernstimme 9/01
● Kontroverse zur Pauschale für Kleinbauern
● Nachbaugebühren Landwirtschaft in Ostdeutschland – zwischen westdeutschen Agrarindustriellen und wurzellosen Holländern
● Agrarwende und Entwicklungsländer

Unabhängige Bau-ernstimme 10/01
● Okomarkt
● Hühnerhaltung
● Nachbaugebühren privates konventionelles und staatliches
● ökologisches Gütesiegel
● Landlosenbewegung in Brasilien

Rubrik „Ökologischer Landbau“ Lebens-Landwirtschaft und Agrarwende

Der Begriff Lebens-Landwirtschaft soll darauf aufmerksam machen, daß in der Landwirtschaft mit dem Leben gewirtschaftet wird. Das heißt, Landwirtschaft ist keine Industrie, kein Input-Output-System, das einem gewerblichen Unternehmen vergleichbar produziert. In der Landwirtschaft wirtschaftet der Mensch mit dem Leben – mit Tieren, Pflanzen und dem Boden. Die Landwirtschaft der Zukunft muß eine Lebens-Landwirtschaft sein, die geprägt ist vom Respekt vor dem Lebendigen und die als Teil des Ganzen im Einklang mit den Kräften des Lebens handelt. Der Anbauverband Demeter (s. Lebendige Erde 4/01) propagiert die Lebenslandwirtschaft, die hier zur Diskussion gestellt wird:

Unsere Haustiere begreifen wir als Mitgeschöpfe, die ihre eigene Würde haben. Sie schenken uns einen Nutzen, wenn wir sie mit Respekt vor ihrem eigenen Wesen achtsam halten, füttern und pflegen. Das Haustier hat typische Verhaltensweisen des Wildtieres abgelegt. Zähmen heißt, vertraut machen. In Schutz und Pflege des Menschen kann es angstfrei leben und seine Entwicklungsfähigkeit behalten. Kulturpflanzen schöpfen ihre Qualitäten als Lebensmittel aus belebtem, fruchtbarem Boden und der intensiven Beziehung zur Sonne und der prominentesten Vertreterin des Kosmos. Züchtung auf Samenechtheit, feinstofflich präparierter organischer Dünger der hofeigenen Haustiere sind Voraussetzungen für eine vitale und charaktervolle Pflanzen-Entwicklung. Der Boden ist ein lebensspendendes Organ der Landwirtschaft. Mit gezielter Pflege kann die Bodenfruchtbarkeit sogar vermehrt werden. Aus einem fruchtbaren Boden geht alles Leben hervor. Boden ist – so gesehen – das einzige echte Kapital der Menschheit. Dem Menschen geling es, sich innerhalb die-

ser Zusammenhänge ganzheitlich zu entfalten, soziale Gemeinschaften zu bilden, sich die Arbeit zu teilen und sie als lebenserfüllenden, kreativen Prozeß zu gestalten. Lebens-Landwirtschaft ist von sich aus regional – und das in allen Teilen der Welt. Sie knüpft an handwerkliche Traditionen an. Technik wird dort bewußt eingesetzt, wo sie ihren Zielen dient und dem Lebendigen nicht schadet. Lebens-Landwirtschaft bringt Lebensmittel hervor, die den Menschen in seiner Entwicklung positiv unterstützen. – Sie ernähren nicht nur mit ihren Stoffen, sondern auch durch ihre Kräfte. Sie werden dort angeboten, wo Handelsstrukturen kooperativ und verbrauchernah sind. Ihre gesellschaftliche Wertschätzung führt zur Akzeptanz angemessener, ehrlicher Preise. Lebens-Landwirtschaft braucht eine Lebens-Wissenschaft, um sich optimal entfalten zu können. Diese Lebens-Wissenschaft geht dem Wesen des Lebens auf den Grund. Sie ergänzt und bereichert die heute stark materiell geprägte Naturwissenschaft um eine kultur- und geisteswissenschaftliche Dimension.

Neues Forschungsinstitut

Kurz nachdem das erste staatliche Forschungsinstitut gegründet wurde, hat sich jetzt das Forschungsinstitut für biologischen Landbau Deutschland (FiBL) konstituiert. Die Schwerpunkte des FiBL in Berlin – das Gegenstück zum bekannten FiBL in der Schweiz – liegen in Forschung, Beratung und Serviceleistungen rund um den Ökologischen Landbau. Es engagiert sich wissenschaftlich, fachlich und praktisch für den ökologischen Landbau.

Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), Dr. med. vet. Anita Idel, Rungestrasse 19, 10179 Berlin, 030-2758175-0 Fax: -9, berlin@fibl.de, <http://www.fibl.de>

Käfige heißen jetzt Appartements

Der Begriff Käfig ist jetzt out, nach dem mecklenburgischen Landwirtschaftsminister heißt es jetzt „Appartementshaltung“ und „Kleingruppenhaltung“, wenn die Rede von den „ausgestalteten“ Käfigen ist. Ein ausgestalteter Käfig bietet lediglich minimal mehr Platz für die Hühner als in herkömmlichen Legebatterien, hat eine Sitzstange und ein Nest zur Eiablage. Nicht nur in Mecklenburg Vorpommern wird gerade massiv um neue agrarindustrielle Investoren geworben, auch in der niedersächsischen Landesregierung findet der Käfig wieder Freunde, sorgt menschlich doch um die angebliche Umweltbelastungen und den Platzbedarf bei der Auslaufhaltung.

Neue Qualität durch Öko-Siegel?

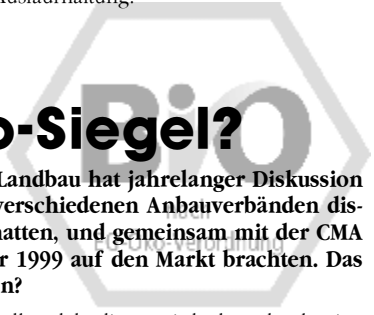
Die Einführung des ersten Öko-Gütesiegels für Waren aus dem Ökologischen Landbau hat jahrelanger Diskussion bedurft, über Sinn und Unsinn wurde kontrovers überwiegend zwischen den verschiedenen Anbauverbänden diskutiert, bis dann sich die „Neuen“ aus der Ökolandbaubewegung durchgesetzt hatten, und gemeinsam mit der CMA ein privates überverhandeltes Ökoprüfzeichen zur „Grünen Woche“ im Januar 1999 auf den Markt brachten. Das Zeichen gilt als komplett gescheitert, wer findet es denn schon im Naturkostladen?

Nun wird ein neuer Versuch unternommen, diesmal ist es ein staatliches Biosiegel, welches direkt von oben eingeführt wird und mit viel Wirbel in den Medien bekannt gemacht wurde. Von den Anbauverbänden wurde das Zeichen begrüßt. Doch so manchen Biobauern beschlich ein Unbehagen jetzt mit einem Zeichen zu arbeiten, daß über die Austauschbarkeit der Erzeuger den Interessen der Supermarktketten entspricht. Jetzt werden sie austauschbar sein gegen die billigere Konkurrenz von einheimischen und ausländischen Betrieben, die nur nach der recht lauen EG-Bio-Verordnung mit geringen Standard produzieren – z.B. kann ein industrieller Schweine-Mastbetrieb seine Mutterkuhherde unter „Öko“ laufen lassen.

Die Anbauverbände des Ökolandbaus wollen sich jetzt was vom unverhofften Wachstum des Ökolandbaus abschnei-

den, der sich seit BSE in der öffentlichen Meinung kräftig im Aufwind befindet, doch hinter den Kulissen sind die Anbauverbände zerstritten, das zeigt auch, daß die beiden Flaggschiffe des Ökolandbaus Bioland und Demeter die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AGÖL) verlassen haben – auf dem Höhepunkt der BSE-Krise. Öffentlich sollen aber die Unterschiede nicht bekannt werden, daß wäre Nestbeschmutzung und öffentliche Kritik am Ökolandbau will Bioland nach der „Unabhängigen Bauernstimme“ nicht. Die Unterschiede in der landwirtschaftlichen Praxis, machen aber gerade den Unterschied von Bioland und Demeter, die auf einen engeren Bezug zu den Erzeugern und Regionalgruppen von BäuerInnen setzen, zu den „anderen“ Verbänden wie Biopark aus. Bisher basiert die Kontrolle auf persönlichen Kontakten zwischen Erzeuger, Vermarkter und Ein-

zelhandel, diese wird aber durch eine „eine lückenlose Kontrolle bis zur Ladentheke“ nicht erreicht. Papier ist geduldig; eine Ware einfach umzudeklariert ist lukrativ und auch schon das eine und andere mal vorgekommen (z.B. umdeklarierte konventionelle Kartoffeln auf dem Hamburger Wochenmarkt, deren Betrug nur durch den relativ geringen Verkaufspreis auffielen). Der erste „echte“ Bio-Lebensmittelskandal ist vorprogrammiert, denn es wird immer mehr geben, die die Richtlinien mit all ihren Ausnahmemöglichkeiten ausnutzen werden, z.B. durch Zukauf von konventionellen Ferkeln, wenn es mal nicht wie unter BSE klappt, den Bedarf des Marktes zu decken. Ein Blick in die jüngere und ältere Geschichte zeigt, daß die Anonymisierung des Lebensmittelmarktes zu dem ersten Lebensmittelkandal führte. Die Glaubwürdigkeit der Anbauverbände steht auf dem Spiel.





Förderpraxis der DBU – Flüssigfutter für Schweine

Mit 800.000 Mark fördert die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), ein Projekt, das Flüssigfutter für die Schweinemast hygienisch verbessern will. Die Landwirte könnten bei der Mast die immer beliebtere Flüssigfütterung intensivieren – und dieselbe gesundheitliche Stabilisierung der Tiere erreichen, wie sie bisher nur durch das Beifüttern von Antibiotika erzielt wird. Das von der DBU geförderte Verfahren packe das Problem an der Wurzel: Es unterdrücke die Keime, die zu vermehrten Krankheits- und Todesfällen bei Schweinen und damit auch zu einer vermehrten Anwendung von Antibiotika in der Schweinezucht geführt hätten. „Die bei der Flüssigfütterung mögliche, genau dosierbare Futterzufuhr sowie die Verringerung der Staubbelastungen im Stall, die bei Trockenfutter auftritt, läßt immer mehr Bauern die Verwendung von flüssigem Futter bevorzugen“, so DBU-Pressesprecher Franz-Georg Elpers. Dies ist leider eine ganz typische Förderpraxis der DBU, die mit sehr fragwürdigen Projekten über Umwege der Wirtschaft Gelder zuschanzt!

Praktikumsplätze auf Höfen gesucht

In Polen an der Berufsschule Zespol Szkol Rolniczych wird eine Ausbildung im Ökologischen Landbau aufgebaut. Auf Unterstützung aus dem Ausland ist die Schule wegen ihrer schlechten finanziellen und personellen Startbedingungen angewiesen. So werden neben Studienhilfsmitteln, Laborausstattung auch 20-30 Praktikumsplätze pro Jahr auf gut geführten Ökohöfen im Zeitraum von Juni bis August gesucht.

Hof Fenix, Janina und Rudolf Saake, Tel./ Fax.: +48-63-276 98 98; fenix@team.com.pl

Gen-Mais braucht mehr Pestizide

In den USA werden laut unveröffentlichten Daten des US-Agrarministeriums beim Anbau von gentechnisch veränderten Sojabohnen 11% mehr Pestizide ausgebracht als bei konventionellen Sorten. Monsanto's Roundup-Ready-Pflanzen weisen einen 5-10%igen geringeren Ertrag auf.

Bauernstimme 6/01

Buchbesprechung

Irene Soltwedel-Schäfer & Karl Köster-Lösche
Das BSE-Komplott
(2001, Stiftung Ökologie & Landbau, S. 302)
Die beiden Autorinnen – eine EU-Politikerin und eine Veterinärin – enthüllen und dokumentieren wie es zur BSE-Krise gekommen ist. Mit umfangreichen Dokumenten wird die versuchte Verschleierung der deutschen und europäischen Politik & Verwaltung belegt. „Köpfe mußten“ rollen, um unliebsame QuerdenkerInnen still zu stellen.

Agrarbündnis und AG Ländliche Entwicklung
Der kritische Agrarbericht 2001
(2001, ABL-Verlag, S. 368, 40.–DM)
Der kritische Agrarbericht ist das umfassende Nachschlagewerk der aktuellen Agrardebatten unterschiedlichster AutorInnen. Jedes der 12 Kapitel wie zur Agrarpolitik, internationale Beziehungen, Produktion & Markt, Regionalentwicklung, Soziale Lage, Agrarkultur, Gentechnik, Landwirtschaft & Ökologie, Tiererschutz, und Ökolandbau wird durch ein Jahresrückblick eingeleitet.

Titus Bahner
Bürgernetze statt Subventionen!
(2000, ABL-Verlag, S. 248, 35,90DM)
Es gilt zu brechen mit dem, was die Abhängigkeiten gebracht hat: Der Subventionspolitik des Staates insbesondere durch die EU. Der Kern Bahner's Visionen sind sog. Bürgernetze. Dies sind lokale Initiativen aus Menschen vor Ort, die Interesse an der Landwirtschaft und einer Regionalentwicklung haben. Diese Bürgernetze handeln mit allen Beteiligten wie den Bauern, dem Staat und anderen Geldgebern, der ländlichen Wohnbevölkerung, Naturschutzinteressierten usw. die landwirtschaftliche Nutzung und deren Honorierung aus. Eine Bewegung von unten!



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

• Kurz notiert:
Naturnutzung

25



Ö-Verteiler "Ökologischer Landbau"

• Leider keiner.

Kampf für eine bäuerliche Landwirtschaft – die Confédération Paysanne

Die französische Bauerngewerkschaft Confédération Paysanne hat immer wieder mit spektakulären Aktionen von sich reden gemacht. Auch von immer mehr Städtern unterstützt, setzt sie sich für eine sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft ein, für die Rettung des Bauernstandes und zum Nutzen der Gesellschaft. Mit rund 15.000 MitgliederInnen ist sie gegenüber dem mächtigen Bauernverband FNSEA verhältnismäßig klein.

Erst 1987 schlossen sich die beiden Anfang der Achtziger Jahre gegründeten oppositionellen Bauerngewerkschaften zur Confédération Paysanne zusammen. Die Gewerkschaftler kämpfen für eine sozial- und umweltverträgliche bäuerliche Landwirtschaft in einer solidarischen Welt. „Sie setzt sich ein gegen die Diktatur des internationalen Handels und des Marktes“. Bekannt wurde die Gewerkschaft im Sommer 1999 auch in der BRD, als eine im Bau befindliche Mc Donald's Filiale demontiert wurde und José Bové dafür für drei Monate ohne Bewährung eingeknastet wurde (s. Ö-Punkte 4/00). Wegen Zerstörung von Gen-Reispflanzen wurde er zu 10 Monaten auf Bewährung und zu einer Geldstrafe von 340.000 Francs im März verurteilt. Verschiedenste Aktionen veranstalteten die BäuerInnen u.a.: Entwendung von Zollakten in Toulouse, um nachzuweisen, daß und welche Firmen Tiermehl britischen Ursprungs importierten; Zerstörung von Genfeldern und Gensaaten; Demontage von Mc Donald's in Millau; Teilnahme an den Protesten gegen die WTO in Seattle oder in Porto Alegre im Januar.

Charta der bäuerlichen Landwirtschaft

1. Aufteilung der Erzeugermengen, damit möglichst viele Landwirte ihren Be-

ruf ausüben und von ihm leben können.

2. Solidarität mit den anderen Bauern (in Europa und in aller Welt)

3. Achtung der natürlichen Umwelt: „Wir erben den Boden nicht von unseren Eltern, wir leihen ihn von unseren Kindern“.

4. Einsatz reichlich vorhandener Ressourcen, jedoch sparsamer Umgang mit knappen Ressourcen

5. Die Vorgänge von Produktion, Weiterverarbeitung und Verkauf der Agrarprodukte sollen möglichst transparent sein.

6. Für eine ausgezeichnete geschmackliche und gesundheitlich unbedenkliche Qualität der Produkte sorgen.

7. Bei der Bewirtschaftung der Höfe ein Maximum an Autonomie anstreben; Autonomie beinhaltet Partnerschaft und gegenseitige Unterstützung.

8. Unter den Akteuren im ländlichen Raum nach Partnern suchen.

9. Erhaltung der Artenvielfalt der landwirtschaftlichen Nutztiere und -pflanzen, die ebenso wie der Boden eine Leihgabe der kommenden Generationen ist.

10. Langfristig und global denken: Die gesellschaftliche, ökonomische und

ökologische Dimension der bäuerlichen Landwirtschaft läßt sich nur als globales Ganzes begreifen. Fehlt eine dieser Dimensionen, dann handelt es sich nicht mehr um bäuerliche Landwirtschaft.

Confédération Paysanne +33-143620404, contact@confederationpaysanne.fr.

Ö-terminen

25.-30.11. in Kassel-Witzenhausen
10. Witzenhäuser Konferenz 2001
Agrarwende, Perspektiven für eine Ökologisierung der Landwirtschaft
Peer Urbatzka, Am Grabenbach 2, 37213 Witzenhausen, 05542-911612, Fax -98 15 97, konferenz2001@gmx.de

05.-06.12. in Tutzing
Neue Agrarpolitik
Hoffnung für die Kulturlandschaft
Evangelische Akademie Tutzing, Schlossstraße 2+4, 82327 Tutzing, 08158-2510, Fax: -996444

10.-11. 12. in Altenkirchen
Wann ist Saatgut ökologisch?
Anforderungen an die Pflanzenzüchtung und Vermehrung für den Ökologischen Landbau
Ev. Jugend im ländlichen Raum, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, info@lja.de

20.-26.01.2002 in Frankfurt/ Main
Einführungskurs in die Biologische Dynamische Wirtschaftsweise
Forschungsring e.V., Brandschneise 2, 64295 Darmstadt, 06155-84123, Fax -6911, info@Forschungsring.de

Internet

www.kultursaat.com
Ist ein Netzwerk von ökologisch wirtschaftenden Gemüsezüchtern, zur Unterstützung und Förderung der Züchtungsarbeit bei Gemüse für den Ökolandbau.

www.OrganicXseeds.com
Datenbank für ökologisches und gentechnikfreies Saat- und Pflanzgut, für Landwirte, GärtnerInnen.

www.Bio-saatgut.de
Infos über Saatgut und andere Themen zum Ökolandbau

www.tradeorganex.com
Börse für ökologisch erzeugte Agrarrohstoffe

www.infoxgen.com
Marktplatz für Lebensmittel ohne Gentechnik



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

26 Winter 2001/02
 • Kurz notiert:
 Naturnutzung



**Themenredaktion
 Tierschutz – Tierrechte – Tierbefreiung (TTTT):**

Im Internet >>>
www.geocities.com/tatoruhrpott/tttt

c/o RAGE, August-
 Bebel-Str. 16-18,
 33602 Bielefeld,
rage@gmx.net

Rubrik „Tierschutz, Tierrechte“

Wildschweinschütze- rInnen widerstanden wilden Wüterichen

Während im Saarland zum Schutz der Massentierhaltungen (vor Seuchen) zur Jagd auf wilde Schweine geblasen wird, reichten im hessischen Ober-scheld umgewählte Wiesen und Gärten für ein öffentlich bekanntgegebenes Jägerreiben im heimischen Wald. Aber da hatten die Scheldbürger die Rechnung ohne die Zechpreller gemacht...

Gut 60 JagdgegnerInnen haben am 03. November eine große Treibjagd im Schelderwald (Lahn-Dill-Kreis) erfolgreich gestört. Um die JägerInnen von ihrem mörderischen Tun abzuhalten, wurden Regenschirme aufgespannt, um die Sicht auf das Schussfeld zu verhindern. Andere stellten sich zwischen die JägerInnen und die Tiere. Während die Treibjagd am Vormittag bereits so massiv gestört wurde, dass sie kaum noch weitergeführt werden konnte, kam es Nachmittags bereits durch die Anwesenheit von TierrechtlerInnen an ei-

nem Jägertreffpunkt zu Handgreiflichkeiten der Jäger. Die Auseinandersetzungen zogen sich hin und am verhin-derten am Ende den weiteren Jagdbetrieb.

Obwohl sich die TierrechtlerInnen ab-solut gewaltfrei verhielten, traten die JägerInnen zum Teil sehr aggressiv und gewalttätig auf. So wurden TierrechtlerInnen zu Boden geworfen, Schirme zerstört, TreiberInnen schlugen mit Stöcken auf die Einzelne ein, ein Stock zerbrach sogar auf dem Kopf eines Tierrechtlers, einem anderen wurde die Nase geschlagen. JägerInnen üben nicht nur Gewalt gegen Tiere aus sondern, wie es sich heute erneut gezeigt hat, auch gegen Menschen. Dieses Verhalten der JägerInnen wird die TierrechtlerInnen jedoch auch in Zukunft nicht davon abhalten, sich aktiv für das Leben der Tiere einzusetzen.



Barry Horne bei Hungerstreik gestorben

Am 21. Oktober 2001 begann Barry Horne im Gefängnis seinen vierten Hungerstreik, mit der Forderung zur Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Tierversuche -ein überegelöstes Wahlversprechen von Tony Blair.

Ende 1997 wurde er zu 18 (acht-zehn) Jahren Gefängnis verurteilt (die längste Strafe die je gegen einen Tierrechtsaktivisten verhängt wurde). Er hat für die Abschaffung von Tierversuchen Anschläge auf Tierausbeutungsfirmen verübt. Der wirtschaftliche Schaden betrug an die zehn Millionen DM. Sein Kampf für die Rechte der Tiere wurde von AktivistInnen weltweit unterstützt. Fünf von 18 Jahren Jahren hatte er, begleitet von Hungerstreiks und weltweiter Solidarität, hinter sich. Sein vierter Hungerstreik für die Abschaffung von Tierversuchen endete am Morgen des 5. November 2001. Barry, der zweimal verheiratet war, hinterlässt zwei Kinder und ein Enkelkind. Wir trauern um Barry Horne.



Patente Krebsforschung bricht Tabus: Lebewesen gehören jetzt Konzernen

„Covance Research Products Muta-Mouse effort continues to produce mice with a health status compatible with any ongoing research program. For more information regarding MutaMouse health status, husbandry, or research applications, please contact Client Services at 717/336-4921 or 800/345-4114.“ (gefunden im Internet).

Das Europäische Patentamt (EPA) hat entschieden: das umstrittene Patent auf die genmanipulierte Krebsmaus ist bestätigt. Zwar wird der Patentanspruch auf Nager – also auf genmanipulierte Mäuse, Hasen, Biber oder Murmeltiere – eingeschränkt, doch dies ist nicht mehr als eine kosmetische Korrektur. Dieses Patent, das alle Nagetiere umfasst, denen ein Krebsgen eingeschleust wurde, war das erste Patent, das in Europa jemals für ein genmanipuliertes Tier vergeben wurde. Dagegen haben 1993 über 200 Nichtregierungsorganisationen Einspruch erhoben. Eine erste Verhandlung war 1995, also vor sechs Jahren, ergebnislos geplatzt.

Das Patent EP 169672 wurde 1992 auf die so genannte Krebsmaus erteilt, eine genmanipulierte Maus, die besonders leicht an Krebs erkrankt. Ursprünglich sollte sich der Patentschutz nicht nur auf diese Maus erstrecken, sondern auf alle Säugetiere mit Ausnahme des Menschen, die gentechnisch so verändert sind, dass sie Krebs bekommen. Über 100 Organisationen (u.a. Menschen für Tierrechte), Gruppen sowie zahlreiche Einzelpersonen protestierten gegen die Erteilung von Patenten auf Leben und legten insgesamt 17 Einsprüche gegen dieses Patent beim EPA ein.

Gänse frei zum Martinstag

Fünf Gänse wurden in der Nacht zum Samstag von der Tierrechtsinitiative „Maqi – für Tierrechte, gegen Speziesismus,“ aus einer Mastanlage befreit – einen Tag vor dem „Martinstag“. Die Legende berichtet, Martin von Tours habe sich versteckt, um der Wahl zum Bischof zu entgehen, sei aber durch schnatternde Gänse verraten worden; eine andere Legende dagegen spricht davon, Gänse hätten ihn in der Kirche bei einer Predigt unterbrochen, seien dafür gefangengenommen, umgebracht und gebraten worden. In jedem Fall ein willkommener Vorwand, um am Gedenktag des „Heiligen“, dem 11. November Gänseleichen zu konsumieren. Insgesamt werden in Deutschland zu dieser Jahreszeit mehr als sechs Millionen Gänse umgebracht, um auf den Tellern der Leichenfresser zu enden.

„Wenigstens fünf von ihnen konnten wir das Leben retten“, so Iris Berger von Maqi. „Die anderen werden in den nächsten Tagen im Alter von fünf Monaten ermordet – Gänse könnten 50 Jahre alt werden.“

Bereits in der Nacht zum Montag hatte die internationale Initiative zehn Tiere aus einer Legebatterie befreit: „Normalerweise ist eine Hennenbefreiung zu dieser Jahreszeit problematisch“, erläutert die Hühnerexpertin Sandra Wucherpfennig von Maqi. „Die durch die extremen Bedingungen halb-nackten Hühner kommen aus

der vonabertausenden Körpern aufgeheizten Batterie in die Kälte. Aber in diesem Fall stehen Plätze mit Rotlicht-Wärmelampen zur Verfügung, zudem hatten unsere Recherchen ergeben, daß erst kurz zuvor die Hennen in der Batterie, wie das nach etwa einem Jahr, wenn die Legeleistung nachläßt, immer gemacht wird, getötet und durch andere ersetzt worden waren, so daß deren Gefieder noch in gutem Zustand ist. Drei der befreiten Hennen waren aus den Käfigen entkommen und saßen im Gang zwischen den Käfigreihen. Sie wären innerhalb kurzer Zeit verdurstet. Die anderen wären in einem Jahr ermordet worden – wenn sie überhaupt so lange überlebt hätten.“ Bildmaterial, das die Zustände in den Anlagen sowie Befreiungsaktionen dokumentiert, ist auf der Internetseite von Maqi einzusehen (siehe Adressen).



Adressen

die tierbefreier e.V.
 Rhein-Ruhr
 übernehmen die Öffentlichkeitsarbeit u.a. für JagdstörerInnen, und machen selber Protestaktionen...
 Postfach 13 18, 59195 Bönen,
 rhein-ruhr@die-tierbefreier.de
www.die-tierbefreier.de/rhein-ruhr

Bundesverband der Tierversuchsgegner – Menschen für Tierrechte e.V.
 Roermonder Straße 4a, D-52072 Aachen,
www.tierrechte.de
 Fon 02 41 – 15 72 14,
 Fax 02 41 – 15 56 42

Maqi – für Tierrechte gegen Speziesismus
 c/o Achim Stöber, Hagenbacher Str. 6, D-76187 Karlsruhe,
 0721/758379,
mail@maqi.de
<http://maqi.de>



Ö-terminale

24. + 25. November 2001 in München
SATIS (Stud. Arbeitsgr. gegen Tierv. im Studium)-Informationstagung
 Beginn: 24. Nov. – 13.00 Uhr. Kontakt: SATIS, M. Kuhtz, Albrecht-Dürer-Str. 6, 82008 Unterhaching, Tel./Fax: 089/66500795, E Mail: BerndBoehnke@t-online.de

1. Dezember 2001 in Düsseldorf
Demonstration des BUND NRW „Schluss mit der mörderischen Pelz- tierzucht in NRW“
 auf der Düsseldorfer Königsallee (KÖ) vorbei an Pelzgeschäften/Kaufhof. Treffpunkt: Graf Adolf Platz, Ecke KÖ/Graf-Adolfstraße um 13.00 Uhr, Teilnahme wenn möglich unter 02162-33 737 ankündigen.

1. Dezember 2001 in Berlin
Demonstration für die Abschaffung der Jagd
 Treff: 12.00 Uhr, Adenauer Platz, Infos: <http://www.abschaffung-der-jagd.de/>

23. Dezember 2001 in Essen
Fackelmahnwache gegen Tierversuche
 Beginn: 16.00 Uhr bis 19.00 Uhr, Essen-Stadtmitte, vor der Münsterkirche (Laufzone gegenüber C&A). Infos: Tierversuchgegner NRW e.V., Telefon: 02151-407528

28. Dezember 2001 in Bad Alexandersbad
Silvestertagung des Vegetarier-Bund Deutschland e.V.
 Info: Vegetarier-Bund Deutschland e.V., Blumenstr. 3, 30159 Hannover, Tel.: 05 11 – 363 20 50, Fax: 05 11 – 363 20 07

5. Januar 2001 in Berlin
Demonstration für die Abschaffung der Jagd
 Treff: 12.00 Uhr, Adenauer Platz, Infos: <http://www.abschaffung-der-jagd.de/>

14. Februar 2002 in Aachen
Vortrag zum Thema Tiere, Rechte und Ethik
 Beginn: 19.00 Uhr Karten ab Mitte November unter www.tierrechte.de/tvg_aachen oder per Telefon unter 02406-79229. Die Karten kosten im Vorverkauf 7,67 Euro und an der Abendkasse 9,20 Euro.

jeden 1. & 3. Dienstag in Oberhausen
Tierbefreiungscafe
 c/o Druckluft, am Förderturm 27, 46049 Oberhausen, tierbefreiungscafe@gmx.de

Tierrechtsinfotelefon von »die Ratten« und »die tierbefreier e.V.« – Termine ...
 abrufen: 0208 – 59 34 02
 bekanntgeben: 0208 – 42 21 18
 zufaxen: 0208 – 59 34 01
 Im Netz: www.die-tierbefreier.de/termine

Buchbesprechung

Jeremy Rifkin
Das Imperium der Rinder
 (2000, Campus in Frankfurt, 281 S., 36 DM)
 Das Buch stammt aus dem Jahr 1994, doch richtig aktuell ist es erst durch das Bekanntwerden von BSE in Deutschland geworden. Doch was im Buch zu finden ist, hätte schon vorher aufschrecken können und müssen. Detailgetreu werden die Profitstrukturen bis hin zu nationalistischem Streit vorgestellt – immer auf Kosten der Tiere und der Menschen. Kombiniert mit einem aktuellen Vorwort bietet es nun spannende Hintergründinfos zu den Fleischskandalen.

Mehr "Ö"s in dieser (um)Welt!

Wer hat Lust, VerteilerIn für die Stadt/Region zu werden?

Thema „Tipps für Basisgruppen“

- St Aktionsmappe Umwelt** **29,80 DM**
 Leitfaden für Bürgerinitiativen, Umweltgruppen usw. Tipps für Aktionen, Finanzbeschaffung, Pressearbeit, kommunalpolitische Forderungen usw. Dicker A4-Ordner.
- St Graue Seiten** **5,- DM**
 Ständige aktualisierte A6-Broschüre mit knapp 1000 Adressen. Besonderheiten: Die meisten Adressen sind kommentiert, thematisch sortiert einschl. der thematischen Arbeitskreise von Verbänden, Internet- und eMail-Adressen. A6, 64 S.
- St Jugendaktionsmappe Umwelt** **24,80 DM**
 Wie die Aktionsmappe, aber für Jugend- bzw. SchülerInnengruppen. A4-Ordner
- St Mitbestimmen – Mitwelt gestalten** **4,- DM**
 Informationen über Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche, sinnvolle Organisation von Jugendparlamenten und -foren. A5-Broschüre.
- St Umweltprogramm einer Gemeinde** **4,- DM**
 A4-Heft zu den verschiedenen Umweltbereichen und dem, was kommunalpolitisch gefordert werden sollte. Etwas veraltet, daher jetzt billiger. A4, 64 S.
- St Food-Koop-Handbuch** **16,80 DM**
 Konkrete Tipps zum Aufbau einer Lebensmittel-Kooperative: Einkauf, Buchführung, Ladeneinrichtung, Rechtsformen und vieles mehr. A5, 132 S.

Umweltschutz: Kritik und Perspektiven

- St „Agenda, EXPO, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz“** **39,80 DM**
 Informationen über den Filz zwischen Umweltschutz, Staat und Wirtschaft. Parteileute in Vorständen, Abhängigkeiten. Kontakte zu rechten und esoterischen Gruppen. Kommerzialisierungen und Etablierung. Eine grundlegende Kritik. Buch, mit ca. 1000 Quellen (400 S., A5, IKO-Verlag)
- St CD zum Buch** **49,80 DM**
 Mit allen Quellen des Band 1 ... und noch viel mehr. Als PDF mit Volltextsuche und als TIFF zur Originalbetrachtung. Mit Programmen für Windows, DOS, Linux und Mac.
- St „Agenda, Expo, Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“** **39,80 DM**
 Analyse der Situation und neue Strategien für eine Umweltschutzarbeit, die die Menschen zu den Akteuren macht – Umweltschutz von unten. Kapitel zu Umweltbildung, Naturschutz, Ökonomie usw. Buch mit Entwürfen und Statements (280 S., A5, IKO-Verlag)
- St ACHTUNG: Angebot eines Gesamtpaketes (2 Bände, CD)** **115,- DM**
- St CD Umweltschutz von unten“** **10,- DM**
 Ö-Punkte, Positionspapiere "Umweltschutz von unten" und mehr als PDF – zusammen mit dem Acrobat Reader als Textleseprogramm.
- St Infopaket „Umweltschutz von unten“** **6,- DM**
 Über 10 Positionspapiere zu verschiedenen Themen wie Agenda 21, Direkte Demokratie, Militanz, Umweltbildung, Öko-Neoliberalismus usw., zusätzliche Übersichten.
- St Reader des Instituts für Ökologie** **je 12,- DM**
 – Agenda 21 – Chance oder Mythos? – Umweltgerecht bauen
 – Ökonomie von unten – Software für UmweltschützerInnen
 – Politik von unten – Umweltschutz auf Großveranstaltungen
 – Ökostrom von unten – Ökonomie & Ökologie
 Die Reader enthalten verschiedene Texte und Aufsätze zum Thema. Je 60-80 Seiten, A4.
- St Freie Menschen in Freien Vereinbarungen** **19,80 DM**
 Visionen für und Wege zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Analyse bestehender Herrschaftsverhältnisse und ihrer Entstehung. Kritik, Visionen, Konzepte und Experimente zu Technik und Ökonomie, Gleichberechtigung und zum Mensch-Natur-Verhältnis. 164 S., A 5.

Thema „Widerstand“

- St Das System ist schuld ...** **3,- DM**
 Analyse der Ursachen und VerursacherInnen der Umweltzerstörung und Unterdrückung von Menschen. Begründung radikaler Perspektiven und Forderungen. A5-Heft.
- St Sonderheft „Chemie und Gentechnik“** **2,- DM**
 Ein Heft voller Hintergrundberichte über die Chemiekonzerne, die IG Farben, Genversuche usw. Mit Adressenliste. Stand: Januar 1997.
- St Stören. Blockieren. Sabotieren.** **3,50 DM**
 Tipps fürs Anketten, Blockaden und andere direkte Aktionen. Mit vielen erklärenden Zeichnungen. A5-Broschüre, 24 S.
- St Erste Rechtshilfe.** **39,80 DM**
 Detaillierte Informationen zu Repression, Polizeiverhalten, Möglichkeiten des Schutzes, juristischer Hilfen usw. Verlag Die Werkstatt.

Der Infodienst „Ö-Punkte“

- St „Ö-Punkte“** **2,- DM**
 Viermal jährlich, der Infodienst für Basis-Umweltgruppen. Infos aus allen Themenbereichen: Verkehr, Anti-Atom, Abfall, Politik von unten, Gentechnik und viele weitere Themen. Aktuelle Übersicht über Widerstandspunkte. 1 Heft 2 DM, ab zweitem Heft 1 DM.
 – Startausgabe: Schwerpunkt Windenergie – Frühjahr 2000: Verkehr
 – Frühjahr 1998: Agenda 21 – Sommer 2000: Bewegung von unten
 – Sommer 1998: Direkte Demokratie – Herbst 2000: Ökostrom
 – Herbst 1998: Utopien/Perspektiven – Winter 2000: Netzwerke
 – Winter 1998: Naturschutz im Abseits? – Frühjahr 2001: Direkte Aktionen
 – Frühjahr 1999: Weltwirtschaft – Sommer 2001: Klimaschutz
 – Sommer 1999: Expo 2000 – Herbst 2001: Utopien
 – Herbst 1999: Tips für Gruppen – Winter 1999: Umweltbildung
- St Abopreis pro Jahr (4 Hefte plus Sonderhefte und Infos)** **20,- DM**
Förder-Abo **ab 40,- DM**
- St Infopaket über die Saasener Projektwerkstatt** **3,- DM**
 Info-Faltblätter zum Tagungshaus, zu den Werkstätten ... (kostenlos bei Bestellung)

Name:

Adresse:

Datum: Unterschrift:

Ich hätte gern regelmäßig Termine per Mail oder Fax auf

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

Kurz notiert: **Naturnutzung**

27

Gruppe Landfriedensbruch

Büchertisch

c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11 35447 Reiskirchen Tel. 06401/ 90328-3, Fax -5 landfriedensbruch@gmx.de

„Geschäfts“-bedingungen:

Bis 19.99 DM; Bitte selbst berechnen und als Scheck, Schein oder in Briefmarken belegen oder überweisen auf unser Konto "Förderverein", Nr. 92881903, bei der Volksbank Gießen, BLZ 51390000. Beleg wird auf Anforderung beigelegt. Pauschale für Versand/Porto 2,- DM. Ab 20 DM; Gegen Rechnung. Bezahlung dann bitte innerhalb von 14 Tagen. Porto nach Aufwand.

Hinweise:

Wenn durch diesen kleinen Bücherverband Gewinne entstehen, werden sie für die Arbeit im Aufbau des Widerstandes insgesamt bzw. der Projektwerkstatt verwendet. Daher möchten wir darum bitten, für das, was wir Euch schicken, auch zu bezahlen. Danke.

Wir ziehen mit dem Büchertisch auch auf Kongresse und Tagungen. Wer uns dabei beitreiben will, sollte einfach mal anrufen oder schreiben.

In der Projektwerkstatt sind die Bücher direkt zu kaufen. Das Haus ist ohnehin eine Reise wert: Wohnhaus, Seminarhaus, Archive und Arbeitsräume.

Wer hat Lust Solche Bücher auch selbst zu vertreiben, z.B. auf Büchertischen??? Wir suchen „Ö-Depots“ als Weiterverkaufsstellen! Bestellen per Internet: www.projektwerkstatt.de

Euro = 1/2 DM-Preis!

Dezember 2001 ...

SPIEL MIT, UM ANDERE ZU »LINKEN«

14. Dezember überall
Demo gegen den EU-Gipfel
Mehr unter www.d14.de

Der Pink-Silver Block beim letzten Grenzcamp gibt dir Auftrieb. Vielleicht kann Widerstand doch vielfältig & kreativ sein. Rücke 3 Felder vor.

Erläuterung

Also ... is ja klar: Würfeln, lösen oder wie auch immer und dann mit Spielfiguren, Krümeln u.ä. über die Felder ziehen bis zum bitteren Ende. An einigen Stellen gibt es Abzweigungen, d.h. es geht einen Umweg. Die Eventfelder erklären Aktionstermine („Events“) im Winterhalbjahr 2001/02. Die Eventfelder haben jeweils einen Test dabei.

SPIEL MIT, UM ANDERE ZU »LINKEN«

Du brauchst Kohle. Alle deine Freunde hast du bereits abgezockt und von Selbstorganisation willst du nichts wissen. Geh arbeiten. Setze aus, bist du eine sechs würfelst – dann bekommst du Sozialhilfe & darfst weiter tapen.

In höherer erzählst du den von deinem toten nicht beneidet, hast du Frau im Raum ist, die dich definitiv zusammenordnest. Du liegst drei Felder zurück!

Bei Neugründungen von Attac Ortsgruppen tauchen mal eben 150 Leute auf, von denen 100 direkt eintreten. Du fragst dich, wie viele Leute wohl kommen, wenn ihr zu „Organisation von unten“ einladet? 1x würfeln.

21.-23. Dezember in Saasen
Drittes Treffen „Organisation von unten“
sowie Planung für Seminare usw. 2002
Mehr unter www.hoppetosse.net

10.-14. Dezember überall
Uni- und Schulaktionstage (zum EU-Gipfel)
Mehr unter www.studi-protest.de/uv

SPIEL MIT DEM TOD DER »LINKEN«

Widerstand ist zwecklos. Dem Hype um Attac in taz, junge welt & Co. kannst du nicht stand halten. Du wirst tobieren! – der Attac-Plan wartet auf dich.

WTO-Tagung. Deine Passparole ist die, buhen von Kaputtgehe, das die fische Schmutz, setze 1x zurück.

Alle deine Freunde aus Widerstandsbewegungen sind jetzt bei Attac. Nur die, die noch radikal & gutartig sind, durch die Geldbesessenen werden sie in diesem Spiel nicht zu geben ...

1.-3. Februar in München
NATO-Tagung
Mehr unter www.buko24.de/nato.htm

Auf einem Bündnistreffen mag eine deine Aktionsvorschläge nicht. Jetzt ist Kungeln angesagt. Mit der Zustimmung zweier Mitspielerinnen darfst du eine Person 10 Felder zurücksetzen.

26.12.-21. in Dresden
Jugendumweltkongress (JUKss)
Mehr unter www.jugendumweltkongress.de

Nichts geht. Du bist total frustriert, redest jeden Bewegungsansatz schlecht & alle um dich herum verwandeln sich in Antisemiten. Willkommen auf dem antideutschen Pfad ...

SPÜL RUNTER DAS LEID DER »LINKEN«?

Immer, wenn jemensch ein Event erreicht, musst du eine Parole gegen die jeweilige Aktion in den Raum werfen. Das dürfte kein Problem darstellen – Anregungen unter www.antideutsch.de.

www.hoppetosse.net
Kreativer Widerstand, Direct-Action-Netzwerk, politische Diskussionen, Termine und mehr ...

3.-7. Dezember in Bonn
UN-Wasserkonferenz
Mehr unter www.risingtide.de

In dem Kulturkampf CSU/Beckstein verheimlicht die Antitopos, die Tagung ist ein Nomen. Irgendwas durch was läuft hier? Du machst eine Denkpause – 1x aussetzen.

Auf einer Aktion leigst Du vor der ne sovjetische hinter Dir, wam entbäckst Du, wie eine der fischschüssel gekauft hat. bei Deinem nächsten Ereignis schickst Du eine kreative Aktion vor.

22.-24. Februar in Düsseldorf
Februartreffen
Vernetzung, Strategien, Aktionsplanung usw.
Mehr unter www.februartreffende.de

Das Bekennerschreiben für die Interim war zu früh. Letzte Nacht habt ihr es nicht geschafft, den Ticketautomaten lahm zu legen. Statt dessen ist dein Zeh gebrochen – peinlich – du müßt 1x aussetzen.

Februar 2002. Die nächsten „O-Punkte“ stehen an – und politische Werkzeuge. Aber es kommt kaum jemand lang oder zu spät, das Ti-nen Tag nach dem Druck. Die „O-Punkte“ erscheinen nicht. KeineN interessiert's.

Für die heutige Demo kündigen die Organisatorinnen ein dezentrales Aktionskonzept an. Du hast dich natürlich nicht vorbereitet und irrst nach kurzer Zeit allein umher. Gehe zurück bis zum nächsten Mitspieler hinter dir, damit du nach nach Hause kommst.

Konkurrierendes Spiel: Jeder gegen jeden. Das muß nicht erklärt werden, daß können alle (gut erzogene Kapitalismus-Kinder) ... Linke „sowieso“ (ja, protestiert ruhig – das gehört zum Verschleiern)

Kooperatives Spiel: Würfel und die gewürfelte Punktzahl aufteilen, wobei die anderen jeweils zustimmen müssen. Ziel ist es, jeweils möglichst viele auf die Eventfelder zu bekommen (damit viele Aktion machen können, jajaj).

VOM

14.-16. Mai in Stuttgart
Deutsches Atomforum

In eurer Gruppe kiserst es. Die Supervisoryrat euch sich, doch mal in andere hineinzuversetzen. Du nimmst den Vorschlag ernst & tauscht deine Position mit einem Mitspielerin.

März in Mexiko
UN-Konferenz für Entwicklungshilfe
(Vorfeldtagung zur Rio+10-Konferenz)

Du hast dir für den nächsten Event eine kreative Aktion ausgedacht, die jedoch nur kooperativ funktioniert. Bis zu diesem Feld kannst anderen Mitspielerinnen mit deren Einwilligung Züge abgeben.

Du bereitest einen Global Action Day vor, überall sollen Aktionen laufen. Wenn du es schaffst, dich und eine Mitspielerin zu motivieren, gleichzeitig je ein Eventfeld zu besetzen, dürft ihr beide im Anschluss 2x würfeln.

31.5.-2.6. in Bremen
Out of this world 2
Science Fiction, Politik, Utopie
Mehr unter www.outofthisworld.de

Alles ist zuende. Die „Events“ sind vorbei. Was ist denn jetzt zu tun? Die Gedanken drehen sich ... nur abhängen ist doof. Vielleicht vor Ort loslegen? Eigentlich gibts da genug Nazis, Politiz, Sexismus, Ausgrenzung, Umwelzerstörung. Aber, selbst machen ist anstrengend. Doch da ... die Rettung: Eine neue „O-Punkte“ und der geile Spielplan im Internet – neue „Events“ rufen!

Du hast das Gefühl, dass es nicht voran geht. Dann bist du wohl bei den Linken gelandet ... ab in den Kreis!

Alles dreht sich nur im Kreis ... immer diese alten Akzente hören immer wieder auf. Wie erstens Klasse war und noch dem Schuljahr sagt. Erhab ich habts wieder geschafft. Das mach ich nochmal!

Das Direct-Action-Gotting war ein vieler Erfolg. Mit seinen Fähigkeiten & Co. bist du die erste Schließe der Kette im Spiel & bist zurück!

TOD DER LINKEN

http://go.to/umwelt
Umweltschutz von unten: Positionspapiere und Texte zu Strategien, Umweltfilz usw.

www.projektwerkstatt.de
"Virtuelle Projektwerkstatt" – die Eingangsseite für Aktivistinnen. Links zu allen politischen Bereichen, Terminlisten, Debatten, Zitatesammlungen, Fachthemen ... einfach riesig!

... bis Mai 2002



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

30

Winter 2001/02

• Kurz notiert:
Energie

Zur Konferenz

Für Spenden zur Organisation der Konferenz:
GJB Leipzig, Volksbank Leipzig, BLZ 860 956 04, Kto. 307023520
W. Riepel, aloa@le

Autor:
K. Lohne, Anti-Castor-Netz-Magdeburg
Weitere Infos sowie Quellenangaben unter www.anti-atom.de/magdeburg



Themenredaktion "Atom"

Bernd Hanewald
Hermann-Levi-Str. 9
35392 Gießen
Tel.&Fax 0641-29125
bernd.hanewald@psychiat.med.uni-giessen.de
&
Falk Beyer
Postfach 320119
39040 Magdeburg
FalkBeyer@gmx.de

Zeitschriften-schau:

anti atom aktuell
Bestellung/ Abo: aad,
Helgenstockstr. 15,
35394 Giessen,
Tel 0641-9483174,
Fax 0641-9483175
www.anti-atom-aktuell.de
anti atom aktuell Nr. 124: CASTOR im Schaffen des Krieges
anti atom aktuell Nr. 125: Wichtiges zur Konferenz

graswurzelrevolution
für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
Abo 35 DM, Breul 43,
48143 Münster
gwr-muenster@oln.com-link.apc.org
Internet:
<http://www.comlink.de/graswurzel/>

Rubrik »Anti-Atom«

Uranabbau – Nuklearer Kolonialismus

Radioaktivität

Radioaktivität, die Eigenschaft der Atomkerne einiger Isotope, unter Aussendung energiereicher Strahlung zu anderen Isotopen zu zerfallen, ist ein natürlicher physikalischer Vorgang, welcher vom Menschen allerdings auch künstlich erzeugt werden kann (z.B. durch Kernspaltung). Bei der Kernspaltung in AKWs und bei Atomwaffenexplosionen entstehen radioaktive Stoffe, die in der Natur nicht vorkommen.

Die auf natürliche oder künstliche Weise entstandene Strahlung tritt in drei Formen auf: alpha-Strahlung, beta-Strahlung und gamma-Strahlung. Sie kann ohne Hilfsmittel weder gesehen, gerochen noch gehört werden. Fühlbar ist sie erst in hoher Dosis, denn dann führt sie zu einer Erwärmung des Gewebes bis hin zu Verbrennungen. Das ist in Fällen von Atomwaffenexplosionen und Unfällen in Atomanlagen möglich. Doch auch niedrigere Strahlendosen können die Gesundheit schädigen, da es gibt keinen Schwellenwert für Strahlenbelastung durch Radioaktivität gibt. Die Wahrscheinlichkeit für Strahlenschäden liegt umso höher, je größer die Dauer und Intensität der Bestw. Verstrahlung ist.

Uran

Das Uranisotop U-235 ist eine von wenigen spaltbaren, in Atomkraftwerken nutzbaren Atomkernsorten. Es macht 0,7% des in der Natur vorkommenden Urans aus. Den größten Anteil des Gesamturans hat U-238 mit 99%.

Uran ist ein hochgiftiges, radioaktives Metall. Die Zerfallskette, an deren Anfang Uran steht, hinterlässt 13 Zerfallsprodukte, bis am Ende stabiles, nicht radioaktives Blei entsteht. Eines dieser Zwischenprodukte ist das bei Uranerzabbau und weiterer Verarbeitung leicht freisetzbare Gas Radon-222. Es gilt als gesundheitsgefährdend, weil es durch Einatmen besonders effektiv gesundheitliche Schäden hervorruft.

Uranabbau

Uran ist als Erz in der Erdkruste enthalten und kann im Tagebau bzw. in Untertagebergwerken abgebaut werden. In abbaufähigem Gestein liegt der Uranerzgehalt meist nur unter 0,05-0,55,5%. Um kleine Mengen Uran zu erhalten, müssen deshalb große Mengen Uranerz abgebaut werden. Der dabei anfallende Abraum und das minderwertige Erz werden zu riesigen Halden aufgeschüttet.

Aufbereitung

Das in Bergwerken gewonnene Uranerz kommt danach zur weiteren Verarbeitung in die Aufbereitungsanlage. Dort wird die Abtrennung des Urans vom Erz und die Überführung in seine oxidierte Form U3O8 (»Yellow Cake«) erreicht.

Urananreicherung

Das sogenannte »Yellow Cake« enthält nur ca. 0,7% nutzbares U-235. Für den Leichtwasserreakortyp (häufigster in Deutschland) aber ist ein 4-4-facher Gehalt nötig. Deshalb muss durch Anreicherung des Urans der Anteil U-235 gegenüber den anderen Isotopen erhöht werden. Die Anreicherung ist der erste Bearbeitungsschritt im Rahmen der Atomenergienutzung, der in der BRD in nennenswertem Maße durchgeführt wird. Einziger Standort ist die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau / Westfalen. Die Verarbeitungskapazität entspricht dem jährlichen Bedarf von 8 großen AKWs.

Neben Uran mit dem benötigten Anreicherungsgrad entsteht eine erheblich größere Menge an Uran, das einen Anteil von U-235 unter den natürlichen 0,7% hat. Der endgültige Verbleib dieses abgereicherten Urans ist bisher ungeklärt. In Gronau wurde es ursprünglich in Fässern neben der UAA unter freiem Himmel gelagert. Seit einiger Zeit wird ein Großteil des abgereicherten Urans zur »Weiterverarbeitung« nach Russland gebracht.

Brennelementherstellung

Das angereicherte Uran wird nach einer eventuellen Zwischenlagerung zur Brennelementefabrik transportiert. Dort erfolgt seine Umwandlung in sogenannte Uranpellets aus denen schliesslich Brennstäbe hergestellt werden. Zwischen 80 und 350 solcher Brennstäbe werden schließlich mittels Strukturteilchen zu Brennelementen zusammengefügt. Danach erfolgt der Transport in ein AKW.

Nach der Aufgabe der Standorte Karlsruhe und Hanau gibt es in der BRD nur noch eine Anlage, in der Brennelemente hergestellt werden, nämlich bei der Siemens-Tochter ANF in Lingen. Etwa 75% der Produktion wird im Inland verkauft. Bundesdeutsche AKW-Betreiber beziehen darüber hinaus fertige Uran-Brennelemente aus Schweden und Frankreich.

Transporte und Lagerung

Der Transport und die Zwischenlagerung des Urans geschehen in allen möglichen Verarbeitungszuständen (vom »Yellow Cake« bis zum Brennelement). Weil es keine staatlichen Reglementierungen bezüglich des Zweckes von Ein- und Ausfuhr gibt und die Entscheidung über das »Wann«, »Warum« und »Wohin« der Urtransporte bei den Betreibern liegt, ist die Zahl der Transporte in der BRD groß.

Folgen für Natur und Mensch!

Die ersten Betroffenen der schädlichen Auswirkungen der Atomenergienutzung sind die Bergleute in Uranbergwerken. Sie unterliegen neben den »normalen« bergmännischen Gesundheitsbeeinträchtigungen einer starken Belastung durch die beim Uranabbau entstandene hohe Konzentration von Radon. Diese führt zu einer höheren Erkrankungsrate an Lungenkrebs. Radon und Staub werden während des Abbaus und durch die Arbeitsgänge in der Aufbereitungsanlage in großem Maße freigesetzt. Durch die weitere Ausbreitung des Radon, ausgehend von Schlammdeponien und Bergwerkshalden, kommt es zur Verseuchung des Grundwassers. Somit sind die in Abbaueregionen lebenden Menschen einer starken Belastung durch die Strahlung von Außen (Luft und Boden), durch Einatmung sowie durch Essen und Trinken ausgesetzt. Sie selbst haben meist keinen Nutzen von der Atomenergie. Außer den Gefährdungen der Gesundheit werden durch den Uranerzabbau und die Uranaufbereitung weitere schwerwiegende ökologische Schäden verursacht. Das Erz enthält weitere giftige Stoffe (z.B. Blei, Quecksilber, Cadmium und Arsen), die in die Umwelt gelangen und Grund- sowie Oberflächenwasser verseuchen, Luft, Pflanzen und Tiere belasten. Durch die riesigen (Volumen bis zu 100 Mio. m²) Halden und Schlammdeponien werden Landschaft und Landschaftsbild schwerwiegend zerstört.

Eine Sanierung ist, wenn überhaupt, nur mit immensem Aufwand möglich. Die mengenmäßig und technisch unmögliche Beseitigung der Folgen des Uranbergbaus und der Aufbereitung stellen einen Teil des ungelösten Entsorgungsproblems der Atomenergienutzung dar.

Folgen und Verantwortung

Die Uranvorräte der Welt liegen zu ca. 72% unter dem Land indigener Völker wie z.B. der Indianer Nordamerikas oder von Aboriginalvölkern in Australien. Der Konflikt ist damit vorauszusehen: Wenn deutsche Unternehmen zur »Sicherung der Energieversorgung« nach Uran suchen oder es abbauen, kommt es zur Konfrontation mit indigenen Völkern. Die indigenen Gemeinschaften, deren Subsistenzwirtschaft oft zu großen Teilen auf Jagd und Fischfang, Viehzucht oder Landwirtschaft basiert, werden durch die radioaktive Belastung am härtesten getroffen. Ihnen drohen nicht nur gesundheitliche Gefahren wie Lungenkrebs oder Kindesmissbildungen, sondern ihr ganzes Sozialgefüge wird in Mitleidenschaft gezogen: die Subsistenzwirtschaft trägt die Familien nicht mehr, sie werden abhängig von Sozialhilfe und Wohlfahrt.

(gekürzt, siehe www.oepunkte.de)





Anti-Atom-Herbstkonferenz 23. – 25.11. in L begreifen – angreifen – übergreifend

Nachdem Anfang November (aktueller Terminspekulativ: um den 5. bzw. 12. November) der Castor zurückgeschickt wurde, trifft sich die Anti-Atom-Bewegung vom 23. bis 25. November in Leipzig zum Feiern, Analysieren und Planen. Die Vorbereitungscrew des Anti-Atom-Regionalplenums Ost greift die Tradition auf, im halbjährlichen Rhythmus den landesweit verstreuten Initiativen der Anti-Atom-Szene eine Diskussionsplattform zu bieten. Seit 1,5 Jahren wurde aus verschiedenen Gründen keine solche Konferenz ausgerichtet, sodass der jetzigen eine besondere Bedeutung zukommen wird.

Der Termin wurde bewußt nach dem wahrscheinlichen Castortransport ins Wendland gelegt, um auch andere Politikfelder ins Blickfeld zu bekommen, wie z.B. die neuen Bedingungen des liberalisierten Strommarktes, das Agieren innerhalb der neuen sozialen Bewegung dieses Sommers, der Umgang mit verstärkten Repressionsmaßnahmen, die geplanten Zwischenlager an den AKW-Standorten, die scheinbar neu eröffnete Endlagersuche oder eine Kampagne zu Uran.

Bevor konkrete Handlungsperspektiven umgesetzt werden können, bedarf es einer reiflichen Analyse. Diese soll sich in zwei Strängen vollziehen, dem Block A, „Die aktuelle gesellschaftlich-politische Situation“, und Block B, „Die Anti-Atom-Bewegung als soziale Bewegung“. Was stellen wir uns konkret unter den beiden Blöcken vor?

Block A: Die aktuelle gesellschaftlich-politische Situation

- Was steckt hinter dem Stichwort „neoliberale Entwicklung“? Analyse am Beispiel des Strommarktes
- Welche Auswirkungen wird die Neufassung des Atomgesetzes haben?
- Der Castor als Problem der „Inneren Sicherheit“: Die Ausblendung des politischen Diskurses
- Aber wir haben doch jetzt den Atomausstieg! Die Befriedungskompetenz von rot/grün.
- Die Folgen des Anschlags vom 11. September: Abschaltung der AKWs aus Sicherheitsgründen? Rasterfahndung und Gendateteil für Atomgegner?

Block B: Die Anti-Atom-Bewegung als soziale Bewegung

- Führt die Fixierung auf den Castor die Bewegung in eine Sackgasse?
- Diesen Spagat hält keine Bewegung aus! Die verschiedenen Spektren / Gruppen / Ziele / Aktionsformen der Anti-Atom-Bewegung
- Wie wird intern damit umgegangen? Wie steht es mit der Streitkultur und Kritikfähigkeit?
- „The Summer of Resistance“ – wo steht die Anti-Atom-Bewegung?
- Wie ist es um bisherige Anti-Atom Kampagnen außerhalb des Wendland-Castors bestellt (z.B. Uran, WAA, Osteuropa, Ökostrom)?

Aus den Ergebnissen dieser Analysephase sollen sich dann Arbeitsgruppen entwickeln, die einzelne Themen konkret bearbeiten und Handlungsansätze aufzeigen.



Zeitgleich findet in Berlin das Bundes-Ökologie-Treffen (BÖT) statt. Wir haben diese Terminüberschneidung leider zu spät erfahren, um noch umplanen zu können. Wir können uns vorstellen, die Ergebnisse und den Diskussionsstand des BÖT – das nach unserem bisherigen Wissen einen ähnlichen Analyseanspruch hat wie die Herbstkonferenz – in Leipzig auf den Plena und/oder an Tafeln zu dokumentieren.

Konferenzort: Leipzig-Plagwitz, Baumwollspinnerei, Spinnereistr. 7

Kontakte, Infos, Anmeldungen, Anregungen: Herbstkonferenz@squat.net und presse@anti-atom-sachsen.de. Jetzt wieder aktualisiert: www.anti-atom-sachsen.de

Sowie: Anti-Atom-Netzwerk Sachsen, Bernhard-Göring-Straße 152, 04277 Leipzig, Fax 03 41 / 3 06 51 79, Tel. 0177 / 77 84 043

AtomkraftgegnerInnen sollen finanziell aufgehungert werden

Das AntiCastorNetz Magdeburg protestiert gegen die kürzlich ergangenen Bußgeld-Bescheide an einige AktivistInnen. Im Verlaufe der Castortransporte Anfang des Jahres hatten sie mit Sitzblockaden auf die Gefahren der Atomenergienutzung und die Verantwortungslosigkeit der Castortransporte aufmerksam machen wollen. Ohne andere zu gefährden hatten sie sich dem hochradioaktiven Atommülltransport entgegengestellt.

In den letzten Tagen hat das Landratsamt Ludwigsburg einen Bußgeldbescheid an zwei AktivistInnen aus der Landeshauptstadt erlassen, die im April an einer Sitzblockade vor dem Atomkraftwerk Neckarwestheim teilgenommen hatten. Mit 536,00 DM sollen die beiden – und wahrscheinlich dutzende andere bundesweit – für die Wahrnehmung ihres Grundrechts auf Versammlungsfreiheit zahlen. Dieser Betrag ist ungewöhnlich hoch für Sitzblockaden.

„Wir sind empört darüber, wie vom Landratsamt die Grundrechte mit den Füßen getreten werden. Durch die Erzwingung solch horrender Summen sollen Menschen eingeschüchtert und von zukünftigen Demonstrationen abgehalten werden“, erklärt ein Vertreter des AntiCastorNetz. „In einem Grundsatzur-

Ö-termine

3. – 25.11.2001 in Leipzig
Herbstkonferenz der
Anti-Atom-Bewegung »Analyse
jetzt!«
Kontakt: aloale
www.anti-atom-sachsen.de

1./2.12.2001 in Blumenthal (39288 Burg)
Zukunftswerkstatt – Selbstkritischer
Prozess
Analyse der Antiatomarbeit in der Region
Magdeburg
Kontakt: AntiCastorNetz Magdeburg, Tel
0162 8608949

18.12.2001 in Magdeburg
Infoveranstaltung »Ökologische
Energieende«
Treffpunkt: Ökozentrum und –Institut
Magdeburg (Özim), 18 Uhr
Kontakt: NAJU Sachsen–Anhalt, Tel 0391
5437375

Regelmäßige Termine

jeden Sonntag
Gorleben Gebet
14 Uhr an den Gorleben-Kreuzen, zwischen
Erkundungswerk und Salinas-Claims

am 6. jeden Monats, 14-1447 Uhr
Mahnwache am AKW Brokdorf
Kontakt: A. Dreckmann, Lange Reihe 20,
25541 Brunsbüttel, 04852-048524193

jeden 1. Sonntag im Monat
Spaziergang Neckarwestheim
14 Uhr ab Bahnhof Kirchheim
vorher fragen: 07141-0714103363

Spaziergang Rossendorf
Start: 13 Uhr am Tor Forschungszentrum
Kontakt: 03425-0342517765

Spaziergang UAA, Gronau
Start: 14 Uhr am Zufahrtstor Röntgenstraße
Kontakt: AKU, Siedlerweg 7, 48599 Gronau,
02562-025623125

jeden 2. Sonntag im Monat
Spaziergang Philippsburg
14.30 Uhr ab Marktplatz
Info: AK gegen das AKW Philippsburg
Anti-atom@t-online.de

jeden 3. Sonntag im Monat
Spaziergang Ahaus
Start: 14 Uhr Brennelemente-Zwischenlager
Kontakt: BI Ahaus, 02561-0256161791 oder
WigA Münster, 0251-025121112
Danach: Delegiertentreffen in Ahaus

Spaziergang Rheinsberg
Start: 13.30 Uhr am Bahnhof Rheinsberg
Kontakt: Atomplenum Greifswald,
03834-0383497514

Spaziergang Biblis
Start: 14 Uhr am Bahnhof
www.hessenbaden.de

Letzter Sonntag im Monat
Ökumenische Andacht am AKW
Grafenrheinfeld
14.00 Uhr am Wegkreuz
Tel. und Fax 09721 185033
ba-bisw@mailcity.com

Spaziergang Garching
Termin auf Anfrage, 089-0891772813

teil des Bundesverfassungsgerichtes wurden Sitzblockaden als legitime Form der Wahrnehmung der Versammlung- und Meinungsfreiheit erklärt. Unverhältnismäßige Bußgelder drohen diese Grundrechte auszuhebeln.»

AntiCastorNetz Magdeburg

Weitere Infos zu Repressionen gegen AtomkraftgegnerInnen unter www.antiatom.de/magdeburg

Der Infodienst für
UmweltaktivistInnen

Winter 2001/02

● Kurz notiert:
Energie

31

Hoch die Internet-ionale Solidarität

Norberts Bookmarks
für engagierte Leute
mit über 15000
gutsortierten Links u.a.
zu den Themen: Anti-
Atom, Atomwaffen,
Umwelt, Menschen-
rechte, 3. Welt, Sozia-
les und Politik ...
[www.dfg-vk.de/
links/bookmark.htm](http://www.dfg-vk.de/links/bookmark.htm)

Aktuelle Anti-Atom-
Informationen
der letzten 30 Tage
[www.oneworldweb.
de/castor/
aktuell.html](http://www.oneworldweb.de/castor/aktuell.html)

Gorleben – TICKER
der CASTOR-NIX DA-
Kampagne mit den
aktuellsten Informa-
tionen!
[www.oneworldweb.
de/castor/
bi_ticker.html](http://www.oneworldweb.de/castor/bi_ticker.html)

(Leider fehlt diesmal
der Platz für die Liste.
www.oepunkte.de)



Ö-Verteiler
"Atom"

• anti atom aktuell





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

32

Winter 2001/02

Kurz notiert: Energie



Themenredaktion "Energiewende"

Marcus Janke, Haubachstr. 34, 22765 Hamburg, marcusjanke@web.de

Rubrik „Energiewende“ Der Furz in der Brandung

Eine Geschichte, die überwiegend auf wahren Geschehnissen beruht und von Visionen, Versprechungen und falschen Signalen für die Zukunft handelt.

Was muss das für ein erhebendes Gefühl gewesen sein? Erstmals Energie in ungeahnten Mengen allein durch die Spaltung von Atomen zu zaubern. Und dann die ganzen ungeahnten Einsatzgebiete. Superbomben, U-Boote, die 1000 Jahre lang nicht auftauchen müssen, Energiegewinnung bis zum Abwinken und und und. Und plötzlich diese Unabhängigkeit. Da können 10 mal so viele kalte Kriege kommen. Ja, wer Atome spalten kann, ohne dass sie einem selbst um die Ohren fliegen, der ist was, der macht was her und braucht sich nicht mehr um Importe krisenabhängiger Energieträger zu kümmern. Aber da war noch die Sache mit dem Haken. Nämlich die Strahlung.

Egal wie man sich mühte und die Atome mal von links, dann von rechts, dann wieder von oben oder diagonal beschoss, immer entstand irgendwie Strahlung. Und das war schlecht. Denn Strahlung ist ungesund und kann zum Tode führen. Außerdem wurde bemerkt, dass die entstandene Strahlung länger blieb als die gewonnene Energie verbraucht wurde. Ein Sekunde Energie macht viele tausend Jahre Strahlung. Scheiße! Was nun? Da waren doch diese Pläne von Superbomben, U-Booten, Energie und Unabhängigkeit. Ausgeträumt?

Nun, für Superbomben kann Strahlung gar nicht tödlich und anhaltend genug sein. U-Boote werden von Soldaten bewohnt, die sowieso früher oder etwas später sterben müssen. Energie und Unabhängigkeit bedeuten Macht. Und Macht ist mächtiger als Vernunft. Außerdem wird sich schon irgend ein Loch finden, das tief genug für strahlenden Atommüll ist. Weitermachen!

Aber es gibt mehr im Leben als Bomben, Boote, Energie und Macht. Und viele Menschen bedauerten es sehr, dass nun Ihr Lebensraum auf ewig verseucht werden sollte. Es wurde demonstriert, geknüpelt und geschossen. Staatsmacht ist mächtiger als Vernunft und es wollte sich einfach kein Kompromiss einstellen.

Es blieb die Macht, das Geld und der Widerstand dagegen.

Der strahlende Müll wurde nun immer schneller und flächendeckender hergestellt. Jeden Tag viele Sekunden Energie und viele tausend Jahre Strahlung. Aber es blieb nicht bei Atommüll. Immer häufiger ereigneten sich Störfälle.

Die kleinen widerspenstigen Atome wollten sich einfach nicht bändigen lassen.

Dann Supergau in Tschernobyl: Noch nie zuvor wurde in einem Atommeiler an einem Tag soviel Strahlung freigesetzt: über 70.000 tote Menschen ..., unzählige tote Tiere ..., zerstörter Lebensraum ..., Strahlung überall ... Es wurde demonstriert, geknüpelt und geschossen. Macht ist mächtiger als Vernunft und es wollte sich einfach kein Kompromiss einstellen.

Und als sich der strahlende Staub legte, blieb alles beim alten.

Dann ein Regierungswechsel: Die Partei mit der Stimme der Vernunft bekommt Gewicht und bestimmt mit. Endlich, nach Jahrzehnten des Wahnsinns gibt es Hirn im Parlament. Es wurde diskutiert, Kreide gegessen und beschlossen. 30 Jahre oder mehr, ein Kompromiss mit dem alle Seiten leben können.

Das sind wir einfach den über 70.000 toten Menschen, den unzähligen toten Tieren und dem auf ewig zerstörten Lebensraum schuldig. Die Welt soll sehen, das Atomspaltung der letzte Mist ist und bis heute schon viel zu viel Leid angerichtet hat und anrichten wird. Das wir ab sofort nicht mehr eine Tonne

Die Redaktion Energiewende in eigener Sache

Energiewende, das bedeutet nicht nur Strom, statt aus Kohle und Atom, baldmöglichst aus Silizium und Wind zu gewinnen. Bei einer derart umfangreichen Kehrtwende geht es auch um gesellschaftliches Umdenken. Wer oder was soll Einfluss auf schwerwiegende Entscheidungen auf dem Energiemarkt treffen dürfen? Eine Energiewende betrifft uns in beinahe allen Lebensbereichen. Energie geht alle an.

Dies ist ein Aufruf an alle die, die sich in irgendeiner Art diesem Thema verpflichtet fühlen. Die Redaktion sucht geistige Ergüsse die sich in Schrift niedergeschlagen haben. Wir wollen gemeinsam die Rubrik „Energiewende“ mit Leben und bunten Farben füllen. Die Texte oder Bil-

ENTSCIEDEN ZUKUNFT
Das Paradigma Pellets-Heizsystem

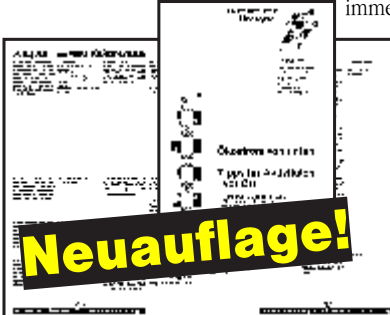
Sie wollen einen Brennstoff, der niemals zu Ende geht?
Sie wollen weder Ökosteuern noch Ölkonzernen finanzieren?
Sie wollen CO₂-neutral heizen?
Kein Problem! Alles Pelletti!

Interessiert? Ihr Paradigma Partner berät Sie gerne.

Staatliche Fördergelder nutzen!

RITTER
Energie- und Umwelttechnik GmbH & Co. KG
Fittlinger Straße 30 • 46304 Marlshaus
Tel. 07202/922-0 • Fax 07202/922-100
info@paradigma.de • www.paradigma.de

Heizsysteme in ökologischer **PARADIGMA** Konzeption



Reader „Ökostrom von unten“

Bewertungen, Aktionsvorschläge, Hintergründe, A4, 12 DM (ab 11: 6 Euro)

MAUS, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld



Atommüll unnötig herstellen. Denn es gibt inzwischen andere Verfahren zur Energiegewinnung und wir verfügen über genügend liquide Mittel derartige Anlagen zu finanzieren. Sonne, Wind, Wasser usw. Diese Techniken können unseren Energiebedarf decken. Wir sind nicht mehr abhängig von dem todbringenden Kernspaltungsverfahren. Welt, schau genau her: Macht ist mächtiger als Vernunft!

der dürfen alles sein. Ob gefühlvoll, ernst, gemein oder lustig, wichtig ist nur, dass sie ehrlich sind. Interviews, Recherchen und Visionen, alles könnte hier Platz finden.

Und so geht's: Bitte die Texte frühzeitig per Mail mit Angabe der verantwortlichen AutorInnen als Anhang im RTF-Format versenden. Wenn Bilder versendet werden sollen, bitte vorher zwecks weiterer Vorgehensweise anfragen.

Die Adresse lautet: marcusjanke@web.de. Natürlich eignet sich diese Adresse auch hervorragend für Anregungen und Kritik betreffend dieser Ausgabe der Energiewende!



Genehmigung erteilt Erster Offshore-Windpark in Deutschland

Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie in Hamburg hat erstmals grünes Licht für einen Offshore-Windpark gegeben. Der Bundesverband WindEnergie e.V. spricht in diesem Zusammenhang von einem Meilenstein für die Maritime Windkraft-Nutzung.

Nun ist es also soweit! Die Stromgewinnung aus Windenergie vor den Küsten auf hoher See kann beginnen. Windturbinen der „Multi-Megawatt-Klasse“, die es in dieser geplanten Form heute noch gar nicht gibt, werden gigantische Mengen regenerativen Strom fördern. Ein Pilotprojekt, das mit folgenden Parks tatsächlich ernstzunehmende Konkurrenten zu unseren lieb gewonnenen AKW's darstellen.

Doch beim Bau dieser Anlagen darf es nicht bleiben. Letztendlich sind sie auch nur Kompromisse, die eingegangen werden müssen, weil der enorme Strombe-

darf gesättigt werden will. Und das ist ein Problem. Durch die Zentralisierung vor den Küsten, weit weg vom „normalen“ Leben ist es kaum möglich eine geistige Verbindung zwischen Strom und VerbraucherInnen aufzubauen. Das Gefühl, der Strom kommt doch aus der Steckdose, wird bleiben. Das Gefühl entwickeln, Strom ist etwas Kostbares und immer mit einem Eingriff (ob klein oder groß) in die Natur verbunden, braucht mehr als „Multi-Megawatt-Windmühlen“. Es ist ebenso wichtig weitere Konzepte zur Stromersparung zu entwickeln. Diskussionen müssen stattfinden, warum, wieso und

wofür benötigen wir eigentlich wirklich Strom? Gibt es Alternativen? Müssen ständig neue Konsumgüter und Wünsche geschaffen werden? Ist es überhaupt möglich in derzeitigen wirtschaftlichen Zusammenhängen, auf Dauer 100%ige regenerative Energiegewinnung zu ermöglichen? Wann wollen wir eigentlich den Meilenstein der Vernunft legen?

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

33

Kurz notiert: Energie

Zum Text

Eine Mitteilung mit Zahlen und Hintergrundinformationen kann unter www.wind-energie.de/aktuelles-und-aktivitaeten/aktuelles.htm bestaunt werden.



Ökostrom billiger als Normalstrom

Jugendumweltzeitung „Juckreiz“ startet Ökostrom-Wechsel-Kampagne: Bis Jahresende 100 Kilowattstunden Ökostrom kostenlos als Startgeschenk, dauerhaft Ökostrom billiger als „Normalstrom“

Während die rot-grüne Bundesregierung Atomkraftwerke auch nach den eklatanten Verstößen gegen die Sicherheitsvorschriften nicht vom Netz nimmt, haben die jugendlichen MacherInnen der Berliner Jugendumweltzeitung Juckreiz die Nase voll: Sie organisieren jetzt ihren eigenen Atomausstieg – und den ihrer LeserInnen. Unter <http://strom.juckreiz-berlin.de> bietet die Redaktion Informationen und ein Vertragsformular zum Herunterladen an.

Wer den Vertrag bis Jahresende zurückschickt, bekommt künftig Ökostrom des Hamburger Anbieters Lichtblick, der garantiert ohne Kohle und Atom hergestellt ist. Als Begrüßungsgeschenk gibt es zusätzlich 100 Kilowattstunden der grünen Elektronen kostenlos – und dauerhaft einen Preis, der oft noch niedriger ist als die Kosten für „Normalstrom“ aus zweifelhafter Herkunft.

„Wir können nicht akzeptieren, dass die rot-grüne Bundesregierung den gefährlichen Schrottreaktoren mit ihren verantwortungslosen Betreiberfirmen eine jahrzehntelange Bestandsgarantie gibt“, kritisiert Juckreiz-Redakteur Matthias Spittmann den so genannten Atomkonsens zwischen Energiekonzernen und Regierung. „Doch weil wir nicht nur meckern wollen, bieten wir unseren LeserInnen und allen anderen jetzt die ganz persönliche Energiewende an.“

Eine klassische Win-Win-Situation: Die Umwelt freut sich über den Ökostrom, die StromwechslerInnen über den günstigen Preis und das Startguthaben – und die ehrenamtliche Redaktion bekommt eine Provision, mit der sie den Druck ihrer Zeitung finanziert.

Die Strom-Infos gibt es auch gegen 2,20 DM in Briefmarken beim Juckreiz, Postfach 21 21 10, 10514 Berlin, Telefon 030/39 84 84 84, www.juckreiz-berlin.de/

Ökostrom von unten: Kaum Aktivitäten ...

Schwach anfangen ... und dann stark nachlassen. So wirkt im Nachhinein die Bilanz verschiedener regionaler und lokaler Aktivitäten zur Förderung des Ökostroms. Die Kampagne „Ökostrom von unten“ setzte erst ein, als schon verschiedene Energieinitiativen, Umweltverbände oder Anti-Atom-Gruppen losgelegt hatten. Leider aber waren fast alle dieser Aktivitäten ...

- inhaltlich schwach, d.h. sie setzten platt nur auf Stromwechsel ohne jegliche Mitbestimmung oder politische Orientierung – das gilt z.B. für etliche regionale Aktionen und die großen überregionalen Kampagnen z.B. von BUND und Nabu.

- hinsichtlich der Kriterien zur Auswahl der Stromlieferanten nicht nachvollziehbar, d.h. etliche Mischstrom- oder sogar Atomstromanbieter waren in den Empfehlungslisten der Umweltgruppen dabei – ob da eher Unwissen oder gar Geldzahlungen eine Rolle spielten, ist unklar. So gab es ein den letzten Monaten eine schwere Enttäuschung, als auch die Grüne Liga wieder ihr eigenes Stüppchen kochen mußte und auf nichts achtete, was andere Umweltgruppen schon vorrecherchiert hatten ... jetzt machen die ihre Ökostromkampagne mit einer Firma, die sehr direkte Verflechtungen mit der Atomkraft hat.

- dienen wohl eher der Eigenwerbung (Mitglieder, FördererInnen, Spenden) oder finanziellen Vorteilen als der Energiewende.

Die Kampagne „Ökostrom von unten“ bot eine präzise Bewertung von Stromanbietern sowie einen möglichen überregionalen Bezug und die Erweiterung der politischen Stoßrichtung um die Frage der Mitbestimmung. Gerade letztere wäre eigentlich bitter nötig, denn ohne sie bleibt das Ergebnis immer unsicher – gerade bei einem Erfolg bestünde die Gefahr der Kommerzialisierung. Dennoch (oder: deshalb) kam es kaum zu solchen Versuchen. In etlichen Städten kam es zwar zu Kontaktgesprächen, aber nur in

Berlin tatsächlich zu Aktionen. Die waren dort auch zunächst vielversprechend, das Interesse flaute dann aber teilweise ab, lukrative Bereiche wurden dann zu Firmengründungen – „Ökos“ sind halt auch nur GeschäftemacherInnen!!

„Ökostrom von unten“ ereilte bei allem nur das gleiche Schicksal wie anderen umweltpolitischen Aktivitäten auch. Außer einzelnen, attraktiven Events können zur Zeit nur geldschwere Hauptamtlichenapparate mit professionellen Unterhaltungsprogrammen für ihre Mitglieder oder FördererInnen Erfolge verzeichnen – allerdings nicht hinsichtlich gravierender politischer Fortschritte, sondern eher dort, wo es um das eigene Image, die gefüllte Vereinskasse usw. geht. Auf der Anti-Atom-Herbstkonferenz soll es nochmal um das Thema gehen. Ob dort allerdings die Bereitschaft zu politischer Arbeit größer ist als bisher, darf bezweifelt werden. Allerdings sei niemand gehindert: „Ökostrom von unten“ lebt weiter, der Reader ist aktualisiert, die Informationen stehen bereits (u.a. im Internet), Seminare und Veranstaltungen können gemacht werden – allein, es fehlt an der Basis, die sich als mehr versteht als nur eine Fahrge-meinschaft zu Einzel-Aktionen oder ein Beratungsklüngel für Bürgermeister oder Firmen zu sein.

<http://move.to/oekostrom>

Die Infoquelle zu Ökostrom von unten:
<http://move.to/oekostrom>



Ö-Verteiler "Energiewende"

• Eurosolar (intern)



Kontakt:
Institut für Ökologie
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
06401/903283
oekostrom-von-unten@web.de

Ökostrom



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

34

Winter 2001/02

• Kurz notiert: Umwelt



Themenredaktion "Verkehr"

Umkehr e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding Tel. 030/4927473, Fax 4927972 info@umkehr.de

Informations-Dienst Verkehr Nr. 68 erschienen

Parkplatz-Reduktion in Städten, Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn, externe Kosten des Verkehrs und Gesundheitsförderung durch Fußverkehr sind die Schwerpunkte des IDV 68. Das 64-seitige Heft ist für 9 DM in Briefmarken erhältlich bei UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel:030/492-7473, Fax:-7972

Zum Text rechts

Der vorliegende Text gibt die derzeitige Selbstverständnis-Debatte von „autofrei leben! e.V.“ – Die Initiative der Autofreien“, in gekürzter Form wieder. Ziel ist eine gemeinsame Plattform als Grundlage der weiteren Tätigkeit. Wir legen die Thesen allen Interessierten vor und wünschen uns möglichst viel Einmischung, Meinungsäußerungen und Debattenbeiträge. Bitte richten an: Lothar Galow-Bergemann, Taubenheimstraße 95, 70372 Stuttgart, 0711/560294, uta-lothar@z.zgs.de. Hier ist auch der volle Wortlaut erhältlich.

Rubrik „Verkehr“

autofrei leben! Menschen geraten in Bewegung

Mit dem folgenden Text geben wir die Thesen zur Diskussion um das Selbstverständnis von „autofrei leben! e.V.“ wieder. Die Debatte ist nicht nur für die Vereinsmitglieder interessant, spannend wird es auch für andere Aktive, die den Weg der „großen Politik“ und den über die Verwaltungsgerichte gewählt haben. Zeit für eine Neu-, besser: Reorientierung in der Verkehrsbewegung? Nicht nur die Autoren der Thesen würden sich über Reaktionen freuen: Auch in den Ö-Punkten kann die Debatte weitergehen!

Millionen leben ohne Auto

Die negativen Folgen des Automobilitäts sind hinreichend bekannt. Weniger bekannt ist, dass Besitz und Nutzung eines Autos für viele Menschen nicht selbstverständlich sind. Es ruft immer wieder Erstaunen hervor, auch bei Autofreien selbst, dass fast ein Viertel aller Haushalte in Westdeutschland ohne Auto leben, in Städten über 500 000 Einwohnern sogar 40 Prozent. Auch wenn sie das aus sehr unterschiedlichen Gründen tun, so beweisen doch Millionen Menschen jeden Tag aufs Neue, dass es auch ohne Auto geht, ja dass man ohne Auto oft besser leben kann als mit. Diese Menschen, die vom herrschenden Bewusstsein kaum wahrgenommen werden, leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Mensch und Natur. Sie sind auch eine stille Herausforderung an eine Gesellschaft, die uneingestanden um die Folgen ihrer Automobilität weiß.

Ausstieg und Widerstand – wir wollen besser leben

Gemeinsam ist uns, dass wir mit der herrschenden Vorstellung von „Lebensstandard“ gebrochen und ganz andere Vorstellungen von Lebensqualität entwickelt haben. Wir erliegen nicht der Faszination des herrschenden Begriffs von „Mobilität“, sondern sehen dahinter die wahnhaftige Raserei und sinnentleerte Hektik einer Sucht-Gesellschaft, die einem inhaltslosen Wachstums-, Arbeits- und Konsumfetischismus verfallen ist. Dem entgegen setzen wir beispielsweise die Lust an der Langsamkeit, den Spaß an der Eigen-Bewegung als dem Gegenteil von Auto-Mobilismus und die Freude an einem Leben in größerer Übereinstimmung mit Mensch und Natur. Indem wir solche von der automobilen Gesellschaft als wertlos und hinderlich betrachteten Räume zurückerobern und uns wieder aneignen, beginnen wir damit, für uns selbst ein besseres Leben zu realisieren...

Für eine Welt, in der Menschen anders verkehren

Wir wollen in Städten und Dörfern leben, die für die Menschen und nicht für die Autos gemacht sind. Wo die Straßen wieder zum Lebensraum und zur Stätte der Begegnung werden. Wo alternative, umweltverträgliche und sanfte Verkehrsmittel benutzt werden. Wo die Wege

kurz sind, weil Produktion und Verteilung dezentral organisiert sind und weil Erholung und Entspannung auch in der Nähe möglich sind.

Wir haben einen Traum: Eine Welt, in der die Menschen nicht mehr rasen – nicht aufeinander drauf, nicht aneinander vorbei und nicht voreinander weg. Eine Welt, in der die Menschen Zeit haben – füreinander, für sich selbst und für die Natur, deren bewusster Teil sie sind und sein wollen. Eine Welt, in der die Menschen nicht mehr durch das Hamsterrad von Wirtschaftswachstum und Geldvermehrung gehetzt werden. Eine Welt, in der nach menschlichem Maß gewirtschaftet wird und in der die Menschen auch im übertragenen Sinn ganz anders miteinander verkehren.

Anders leben, anders einmischen

Wir wehren uns nicht nur, wir leben auch im Alltag vor, dass es anders geht – indem wir an einem zentralen und sensiblen Punkt dieser Gesellschaft einfach „nicht mehr mitmachen“... Das unterscheidet unser Selbstverständnis von klassischen Politikvorstellungen. Deswegen setzen wir unsere Hoffnungen auch weniger auf Staat und Politik als vielmehr auf die Fähigkeit und den Willen von immer mehr Menschen, aus unmenschlichen Zuständen auszusteigen und sich ihnen zu widersetzen.

Wir haben einfach damit angefangen und wollen andere mitziehen. Wir wissen, dass unser persönlicher Ausstieg alleine nicht ausreicht, um die Gesellschaft dauerhaft und wirksam zu verändern. Deswegen sind für uns der Ausstieg aus dem automobilen Wahn und die breite Entwicklung von Widerstand dagegen zwei Seiten derselben Medaille.

„autofrei leben!“ orientiert auf die Eigenaktivität der Menschen. Wir selbst glauben nicht daran, dass es „die da oben“ schon richten werden. Wir wollen erreichen, dass sich immer mehr Menschen aus ihrer Apathie lösen und ihre eigene Kraft in gemeinsamen Aktionen erleben können. Mit praktischen Beispielen wollen wir zu phantasievollen und gewaltfreien Aktionen anregen, auch zu solchen des zivilen Ungehorsams.

Leben gegen den Strom – begleitet von Sympathien

„autofrei leben!“ provoziert einerseits zwangsläufig ungläubige, kopfschüttelnde und aggressive Reaktionen der automobilen Sucht-Gesellschaft. Andererseits treffen wir mit unserer Art zu leben und mit unserem bewussten Nicht-Verstecken auf einen beachtlichen gesellschaftlichen Resonanzboden. Wir rühren an eine weitverbreitete und tiefisierende, teils bewusste, teils halb- und unbewusste Unzufriedenheit sehr vieler Menschen mit der herrschenden Lebensweise. Denn manche wissen es, viele ahnen es und sehr viele spüren es wenigstens hin und wieder: Ihre von der Gesellschaft für „normal“ erklärte Lebensweise ist meilenweit von ihren eigentlichen Bedürfnissen entfernt.

Es gibt viele Abstufungen von Ansprechbarkeit und Sympathie für „autofrei leben!“. Von denen, die fast ganz ohne Auto leben und nur, weil sie zweimal im Jahr eines in Anspruch nehmen, Hemmungen davor haben, sich als Autofreie zu bezeichnen – bis zu jenen, die zwar tagtäglich das Auto benutzen, aber dabei unter ihrer inneren Zerrissenheit leiden, weil sie ganz genau wissen, dass ihr Verhalten in krassstem Widerspruch zu ihren eigentlichen Überzeugungen und Einsichten steht...

Die herrschende Auto-Ideologie unterminieren

Wir wollen hörbar und qualifiziert in den gesellschaftlichen Diskurs über grundlegende Fragen des Automobilitäts eingreifen. Damit wollen wir Beiträge zur Unterminierung der herrschenden Auto-Ideologie leisten – mit dem Ziel, letztlich ihre Meinungsführerschaft zu brechen. Was hilft, die Vereinzelung autofreier Menschen zu überwinden und ihr Selbstbewusstsein zu stärken?

Wie gelangen autofreie Menschen und autofreie Themen in die Offensive? Wie gelingt es, ein gesellschaftliches Klima der Ächtung des Automobils zu schaffen? Entlang dieser Fragen gestaltet sich die Tätigkeit von „autofrei leben!“ – vor Ort und überregional.





Nur ein echter Ochs lässt sich vors Auto spannen

Fahrraddemo in Stuttgart zum europaweiten autofreien Tag am 22.9. (Auszug aus Bericht): Wenn auch der autofreie Samstag in großen Teilen von Deutschland kaum Beachtung gefunden hat, in einzelnen Städten gingen doch einige hunderttausend Radler und Fußgänger für eine autofreie Innenstadt auf die Straße. Hier eine Schilderung aus Daimlercity – Stuttgart

Punkt fünf vor zwölf starten rund 200 Radler ihren Demozug durch die Stuttgarter Innenstadt, da entlang, wo sonst Gestank, Lärm, Hektik, Geheue und Machogebülle die Oberhand haben. Viele der Radler transportieren auf ihren Anhängern Wasser, Saft, Kuchen und weitere Leckereien, aber auch Sitzbänke und Sonnenschirm, kurz alles was für ein gemütliches Picknick in der Innenstadt nötig ist. Den Fahrradross führt ein Hinterwälder-Zugochse aus dem Schwarzwald, Anton, an, der einen Fiat hinter sich herzieht.

Im folgenden Auszüge aus der Abschlusskundgebung von Lothar Galow-Bergemann von Autofrei Leben:

(...) Wir haben für jeden sichtbar demonstriert: es geht auch anders. Transport autofrei. Das ist nicht nur machbar, das macht auch Spaß. Sogar in Stuttgart, wo wir es mit einer der autofreiesten Stadtverwaltungen überhaupt zu tun haben. Wo sogar noch die lächerlichen zehn Pfennig Parkgebühr für die erste halbe Stunde an den Parkuren verschwinden soll. (...) wo Radfahrer, die sich das Recht nehmen – genauso wie die Autofahrer – in größerer Zahl ge-

meinsam durch die Stadt zu fahren, von der Polizei drangsalieren werden wie in keiner anderen Stadt, ja sogar eingekesselt (kleine Anmerkung: bei critical mass – Fahrten hat es die Polizei in Stuttgart auch fertiggebracht, den Radlern ihre Räder zu „stehlen“. Die Räder durften dann Stunden später wieder abgeholt werden.)(...) „Was wäre Stuttgart ohne das Auto?“ fragte erst kürzlich die Stuttgarter Zeitung in einer groß aufgemachten Sonderbeilage und sie hat natürlich nicht darauf geantwortet: „eine lebens- und lebenswerte Stadt.“, sondern sie hat selbstredend das oberste Dogma der Autogesellschaft nachgebetet, das da lautet: „Unsere Wirtschaft geht ohne das Auto kaputt, Nun nehmen wir einmal an, dieser Satz würde stimmen. Dann müssten wir uns doch eigentlich auch einmal ganz unvoreingenommen fragen dürfen, ob sie es überhaupt wert ist, diese Wirtschaft, die nun ausgerechnet von der hunderte Millionenfachen Produktion mörderischer Dreckschleudern abhängt. Von der immer weiter fortschreitenden Zubetonierung unserer Städte und Landschaften. Von 50 000 jährlich auf den Straßen getöteten alleine in der EU. Von der Erwärmung des Erdklimas, deren katastrophale Folgen nicht nur die Menschen in der sogenannten Dritten Welt, sondern auch wir hier immer deutlicher zu spüren bekommen. Die Hälfte des weltweit geförderten Öls schlucken die Autos. Für sie wurden und werden schmutzigste Kriege geführt. Tschetschenien und Nigeria sind Beispiele dafür, wie für die Gier der wenigen reichen Staaten nach Öl hunderttausende Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubt, verfolgt, vertrieben und gemordet werden. Und wenn wir gerade in diesen Tagen jede Menge Gründe haben, über die Ursachen des Terrorismus in der Welt nachzudenken, dann müssen wir auch über den Terror reden, den die reichen Länder des Nordens im Namen ihrer vermeintlichen automobilen Freiheit seit Jahrzehnten über die Länder des Südens gebracht haben und bringen. (...) Der ehemalige Chef von BMW hat die ganze Hirnrissigkeit der Marktwirtschaft mit dem Satz auf den Punkt gebracht: „Wir wissen zwar, dass es zu viele Autos auf der Welt gibt, aber unser Problem ist, dass es zu wenige BMWs gibt.“(...)

Biggi Häussler

Radwegebenutzungspflicht

Seit 1998 dürfen Radwege, die bestimmte Mindestanforderungen nicht genügen, nicht mehr benutzungspflichtig sein. Da viele Kommunen mit dieser Regelung nach eigenen Kriterien umgehen, hat UMKEHR e.V. einen Muster-Widerspruch erarbeitet, mit dem die zuständige Straßenverkehrsbehörde angefordert werden kann, Radwegebenutzungspflichten aufzuheben.

Eine email an info@umkehr.de mit dem Betreff „Widerspruch“ und die Muster-Datei kommt postwendend oder per Post/Fax anfordern bei UMKEHR e.V. (Adresse s.o.)

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

• Kurz notiert: **Umwelt**

35

Kino-Tipp

„Heinrich, der Saeger“ von Klaus Gietinger
Bahn-Beschäftigte erpresst mit Anschlägen die Bahn, um den Abbau von Strecken zu verhindern.



Internet-Forum zur Verkehrspolitik

Der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e. V. und die Kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung starteten im Mai 2001 einen neuen Internet-Service. In einem Diskussions- und Beratungsforum werden Fragen zur kommunalen Verkehrspolitik beantwortet, zugleich können dort Aktive miteinander diskutieren und Erfahrungen austauschen. Damit setzen beide Kooperationspartner ihr Projekt fort, das vor gut einem Jahr mit einer ähnlichen Dienstleistung auf E-Mail-Basis begann.

In einem Internet-Forum kann jedeR öffentlich Beiträge schreiben, wobei die Beiträge wahlweise ein neues Thema eröffnen oder auf einen vorhandenen Beitrag antworten. Die Beiträge bleiben über lange Zeit sichtbar, die Diskussion nachvollziehbar. So können mehrere Diskussionen zeitgleich geführt werden, ohne daß die Übersicht verlorengeht und ohne daß (wie beim Chat) die TeilnehmerInnen gleichzeitig online sein müssen.



Die ExpertInnen vom UMKEHR e. V., dem bundesweiten Dachverband der Verkehrs- Bürgerinitiativen, beantworten Fachfragen zu allen Bereichen der Verkehrspolitik, wobei der Schwerpunkt auf dem Handlungsfeld Gemeinde/Region liegen soll. Dabei geht es nicht nur um rechtliche oder technische Auskünfte, auch Probleme der politischen Strategie und Umsetzung sollen im Forum debattiert werden. Ebenso wie die ExpertInnen können alle NutzerInnen zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen, Erfahrungen beisteuern und ihre Meinung sagen. Das Forum wird von der Redaktion der kommunalpolitischen Infothek moderiert.

Mit diesem Service hoffen wir, einen Beitrag zur besseren Vernetzung von Bürgerinitiativen zu leisten, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen und die Entwicklung von Konzepten und Strategien für eine umweltgerechte Verkehrspolitik zu fördern. Zugleich leisten wir damit einen Beitrag zu dem Vorhaben, das Internet für politische Zwecke zu nutzen und es nicht der Kommerzialisierung zu überlassen.

Ö-termine

9.12.01 in Bad Herrenalb
„Auf der Rückseite des Lärms“
Ev. Akademie Baden Tel. 07083/928-601

18.-20.10.02 in Hannover
12. Reise Pavillon
Marktplatz für anderes Reisen
Stattreisen Tel. 0511/1694167

1.-3.2.02
Workshop
„Weichen stellen! Aber richtig!“
Umwelt und sozialverträgliche Steuerung des Verkehrsbedarfs in Bayern
BN Bayern, Tel. 0931/80464-33

18.2.02
Workshop „Mobilität ohne Auto: MoA-Tage – ein Erfolg?“
Ausblick für Schleswig-Holstein und Nachbarländer
Akademie für Natur und Umwelt des Landes SD-H., Tel. 04321/90710

16.6.02 und 18.6. überall
Mobil ohne Auto
MoA und Autofreier Hochschultag
UMKEHR e.V. Tel. 030/4927473

Ö-Verteiler „Verkehr“

• Leider keiner.

Buchbesprechung

Rasende Liebe
In diesem Buch wird die psychologische Seite unserer Liebe zum Auto abgehandelt. Obwohl das Buch etwas reisserisch aufgemacht ist, ist es doch ein Sachbuch. Dargestellt wird die Symbiose von Fahrzeug und Fahrer, das Auto wird von seiner aktiven Seite gezeigt, es schreibt sogar ein „Vorwort eines Autos“, Entwicklungspsychologisch wird gezeigt, wie die Menschen die Langsamkeit überwunden haben. Der Umgang der Geschlechter mit dem Fahrzeug wird vorgestellt, der Umgang mit Aggressionen, der persönliche Umgang mit dem Risiko und die Neigung, einen Unfall zu verursachen.
Holte, Hardy (Hg.) Rasende Liebe. Warum wir aufs Auto so abfahren, Stuttgart/Leipzig 2000, 268 S., 16,80 DM

Umwelt



Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen

36

Winter 2001/02

• Kurz notiert: Markt&Macht

Redaktion „Chemie&Industrie“

U Bayer-Gifte in Guatemala

„Der plötzliche Tod ist eine Spezialität aus Deutschland“ hieß es vor fünf Jahren in einer Anzeige, die in Guatemalas größter Tageszeitung Prensa Libre erschien. Die deutsche Firma Bayer wollte damit für das Insektizid BAYGON werben. Angesichts breiter Kritik entschuldigte sich das Unternehmen für den geschmacklosen Anzeigentext und stoppte die Kampagne.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren und das Pestizid Aktions-Netzwerk kritisierten neben der augenzwinkernden Anspielung auf den Holocaust besonders die Verwendung des Inhaltsstoffs Dichlorvos, der von der Weltgesundheitsorganisation WHO als „hochgefährlich“ bezeichnet wird.

In deutschem BAYGON findet sich die Chemikalie nicht. Bayer-Sprecher Thomas Reinert verspricht, Dichlorvos auch in Zentralamerika durch ungefährlichere Inhaltsstoffe zu ersetzen. Aktuelle Testkäufe belegen jedoch, dass der risikoreiche Inhaltsstoff in Guatemala bis heute in BAYGON enthalten ist. Die Zusammensetzung (1% Propoxur, 0,015 % Cyfluthrin und 1% Desmethyl-Dichlorvos) blieb völlig unverändert. Auch ein neues Bayer-Mittel namens „Oko“ enthält 1% Dichlorvos.

Kritiker monieren, dass Bayer wie im Lipobay-Skandal die Gewinnmaximierung höher bewertet als den Schutz der Verbraucher. Da die Gesundheitsvorsorge in der öffentlichen Diskussion in Guatemala nur ein Randthema ist, lassen sich dort gefährliche Stoffe verkaufen, die für Bayer in der Herstellung günstiger sind.

Bayer wirbt in Lateinamerika mit dem Slogan „Si es Bayer, es bueno“ (wenn es von Bayer ist, ist es gut). Da Deutschland und deutsche Produkte in Mittelamerika allgemein hohes Ansehen genießen, kommen die Verbraucher in Guatemala nicht auf die Idee, dass Baygon schädlich sein könnte. Ein deutscher Tourist berichtet, ihm sei in einer Apotheke in der Hauptstadt Guatemala-Stadt empfohlen worden, BAYGON regelmäßig unter die Bettdecke zu sprühen, um vor Flöhen sicher zu sein.

Hubert Ostendorf von der Coordination gegen BAYER-Gefahren moniert: „Gerade in einem Land wie Guatemala, wo fast die Hälfte der Bevölkerung Analphabeten sind, sind solche hochgefährlichen Produkte fehl am Platz. Die Menschen sind mit den Risiken der freiverkäuflichen Pestizide wenig vertraut und können sich nur schlecht schützen. Gifte wie BAYGON werden oft in der Küche angewendet, Rückstände der langlebigen Inhaltsstoffe werden eingeatmet oder werden mit der Nahrung aufgenommen.“



Die Entsorgung eines Pharma-Skandals LIPOBAY: Kaum Nebenwirkungen für BAYER

War da was, irgendwann einmal in uralten Zeiten, im fernen Sommer 2001? Ach ja, der LIPOBAY-Skandal! Damals war die Aufregung groß. BAYER und das gesamte konzernfreundliche Arzneiwesen standen in der Kritik. Inzwischen haben sich die Wogen geglättet. Der Leverkusener Chemie-Multi ist wieder zur Tagesordnung übergegangen.

Ein halbes Jahr später ist nichts passiert. Der LIPOBAY-Skandal folgte der Dramaturgie unzähliger Skandale vor ihm: Große Aufregung im 1. Akt, die viel action verheißende Ankündigung umfassender Maßnahmen im 2. und anschließend ein langsames Abflauen des Spannungsbogens bis zum sang- und klanglos kommenden Ende des Stücks.

... Der BAYER-Konzern hat als Souffleur das Happy End in eigener Sache natürlich kräftig vorangetrieben. Das Unternehmen schaltete in allen großen Tageszeitungen eine 1-seitige Anzeige mit einem Offenen Brief des Vorstandsvorsitzenden Manfred Schneider. Er schrieb, dass es „derzeit keine Beweise gibt“ für einen Zusammenhang zwischen der LIPOBAY-Einnahme und den Todesfällen und wies die anstehenden Klagen deshalb als unbegründet zurück. Die Schuld am Pharma-GAU lastete er bequem den MedizinerInnen und ihrer Verschreibungspraxis an. Und den AktionärInnen, die fürchteten, mit den 52 Toten auch ihre Gewinn-Erwartungen begraben zu müssen, besänftigte er mit den Worten: „Wir werden auch 2001 im Umsatz trotz der Ausfälle zulegen“. PR-Profis sahen in dieser Flucht nach vorn ein gelungenes Krisen-Management. Der Sprecher der bundesdeutschen Werbewirtschaft, Volker Nickel, nannte die Anzeige ein probates Mittel, „die eigene Position ungefiltert zu kommunizieren“ und der am Kieler Institut für Betriebswirtschaft tätige Krisen-Forscher Frank Roselieb bescheinigte dem Konzern,

den schwierigen Spagat geschafft zu haben, gleichzeitig die Medien, die Finanzmärkte und die KundInnen zu befriedigen.

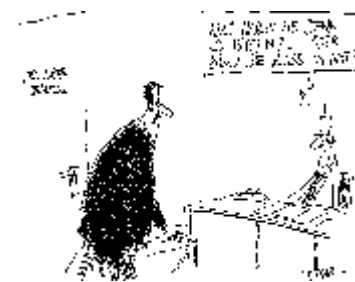
Geleitschutz kam auch von Claqueuren wie dem NRW-Standort-Vater Wolfgang Clement. Bei einem Besuch in Leverkusen sicherte er Schneider zu: „Die Landesregierung wird alles in ihrer Macht stehende tun, um BAYER in dieser schwierigen Situation zu stützen“ und ermunterte den BAYER-Chef: „Bleiben Sie auf Kurs!“ – ungeachtet der vielen Pharma-Leichen, die diesen Weg pflasterten. Irgendwann machte auch das BfArM mit dem Fallenlassen der Klage einen unspektakulären Abgang. Schließlich reduzierte sich mit der Kontroverse um die computer-lesbare PatientInnen-Karte alles auf eine nur wenig ergiebige Nebenhandlung. Und sogar die endete im Nirvana. Auf eine Anfrage der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), welche konkrete Konsequenzen auf politischer und organisatorischer Ebene das Bundesgesundheitsministerium aus dem LIPOBAY-GAU zu ziehen gedenkt, kam nur eine unverbindliche Antwort mit dem Schlusssatz: „Die Stärkung der Arzneimittelsicherheit wird sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene weiter diskutiert und ausgearbeitet werden müssen.“ (siehe Dokumentation) „Wirklich Pech gehabt“, wie der Spiegel seine LIPOBAY-Geschichte überschrieben hatte – das wurde mehr und mehr zum Konsens.

Themenredaktion „Chemie/Industrie“

Nicht mehr besetzt!

Wer hat Lust?

Kontakt bis dahin: Coordination gegen BAYER-Gefahren Postfach 150418, 40081 Düsseldorf 0211/3339-11, Fax -40 co_gegen_bayer@nadeshda.gun.de



Hinweise

••• Gruppen Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre planen größere Proteste vor und in der HV

•• mehrere Kritische Aktionärinnen und Aktionäre werden in der HV auftreten

* voraussichtlich werden einzelne Kritische Aktionärinnen oder Aktionäre in der HV sprechen

Ö-termine
Hauptversammlungen der Konzerne
siehe www.kritische-aktionaeere.de



Gefahr für Umwelt und Gesundheit

Altpestizide in Nepal

Weltweit lagern nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO eine halbe Million Tonnen abgelaufener und mittlerweile verbotener Agrogifte. Die Altpestizide sind schlecht gesichert und befinden sich in lecken Behältern, zerrissenen Tüten und geplatzen Säcken – Giftmüll der schlimmsten Art (gekürzt, siehe www.oepunkte.de).

Verantwortlich für Herstellung und Export von Pestiziden sind im Wesentlichen zehn große transnationale Chemiefirmen, die zusammen über 80 Prozent des Weltmarktes kontrollieren. Die Produzenten der heutigen Altlasten sind die gleichen Unternehmen, die in der Vergangenheit die Pestizide als Wunderwaffe gegen den Welthunger propagierten. Diese Versprechungen wurden nicht erfüllt. Vielmehr zerstört der Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger die natürliche Fruchtbarkeit der Böden – die Bauern benötigen immer mehr teure Chemie, um gleichbleibende Erträge zu erzielen. Ein Teufelskreis, der viele Bauern in den Ruin treibt. Während die industrielle Landwirtschaft für die großen Unternehmen ein lukratives Geschäft ist, vernichtet sie die natürlichen Grundlagen unserer Ernährung: die Vielfalt an Pflanzen und Tieren, gesunde Böden und sauberes Wasser.

Giftfunde in Nepal

In Nepal lagern zur Zeit 74 Tonnen alte, zum Teil verbotene Pestizide. Einige von ihnen, wie das von der BAYER AG hergestellte organische Quecksilberchlorid (Agallol 3, Ceresan) sind in den USA und Kanada seit 1977, in Europa seit 1988 verboten. Andere wie Dieldrin sind längst außer Gebrauch, in vielen Ländern seit langem verboten und werden durch die Stockholmer Konvention vom Dezember 2000 weltweit verboten.

Die meisten Gifte wurden „vor 20 bis 30 Jahren“ (1) von westlichen Firmen über internationale Finanzorganisationen als Entwicklungshilfe nach Nepal gebracht, teils gespendet, teils über die Zentralregierung Nepals eingekauft. Wie in vielen Ländern der Welt wurden sie nach Bekanntwerden ihrer Gefährlichkeit und der im Westen folgenden Verbote nicht weiter eingesetzt und vergessen. Doch sie sind noch da – Kartons weichen auf, Tüten zerreißen, Fässer platzen, Kanister rosten durch, Flaschen zerbrechen. Stäube verwehen, Flüssigkeiten laufen aus und Gase entweichen – eine tickende Umwelt-Zeitbombe.

In Nepal wurde das Problem 1990 erkannt. Von den damals geschätzten 150 t Altpestiziden wurden trotz Erreichen des Verfallsdatums 39 t in der Landwirtschaft eingesetzt, 75 t wurden ungezielt versprüht oder vergraben. Die verbliebenen und mittlerweile wieder auf 74 t angewachsenen Giftberge wurden in zwei Lagern konzentriert und notdürftig gesichert: Nepalgunj (20 t), Amlekhgunj (50 t).

In Khumaltar am südlichen Stadtrand von Kathmandu (ca. 1 Mio. Einwohner), vier Kilometer vom internationalen Flug-

hafen der Hauptstadt entfernt, lagerten knapp fünf Tonnen völlig ungesichert. Dieser Zustand wurde 1997 von Greenpeace dokumentiert und veröffentlicht (2) und hatte sich seitdem nicht verändert:

Keine Hilfe der Hersteller

Die Herstellerfirmen weigern sich bislang, Nepal bei der Entsorgung zu helfen. Internationale Hilfsorganisationen wie NORAD (Norwegen), die Niederländische Regierung und die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) haben auf Hilfersuchungen Nepals bislang nicht reagiert. Die nepalische Regierung ist ratlos.

Ende Juli 2001 traf daher ein kleines Recharteam von Greenpeace in Kathmandu ein, ausgerüstet mit Personenschutz und Verpackungsmaterial. Nach anfänglichem Zögern gewährten die nepalischen Behörden den Umweltschützern den Zugang zum Lager Khumaltar und sprachen formelle Bitten um Unterstützung und Ausbildung lokaler Kräfte für die Bergung von Pestizid-Altlasten aus. Nach einer ersten Inspektion wurden Altstoffe folgender Herkunft gefunden:

Sumitomo, Mitsubishi	Japan
Shell	NL/UK
Sandoz, Ciba-Geigy (jetzt Novartis) CH	
Monsanto, Velsicol, Union Carbide (Dow), Cyanamid, DuPont	USA
Bayer AG, Degesch, Deutsche Ortho (jetzt Bayer)	
Hoechst, Urania-Spiess, Linde	D
Rhone Poulenc	F
Montedison	Ita

Das Lager mit den hoch giftigen Altlasten ist eine Art Garage. Im größeren Raum stehen auf wackligen Holz- und verrosteten Eisenregalen längs der Wände Hunderte von Dosen, Flaschen, Tüten und Kanister, zum Teil in erbärmlichem Zustand. Blechkanister sind oft so verrostet, dass sie beim Anheben zerfallen. Etliche Kanister sind völlig zerstört. Ihr Inhalt hat sich auf die Regale und auf den Boden ergossen. Insgesamt sind mehrere Quadratmeter mit einer Zentimeter dicken Staubschicht bedeckt. In einigen Papiersäcken steht Sägemehl, mit dem man offenbar ausgelaufene Flüssigkeiten gebunden hat. Zwischen den Kisten finden sich mumifizierte Rattenkadaver und tote Kakerlaken. Im hinteren, kleineren Raum sind teils noch intakte, teils zerrissene halb offene, unbeschriftete, 50-kg Säcke aufeinander gestapelt. Dabei handelt es sich Dieldrin von SHELL. Die Gesamtmenge an Altpestiziden in diesem Lager wird von der Lagerverwaltung auf 4,7 t geschätzt.

Auf die Frage, warum die Stoffe nicht zum Einsatz gekommen seien, heißt es „we did not like to use them“ (3). Man

habe keinen Bedarf erkannt und nachdem die Stoffe nun sämtlich abgelaufen und fast alle verboten seien, sei der Einsatz auch in Nepal gesetzlich untersagt.

Und immer wieder BAYER

In Khumaltar stammt die größte Giftmenge von der BAYER AG:

- 309,6 Liter Folidol E 605 (Methyl Parathion), ein in vielen Ländern verbotenes Produkt, das gleichwohl zur Zeit in Kambodscha heftig vertrieben und genutzt wird.
- 122,5 kg Solbar, ein Barium-Präparat zum Töten von Säugetieren (Kaninchen, Whombats, Ratten).
- 547 kg Ceresan / Agallol 3, ein längst verbotenes organisches Quecksilberchlorid.

BAYER hat gelegentlich die Rückholung eigener Altbestände unterstützt, so wie vor kurzem aus Pakistan. Dies ist jedoch ausschließlich unter Druck und nach Bekanntwerden von Skandalen geschehen. Gegenüber der Öffentlichkeit versucht BAYER, sich herauszureden, so zum Beispiel kürzlich gegenüber der Rheinischen Post: „Wir müssen nur wissen, wo was liegt. Da gibt es Probleme“ (4).

Greenpeace leistet Erste Hilfe

Greenpeace führte im Oktober mit einem Spezialteam eine Hilfsaktion in Kathmandu durch. Nach einer Neu-Inventarisierung wurden im Lager Khumaltar 90% der Substanzen sowie drei Kubikmeter ausgelaufene kontaminierte Leergebinde und verseuchte Holzregale gesichert. Sie wurden in 60 Überfässer (HDPE) neu verpackt, um unmittelbar drohende Gefahren zu bannen und weitere Emissionen zu stoppen. Entsprechend den internationalen Vorschriften der IMO (International Maritime Organisation) sind sie gelabelt, mit den entsprechenden UN Nummern versehen und für die Hochseeverpackung bereit gestellt. Greenpeace tritt hiermit in Vorleistung für die Industrie und praktiziert die ersten Schritte notwendigen Schritte. Die Industrie muss nun übernehmen und die Gifte fachgerecht entsorgen.

BAYER-Gifte in aller Welt

Die Pestizidindustrie ist mitverantwortlich für jährlich ca. 25 Millionen Pestizidvergiftungen in den Entwicklungsländern (6), Zehntausende davon enden tödlich (7). Organisiert sind sie unter dem Dach der „Global Crop Protection Federation“ (8), deren Hauptaufgabe es bislang war, Rücknahmeansprüche abzuwehren.

Winter 2001/02

• Kurz notiert:
Markt&Macht

37

- (1) Bhakta Raj Palikhe, Nepals „Pesticide Registrar“ und der Chefentomologe des Nationalen Landwirtschaftlichen Forschungsinstituts (N.A.R.I.), Dhruva N. Manandhar
(2) Von Hernandez, Nityanand Jayaraman, „Toxic Legacies; Poisoned Futures – Persistent Organic Pollutants in Asia“, Greenpeace International, Amsterdam: 1998
(3) Palikhe/Manandhar, so
(4) BAYER: Wir holen unsere Produkte* Rheinische Post, Ausgabe Leverkusen, 24. 5. 2001
(5) Andreas Bernstorff, Kevin Stairs: POPs in Africa, Cameroon Section, Greenpeace, Stockholm
(6) Jeyarathum, „Acute Pesticide Poisoning: A Major Health Problem“ World Health Statistics Quarterly 43, No. 3 p. 139-144, 1990
(7) World Health Organization, „The Public Health Impact of Pesticides used in Agriculture“, WHO, Geneva: 1990
(8) GCPF wurde 2001 in CropLife International umbenannt, erreichbar aber weiterhin unter www.CCPF.org

Markt&Macht



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

38

Winter 2001/02

Kurz notiert: Markt&Macht

Rubrik „Militär und Umwelt“

Tiefflugterror

Die Gas und Lärmemissionen der Bundesluftwaffe sind nach wie vor ein Problem. Beispielsweise stand 1995 in einer Flensburger Zeitung, daß ein neugeborenes Fohlen plötzlich verstarb, als ein Bundeswehrtiefflieger über die Koppel dröhnte. Dieser Zusammenhang wurde nur dadurch aufgedeckt, weil die Pferdehalterin mit auf der Koppel stand. Mir kann niemand belegen, daß menschliche Säuglinge gegenüber dem Tiefflugterror der Bundeswehr resistenter wären als Pferdekinder und niemals eines plötzlichen Kindstodes sterben würden.

Etwa 3 – 5% der Kranken werden krank in Folge von Umweltschäden. Das sind allein in Schleswig-Holstein Zehntausende Kranke zuviel. Die Zahl scheint eher zu klein geschätzt: Welche Chance hätte denn jemand, der in der Einflugschneise eines Kriegsflughafens Jagel oder Eggebek wohnt, den Gehörschaden oder die Krebserkrankung als Umweltschaden anerkannt zu bekommen? Geht er nicht auch in die Disco? Raucht er vielleicht passiv oder gar selbst? Die Lärm- und Giftmissionen der Kriegsflugzeuge sind für behandelnde Ärzte noch kein Thema?

Ich kann selbst entscheiden, wie lange bzw. ob ich überhaupt in die Diskothek gehe. Und es käme wohl keiner auf die Idee, einen Säugling mit in die Disco zu nehmen. Aber ich alleine kann nicht verhindern, daß Tiefflieger

der Bundeswehr über mir hinweg dröhnen. Dazu ist gemeinsame politische Arbeit notwendig. Die Anzahl der militärischen Tiefflüge in Deutschland hat aufgrund zahlreicher Proteste der Bevölkerung abgenommen. Tiefflüge werden von der Bevölkerung in Deutschland glücklicherweise nicht mehr widerstandslos toleriert. Das heißt jedoch nicht, daß Tiefflüge der Bundesluftwaffe nicht mehr stattfinden. Also kamen gewissenlose NATO-Strategen auf die Wahnsinnsidee, militärische Tiefflugübungen nach Kanada zu exportieren. Dort sei das Gelände angeblich unbewohnt und folglich könne sich keiner beschweren. Tatsache ist, daß das Volk der Innu durch diese Tiefflugübungen in seiner Existenz bedroht ist. Da müssen die Tornados noch nicht einmal Bomben schmeißen. Es genügt schon, daß das Wild durch den Tieffluglärm vertrieben wird und die Abgase der Tiefflieger den empfindlichen borealen Wald schädigen. Das reicht, um der indigenen Bevölkerung, die bisher weitgehend im Einklang mit der Natur leben konnte, die natürliche Lebensgrundlage zu entziehen.

Dem fortgesetzten Tiefflugexport ist im Jahre 1996 ein deutscher Soldat zum Opfer gefallen. Bis dahin waren die Opfer „nur“ die Innu.

Es wäre falsch, so zu tun, als ob der Absturz eines Tornado-Kriegsflugzeuges mit dem Tod des Soldaten nichts als ein tragischer Unfall sei. Gegenüber dem Völkermord an den Innu ist der tote Pilot eine Ausnahmeerscheinung. Wenn die Bundeswehrführung weiterhin solch schwachsinnige Tiefflugübungen anordnet beweist dies nur eines:

Die Bundeswehr mordet auch ohne Krieg und auch ihre eigenen Leute.

Damit nicht noch mehr Menschen sinnlos sterben müssen: Schaff die Bundeswehr ab!

Da auch ein Soldat jederzeit den Kriegsdienst verweigern kann, verdient der Pilot in so fern Mitleid, als daß es ihm nicht gelungen ist, rechtzeitig eine KDV-Beratungsstelle zu finden. Dann hätte er weiterhin in Frieden leben können. Kriegsdienstverweigerung ist für jeden Tornado-Piloten möglicherweise lebensrettend.

<http://www.verweigert.de>

Beschränkt auf 20000 Zeichen habe ich die Qual der Wahl. Und so mußte ich mich dazu überwinden, daß in der letzten Ausgabe angekündigte Thema der Meeresverschmutzung durch militärisches Giftgas wieder zu verschieben. Das Thema läuft uns ja nicht weg.

Aktuelle Kriege beschäftigen uns mehr: Der NATO-Angriffskrieg gegen Afghanistan und der NATO-Einsatz in Mazedonien. Das muß auch Umweltaktivisten beschäftigen. Beispielsweise zitiere ich einen Beitrag aus dem Diskussionsforum der http://www.bundeswehrabschaffen.de/forum_1.htm (vom 14.10.01)

„Greenpeace stoppt den Krieg. Ich vermisse die Greenpeace, im Kampf gegen den Terrorkrieg. „Thema Krieg gegen den Terrorismus“ ist nicht mit Krieg zu lösen. Denn durch den Einsatz von Kriegs-Waffen, Kampf-flugzeugträgerwaffen Afghanistan, (BC Waffen) wird doch die Umwelt sehr stark belastet.“

Wohl wahr.

Anläßlich des Terroranschlags auf das World Trade Center und die damit begründete Kriegsführung der NATO hat die DFG-VK dieses Plakat herausgegeben, daß bei der DFG-VK, Postfach 1426, 24904 Flensburg bestellt werden kann, oder auch über die Seite <http://www.bundeswehrabschaffen.de/plakate.htm>

Da die NATO ihre Machenschaften als Krieg gegen Terror rechtfertigt habe ich als einzigen nicht tagespolitisch aktuellen Beitrag angefügt: Tiefflugterror – wie das Militär auch schon im Frieden Mensch und Natur terrorisiert.

Sicherheit

Wie können wir uns vor Terrorangriffen schützen?

... durch Vergeltung?

Die Zerstörung einzelner Stützpunkte von vermuteten Terroristen oder die Zerstörung der Infrastruktur eines Staates wird den Terror nicht beseitigen.

Militärische Gegenschläge besiegen den Terrorismus nicht, sondern stärken ihn. Den Menschen wird die Lebensgrundlage entzogen und die fehlende Perspektive wird weitere Gewaltbereitschaft und terroristische Strukturen fördern. Dadurch daß wiederum unbeteiligte Menschen getötet würden, wird nur der Haß geschürt und der Nährboden für weitere Racheakte geschaffen. Jedes Land, das sich an den amerikanischen Racheakten beteiligt, zieht dadurch neue Terroranschläge auf sich.

International und dezentral organisierte Gruppen sind durch militärische Schläge – wohin auch immer – nicht auszuschalten. Die milliardenteuren Militärapparate können Territorien erobern und zerstören, sie können aber keine Selbstmordattentäter unschädlich machen und nichts verteidigen. Die Methoden des Guerillakrieges wurden ja gerade entwickelt, um gegen eine überlegene Militärmacht, kämpfen zu können, ohne eigene angreifbare Ziele zu bieten.

... durch Machtpolitik?

Die Regierungen der mächtigen Staaten nutzen aber diese Konflikte für ihre Interessen, liefern Waffen für die Unterdrücker oder für die Aufständischen. Auch die Politik der BRD gegenüber Nationalismus und Separatismus ist von eigenen Machtinteressen geleitet, die aber oft nicht offengelegt werden. Die militärische Sicherung von Absatzmärkten und der ungehinderte Zugang zu Rohstoffen gehört zu den neuen Aufgaben der Bundeswehr, die in den Verteidigungspolitischen Richtlinien festgelegt sind.

Die wirtschaftlich reichen und militärisch mächtigen Industriestaaten sind bereit, Terroranschläge, die gegen sie gerichtet sind, mit Krieg zu beantworten und halten gleichzeitig an ihrem Gewaltmonopol fest, um ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien, die Grundlage der militärischen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik sind, wird der Inhalt künftiger Kriegspolitik z.B. folgendermaßen beschrieben: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.“

... durch Militär?

Die größte Militärmacht der Welt (und der Geschichte) konnte die Bevölkerung in New York nicht vor einem terroristischen Angriff schützen. Auch die geplante Raketenabwehr mit Waffensystemen auf der Erde und im Weltall hätte die Terrorangriffe nicht verhindern können. Dieser Terrorangriff macht deutlich, daß militärische Sicherheit eine Illusion ist.

Die Terrorangriffe zeigen auch die Verwundbarkeit moderner Städte. Wenn wir uns jetzt vorstellen, daß ein Flugzeug absichtlich auf eine Chemieranlage oder auf ein Atomkraftwerk zum Absturz gebracht wird, dann wird dieses Szenario Hunderttausende von Toten zur Folge haben. Würde es sich dabei nicht nur um einen einzelnen Terroranschlag sondern um einen Krieg handeln, würden Großstädte, Industrie- und Atomanlagen zerstört. Eine Verteidigung mit militärischen Mitteln gibt es nicht. Militärische Verteidigung ist Selbsterstörung.



Themenredaktion „Militär und Umwelt“

Ralf Cüppers
Postfach 1426
24904 Flensburg
Tel.&Fax
0045/7446/7494
flensburg@bundeswehrabschaffen.de



Ursachen des Terrors

Eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, die das Einkommensgefälle zwischen Arm und Reich, zwischen den Volkswirtschaften und innerhalb der Volkswirtschaften verringert, die Schluß macht damit, daß der Wohlstand der einen auf Kosten der anderen geht, ist aber am ehesten in der Lage, langfristig den Terrorismus einzudämmen. Doch ...

Gewalt in der Konfliktbearbeitung

In vielen Regionen wollen einzelne Volksgruppen ihre Selbstbestimmung erringen. Sie sind konfrontiert mit einer ungleichen Verteilung von Reichtum und wirtschaftlicher Macht. Wenn zunächst politisch friedlich agierende Selbstbestimmungsbewegungen scheitern und brutal unterdrückt werden, entsteht die Bereitschaft zur Gewaltanwendung. Diese Vorgeschichte von Kriegen und Bürgerkriegen wird in unseren Medien nicht thematisiert, daher sind für uns diese Gewaltausbrüche dann nur schwer nachvollziehbar. Die Regierungen der mächtigen Staaten nutzen aber die Konflikte zur Stärkung ihrer eigenen Interessen. Sie liefern die Waffen mal für die Herrschenden, mal für die Rebellen. Auch die Politik der BRD gegenüber Nationalismus und Separatismus ist von eigenem Machtinteresse geleitet.

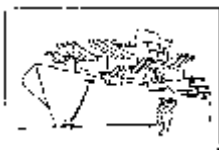
Flüchtlingselend

Millionen von Menschen hausen seit Jahrzehnten in Flüchtlingslagern, ohne Existenzgrundlage und ohne Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben im Diesseits.

Aus den Massen von Menschen, die nichts zu verlieren und vom Leben nichts zu erwarten haben, kommt immer wieder der Nachschub für gewaltbereite Gruppen und der Zulauf für religiöse Heilslehren.

Israel – Palästina

Es gibt keinen Hinweis auf die Verantwortlichkeit für das Attentat aus Kreisen der palästinensischen Widerstandsbewegung, aber es ist verständlich, daß der Terroranschlag bei denen auf Sympathie trifft, die die Politik der USA für ihre Misere mitverantwortlich machen. Die Politik der israelischen Regierung verhindert ein friedliches Zusammenleben, sie setzt auf Rüstung und Stärke und wird dabei von den USA unterstützt. Dennoch haben die Milliarden für Rüstung und Militär Israel keine wirkliche Sicherheit gebracht. Begleitet von militärischen Drohungen, haben jahrelange Verhandlungen keine Verbesserung der Lage der Palästinenser gebracht. Statt dessen werden immer mehr Menschen radikalisiert und schließen sich terroristischen Gruppen an. Statt Waffen an Israel zu liefern, sollte sich die BRD für eine friedliche Lösung und für die friedliche Koexistenz von Religionen und Nationen einsetzen.



Mittel des Terrors und der Macht

Die „Waffen“ bei den Attentaten am 11. September waren Zivilflugzeuge.

Massenvernichtungswaffen

Viele Regierungen arbeiten an Programmen zur Beschaffung von atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie an der Entwicklung von Mittel- und Langstreckenraketen, um diese Kampfstoffe einsetzen zu können. Wenn die Herstellung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen nicht gestoppt wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, daß diese auch irgendwann von Terroristen eingesetzt werden. Aber Terror ist es auch, wenn diese Massenvernichtungswaffen im Besitz von Staaten sind, die damit drohen, diese Waffen zur Durchsetzung ihrer Interessen auch einzusetzen.



Ungerechtigkeit

Die Quelle der Ungerechtigkeit ist der freie Handel. Er ist nur für diejenigen vorteilhaft, die technisch und wirtschaftlich überlegen sind und aus der Position der Stärke handeln. Unsere Weltwirtschaftsordnung führt dazu, daß sich immer mehr Menschen als Verlierer erleben. Dieses globale, nur auf die materiellen Profite für wenige Gewinner ausgerichtete Wirtschaftssystem bietet ihnen keine humane Zukunftsperspektive.

In vielen innerstaatlichen Konflikten führt die Konzentration der wirtschaftlichen Macht in den Händen einer Minderheit zu Elend, Not und Hungertod. Die damit gleichzeitig verbundene Unterdrückung von Opposition und Gewerkschaften durch die Mächtigen fördert gewalttätige Auseinandersetzungen. Selbstverständlich ist Gewaltanwendung weder ein moralisch akzeptables noch ein geeignetes Mittel, um Gewaltstrukturen zu verändern, da sie den Teufelskreis der Gewaltanwendung nicht zu durchbrechen vermag. Diese Veränderungen können durch politische Prozesse, durch eine Veränderung in den Köpfen der Menschen nachhaltiger erreicht werden.

Diese politischen Prozesse erfordern eine umfassende Veränderung der Politik, die auf Interessenausgleich und Gerechtigkeit ausgerichtet sein muß.

Staatlich legitimierte Gewaltbereitschaft

Auch im „zivilisierten Abendland“ gibt es die Idee eines „gerechten“ bzw. eines „gerechtfertigten“ oder „notwendigen“ Krieges. Diese „gerechte“ Gewalt gilt als legitim und ist die monopolisierte Gewalt der wirtschaftlich Mächtigen. Die Ideologie des „gerechtfertigten“ Krieges ist Bestandteil unserer Kultur. Die öffentlich vorgetragene Kritik an der Gewalt der Terroristen ist heuchlerisch und einäugig, wenn sie von denjenigen vorgebracht wird, die selbst an militärischen Interventionen und völkerrechtswidrigen Angriffskriegen beteiligt sind. Letztes Beispiel in einer langen Reihe: Der Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien, mit humanitären Gründen und einer verzerrten Darstellung der Lage im Kosovo gerechtfertigt. Letztendlich sind alle politischen Parteien in der BRD bereit, für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele sich militärisch aufzurüsten und militärische Mittel einzusetzen, wenn es ihren Interessen dient.

Eine Kritik an der Gewalt ist nur dann glaubwürdig, wenn sie auch die monopolisierte, militärische Gewalt der Staaten grundsätzlich ablehnt. „Bei der Durchsetzung von politischen Zielen verzichten wir auf verletzende und tödende Gewalt“, so die Formulierung im pazifistischen Programm der DFG-VK, die in keinem Parteiprogramm zu finden ist.

Die Herstellung und Verbreitung von Waffen

Nicht nur die Massenvernichtungswaffen, auch die Herstellung und der Handel mit „Kleinwaffen“ fördert den Terrorismus. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gelangten viele alte Waffen aus den Arsenalen des kalten Krieges in Bürgerkriegsgebiete. Kleinwaffen wie Maschinenpistolen, Handgranaten, leichte Mörser und natürlich Sprengstoff sind das Handwerkszeug der Terroristen. Die Großmächte, allen voran die USA, sind die größten Lieferanten von Waffen und tragen somit zur Militarisierung der Konflikte und zur Verbreitung des Terrorismus bei. Auch die BRD gehört zu den erstplatzierten Exporteuren von Waffen. Wir können in der Ablehnung terroristischer Gewalt nur dann glaubhaft sein, wenn wir keine Waffen mehr herstellen und exportieren.

Was können wir tun?

Wir können unsere Sicherheit nur erhöhen, wenn wir ohne Militär und mit einer gerechten Weltwirtschaftsordnung versuchen, die Ursachen von Kriegen und Bürgerkriegen zu beseitigen.

Wir können uns als Bürger selbstorganisiert zusammenschließen und dadurch zum Aufbau außerparlamentarischer weltweiter Netzwerke beitragen, die eine politische Gegenmacht zu der herrschenden Politik der Ungerechtigkeit und Gewalt sind. Diese Netzwerkstrukturen außerhalb der staatlichen Macht und ihrer Institutionen können zur Kontrolle, Einschränkung und Überwindung der staatlichen Gewalt beitragen.

Friedenspolitik durch Selbstorganisation

Eine Politik der Abrüstung, der gerechten Weltwirtschaftsordnung und der zivilen Konfliktbearbeitung ist von der herrschenden Politik nicht zu erwarten. Deshalb ist es notwendig, daß sich Menschen selbstorganisiert zusammenschließen, um unabhängig von parteipolitischen Interessen eine andere Politik durchzusetzen.

Die global selbstorganisierte Mitarbeit in Netzwerken beginnt mit der Mitarbeit in einer regionalen Gruppe.



Militärische Ausbildung

Durch umfangreiche Waffenlieferungen und militärische Ausbildung durch den US-amerikanischen und pakistanischen Geheimdienst wurde der Widerstand der afghanischen Freiheitskämpfer gegen die Sowjetunion unterstützt. Die Großmächte haben sich mit militärischen Mitteln in innerstaatliche Konflikte eingemischt. Militärisch ausgebildete und gewaltbereite Krieger sind in vielen Konfliktregionen aufgetaucht. Das Kriegserlebnis brutalisiert die Menschen und trägt dazu bei, Gewalt als selbstverständlich und normal zu betrachten. Sie denken und handeln in militärischen Kategorien, statt nach politischen Lösungen ohne Gewalt zu suchen. Außerdem haben sie häufig nichts gelernt als Krieg zu führen. So fehlt in einem zerstörten Land oft die Perspektive für eine zivile Existenz.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

Kurz notiert: Markt&Macht

39



Ö-Verteiler "Militär und Umwelt"

Leider keiner!

In folgenden Orten in Schleswig-Holstein gibt es Gruppen, die sich in diesem Sinne auf den Weg gemacht haben:
DFG-VK Flensburg, Jugendkulturhaus Exe, Zur Exe 25, 24939 Flensburg, Treffen: montags 18.00 Uhr, DFG-VK Bad Oldesloe, Lübecker Str. 21, 23843 Bad Oldesloe, Treffen: dienstags 19.00 Uhr
Friedenswerkstatt Kiel, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Treffen: mittwochs 20.00 Uhr



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

40

Winter 2001/02

• Kurz notiert:
Markt&Macht

Redaktion „Über den Tellerrand“ **Spuren von Hirnbrand im Innenministerium**

Innenminister Schily hatte mit seinem „Anti-Terror-Paket“ II einen verfassungsfeindlichen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der u.a. die Abschiebung von AusländerInnen vorgesehen hatte, sobald sie nur „im Verdacht“ stehen, die Sicherheit zu gefährden. Oder die verdachtsunabhängige „Initiativ-Ermittlung“, für das Bundeskriminalamt. Besonders gegen letztere Pläne, das BKA zum Geheimdienst aufzubauen, regte sich großer Protest. Auch das nicht gerade als linksradikal verschrieene Bundesjustizministerium und die Berufsverbände von Anwälten und Richtern wehrten sich gegen den „Otto-Katalog“. Am Verhandlungstisch mit den Grünen wurde dann beschlossen, dass die Horror-Maßnahmen Schilys in dieser Form nicht durchgesetzt werden, und irgendwie kann sich Schily heute auch nicht mehr erinnern, dass er jemals die verdachtslose Ermittlung für seinen BKA wollte. Nachweisliche Spuren von Hirnbrand in der Paketstelle des Bundesinnenministeriums?

Auch die leicht begrünte Version des „Anti-Terror-Pakets“, die am 7. November durchs Kabinett geht, weist extrem weit reichende Beschneidungen von Grundrechten auf. Damit hat sich Schily, der diesjährige Preisträger des Big-Brother Awards, mit seinen Überwachungsphantasien durchgesetzt. Seine taktisch überzogenen Forderungen lassen ihn das Verhandlungsergebnis als „Kompromiss“ verkaufen und die Grünen durften sogar ein bisschen den Rechtsstaat retten. Dass mit den neuen Gesetzen nicht nur irgendwelche Schläfer aufgespürt werden sollen, sondern das ganze eine neue Phase der Repression gegen alle Andersdenkenden und -handelnden einleitet, scheint keinen weiter zu stören.

Am Ende der zähen Verhandlungen, so war zu lesen, beendete Schily das Koalitions-Spielchen mit jovialer Geste. Er ließ einen französischen Rotwein und zwei Briefumschläge servieren und las dann mit gewichtiger Miene seine „weitgehenden Zugeständnisse“ in den Fragen zu Innerer Sicherheit und Einwandererpolitik vor, die die Grünen auch prompt „sehr interessant“ fanden. Das leicht abgespeckte Terrorpaket sieht in etwa so aus:

DKA hautnah

Durch das heroische Einschreiten der Grünen konnte die „verdachtsunabhängige Ermittlung“, an die sich Schily heute so schlecht erinnern kann, gütlich „verhindert“ werden. Trotzdem werden die Kompetenzen des BKA ausgeweitet. Es kann z.B. auch ohne Umweg über die Länderpolizeien Auskünfte einholen und ermittelt auch bei „schweren Formen von Datennetzkriminalität“.

weiterungen von Geheimdienst und BND sind auf fünf Jahre beschränkt. (und werden dann stillschweigend verlängert).

Asylverfahren

Die Sprachanalyse bei Flüchtlingen wird mit dem Otto-Katalog auf eine gesetzliche Basis gestellt. Durch diese Sprachanalysen sollen die Herkunftsländer der Flüchtlinge ermittelt werden. Spätestens hier müsste man fragen, was das eigentlich für „Terroristen“ sind, auf die Schily es abgesehen hat. Fingerabdrücke und andere „identitätssichernde“ Daten können künftig automatisch mit dem Tatortspurenbestand des BKA abgeglichen werden. Die Daten werden zehn Jahre lang aufbewahrt.

Ausländerzentralregister

In diesem zentralen Register werden Daten von Nicht-Deutschen gesammelt. Sie soll in Zukunft zu einer Visa-Entscheidungs-Datei ausgebaut werden. Außerdem können Polizisten die Daten – z.B. bei „verdachtsunabhängigen Personenkontrollen“ – in Zukunft besser abfragen. Sicherheitsdienste haben automatischen Zugriff. Die Religionszugehörigkeit wird ebenfalls in diesem Register gespeichert. An ein äußeres Merkmal, etwa ein gelber Halbmond auf der Jacke, ist bisher noch nicht gedacht. Bei Widerspruch soll die Religionszugehörigkeit nicht in das Register mit aufgenommen werden. Die deutschen Grenzschutzbeamten reagieren auf einen solchen Widerspruch freundlich und diskret.

Arbeitsplatzsicherung

Personal an „sicherheitsempfindlichen Stellen“ wird einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Dies galt bisher schon für innere Zonen in Flughäfen. Desweiteren gilt dies nun für Wasser- und Energiewerke und – man höre und staune – für Rundfunkanstalten. Der Terror hat viele Gesichter.

Repression gegen Flüchtlinge

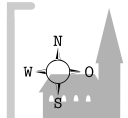
Schily hätte gerne Flüchtlingen schon bei einem Verdacht auf eine Straftat das Aufenthaltsrecht entzogen. Dafür darf er sie jetzt, laut Terrorpaket, abschieben, sobald sie „die Sicherheit gefährden“, wenn sie sich bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligen, oder einer Vereinigung angehören, die den internationalen Terrorismus unterstützt. An dieser Stelle wird somit der Abschiebeschutz der Genfer Flüchtlingskonvention gebrochen. Wer weiß, wie leicht man auf Demos Gewalttätigkeiten untergeschoben bekommt, und wer eine Ahnung hat, was manchen Flüchtlingen in ihren Herkunftsländern blüht, der mag auch ahnen, was das für die politische Betätigung von Flüchtlingen bedeutet.

Oh Brother, where art thou?

Die Polizei darf Geräte zur Ortung von Handys, sogenannte IMSI-Catcher, einsetzen. Daten von unbeteiligten Dritten sollen angeblich wieder gelöscht werden. Der Geheimdienst darf auf Kundendaten von Post- und Telekommunikationsunternehmen, sowie von Luftfahrtunternehmen zurückgreifen. Zur Erinnerung: Geheimdienste dürfen solche Maßnahmen ohne richterliche Genehmigung einleiten. Sind ja geheim. Aber dank der Grünen werden die Eingriffe des Verfassungsschutzes ins Post- und Fernmeldegeheimnis von einer Kommission des Bundestags „überwacht“. Zudem darf der BND verstärkt im Inland ermitteln. Die Kompetenzer-

Biometrische Daten

Computergestützte Identifizierungen („Biometrie“) dürfen in Pass und Perso übernommen werden. Ob es sich dabei um einen Fingerabdruck, die Handform, Gesichtsabmessungen oder die Struktur der Augeniris handeln wird, ist noch nicht raus. Zudem dürfen Daten teilweise auch in verschlüsselter Form dort untergebracht werden. Die genaue Regelung bleibt einem weiteren Gesetz überlassen. Der angebliche Grund für diese Maßnahme ist, dass Terroristen nicht so leicht mit gefälschten Pässen unterwegs sein können. Deshalb sollen 80 Millionen Menschen ihren Abdruck im Pass hinterlassen – und eine solche Maßnahme macht nur Sinn, wenn auch eine Datenbank dafür entsteht, wo die Scans verdächtiger BürgerInnen abgeglichen werden können. Dass sich Terroristen auch Pässe mit Fingerabdrücken fälschen können, und dass irgendwelche Schläfer auch mit echtem Pass terroristisch unterwegs sein können, steht dabei nicht zur Diskussion.



Themenredaktion
„Über den
Tellerrand“

Redaktion:
Florian Busch
Jan Schenck

Post: Tellerrand
c/o Jump
Postfach 306137
20327 Hamburg
tellerrand@gmx.de
(„-“ mit eingeben!)

Zum Text

Von Prinsn

Links

Offenes Auge –
Schily-Gesetz und
Widerstand =
<http://de.indymedia.org/2001/10/9846.html>

Deutschland unter
totaler Überwachung
= <http://home.nexgo.de/kraven/misc/anitterror2.html>

Stellungnahme des
Chaos Computer
Clubs vom 26.10. =
<http://www.ccc.de/CRD/CRD20011022.html>

Email-Aktion gegen
Schily-Entwurf =
<http://de.indymedia.org/2001/10/9840.html>



**Die Kartei, die
Kartei, die hat
immer Recht!**

Neues von der Deportation Class

Am 17.10.01 ließ die Staatsanwaltschaft Frankfurt nach einer Anzeige der Lufthansa AG die Räume der Initiative Libertad! sowie die Wohnung des Domain-Inhabers der Webseite www.Libertad.de durchsuchen. Libertad hatte gemeinsam mit der Kampagne kein mensch ist illegal zu einer Online-Demonstration gegen das Abschiebegeschäft aufgerufen, durch die am 20.06.01 die Webseite der Lufthansa AG zeitweise blockiert worden war. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hatten mehr als 13.000 Menschen an der Online-Demo teilgenommen. Bei der gewaltsamen Durchsuchung wurden zahlreiche Türen aufgebrochen und neun Rechner beschlagnahmt.

„Typisch,“ meinte dazu Jan Hoffmann, Sprecher der deportation.class-Kampagne, „sobald sich die Lufthansa mit demokratischem Massenprotest konfrontiert sieht, ruft sie nach der Staatsgewalt.“ Dazu passe bestens, dass sich die Lufthansa nach wie vor weigere, eine klare Position gegen die menschenrechtswidrigen Abschiebungen zu beziehen. Ihre finanzielle Überlegenheit versucht die Lufthansa AG auch im Prozeß gegen die gemeinnützige Forschungseinrichtung „Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V.“ (FFM) in Berlin auszuspielen. Im Juni 01 hatte die Lufthansa eine einstweilige Verfügung gegen den Verein erwirkt, die jedoch vom LG Frankfurt am 12. Juli wieder aufgehoben wurde. Die Lufthansa fordert von FFM wegen einer angeblichen Urheberrechtsverletzung die Löschung der Internet-Seite www.deportation-class.com.

FFM ist jedoch weder Inhaber der Internet-Domain deportation-class.com, noch hat FFM inhaltlichen oder technischen Einfluß auf die Webseite. Das LG Frankfurt wies daher den Antrag auf Erlaß der einstweiligen Verfügung zurück. Mehr als 10.000 DM Überwies die Lufthansa den Anwälten von FFM. Doch die Lufthansa läßt nicht locker und legte Berufung zum OLG Frankfurt ein, wo am 29. Januar 02 neu verhandelt wird.

„Die Lufthansa AG weiss, dass meine Mandanten mit der Webseite nichts zu tun haben und sie nicht Löschen können,“ erklärte Rechtsanwältin Gisela Seidler, die FFM vertritt. „Offenbar will die Lufthansa AG ihre KritikerInnen einschüchtern, indem sie eine Gruppe exemplarisch durch hohe Prozeßkosten zu ruinieren versucht.“

Weitere Informationen:
<http://www.libertad.de/>,
<http://germany.indymedia.org>, <http://united.action.at/>



CNN und Afghanistan

CNN gab eine Richtlinie aus, nach der JournalistInnen, die aus Afghanistan berichten, Ihre Beiträge mit einem „reminder“, der den ZuschauerInnen immer wieder aufs Neue erklärt, wer eigentlich schuld am Krieg ist, versehen müssen.

Wer gelegentlich CNN schaut, sollte sich nicht wundern, wenn Afghanistan-KorrespondentInnen künftig am Ende ihrer Berichte penetrant und pathetisch daran erinnern, dass es sich angesichts des „Angriffs auf die Freiheit“ und der Toten von Ground Zero, bei flüchtenden, hungernden und durch Streubomben verstümmelten AfghanInnen lediglich um Kollateralschäden, die man nicht überschätzen sollte, handeln kann. Wie der Guardian, eine britische linksliberale Zeitung bericht-

et, fordert die CNN-Direktion ihre KorrespondentInnen offiziell dazu auf, jeden Beitrag aus Afghanistan mit einem solchen „Reminder“ zu versehen, damit der richtige Kontext gewahrt bleibt, und es nicht zu überproportionalem Mitleid oder gar Kritik kommen kann. Dies ist Teil einer größeren Propaganda-Kampagne, die auch die Einrichtung zweier Informationscenter in Washington und London vorsieht.

Text von Indymedia.
 Weitere Infos: irskana@yahoo.de



Buchbesprechung

Christiane Schulzki-Haddouti
Datenjagd im Internet
 Uuaah, dieses Buch macht Angst. Wer im Internet surft, wird überwacht. Nicht (nur) vom Verfassungsschutz, sondern von den Firmen, die Online-Dienste wie gmx, bol etc. betreiben. Für viele unbemerkt werden NutzerInnenprofile erstellt, die Daten des Surfers werden zu wichtigem Kapital. Mögliche Methoden der Gegenwehr werden beschrieben. Leider keine Negativ-Utopie einer Technik-Feindin, sondern bittere Realität, geschildert in einer Form, die nicht nur für Computer-Experten verständlich ist.
 Rotbuch-Verlag, 270 Seiten, 28 DM

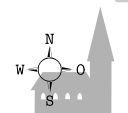
Paul Ariès/Christian Terras
José Bové. Die Revolte eines Bauern
 Entlang der Geschichte des französischen Bauern und Politaktivisten José Bové werden hier verschiedene soziale Kämpfe in Frankreich nachgezeichnet. Das Buch, streift in Interviewform durch die Friedensbewegung der 70er Jahre, die Umweltbewegung, den Kampf gegen Gentechnik bis zu den Protesten gegen die WTO heute. Insbesondere ein Buch, das für diejenigen Interessant ist, die einen Einblick in die französischen Teile dieser Protestbewegungen suchen.
 Edition Nautilus, 119 Seiten, 19,80 DM

Oliver Tolmein (Hg.)
Besonderes Kennzeichen: D
 Wahre Deutsche, Staatsbürger zweiter Klasse und die unsichtbaren Dritten
 Entlang der Leitkultur-Debatte üben acht AutorInnen hier eine Kritik an deutschem Nationalismus. Gestriffen werden u.a. die Situation in den USA und in Frankreich, die Diskussion um die „Reinheit der deutschen Sprache“ sowie immer wieder die Situation von MigrantInnen hier.
 Konkret, 167 Seiten, 22,80 DM

Ulrich Cremer / Dieter S. Lutz (Hg.)
Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung
 Aktueller denn je: 17 Texte, in der die Rolle der Bundeswehr diskutiert wird. Neben Texten zur neuen Nato-Strategie geht es um die Wehrpflicht sowie die Möglichkeiten von Wirtschaftssanktionen.
 VSA-Verlag, 204 Seiten, 29,80 DM



Winter 2001/02
 • Kurz notiert:
Mark&Macht



Ö-Verteiler
„Über den Tellerrand“

- FZS-Rundbrief (ASTAs)
- Gegenwind (Schleswig-Holstein)

(Umwelt-)Politische Spiele

Ökowitz
 Ein großes Spiel für lange Spielemittage oder -abende. Bis zu sieben SpielerInnen spielen reales Leben, wenn auch vereinfacht durch die Reduzierung auf einige wichtige Punkte, z.B. Einkommen, Sicherheit oder Umweltqualitäten. Da die Gesamtsituation Rückwirkungen auf die Lebensqualität der Einzelnen hat, spielen nicht alle gegeneinander, sondern müssen auch bemüht sein, das Ganze zu verbessern. Spannend könnte sein, die Karten und Spielfelder um Ereignisse aus der lokalen Politik zu ergänzen.
 Der »aktuell-spiele-verlag« bringt noch einige weitere spannende Spiele heraus. Mehr zu erfahren ist unter www.aktuell-spiele-verlag.de oder unter der Adresse: Batterieweg 42 f, 53424 Remagen.



„Das“ Buch des letzten Jahres:
Freie Menschen in freier Vereinbarung

Mensch und Natur ... verwertet von Grund auf. Aber was wären die Alternativen? Visionen und Konzepte müssen wieder formuliert und öffentlich gemacht werden. Die Themen des Buches: Selbstorganisation und Selbstentfaltung, emanzipatorisch, Visionen und Konzepte zu Ökonomie, Gleichberechtigung, internationale Gerechtigkeit und das Verhältnis von Mensch und Natur, Strategien für emanzipatorische Bewegung.

A5, 164 Seiten, 19,80 DM. Ab 5 Bücher: 14,80 DM.
 Ab 10 Bücher: 12,80 DM. Ab 20 Bücher: 10 DM.

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, O6401/ 90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.wvbnet.de
 Bestellung im Internet: www.projektwerkstatt.de



Der Infodienst für
UmweltaktivistInnen

42

Winter 2001/02

• Kurz notiert:
Markt&Macht

Rubrik „Wirtschaft“

Statement zur Tobin-Steuer

S Reform oder Revolution? Realpolitik oder Visionen? Verbessern, Bremsen und Korrigieren des bestehenden Systems, um das Schlimmste zu verhindern oder doch lieber im Hier und Jetzt radikal und visionär auf eine ganz andere Gesellschaft hinarbeiten? Diese beiden Pole bilden die groben Richtungen, in die „die Linke“ als sogenannte „Antiglobalisierungsbewegung“ geht.

Zum Text

IMUN
imun@gmx.de
www.imun-online.org
(in Arbeit)
www.bo-alternativ.de/imun (bisherige Seite)

c/o Oliver Uschmann
Wiemelhauser Str. 418
44799 Bochum

IMUN im September
2001

IMUN war und ist immer schon der Meinung, dass es beides nebeneinander geben soll. Reformismus rettet Menschenleben, Tierarten oder Naturreservate jetzt und konkret und lindert wirksam und schnell die Auswirkungen des globalen Kapitalismus, ohne ihn an der Wurzel zu packen. Er ist die Bremse und der Notfallkoffer für die Unfälle eines Systems, dessen Tempo so schnell ist, dass neben dem Verbinden keine Zeit mehr für die eigentliche Heilung bleibt.

Er ist pragmatisch, biegsam, realistisch und spielt das Spiel mit. Revolutionärer Aktivismus zielt auf die Wurzeln, schafft Aktion und Vision und will das große Ganze ändern, während sämtliche Möglichkeiten und Wirksamkeiten innerhalb des Systems mehr oder weniger als Zeitverschwendung oder Vereinnahmung gesehen werden. Er ist idealistisch konsequent, libertär und radikal oppositionell.

Beide Richtungen haben gute und wichtige Ströme und ein klares Ja oder Nein zugunsten einer ganzen Richtung wird bei uns durch ein klares Hinsehen auf den Einzelfall ersetzt. In diesem Sinne möchten wir einen Kommentar zur Tobin-Steuer abgeben, die bereits 1978 von dem amerikanischen Nobelpreisträger und bekennendem Kapitalisten (!) James Tobin vorgestellt wurde und die seit Jahren von Bewegungen wie ATTAC auf allen „Antiglobalisierungs-Events“, vehement gefordert wird.

Grundidee der Steuer ist, alle kurzfristigen Finanzspekulationen auf dem Weltmarkt mit einer Steuer von (je nach Quelle der Zitate) 0,1-0,5% zu besteuern und die Gewinne in einen Fonds zur Entwicklungshilfe und Entschuldung der Entwicklungsländer fließen zu lassen. Schließlich seien jene kurzfristigen Spekulationen, in denen Spekulanten teilweise in wenigen Stunden immense Profite erzielen, „eine wesentliche Ursache für die Instabilität der Finanzmärkte, die immer wieder zu schweren Wirtschaftskrisen mit internationalen Kettenreaktionen führt.“ So die Nichtregierungsorganisation WEED in einem Unterschriftenpapier an die Bundesregierung.

Als Beispiele führen sie die Krisen in Mexiko (1994), Südostasien (1997) und Russland (1998) an, „die über Nacht die Früchte jahrelanger Entwicklungsarbeit zerstört“ hätten. Das hört sich ja alles ganz gut an. Kurzfristige Spekulationen werden mit einer Steuer belegt, jene fließt in einen Fonds zur Entwicklungshilfe, der von Institutionen wie dem IWF (Internationaler Währungsfonds) verwaltet, quotiert und verteilt werden soll.

(Nicht-)Wirkungen der Tobin-Steuer

Doch bei näherem Hinsehen entdeckt man einen logischen Kurzschluss in der Argumentation für die Tobinsteuer, der sich neben Nicht-Regierungs-Organisationen und Kampagnen wie WEED oder ATTAC sowie Alt-Promis wie Lafontaine mittlerweile auch Parteien wie die PDS, Teile der Grünen und zumindest per Lippenbekenntnis ja sogar unser aller Kanzler angeschlossen haben.

Erstes Ziel der Tobinsteuer: Durch Besteuerung auf kurzfristige Spekulationen eine Menge Geld für die Entwicklungshilfe einzutreiben.

Zweites Ziel der Tobinsteuer: Kurzfristige, blitzschnelle Spekulationen durch diese Steuererhebung auf die Dauer unattraktiv zu machen und somit wieder besonnene und langfristige Spekulationen zu fördern.

Da tut sich ein Widerspruch auf. Einerseits will man Entwicklungshilfe aus Steuergeldern auf kurzfristige Spekulationen finanzieren, andererseits will man diese verhassten Schnellspekulationen auf Dauer abschaffen oder verringern. Egal, wie die Spekulanten bei einer konsequenten Einführung der Steuer nun reagieren – es kann eigentlich immer nur eines der beiden Ziele wirklich erreicht werden. Gibt es nun tatsächlich weniger kurzfristige Spekulationen, kann man zwar stolz auf eine Wiederbelebung langfristiger Devisengeschäfte schauen, nimmt aber dafür zu wenig Entwicklungshilfe ein. Steigt hingegen die Anzahl kurzfristiger Spekulationen, weil die Spekulanten die Steuer nun einfach in ihre Geschäfte einplanen und zur Erzielung der Gewinne einfach mehr spekulieren, nimmt man zwar eine Menge Geld für die Entwicklungshilfe ein, hat den Markt aber nicht wieder auf den ruhigen, angesteuerten Kurs langfristiger Spekulationen zurückgebracht.

Peter Wahl von WEED glaubt allerdings daran, eben beide Ziele miteinander vereinen zu können. So heißt es in einem TAZ-Kommentar vom 29.1. dieses Jahres: „Wenn die Steuer ihre Lenkungsfunktion so weit erfolgreich erfüllt, dass der Devisenumsatz um die Hälfte zurückgeht, würden bei einem Steuersatz von 0,5 Prozent immer noch rund 90 Milliarden US-Dollar anfallen. Das ist etwa das Doppelte der Entwicklungshilfe aller Industrieländer zusammengenommen – eine Summe, mit der einiges Sinnvolles unternommen werden könnte, etwa in der Klimapolitik, für soziale Zwecke oder in der Entwicklungspolitik.“ Selbst wenn die Regierungen im Falle der Tobinsteuer ihre staatliche Entwicklungshilfe, die „in

den letzten 10 Jahren bei etwa 0,3 % des gesamten Bruttosozialproduktes der Gebirgländer stagniert.“ (PDS-Antrag auf Einführung der Tobinsteuer vom 23.04.99), mit dem Hinweis darauf, dass diese Bürde ja nun die Privatwirtschaft trägt, völlig zurücknehmen würden, bliebe also noch eine Menge Geld übrig. So zumindest sehen es die Befürworter.

Von diesen Gedanken einmal abgesehen, sollte aber die Frage erlaubt sein, ob es nicht reichlich naiv ist, gegen die verheerenden Auswirkungen des globalen Kapitalismus lediglich eine Steuer auf schnelle Spekulationen ins Felde zu führen? Wird sich irgendein Konzern, der im Trikont, in Südamerika, in China oder an den afrikanischen Küsten Raubbau an Mensch und Natur betreibt, um am Markt seine Position zu behaupten, von einer solchen Steuer einschüchtern lassen? Wird die kapitalistische, bürgerliche, marktwirtschaftliche Gesellschaft mit ihrer sozialen Ungerechtigkeit und ihren ungezügelten Verwertungsprinzipien davon in ihren Grundfesten erschüttert? Ist diese Steuer nicht letztlich noch eine Stütze für ein System, welches sich in eine Sackgasse gefahren hat, da sich der Reichtum in den Händen immer weniger Menschen konzentriert und die globale Ungerechtigkeit immer offener zutage tritt?

Ein Arbeitspapier von WEED spricht da eine ganz ehrliche Sprache: Mit der Tobinsteuer „werden die Menge und das Tempo der kurzfristigen Transaktionen reduziert, ohne dass Handelsgeschäfte, langfristige Kredite und Realinvestitionen abgeschreckt würden. Es wird Sand ins Getriebe geworfen, ohne dass das Getriebe seine Funktionsfähigkeit verliert.“ Angesichts der Tatsache, dass durch diese Steuer so oder so mehr Öl als Sand in die Maschinerie des globalen Kapitalismus geworfen wird (entweder gibt es mehr Spekulation oder mehr Investition) glauben wir, anmerken zu dürfen, dass eine Stabilisierung des Kapitalismus nicht der richtige Weg zu einer progressiven Gesellschaftsveränderung sein kann. Andererseits verstehen wir aber die pragmatischen Argumente, zu wieviel mehr Leid als ohnehin schon leider als „normal“ hingenommen, eine Weltwirtschaftskrise führen kann. (Forts. rechts)



Themenredaktion „Wirtschaft“

Jörg Bergstedt
ohne festen Wohnsitz
Post: Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
06401/90328-3
Fax -5, 0171/8348430
oe-punkte@gmx.de

Food-Coops:
Annette Hofstiepel
Im Malland 131
44797 Bochum
0234/797831 (a. Fax)
AnnetteHofstiepel@web.de

Tauschringe
Klaus Kleffmann
Hasenkamp 30
49502 Lotte
05404/72400
Fax 4812
privatier@t-online.de

Ö-termine
15.-17.2. in Hannover
Capital World
in Zusammenarbeit mit BÖAG (Börsen AG),
Haus&Grund und Unternehmensverbänden
www.capitalworld-hannover.de
mit:
„Grünes Geld“-Messe
Infos u.a. über www.ecoreporter.de



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

• Kurz notiert:
Markt&Macht

43

Zusätze

Da wir diese Endlosdebatte zwischen Realpolitik vs. Revolutionärer Elan (wo beide Seiten sich gegenseitig vorwerfen, durch ihre Herangehensweise noch viel mehr Leid zuzulassen!) möchten wir unseren oben genannten Kommentaren noch drei Punkte hinzufügen.

1) An sich halten wir Gruppen wie ATTAC für eine prima „Einstiegsdroge“ in politisches Denken. Es ist völlig legitim und okay, wenn nicht alle, die mit dem diffusen Gefühl, dass in der Welt etwas nicht stimmt und die sich politisch engagieren wollen, sofort zu den Libertären gehen. Außerdem sind ATTAC oder gewisse NGOs sehr gute Bildungsinstitutionen im Sinne einer Aufklärung darüber, wie Weltwirtschaft über welche Institutionen läuft. Gegen gute Organisation und professionelles Arbeiten haben wir auch nichts. Allerdings sollte den ATTAC-Ortsgruppen soviel Freiheit und Eigencharakter wie möglich zugestanden werden, damit auch innerhalb der Initiative viele diverse Strömungen entstehen können.

2) Was wir ablehnen, ist der stellvertretende Charakter, den ATTAC oftmals in den Medien einnehmen. In der Art und Weise, wie sie sich immer wieder als Sprachrohr der ganzen sogenannten „Antiglobalisierungsbewegung“ präsentieren, sorgen sie im Grunde aktiv dafür, dass libertäre und radikal-emanzipatorische Positionen in der Öffentlichkeit gar nicht mehr wahrgenommen werden. Da wäre weitaus mehr Solidarität in dem Sinne angebracht, dass mensch sagt: „Nun, wir machen unsere Kampagnen, aber zur Bewegung gehören noch die und die und die...“

3) Die Kapitalismuskritik von ATTAC ist zu verkürzt, kann aber durchaus im Sinne einer Übergangsposition funktionieren. Gegenseitige Toleranz und offene, transparente, synchrone und sich gegenseitig befruchtende Arbeit von ReformistInnen wie Revolutionären wäre produktiver und angebrachter. Die einen mögen löschen, die anderen starten Debatten um eine andere Welt nach dem Brand. Davon allerdings sind wir weit entfernt. Weil die ReformistInnen wirklich nur einen gezähmten Kapitalismus wollen? (Und ihre jetzigen Kampagnen nicht „erste Schritte“ auf dem Weg zu etwas anderem, sondern eben „letzte Schritte“ ins System sind?) Oder auch, weil die Revolutionären keinen Sinn für Pragmatismus haben? Beide Fragen lassen wir mal offen..... die Debatte mag weitergehen.

„Alternativen“ zum & im Kapitalismus
Tauschökonomie

Die Tauschökonomie ist die zweite Stufe auf der Skala von der anonymen, einer dauerhaften Verwertungsspirale unterworfenen Marktwirtschaft bis zu persönlichen, eigentums- und verwertungsfreien Kooperationen in Produktion und materiellem Austausch. Gegenüber der Marktwirtschaft hat die Tauschökonomie eine andere Bemessungsgrundlage, nämlich in der Regel die Zeit oder das von feststehenden Bewertungen abgekoppelte Feilschen, d.h. ein Verhandeln.

Auf diesen Vorteil wird z.B. in Tauschringen auch immer wieder intensiv hingewiesen. Bei genauerer Betrachtung aber trifft das nur teilweise zu, denn der Faktor Zeit ist nicht so gerecht, wie viele das denken. Zwar wird, jedenfalls im günstigeren Fall, 1:1 getauscht, d.h. eine Stunde Putzen oder Babysitten ist soviel wert wie eine Stunde Computerprogrammierung, dennoch bleiben Ungleichheiten, denn was z.B. niemand anfragt, kann auch beim Tauschen nicht „in Wert gesetzt“ werden. Markt bedeutet ja nicht nur die Festlegung eines Preises durch Angebot und Nachfrage (tatsächlich noch durch vieles mehr, vor allem die bestehenden Herrschaftsverhältnisse), sondern auch die Frage, ob etwas überhaupt nachgefragt wird, also „nützlich“ für andere ist. Wer etwas anbietet, was niemand haben will, scheitert im kapitalistischen Markt genauso wie im Tauschring. Wer dagegen beim Tauschen etwas anzubieten hat, was viele brauchen bzw. wollen, schaufelt sich einen Reichtum in Form von Zeitgutschriften und kann dann Dienstleistungen oder Produkte „einkaufen“. Reich und arm sowie die das verursachenden Unterschiede in der Verwertbarkeit (hier: Tauschfähigkeit) werden durch das Tauschen nur teilweise überwunden.

Und zwei weitere Unterschiede werden durch das Tauschen auch nicht aufgehoben. Wer wenig Zeit zum Tauschen hat (z.B. durch Krankheit, Pflege anderer Menschen, alleinerziehendes Elternteil bis hin zu Streß mit dem Umfeld oder Institutionen), kann sich wenig Tauschwerte schaffen und ist so auch im Tauschring arm. Zudem bleiben die Zwänge der sonstigen Lebensumstände voll erhalten. Wer unter Druck steht, sich vieles nicht leisten zu können, muß das Tauschverhältnis eingehen – und um dort Tauschwert/Zeitgutschriften zu schaffen, auch unliebsame Arbeiten übernehmen. Wer dagegen genug Geld hat, kann sich entscheiden zwischen dem Tauschring und dem Einkauf der Leistung im Markt.

Dieser Unterschied würde noch härter zutreffen, wenn freies Feilschen um den Tausch (also nicht in Zeit gerechnet) die Grundlage bietet. Wer auf den Tausch angewiesen ist (aus Geldmangel), ist erpreßbar.

In einigen Fällen gibt es sogar noch den ungünstigeren Fall: Es gibt Tauschringe, die praktizieren oder diskutieren verschiedene Bewertungen von geleisteter Arbeit, z.B. daß die Arbeit, für die eine Ausbildung notwendig ist, höher bewertet wird – was dann wiederum eine Annäherung an die gesellschaftlichen Wertmaßstäbe ist.

Tauschen erhält also voll das Bewertungsprinzip, wenn auch mit veränderten, die Reichtumsunterschiede teilweise verringenden Werteinheiten. In einigen Fällen besteht sogar die Gefahr, Dinge und Dienstleistungen, die bisher nicht bewertet wurden, erstmals zu bewerten – z.B. Nachbarschaftshilfe. Was vorher freiwillig geschah (also als Gratisökonomie, d.h. die Stufe 3 auf der Skala der Ökonomie zwischen Markt und freier Kooperation), wird jetzt bewertet, getauscht und damit verwertet.

Dennoch ist das Tauschen ein Fortschritt gegenüber dem anonymen Markt. Es sind nicht nur die Reichtumsunterschiede etwas abgemildert (das befriedigt nicht, ist aber ein Schritt in die richtige Richtung!), sondern beim Tausch handelt es sich um eine direkte Ökonomie, also personale Tauschhandlungen. Die miteinander tauschenden Menschen kennen sich – das gilt auch dann, wenn (wie in Tauschringen), die Verrechnungseinheit Zeit als Ringtausch und oft auf Computern bürokratisiert abläuft. Die konkrete Dienstleistung bleibt eine Sache der direkten Vereinbarung. Zwang zur Arbeit, um Zeitgutschriften zu erhalten, kann durch äußere Verhältnisse entstehen, die im Tauschring in der Regel nicht aufgefangen werden, also weiterbestehen.

Durch das personale Verhältnisse bietet der Tauschring oder jede andere tauschende Gruppe eine Chance zu mehr. Und das wird das entscheidende sein – die Tauschökonomie überzeugt aus den benannten Gründen noch nicht. Sie muß sich zu mehr entwickeln, z.B. zur Gratisökonomie, zum Gemeinschaftseigentum oder zur freien Kooperation. Das Tauschen als Start zu mehr wäre dann sehr, sehr wertvoll.

Zum Text

Alternativen zum und im Kapitalismus ... kritisch hinterfragt!

Eine Serie der „Ö-Punkte-Magazin“ für kreative Politik, Umweltschutz und direkte Aktion

Dieser Text ist der zweite in einer Reihe von verschiedenen kritischen Blicken auf alternative Ökonomie. Bereits erschienen ist eine Kritik der Freiwirtschaft (siehe Ö-Punkte „Winter 2000“; in den Ausgaben danach entspannen sich eine Streitdebatte über den Text – alles nachzulesen unter www.oepunkte.de).

- In Planung u.a.:
- Regulierung mittels Steuern und Abgaben (Ökosteuer, Tobin Tax, Grundwasserabgabe usw.)
 - Schenkökonomie



Ö-Verteiler „Wirtschaft“

- koop-telegramm
- Stichwort Bayer



Passend zum Thema:
Reader „Ökonomie von unten“
Ca. 70 S., A4, 12 DM bei der MaterialAuswahl Umweltschutz, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld, www.maus-versand.de.

Rubrik „Umwelt&Entwicklung“ Ökotourismuskonferenz im Luxushotel

Die jüngste Vorbereitungskonferenz zum bevorstehenden UN-Jahr des Ökotourismus war offensichtlich ein Flop. So kritisiert eine Koalition von südlichen Nichtregierungsorganisationen (NRO), die von der Welttourismusorganisation (WTO) in einem Luxushotel im brasilianischen Cuiaba organisierte Konferenz sei eine unproduktive Veranstaltung hinter geschlossenen Türen gewesen. Die NROs befürchten, daß auch auch die nächsten WTO-Treffen zum Ökotourismusjahr kaum produktiver werden und den Forderungen nach einer gerechten Beteiligung tourismuskritischer Nichtregierungsorganisationen und betroffener Ureinwohner nicht gerecht werden.

Unabhängige Tourismusexperten wie Brian Wheeler von der University of Birmingham kritisieren diesen sinnlosen Ökotourismus-Konferenztourismus bereits seit Jahren. In der Regel würden diese Treffen in umweltschädlichen Hotels der höchsten Luxusklasse abgehalten. Allein dies sei schon auf den ersten Blick widersprüchlich und nicht ohne Ironie, wenn man an die Ideale des Ökotourismus denke. „Doch auf dem zweiten Blick“, so Wheeler, „zeigt es die Realität des Ökotourismus genau so wie sie ist: ein altruistisches, sogar nobles Konzept ausgenutzt für kommerzielle und materielle Zwecke.“ Dies sehen die Tourismusforscher Martin Mowforth von University of Plymouth und Ian Munt von der University in London nicht anders. Ihrer Meinung nach dienen diese seit Anfang der 90er Jahre wie Pilze aus dem Boden schießenden Öko-

tourismuskonferenzen in erster Linie der Ausbreitung des unökologischen „Conventional Tourism Business“. Kritisiert werden in diesem Zusammenhang auch die üblicherweise sehr hohen Konferenzgebühren. Gemeinsam mit den Flug- und Unterbringungskosten in ausgewählten, besonders teuren Konferenzorten sorgten diese hohen Gebühren dazu, daß lediglich eine ausgesuchte Clique von Tourismusexperten und Tourismusveranstaltern an diesen internationalen Ökotourismuskonferenzen teilnehmen könnten. Außenseiter oder Vertreter indigener Völker bleiben in der Regel vor den Toren, da sie nur selten über die nötigen Finanzmittel verfügten.

Weitere Informationen zum UN-Jahr des Ökotourismus sind im Internet auf der Website des Third World Network nachzulesen: <http://www.twinside.org.sg/title/iye.htm>.

Genveränderte Tomate aus Münster

Forscher des Instituts für Biochemie und Biotechnologie der Pflanzen der Uni Münster haben eine Gen-Tomate entwickelt, deren neue Gene nicht auf andere Kulturpflanzen übertragbar seien. Diese „Super“-Tomate wollen die Forscher nun mit weiteren Genen ausstatten, damit sie mehr Vitamine oder mehr Proteine produzieren kann.

Krebserregende Olivenöle entdeckt

Im August warnte das Deutsche Verbraucherministerium erneut vor belastetem Olivenöl in Supermarktregalen und Lebensmitteln. Nach wie vor würden die Lebensmittelkontrollere der Bundesländer bei ihren Untersuchungen auf Oliventresteröle („Aceito de orujo“) mit Bestandteilen von Krebs erregenden Substanzen, sogenannten polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) stoßen. Auch in Öl eingelegte Lebensmittel wie Muscheln enthielten häufig derartige Substanzen. Oliventresteröle sind Öle der niedrigsten Qualität. Sie werden durch Lösungsmittelextraktion mit Hexan aus den nach dem Abpressen des nativen Olivenöles verbleibenden Rückständen aus Schalen, Fruchtfleisch und Kernen gewonnen.

Mit Viren verseuchte Zuchtlachse

Ein Virus bedroht die Lachsfarmen im amerikanischen Maine und hat bereits hunderttausende Opfer gefordert. Wissenschaftler fürchten nun, dass das Virus auch zu einer ernsthaften Bedrohung für freilebende Tiere werden könnte, da infizierte Zuchtlachse aus den offenen Käfigen entfliehen könnten. Das - für den Menschen ungefährliche - Virus ist für Lachse hochansteckend und hatte allein in Europa Schäden in Millionenhöhe verursacht, als es dort erstmals in den 80er Jahren aufgetaucht war. Experten glauben, dass Fischfarmen, in denen eine große Anzahl von Tieren auf engstem Raum zusammenlebt, dem Virus Tür und Tor öffnen.

Philippinen: Freilandversuche mit Gen-Reis

Nach Aussagen von Wissenschaftlern des Philippinischen Institutes für Reisforschung (PhilRice), wird der erste philippinische Gen-Reis demnächst in Freilandversuchen getestet und bald für eine kommerzielle Nutzung zugelassen werden. Die Entwicklung und Testversuche wurden von PhilRice in Kooperation mit dem Internationalen Forschungsinstitut für Reisforschung (IRRI) durchgeführt.



Themenredaktion „Umwelt & Entwicklung“

Umwelt- und Nord-Süd-Nachrichten (uns)
Norbert Suchanek
Siemensstr. 13
84513 Töging am Inn
n.suchanek@amazonas.com
comlink.apc.org

Mediterrane Heilpflanzen im Internet

Eine Datenbank für Heilpflanzen aus dem Mittelmeerraum Europas wird demnächst im Internet unter <http://www.science-lettres.org> erscheinen. Die Datenbank mit dem Titel „Materia Medica Mediterranea“ wird vom Department of History of Science von der Universität von Oklahoma erstellt. Die Materia Medica Mediterranea basiert im Wesentlichen auf den Schriften und Sammlungen von Hippokrates (460 bis 375 v. Chr.), der Enzyklopädie von Dioscorides aus dem 1. vorchristlichen Jahrhundert und arabischen Manuskripten von Ibn al Baytar (ca. 1190 – 1248).



U.S. Firmen planen kommerzielles Klonen von Hühnern

Für die Massentierhaltung bricht möglicherweise ein neues Zeitalter an. Firmen in den USA sind dabei, Technologien zu entwickeln, die für das kommerzielle Klonen von Hühnern benötigt werden. Falls eine praktikable Methode entwickelt werden sollte, könnten Hühnerfarmen in Zukunft jedes Jahr mit Milliarden von geklonten Hühnern, die alle die gleichen Wachstumsraten aufweisen, die gleiche Gewichtsklasse besitzen und alle gleich schmecken, versorgt werden. So sieht die Zukunftsvision des Nationalen U.S. Institutes für Wissenschaft und Technologie (US's Na-

tional Institute of Science and Technology) aus, das den Firmen Origen Therapeutics (Burlingame, California) und Embrex (North Carolina) Forschungsgelder in einer Höhe von 4,7 Millionen U.S. Dollar gewährt hat.

Weitere Gentechnik-Nachrichten sind im Internet zu finden: <http://www.oeko-institut.org/bereiche/gentech/newslet/index.html> oder www.biogene.org/index.html. Sie können auch per e-mail abonniert werden (mailto:listserv@oeko.de, ohne Betreff, Text: subscribe gen-news@oeko.de).



Der Infodienst für
Umweltakteurinnen

Winter 2001/02

• Kurz notiert:
Weltweit

45



Ö-Verteiler
"Umwelt &
Entwicklung"

• Leider keiner.

Fair-Trade-Tourismus

Ohne fairen Handel im Reisegeschäft könne es keinen nachhaltigen Tourismus geben. Dies zumindest meint die britische Tourismusexpertin Angelika Kalisch. Die Ziele eines echten „Fair-Trade-Tourismus“, seien die Maximierung der Einnahmen aus dem Urlaubsgeschäft für die einheimischen Beteiligten sowie die Unterstützung der traditionellen, indigenen Bevölkerungen in den betroffenen Zielgebieten, heißt es in ihrer aktuellen Publikation „Tourism as Fair Trade - NGO Perspectives,“. Der von Tourism Concern veröffentlichte Report zeigt auf 41 Seiten an Hand von Fallstudien von Tourismusprojekten in sieben Ländern – Tanzania, Nepal, den Philippinen, Gambia, Südafrika, Namibia und Ecuador – was „Fairer Tourismus“ ist und wie er funktionieren kann.

„Tourism as Fair Trade - NGO Perspectives“, von Angelika Kalisch, Tourism Concern, London, 2001, ISBN 0-9528567-5-1, info@tourismconcern.co.uk, Tel. 0044-20-7753-3330 / Fax -3331

2,4 Milliarden Dollar gegen AIDS

Die 2,4 Milliarden Dollar, die die acht wichtigsten Industrienationen, die sogenannten G8-Staaten, für die Bekämpfung von AIDS und anderen Seuchen demnächst in der „Dritten Welt“ ausgeben wollen, klingen zunächst viel. Doch verglichen mit den 40 Milliarden Dollar der US-Regierung für die Anti-Terrorismuskampagne oder verglichen mit den 15 Milliarden Dollar, die allein die US-Regierung in die Stützung der US-amerikanischen Airlines steckt, erscheint diese AIDS-Hilfe als „Peanuts“. Gleichzeitig gibt die US-Regierung übrigens 1,3 Milliarden Dollar aus, um in Kolumbien vermeintliche Koka-Plantagen, Wälder und Felder von Kleinbauern und Ureinwohnern mit Giften zu besprühen und um die kolumbianische Guerilla zu bekämpfen.

Erste BSE-Kuh in Japan

Kein Land scheint mehr vor BSE sicher. Auch das entfernte Japan nicht, nachdem nun auf einem Bauernhof in der Nähe von Tokyo Japans erste geschlachtete Milchkuh mit BSE entdeckt wurde. Leider gelangten die Überreste dieser BSE-Kuh - versehentlich, wie es heißt - in den normalen Fleischhandel.

Amazonaswald wird nicht überleben

Wissenschaftler von der Penn State University gehen davon aus, daß der große Amazonasregenwald noch in diesem Jahrhundert gänzlich verschwunden sein wird, wenn sein Abholzung so rasant weiter geht wie heute. Bereits 25

Prozent des Waldes seien unwiederbringlich vernichtet. In den nächsten 10 bis 15 Jahren könnte der „Point of no return“ erreicht sein, schätzen die Forscher. Dann könnte so viel Wald im Amazonasbecken abgeholzt sein, daß das restliche Regenwaldökosystem praktisch kollabiert.

Mexiko: Opfer des Freihandels

Seit Jahrtausenden wird Mais in Mexiko angebaut. Doch der Freihandel mit den USA könnte dieser Tradition ein plötzliches Ende bereiten. Denn seit in Kraft treten des sogenannten NAFTA-Abkommens wird Mexiko mehr und mehr mit Mais aus den USA überflutet, der um fast 50 Prozent billiger ist als das einheimische Korn. Nun sitzen die mexikanischen Maisbauern auf 2,4 Millionen Tonnen unverkäuflichem, einheimischem Mais, berichtet der Ecologist.

Erdöl und Bodenschätze sind der Fluch der Armen

Investitionen in Erdölausbeutung und Bergbau seien zwar sehr profitabel für die Weltbank, helfen aber kaum den Menschen in den Entwicklungsländern, kritisiert die britische Nichtregierungsorganisation OXFAM. Eine Untersuchung habe ergeben, daß in den erdölproduzierenden und in den von Bergbau abhängigen Entwicklungsländern mehr Armut und höhere Kindersterblichkeitsraten herrschen, als in vergleichbaren Ländern, die kein Erdöl und kaum mineralische Rohstoffe exportieren.

Schwarzes Meer verfällt

Überfischung, ungeklärte Abwässer und Klärschlamm belasten zunehmend das Schwarze Meer. Nun warnt eine Initiative des UN-Umweltprogrammes (UNEP), das Global International Waters Assessment (<http://www.giwa.net>) vor dem gänzlichen Verfall dieses Meeres. Die Schleppnetz-Fischerei habe zusätzlich den Bestand der Fische massiv geschädigt. Ende des Jahres soll nun laut UNEP ein 100 Mio. \$-Projekt zur Rettung des Schwarzen Meeres und zwei seiner wichtigsten Mündungsflüsse anlaufen.

Indigene Völker haben in Notlagen besseres Management

Ureinwohner haben in tropischen Gebieten über viele Jahrhunderte hinweg optimierte Systeme zur Bewältigung von Naturkatastrophen gefunden. Ihre Methoden seien besser für die Umwelt als die der Industriestaaten, zeigen Ergebnisse schwedischer Forscher vom Institut für Systemökologie. Das Katastrophenmanagement der Industriestaaten führe in der Regel zu noch größeren Katastrophen.

Heilpflanzen sind wichtig für „Dritte Welt“

Traditionelle Heilpraktiker, Wunder- und Naturheiler spielen in den meisten Ländern der Erde noch eine größere Rolle als die westliche Schulmedizin. Nepal beispielsweise hat 100 mal mehr traditionelle Heiler als Schulmediziner. Die Heiler nutzen dort rund 1.600 einheimische Heilpflanzen. Nepal zählt auch als das Land mit den meisten Exporten von Heilpflanzen. Etwa 470.000 Familien verdienen ihr Einkommen mit der Suche und dem Verkauf von medizinisch wirksamen Pflanzen.

Gen-Food kann Hunger der Welt nicht stoppen

Studien der Universität von Essex (<http://www.essex.ac.uk>) zufolge werde die Gentechnologie nicht wesentlich zur Verbesserung der Welt ernährungssituation beitragen. Der Schlachtruf der Gentech-Industrie „Die Gentechnik werde die Welt ernähren“ sei lediglich ein Vorwand der Saatgut- und Lebensmittelkonzerne. Die Studie zeige, so Greenpeace, auch, dass naturnahe Landwirtschaft den Hunger besser und effektiver besiegen kann als industrieller Landbau, der darüberhinaus noch die Artenvielfalt gefährdet.

Kenia: Erste Ernte von Gen-Süßkartoffeln

In Kenya sind die ersten Gen-Süßkartoffeln geerntet worden. Bevor die Gen-Sorte für den kommerziellen Anbau zugelassen werde, müßten aber noch zahlreiche Testverfahren durchlaufen werden, um die möglichen Risiken und Umweltauswirkungen des Anbaus dieser Linie herauszufinden, sagen die beteiligten Forscher des Projekts, das zum Teil vom Agrochemiekonzern Monsanto finanziert wird.

Buchvorstellung

Reimund Schwarze
Internationale Klimapolitik
(2000, metropolis in Marburg, 299 S.)
Umfangreich werden zunächst die wissenschaftlichen Grundlage der Klimaveränderung beschrieben, bevor es um die Klimaschutzpolitik und hier vor allem das Kyoto-Protokoll geht. Wichtig ist das Kapitel über die Ozonpolitik, die in wichtigen Teilen als Vorbild für die Klimaschutzpolitik vorgestellt wird. Das Buch ist grundsätzlich positiv eingestellt den aktuellen Klimaschutzstrategien und erläutert diese präzise.

Bundesministerium für Umwelt
Leitfaden „Klimaschutz auf kommunaler Ebene“
(1995, Ökologie-Institut in Wien, A4-Loseblattsammlung)
Das in seinen allgemeinen Kapiteln schon etwas veraltete Werk (das Kyoto-Protokoll gab es damals noch nicht) bietet eine gute Sammlung konkreter Ideen für die kommunale Klimaschutzpraxis – angefangen von Verkehr über die Energiepolitik bis zur Materialbeschaffung.

Weltweit



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

46

Winter 2001/02

• Kurz notiert: **Weltweit**



Themenredaktion
"Weltwirtschaft & Neoliberalismus"

Redaktion
Weltwirtschaft
c/o KTS
Baslerstr. 103
79100 Freiburg
julian20000@gmx.de

Rubrik „Weltwirtschaft, Neoliberalismus“

PGA-Konferenz in Cochabamba

Vom 16. bis 23. September fand in Cochabamba, der drittgrößten Stadt Boliviens, die 3. Konferenz des Netzwerkes Peoples' Global Action statt. Über 250 Teilnehmende aus fünf Kontinenten, von Argentinien bis Ukraine, versammelten sich in Cochabamba, die Anzahl der Teilnehmenden aus dem Norden war relativ gering, die überwiegende Mehrheit kam aus Lateinamerika. Bei mehreren Konferenzteilnehmenden wurden aufgrund des Zusammenbröselns der World Trade Türme in New York und der weiteren Angriffe die bereits existierenden Visas zurückgezogen. Erst nach heftigem Ringen konnte die Konferenz doch noch stattfinden. Zu diesem Zeitpunkt war einer der Konferenzteilnehmenden aus Afrika aber bereits abgeschoben. Die Karawane aus Bogotá wurde bis zum Konferenzende keine Einreise erlaubt, so daß die Konferenz dezentralisiert wurde: viele der Delegierten aus Ecuador, Peru und Kolumbien hielten ihre Konferenz unfreiwillig an der Peruansichen Grenze in Puno ab.

In Cochabamba wurden drei wesentliche Themenblöcke behandelt: die Planung weiterer globaler Aktionen und neuer Aktionsformen, die Dezentralisierung der Organisationsprinzipien des Netzwerkes, sowie Verbesserungen des Manifests und der fünf Eckpunkte des Netzwerkes. In Bezug auf die bevorstehenden Aktionstage wurde festgestellt, dass diese durch langfristige globale und regionale Kampagnen ergänzt werden sollen, dass das viel kritisiert summit-hopping (Gipfelhüpfen) aus verschiedenen Gründen an Grenzen stößt, etwa weil die Konferenzen abgesagt werden (Washington) oder die Repression massiv zunimmt bis hin zu den Schüssen und Prügelszenen von Göteborg und Genua. Außerdem sehen insbesondere Basisbewegungen aus dem Süden in langfristigen Kampagnen zu konkreten Themen eine größere Notwendigkeit als zu spektakulären Protesten zu abstrakten Gipfeln. Geplant werden Kampagnen gegen Staatsterrorismus, Militarismus und Paramilitarismus (Plan Colombia und andere neoliberale Pläne), eine Kampagne zu Landrechten, Biopiraterie und Autonomie, Kampagnen gegen alle möglichen und unmöglichen Privatisierungen (Wasser, Gesundheit, usw.) sowie eine zum Aufbau von Alternativen zum kapitalistischen System mittels alternativer Aus- und Weiterbildung.

Hinsichtlich der fünf Eckpunkte des Netzwerkes wurde die deutliche Ablehnung von Kapitalismus und Imperialismus verstärkt und das Wort gewaltfrei ersetzt durch die Akzeptanz aller Aktionsformen, allerdings verknüpft mit Respekt vor Leben. Gerade vor dem Hintergrund der Angriffe in den USA und der Zunahme der Repression ist es notwendig, eine Spaltung der Bewegung in gute und böse Demonstrierende zu verhindern und die Vielfalt der Aktionsformen zu wahren. In diesem Zusammenhang wurde auf der Konferenz auch eine Erklärung verfasst, welche ebenfalls und vor allem den Staatsterrorismus und den geplanten Krieg der USA verurteilt.

Das gesamte Manifest wurde massiv überarbeitet, eine Genderperspektive wurde eingebaut und mit dem Thema Klimawandel der Umweltbereich ergänzt.

Die Kritik der Rolle des Staates im Kapitalismus wurde wie auch schon bei der zweiten Konferenz im indischen Bangalore, auf eine Diskussion nach der Konferenz verschoben.

Zu den Organisationsprinzipien des Netzwerkes wurde Dezentralisierung, Dezentralisierung und nochmals Dezentralisierung eingefordert. Es wurden einige strukturelle Änderungen vorgenommen, um diesem Ziel näher zu kommen. Entscheidungen und Koordinierung sollen noch mehr auf regionaler Ebene erfolgen.

Im Gegensatz zur vorhergehenden Konferenz in Indien, bei der die hehren Dezentralisierungspläne hinterher leider nicht nachhaltig umgesetzt werden konnten, sehen die Perspektiven jetzt viel besser aus.

Quelle und weitere Infos: <http://www.agp.org>

Ö-termine

Von Genua nach München

Vom 1. bis 3. Februar 2002 findet die „Münchner Konferenz für Sicherheit“ statt. Was es damit auf sich hat erfahrt ihr unter: www.buku24.de/nato.htm

EU-Gipfel in Brüssel am 14./15. Dezember 01 Aufruf zu einem EU-weiten Schüler- und Studentenstreik!

Studiengebühren, Sparmaßnahmen, Uni-Privatisierung... Die Ziele der Bildung ändern sich rapide, stellen sich in den Dienst der privaten Wirtschaft. Europaweit sehen sich Studenten und Schüler mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Die Ursachen sind in der EU-Politik zu suchen. Dortmunder Studenten rufen deshalb zu einem EU-weiten Schüler- und Studentenstreik vom 10. bis 14. Dezember 2001 auf. Dabei sollen in den ersten Tagen des Streiks Aktionen in den Städten, Unis und Schulen stattfinden, am 14. Dezember gibt es dann eine große gemeinschaftliche Abschluss-Demo während des EU-Gipfels in Brüssel.

Vorläufige Mailinglist: groups.yahoo.com/group/euderbuerg Website: <http://euforthepeople.tripod.com>

Davos 2002

Im Januar 2002 wird wieder das World Economic Forum (WEF)in Davos stattfinden. Das Public Eye on Davos wird wie schon letztes Jahr eine Konferenz in Davos abhalten und zwar parallel zum WEF. Auch das World Social Forum wird wieder zur gleichen Zeit in Puerto Alegre (Brasilien) stattfinden (www.forumsocialmundial.org.br) <http://www.evb.ch> www.publiceyeondavos.ch

Göteborg und Genua

Die Events sind vorbei, die Repressionen gehen weiter. In Schweden sitzen immer noch 4 Leute im Knast. In Genua sind inzwischen alle Gefangenen freigelassen worden, aber zahlreiche Prozesse stehen in der nächsten Zeit an. Darum sind Solidparties o.ä. für die Prozesskosten nötig.

Es gibt eine Info-CD zu Genua. Sie enthält ca. 1000 Fotos, 134 Texte, 13 Radiosendungen, 1 Lied und 6 Videos, darunter ein ca. 30 minütiges Video von indymedia.it.

Ihr könnt diese CD ab sofort bestellen. Sie kostet 7 DM (also 10 DM incl. Porto). Davon gehen 5 Mark aufs Genua-Solidkonto. Bestellung an die Mailadresse unten (Betreff: CD-Bestellung) Gruppe behubelni, c/o Rotes Büro Aachen, Charlottenstraße 6, 52070 Aachen, rotes_buero@mail.nadir.org

Buchvorstellungen

Winfried Wolf
Fusionsfieber
(2000, Papyrossa in Köln, 288 S., 28 DM)
Der Titel des Buches bezieht sich auf die Tätigkeit der Konzerne – doch das Buch ist mehr wert. Seine Kernaussage ist nämlich für etliche „GlobalisierungsdiskutantInnen“ neu (leider!): Markt und Staat, Weltmarkt und Nationen kämpfen nicht gegeneinander um die Vormacht, sondern handeln Hand in Hand. Nationale Standort- und Hegemonialpolitik sowie das „Wachse oder weiche“ der großen Konzerne ergänzen einander.

Wolfgang Borchardt/Joachim Wirtz
Geldloser Ressourcenaustausch für Vereine, Betriebe und Projekte
(1996, Stiftung Mitarbeit in Bonn, 76 S., 8 DM)
Die Vorteile der Tauschringe werden benannt, sodann folgen organisatorische und juristische Tipps einschließlich eines Satzungs-vorschlags für den Trägerverein. Im Anhang finden sich Adressenlisten, allerdings inzwischen 5 Jahre alt. Schade ist, daß die Grenzen einer Tauschökonomie nicht ausreichend diskutiert werden, sowohl hinsichtlich der Bedürfnisbefriedigung wie auch darin, daß eine Bewertung von Arbeit und Waren bleibt. Hier müssen weitergehende Modelle der Schenk-, Gemeinschaftsökonomie und der Eigentumsüberwindung angegangen werden.

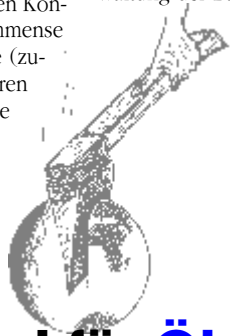
Andreas Becker
Zukunftsfähige Politik
(2001, ökom in München, 209 S., 33,25 DM)
Ein Buch für Pragmatiker, die nicht lange drumrumreden. Seite für Seite sind Ideen für politische Maßnahmen aufgelistet, die innerhalb des bestehenden Systems soziale oder ökologische Verbesserungen hervorruhen können. Das Buch könnte nicht nur für „Realos“ interessant sein (gemeint sind die, die in kleinen Schriften etwas verändern wollen – nicht die, die die Realität hinnehmen), sondern auch für alle, die Visionen diskutieren und Widerstand gegen die grundlegenden Verhältnisse organisieren, aber dennoch aus dem Katalog der vielen Vorschläge auch Ideen für Sofortforderungen auf dem Weg dahin finden.

Heidmarie Schwermer
Das Sternaler-Experiment
(2001, Riemann/Bertelsmann in Gütersloh, 256 S., 38 DM)
Die Autorin berichtet aus ihrem eigenen Leben. Sie verzichtete lange ganz auf Geld und tauschte mit einer teilweise beeindruckenden Phantasie. Das Buch ist ein Zeugnis, daß es geht. Allerdings macht es auch deutlich, daß Tauschen nicht die Ebene der Wertorientierung verläßt. Es gibt einen Zwang der Gegenleistung – und zum Teil hat die Autorin Jobs erledigt, die auch im freien Markt den Frauen zugeordnet sind. Tauschen überwindet nur einen kleinen Teil der Herrschafts- und Verwertungslogiken. Wer das Buch mit diesem kritischen Blick liest, kann zahlreiche Diskussions- und Handlungsideen erfahren.



Bericht aus Bolivien

„McDonald's, Telefonica, aber kein Wasser“ steht als Graffiti an der übergroßen Christusstatue hoch über dem bolivianischen Cochabamba, Schauplatz des „guerra del agua“ (Wasserkrieges). Die gesamte Wasserversorgung Boliviens wurde an einen US-amerikanischen Konzern verkauft, der zugleich eine immense Wasserpreiserhöhung ankündigte (zunächst nur 20 Prozent, mit weiteren Erhöhungen (inklusive der Flüsse und Brunnen auf die LandarbeiterInnen angewiesen sind). Mit Straßenbarrikaden und ande-



Blut für Öl

Triebfedern eines Krieges offenbaren sich oft fernab der Front. Zum Beispiel in der texanischen Stadt Houston, Hochburg der westlichen Ölindustrie. Dort versammelten sich Mitte Oktober die Aktionäre der Branchenriesen Chevron und Texaco, um die Fusion der beiden Firmen zum zweitgrößten US-Petrolkonzern nach Exxon Mobil abzusegnen. „Unser Ziel ist es, die Nummer eins zu werden“, heißt es von Dave O'Reilly, dem Vorstandschef der Mega-Company. Und das will die neue Chevron-Texaco Corporation unter anderem mit verstärktem Engagement in Zentralasien erreichen.

In der Region ballen sich die Energiereserven der Welt – in erster Linie Erdöl und Erdgas. Die Ölvorkommen der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres sind knapp doppelt so groß wie die der USA. So liegt zum Beispiel eines der größten Ölfelder der Welt, das Tengiz-Becken, mit schätzungsweise 9 Milliarden Barrel in Kasachstan. Den Ölmultis geht es in dieser Region nicht nur um die Kontrolle der begehrten Ressourcen, sondern auch um die Transportwege. Die Große Seidenstraße war schon vor mehr als 1000 Jahren die zentrale Verbindung zwischen dem Fernen bzw. Mittleren Osten und Europa. Auch nach wie vor gilt: Wer die Route kontrolliert, bestimmt auch die Geschäftsbedingungen. Das Interesse des Westens an der Erdöl- und Erdgasproduktion im Nahen und Mittleren Osten wurde durch die Privatisierung der Energieproduktion in den ehemaligen Sowjetrepubliken am kaspischen Meer noch gesteigert. Insgesamt sind dort seit 1993 Verträge über mehr als 33 Milliarden US-Dollar gezeichnet worden. Allein in Kasachstan hat Chevron 20 Milliarden US\$ investiert. Der Vorteil der „neuen“ Ölquellen ist, dass sie bisher kaum ausgebeutet worden sind. Nachteil: Sie befinden sich alle in Republiken, die keinen Zugang zum Meer haben. Darum ging mit den Investitionen die Planung neuer Pipelines, wie die Central Asian Oil Pipeline (1700 Kilometer lang), einher.

Was das mit dem Krieg um die Macht in Kabul zu tun hat? Ganz einfach: Die kürzeste Route für die Pipeline und damit der günstigste Weg für das kaspische Öl nach Asien oder an die Nordküste des Golfs, von wo aus es weiter verschifft werden kann, verläuft durch Afghanistan. Für die gesamte US-Ölindustrie ist Washingtons „Krieg gegen den Terroris-

ren Aktionen wehrten sich die BäuerInnen gegen die Wasserprivatisierung, und die Proteste legten das gesamte Land lahm. Damit war erfolgreich die Wasserübernahme durch den US-Konzern verhindert worden und heute ist die Wasserversorgung unter kommunaler Verwaltung der BäuerInnen.

mus“ auch ein Krieg in eigener Sache. Denn sie fürchten um ihr Millardengeschäft, in dem die zentralasiatische Krisenregion um Afghanistan von wachsender Bedeutung ist, zahlreiche Öl- und Gasgeschäfte hängen von der Zukunft des Landes ab.

Öl als Motor der US-Außen-, Militär- und Verteidigungspolitik: keine neue Erkenntnis. Und gerade die Bush-Regierung ist dichter mit der Ölindustrie verflochten als je eine US-Regierung zuvor. Eine lebenslange Affinität: Sowohl Bush als auch sein Vize Dick Cheney verdienen munter im Ölgeschäft – Bush zunächst als junger Hilfsarbeiter auf einem Ölfeld, später in eigenen Unternehmen. Cheney zuletzt als Vorstandschef von Halliburton, dem weltgrößten Material-Zulieferer der Ölindustrie. Allein im Jahr 2000 verdiente er dabei 39 Millionen US\$. Auch US-Sicherheitsberaterin Conozetta Rice saß 10 Jahre lang im Aufsichtsrat des Chevron-Konzerns.

Aber die Öl-Millionen fließen auch auf anderen Wegen nach Washington. Insgesamt 33,3 Milliarden Dollar überwies die Ölindustrie allein im Wahlkampf 2000 in die Parteikassen der US-Parteien, den größten Teil davon an Bush und sein Republikaner. Im Schnitt erhielt Bush rund 80% der Spenden. Die Großzügigkeit von Enron, Exxon, BP, Chevron und Texaco wird sich bestimmt auszahlen. Eine militärische Aktion zur „Befriedigung“ Afghanistans nach dem Modell „Pax Americana“ ist quasi Voraussetzung, dass der Bau und die Fertigstellung der geplanten Pipelines durch Afghanistan und die angrenzenden Länder wieder zu einer interessanten Geschäftsperspektive werden.

Quelle: Die Woche, 19.10.01

Buchvorstellungen

UnternehmensGrün Arbeit – Strategien der Existenzsicherung (1999, AG Spak in Neu-Ulm, 132 S.)
Keine systematische Abhandlung, sondern eine Sammlung von Einzelaufsätze. Dabei werden verschiedene Aspekte beleuchtet – von Arbeitszeitmodellen in Konzernen (z.B. VW) über die Förderung „weicher“ Standortfaktoren bis zu Arbeitsplätzen in der Ökobranchen. Der große Wurf fehlt dem Buch, die visionäre Ebene ist ausgelassen. Ob viele Einzelmaßnahmen in einer profitorientierten Welt ausreichen, darf aber bezweifelt werden.

Robert Kurz Schwarzbuch Kapitalismus (1999, Eichborn in Frankfurt, 820 S., 68 DM)
Robert Kurz mit seinem bissigen, teilweise zynischen, aber immer schneidig klaren Argumentationsstil – und das 820 Seiten lang ... ein dicker Wälzer voller Angriffslust auf den Kapitalismus. Kurz erläutert die Phasen bis zur heutigen Zeit, der er als Kasinokapitalismus skizziert, in dem der Staat abdankt und der Liberalismus seinen letzten Kreuzzug startet. Vom Weberaufstand bis heute zeigt der Autor, daß die Marktwirtschaft Armut und Ausbeutung vorantreibt, während immer wieder ein bißchen Hoffnung durchblickt, die Katastrophensituation, die der Kapitalismus schafft, könnte dazu führen, daß Menschen mit etwas anderem anfangen – wobei Kurz keine Gelegenheit ausläßt, diejenigen niederzumachen, die immer noch an die Reparierbarkeit des Marktes glauben. Ein Grundlagenwerk zur Kapitalismuskritik – kritisch zu lesen, aber anregend und viele Argumente bietend.

Bernd Senf Die blinden Flecken der Ökonomie (2001, dtv in München, 303 S., 26,50 DM)
Ein interessanter Versuch: Die Wirtschaftstheorien von Smith, Marx, Keynes, Gesell, Friedman sowie auch die populärsten Bücher der aktuellen Globalisierungsdebatte werden auf ökonomische Fehler und Lücken untersucht. Alle TheoretikerInnen bekommen ihr Fett weg. Das ist eine lohnenswerte Lektüre – wobei bekannt sein sollte, daß der Autor selbst sich nahe der Idee der Freiwirtschaft fühlt und daher diesen Aspekt im Kapitel über Gesell nicht kritisch beäugt, sondern die ökonomisch unsinnige Auffassung über die zentrale Bedeutung des Zinses mitträgt (andere Mängel bei Gesell werden aber benannt).

Klaus Werner/Hans Weiss Schwarzbuch Markenfirmen (2001, Deuticke in Frankfurt, 351 S., 42 DM)
Wer Konzerne, vor allem die großen bzw. bekannten, die mit ihren Marken überall die Optik prägen, hassen will, ist mit diesem Buch bestens bedient. Es listet seitenweise die Sünden auf – von Sklavenhaltung über die Verletzung von Mitbestimmungsrechten bis zu Umwelterstörung. Dabei sind die Berichte nicht nur spannend und erschreckend, sondern teilweise gut belegt mit Internetadressen zum Weiterrecherchieren, mit Fotos usw. Den Anhang bildet eine tabellarische Übersicht über die wichtigsten Markenfirmen mit den konkreten Vorwürfen.

Öko-soziale Marktwirtschaft (2001, Wochenschau in Schwalbach, 186 S.)
„Zum Gebrauch an allen Schulen“ findet sich auf dem Titel – das dicke Heft ist eine umfangreiche Sammlung von Texten, viele viele Auszüge aus Büchern, Zeitungen, Pressemeldungen usw. Sie sind nach Themen sortiert. Jeder Text ist geeignet als Diskussionsgrundlage oder Zitat. Hinzu kommen Arbeitsvorschläge. Didaktisch ist das Heft für den Schulalltag also optimal aufbereitet. Inhaltlich ist allerdings Kritik fällig: Das Heft stellt die Anhänger des totalen Marktes und die der sozialen Regulierung gegenüber, Positionen, die ökologische und soziale Ziele eher in der Überwindung des Marktes erreichen wollen und, mit guten Begründungen, den Markt für einen grundsätzlich ungeeigneten Rahmen halten, fehlen ganz.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

• Kurz notiert: **Weltweit**



Ö-Verteiler "Weltwirtschaft ..."
• fzs-Rundbrief



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

48

Winter 2001/02

• Aktion und Vision

Perspektiven

Hinweis

Wer Interesse hat, Veranstaltungen, Seminare, Workshops usw. zu diesen Themen zu machen, sollte sich melden bei der

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, Tel. 06401/90328-3, Fax -5

Mögliche Themen u.a.:

- Kritik an Agenda und Nachhaltigkeit
- Ökologie und Ökonomie sind unvereinbar
- Emanzipatorischer Umweltschutz statt Öko-Neoliberalismus (Ökosteuern, Nachhaltigkeit & Co.)
- Freie Menschen in Freien Vereinbarungen (Visionen)
- Selbstorganisation in Alltag und Politik
- Entscheidungsfindung von unten/ kreative Gruppenprozesse
- Direkte Aktion – Ziele, Methoden, Beispiele, Tipps
- Gefahr – noch mehr Demokratie droht! Kritik an NGOismus, Governance ...

Mehr unter www.oepunkte.de



3.-22.2. in Saasen

Politische Tage in der Projektwerkstatt

Diskutieren über Positionen und Aktionen, Bauen & Sortieren an Haus und Archiven, Schreiben und Layouten an den nächsten Ö-Punkten – bunte Tage also! Info: Projektwerkstatt, 06401/903283, www.projektwerkstatt.de/saasen



21.-23. Dezember in Saasen

Organisierung von unten

Ein Hoppetosse-Treffen zur Frage der Vernetzung und Kooperation zwischen Basisgruppen und -akteurInnen jenseits von Hierarchie oder Planlosigkeit. www.hoppetosse.net, Tel. 06401/903283

26.12.-21. in Dresden

Jugendumweltkongress

Workshops, Diskussionen, Filme, Konzerte, Aktionen – selbstorganisiert und (zumindest versucht) „von unten“ www.jugendumweltkongress.de



Filz, Skandale ...

P&T Technology AG kooperiert mit Siemens AG

Die Hamburger P&T Technology AG (Windenergie- und Umwelttechnologiekonzern) meldet die Unterzeichnung eines Kooperationsrahmenvertrages mit der Siemens AG Hamburg. Mit dem Siemens-Geschäftsbereich Industrial Solutions and Services wolle man das von P&T entwickelte windgestützte Wasser- und Wasserstoff-System realisieren, hieß es. Damit vertieften beide Unternehmen die bereits bestehenden Beziehungen.

P&T Technology AG werde Kunden des dezentralen Versorgungssystems maßgeschneiderte Finanzierungs- und Betreibermodelle unter Rückgriff auf von Siemens Hamburg entwickelte Modalitäten anbieten können, erklärte das Unternehmen mit Blick auf den Vertrag. Die Vermarktung und der internationale Vertrieb sollten weitere Bestandteile der gemeinsamen Kooperation bilden. Die technische, kommerzielle und organisatorische Koordinierung sämtlicher Projekte werde in den Händen von P&T liegen. Siemens Hamburg werde Servicekonzepte für die technische Betreuung der Anlagen erstellen. Das Unternehmen

men sei bereits Technologiepartner von P&T und liefere elektronische Komponenten und Anlagenteile für das P&T-System.

Quelle: www.ngo-online.de, 5.11.2001

Verleihung des B.A.U.M.-Umweltpreises

Höhepunkt aller B.A.U.M.-Events in diesem Jahr: Am 7. Dezember wird in Hamburg im Rahmen einer Festveranstaltung in den Räumen der Hamburger Wasserwerke der B.A.U.M.-Umweltpreis 2001 vergeben. Ausgezeichnet werden sechs Unternehmensvertreter für ihre praktischen Leistungen zugunsten eines vorbeugenden und ganzheitlichen Umweltschutzes im Unternehmen sowie ein Wissenschaftler für herausragende wissenschaftliche Leistungen zu Umweltthemen und ein Medienvertreter für seinen Einsatz, Umweltthemen in der Medienlandschaft auf eindrucksvolle Weise präsent zu halten.

Kategorie Grossunternehmen

Volker Skrzypek (Mohn Media-Mohndruck GmbH)

Dr. Frank Walle (Deutsche Luft-hansa AG)

Kategorie Klein- u. Mittelständische Unternehmen

Eberhard Brandes (Gottlieb Weinmann GmbH & Co)

Michael Eickenfonder (Spinnrad GmbH)

Wilhelm Kanne (Kanne Brottrunk GmbH & Co KG)

Jürgen Schmidt (memo AG)

Kategorie Medien

Jürgen Stellpflug (Öko Test Verlag GmbH)

Kategorie Wissenschaft

Prof. Dr. Werner F. Schulz (Universität Hohenheim)

Die Urkunden sind von Bundesumweltminister Jürgen Trittin persönlich unterzeichnet und werden durch Staatssekretär Rainer Baake (Bundesumweltministerien), dem neuen Hamburger Mitte-rechts-Umweltsenator Rehaag (angefragt) sowie Prof. Dr. Maximilian Gege und Dr. Georg Winter vom Vorstand des B.A.U.M. e.V. überreicht.

Deutscher Umweltpreis 2001

Am 21. Oktober fand in Freiburg der Festakt zur Verleihung des Deutschen Umweltpreises der Deutschen Bundesstiftung Umwelt statt. Einer von drei Preisträgern ist Dr. Franz Ehrnsperger, Inhaber der Neumarkter Lammsbräu. Dieser war aus über 100 Bewerbern auf Vorschlag von B.A.U.M. ausgewählt worden.

In seiner Festrede wies Bundespräsident Johannes Rau darauf hin, dass Umweltschutz und Nachhaltigkeit unser Leben bestimmen müssten. Raubbau schaffe keine Zukunft. Seiner Einschätzung nach sei man aber in Rio 1992 schon weiter gewesen als jetzt beim Bonner Kraftakt zum Kyoto-Protokoll im Sommer 2001.

Rau selbst wolle den Gedanken der Umweltvorsorge besonders fördern, so z.B. durch die „Umweltwoche 2002“ im Garten des Bundespräsidialamtes. Umweltschutz schaffe Arbeitsplätze; Ökologie sei zudem ein Teil der internationalen Friedenspolitik.

Quelle: B.A.U.M.News Nr. 17

Hinweis: BAUM e.V. ist ein Dachverband von Unternehmen zur Beratung im Umweltmanagement. Mitglieder sind u.a. Großkonzerne wie Großbanken, Chemie- und Automobilfirmen usw.

Buchbesprechung

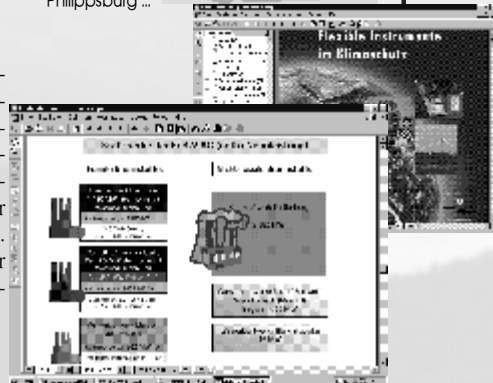
Ökoneoliberalismus

Öko-Konto-Modell

(2001, Baudezernat der Stadt Rottenburg, 115 S., 20 DM)

Das Öko-Konto ist ein typisches modernes, d.h. marktorientiertes Mittel der Umweltpolitik. Danach können Umweltschutzmaßnahmen auf einem sog. Öko-Konto gebucht werden. Umweltzerstörungen können dann erfolgen ohne direkte Ausgleichsmaßnahmen. Denkbar ist auch, daß das Konto bei einer Umweltzerstörung „überzogen“ und erst später andernorts ausgeglichen wird. Umweltschutz wird damit zu einem Zahlungsmittel – jeder neue Baum ist der Gegenwert für eine Zerstörung woanders. Die Broschüre beschreibt das Verfahren und etliche Beispiele der Stadt Rottenburg am Neckar anschaulich und ausführlich.

Ministerium für Umwelt und Verkehr, CD „Flexible Instrumente im Klimaschutz“ (2001, Min. für Umwelt in Stuttgart, CD-ROM) Auf der CD sind etliche Dokumente rund um den Klimaschutz und den Handel mit Emissionsrechten gesammelt. Sie richtet sich an Unternehmen – ist damit aber auch für UmweltschützerInnen interessant. Denn sie zeigt und erklärt, was es mit den modernen Klimaschutzstrategien auf sich hat. Es geht um Profit. Und um Verklärung. Fast legendär z.B. das Schaubild, auf dem die EnBW („Yello Strom“) seine nicht-fossilen Kraftwerke auflistet: AKW Philippsburg ...



Perspektiven

Konkrete Vorschläge aus der Debatte um „Organisierung von unten“

Buchprojekt(e) zu Direkter Aktion und Repression

Wir wollen ein Buch zu kreativem Umgang mit Gerichten, Gefängnis und Verhören machen – einmal als Tipps, zum anderen mit Interviews und Berichten mit Leuten, die schon mal in den Klauen der Repressionsbehörden mit kreativen Mitteln (vielfältig Angreifen statt eingeschüchtertes Schweigen&Rechtstaktieren) einen Prozeß, einen Bullenkontakt oder sogar Knastaufenthalte zu einer politischen Aktion gemacht haben.

Eventuell kann das Ganze auch als Kapitel in einem umfangreichen (nötigen!) Buch zu kreativem Widerstand und direkter Aktion erscheinen.

Die einzelnen Kapitel und Texte sollen auch auf den Seminaren (siehe nächster Absatz) diskutiert und weiterentwickelt werden.

Seminare, Veranstaltungen usw.

Wir wollen Seminare und Veranstaltungen zu Themen wie „Selbstorganisation in Alltag und Politik“, „Direkte Aktionen“, „Kreativer Umgang mit Repression“, „Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, Finanzierung/materielle Ressourcen, Mitmischen in Bündnissen und Netzwerken, Zeitungsmachen usw. organisieren. Als Modell haben wir im Kopf, daß Basisgruppen, die an einem Thema interessiert sind (also sich Wissen auch selbst aneignen wollen) überlegen können, ob sie den technischen Rahmen organisieren (Unterkunft, Räume, Verpflegung, Einladung usw.) und überregional nach ReferentInnen u.ä. gesucht bzw. zusätzlich dort gewonnen wird.

Wir wollen uns an der Initiative beteiligen, die von den Seminarhäusern in Verden und Saasen ausgeht und zu einem gemeinsamen, bundesweiten Seminarprogramm für solche Themen führen soll. Dafür ist ein Treffen für den 21.-23.12. in Saasen in Aussicht – das wäre dann auch der richtige Termin, bis sich Basisgruppen u.ä. überlegen könnten, ob sie ein solches Seminar anbieten wollen.

Direct-Action-Koffer

Wir haben über einen „EinsteigerInnen-Koffer“, geredet mit Aktionsmaterial und -anleitungen. Näheres verschweigen wir ... er kann über Büchertische und Zentren vertrieben werden.

Mitwirkung in Bündnissen

Wir halten es für nötig, in Bündnissen mitzuwirken. Organisierung von unten widerspricht aber Vertretungsprinzipien. Andererseits wollen wir klar Flagge zeigen mit emanzipatorischen Positionen, Entscheidungsfindungsverfahren „von unten“ und kreativen Aktionsideen. Daher machen wir im Hoppetosse-Netzwerk folgenden Vorschlag: Wer (als Einzelperson oder Gruppe) zu einem Bündnistreffen (z.B. Vorbereitung für Aktionen, inhaltliche Bündnisse usw.) fährt, kann dort auch sagen, zum „Hoppetosse-Netzwerk“, zu gehören (allerdings nicht für dieses oder die Leute dort zu reden und zu entscheiden!!!), wenn die Person oder Gruppe das vorher auf der Mailingliste ankündigt und Anregungen zum Einbringen in das Treffen sammelt (und die auch einbringt unabhängig von der eigenen Meinung dazu – allerdings eben immer als Meinung der absendenden Gruppe/Person, nicht der tatsächlich zum Treffen gehenden) sowie anschließend auf der Mailingliste von den Ergebnissen berichtet.

Ziel ist, auf solchen Treffen emanzipatorische Positionen einzubringen, damit einerseits politische Arbeit verändern, andererseits aber auch (z.T. im Streit mit NGOs, autoritärer Linker, DominanzlerInnen usw.) neue Kontakte schließen.

Neues Zeitungsprojekt

•Hauptzeitung: Ziel ist eine neue Zeitung in einer kompletten thematischen Breite, deren Kern kreativer Widerstand und emanzipatorische Positionen/Visionen sind. Organisatorisch könnte es so aussehen:

•Autonome Themenredaktionen z.B. zu „Umweltschutz von unten“, „Gender/Queer/Feminismus ...“, „Kreativer Widerstand, Strategien, Direkte Aktion“, „Antira/Antifa ...“, „FreiRäume/Kommunen/Betriebe ...“ oder irgendwie anderes aufgeteilt, z.B. mit je 2-4 Seiten und immer verbunden mit einer Internetseite, wo dann eine Übersicht über weitere Texte, Links usw. zu finden ist.

•Regionale UnterstützerInnengruppen (Verteilung, Verkauf, Mitfinanzierung, Mitarbeit).

•Regionale Einlagen (Regionalzeitung einlegen und Etikett auf Titel „Mit ... aus ...“ u.ä.)

22.-24. Februar
in Düsseldorf
Februartreffen

Ein neuer Versuch, Basis-Zusammenhänge zusammenzubringen und eine Diskussion um inhaltliche Positionen, deren Vermittlung und konkrete Strategien zu entfachen. Aus der Hoppetosse-Debatte um „Organisierung von unten“ werden etliche Vorschläge eingebracht (siehe Seite).
www.februartreffen.de
(siehe S. 6)



•Sonderhefte: Als Sonderausgabe der neuen Zeitung erscheinen zudem zu großen Aktionen oder besonderen Kampagnen Mobzeitungen „von unten“. Das Prinzip der Mobilisierungszeitungen mit Regionalausgabe (z.B. 4 Seiten, davon 1-2 regional einschließlich Titel), vor allem vor den Anti-Expo-Aktionen erfolgreich umgesetzt, danach wieder „vergessen“ (welch Rückentwicklung von politischen Gruppen auf Zentralismus und Nebeneinander!) bzw. rudimentär versucht (Genua-„BewegungsmelderIn“) sollte „kulti-viert“ und als Mindeststandard in Zukunft immer wieder erreicht werden. Wenn es zum Projekt einer neuen Zeitung gehört, kann das erreicht werden.

Buchbesprechung

Werkstatt 3
junge visionen
(2001, Horlemann in Bad Honnef, 112 S. plus CD, 24,80 DM)
Manche Bücher sind einfach nur lächerlich. Dieses gehört dazu. Es soll eigentlich eine Dokumentation eines internationalen Jugendkongresses sein. Unter „Junge Visionen“ finden sich dann aber nur Abhandlungen der erwachsenen BegleiterInnen. Die Aussagen von Jugendlichen sind als Zitate eingestreut – mehr als Layout, denn als Inhalt. Nein – das sind keine jungen Visionen. Thema verfehlt. Auf der CD: Nur ein Lied der Jugendlichen. Da wäre mehr drin gewesen!

NGOismus

Politische Ökologie 72
Vom David zum Goliath?
(2001, ökom in München, 74 S., 19,60 DM)
Das aktuelle Heft der „Politischen Ökologie“ stellt sich dem Thema „NGOs im Wandel“ (so die Unterzeile auf dem Titel). Verschiedene AutorInnen beleuchten die NGOs, euphorisch bis kritisch. Dabei sind kritische Texte klar in der Minderzahl, kein Beitrag geht über eine kritische Begleitung hinaus und zeigt, was NGOismus wirklich ist – ein Teil der modernen Herrschaft. So wird eher an Details der NGOs herumkritisiert, so wie NGOs an Details der bestehenden Verhältnisse kritisieren. Das Heft kann genutzt werden, um eine kritische Selbsteinschätzung der NGOs zur Kenntnis zu nehmen.

Ulrich Brand u.a.
Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates
(2001, Westfälisches Dampfboot in Münster, 182 S.)

Wer sich mit NGOs auseinandersetzen will, kommt um dieses Buch nicht herum. Richtigerweise stellen die Herausgeber das Strategiekonzept der NGOs in einen Zusammenhang mit der Modernisierung des Staates. NGOs sind nicht die Gegner globaler Herrschaftsstrukturen, sondern deren Teil. Das wissen die NGO-Obersten auch – sie fördern offen eine Beteiligung an der Macht; nicht für die Menschen, sondern für sich. Der Fehler am Buch: Die Autoren sind z.T. bekannte KritikerInnen von NGOs, teilweise aber auch deren Führungsfunktionäre. In der Praxis sind sie sich näher als es in den wissenschaftlichen Büchern wirkt – die öffentlich auftretenden Kritiker der NGOs sind deren Berater, also das gleiche Verhältnis wie das der NGOs zum Staat. Und die meisten von ihnen agieren selbst in NGOs. Die grundlegende Kritik kommt aus anderen Richtungen und richtet sich gegen Herrschaft insgesamt. Doch dafür ist in dem Buch kein Platz – was kein Zufall ist! Eine Krähe hackt der anderen ... Nichtsdestotrotz: Die theoretische Analyse ist wertvoll!



Winter 2001/02

•Aktion und Vision



Internet

Diskussion um Vision
„Freie Menschen in freien Vereinbarungen“
www.opentheory.org/gegenbilder

Umweltschutz von unten
http://go.to/umwelt

Projektwerkstatt
www.projektwerkstatt.de/saasen

Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand
www.hoppetosse.de

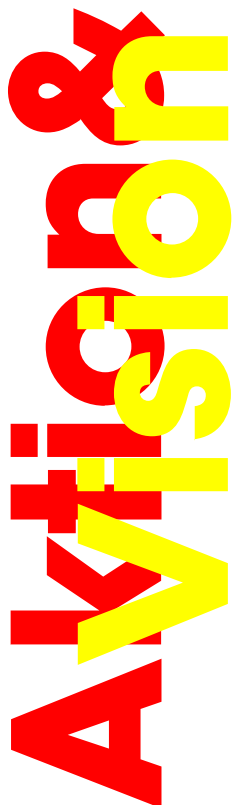
Menschen statt Profit!
Bildet Widerstandskollektive!
www.menschenstattprofite.de



Wer nicht lange suchen will ...

www.projektwerkstatt.de

Die Eingangseite für viele Projekte, Diskussionen, Linklisten, Termine, Aktionen usw. – keine Labelpolitik, sondern eine Seite, auf der zusammengefügt ist, was wo läuft.





Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

50

Winter 2001/02

• Aktion und
Vision



Themenredaktion
"FreiRäume"

Jens Herrmann
Brunnenstraße 183
10119 Berlin
jeh@baobab-
infodaten.de

In der nächsten Ö-Punkte-Ausgabe werden wir den städtischen Zweig von Stadt-Land-Fluß „Stadt sucht Leben“ darstellen. Wer nicht so lange warten will, kann im Internet eine umfangreiche Darstellung des Projekts finden (www.landprojekt.de unter „Stadtprojekt“) oder eine ausführlichere Projektbeschreibung als Broschüre bestellen:
Kontakte:
030 / 627 23 870
stadtsuchtleben@
freenet.de

Regelmäßige Treffen: Erster Mittwoch im Monat, 20 Uhr, Ort bitte telefonisch erfragen
Dritter Sonntag im Monat, 11 Uhr, Ort bitte telefonisch erfragen



Redaktion „FreiRäume“

Utopien konkret

Mit dieser Ausgabe der Ö-Punkte soll eine Darstellung von Freiraum-Projekten beginnen. Den Anfang machen das „Freiburger Mietshäuser Syndikat“ und das Projekt „Stadt-Land-Fluß“, welches sich vorgenommen hat, im Großraum Berlin-Brandenburg ein großes und vielfältiges Gemeinschaftsprojekt zu gründen. Die umfangreichen Materialien der Gründungsgruppen hier darzustellen, würde den Rahmen unserer Doppelseite sprengen. Die hervorragende Internetseite des Projekts bietet Euch jedoch unter www.landprojekt.de weitere detaillierte Informationen und Kontaktadressen zu den Projektgruppen. Ihr könnt Euch dort auch ein Info-Paket als gepackte Datei herunterladen.

Im folgenden ist eine kurze Selbstdarstellung des Projekts abgedruckt. Dabei wird insbesondere das Landprojekt von „Stadt-Land-Fluß“ dargestellt. In den nächsten Ö-Punkten folgt eine Darstellung des Stadtprojekts.

Der Traum von einem Stadt-&Landprojekt

Das „Stadt-Land-Fluß“-Projekt

Jeder wird das Ratespiel kennen, bei dem ein Anfangsbuchstabe vorgegeben wird und jeweils eine Stadt, ein Land und ein Fluß geraten werden muß. Wir haben es auch gespielt und heraus gekommen ist der Wunsch nach einem Stadthaus in Berlin und einer Landgemeinschaft in Brandenburg mit einem regen und konstruktiven Austausch zwischen beiden. Wir haben uns da viel vorgenommen. Beide sollen große Gemeinschaften werden, vielfältig und bunt, in denen Menschen aller Altersgruppen mit unterschiedlichen Arbeits- und Interessenschwerpunkten solidarisch zusammen leben. Wir wollen offen sein für die unterschiedlichsten Ideen und Projekte und die Balance finden zwischen Harmoniestreben und dem Aushalten von kleineren und größeren Widersprüchen, die sich zwischen Menschen ergeben.

Wir wenden uns gegen die weltweite Heiligsprechung des Privateigentums – unsere Antwort darauf ist aber nicht die Gründung einer Kommune. Wir wollen den Versuch wagen, unterschiedliche Gruppen und Lebensformen unter einem gemeinsamen Dach zusammenzubringen.

Die Produktionsmittel werden Gruppen-eigentum sein. Beim Eigentum an Grund und Boden und den Gebäuden versuchen wir ein Experiment: Die Objekte werden uns nicht als Gruppe gehören, sondern einer gemeinnützigen und sich hoffentlich bald erweiternden Stiftung, die wir mit aufbauen, aber der gegenüber wir „nur“ eine Nutzergruppe sein werden. So wird das Gelände auch langfristig erhalten bleiben, auch wenn wir uns als Nutzergruppe einmal völlig zerstreiten und auflösen sollten. Eine Reprivatisierung wird so ausgeschlossen sein. (siehe Internet: „Stiftung für dissidente Subsistenz“)

Die Landgemeinschaft

Wir wollen eine Gemeinschaft von Menschen aller Altersgruppen, die selbstorganisiert und solidarisch leben und arbeiten. Diese freiwillige, gleichberechtigte und pluralistische Kooperation basiert auf gemeinsam geteilten Grundsätzen und Regelungen. Eine homogene, auf eine alle verbindende Ideologie aufbauende Gemeinschaft wird dies nicht sein, sondern eine Vielfalt auf der Basis gemeinsamer Grundüberzeugungen. Die Zusammenarbeit mit einem Partnerprojekt in Berlin ist für uns wichtig und notwendig.

Unsere Landgemeinschaft soll aus autonomen Basisgruppen mit kommunitären Elementen im Bereich der Reproduktion bestehen. Die gemeinschaftliche Versorgung mit Wohn- und Arbeitsräumen sowie der täglichen Bedarfsgüter hat Priorität. Darüber hinaus finden unsere Vorstellungen von solidarischem Zusammenleben ihren Ausdruck in einem (im Detail noch auszuarbeitenden) Modell, in dem ein finanzieller Lastenausgleich und eine Umverteilung zwischen den Mitgliedern mit unterschiedlichem Einkommen vorgesehen ist.

Wir streben eine weitgehende Subsistenz (siehe Internet: „Subsistenz“) an, angefangen beim geld- und verrechnungslosen Tausch von Leistungen und Waren innerhalb unserer Gemeinschaften über die weitestgehende Eigenproduktion unserer Lebensmittel bis hin zur Erzeugung unserer benötigten Energie. Dabei ist wichtig, daß die Subsistenz-tätigkeit im Vordergrund steht und kein bloßes Anhängsel einer Warenproduktion wird.

Die Subsistenz-tätigkeit soll eine Grundlage unserer Gemeinschaft werden. Wir wollen uns keinesfalls vom kapitalistischen Markt abhängig machen. Unsere interne Ökonomie soll auf vielfältigen Tausch ohne Geldfluß basieren, wobei die Arbeitszeit die einzige wertbestimmende Größe sein soll. Eine unterschiedliche Wertigkeit der verschiedenen Tätigkeiten wird es bei uns nicht geben. Um ökonomisch unabhängig zu werden, bedarf es vielfältiger Erzeugerinitiativen – eine „bunte Mischung“ an Fähigkeiten.

Wir wollen emanzipatorisch in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Be-

reichen tätig werden. Die Zwänge von Markt, Staat, Patriarchat etc. sollen schrittweise überwunden werden. Wir wollen keinerlei diskriminierendes Verhalten – gegen wen auch immer – dulden. Unsere solidarische Grundhaltung wird sich nicht nur innerhalb unserer Gemeinschaft, sondern auch nach außen gegenüber gesellschaftlich benachteiligten und ausgegrenzten Menschen erweisen müssen.

Wir wollen basisdemokratisch, in der Regel im Konsens, entscheiden, um eine gleichberechtigte Teilnahme aller an den Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Wir wollen versuchen, dem Grundsatz der Herrschaftsfreiheit auf allen Ebenen und auch in den Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft Geltung zu verschaffen. Dabei ist uns natürlich bewusst, dass wir alle in herrschaftsförmigen Verhältnissen aufgewachsen sind und diese z.T. auch verinnerlicht haben. Es wird daher eine nicht endende Aufgabe für uns alle werden, verdeckte Herrschaftsverhältnisse aufzuspüren und gemeinsam nach Wegen zu suchen, diese zu überwinden.

Jeder in unserer Gemeinschaft sollte ein Verständnis für die ökologischen Zusammenhänge entwickeln. Wir wollen kein ausbeuterisches, sondern ein ganzheitlich-organisches Verhältnis zwischen uns Menschen und unseren natürlichen Lebensgrundlagen gestalten.

Unser Vorhaben mit unseren Teilprojekten kann ausführlicher auf unserer Homepage (www.landprojekt.de) nachgelesen oder als Textsammlung bestellt werden.

Kontakt: 030 / 612 34 30 Barbara & Klaus, info@landprojekt.de

Zur Verwirklichung dieser Vorhaben und zum Aufbau unseres zukünftigen Lebensmittelpunktes benötigen wir dringend Deine Teilnahme und/oder Unterstützung!

Falls du neugierig geworden bist: Am ersten Donnerstag jeden Monats ab 19 Uhr bieten wir gemeinsam allen Interessierten die Möglichkeit, einige von uns kennen zu lernen, mit uns zu diskutieren, Fragen zu stellen und eigene Anregungen einzubringen.

Treffpunkt: Nachbarschaftsladen des Kotti e.V., Adalbertstr. 95a, Berlin-Kreuzberg (hinter Kreuzbergmuseum)



LadenSchluss

politischer Tauschmarkt für den widerständigen Alltag

ludwigstr. 11, 36447 reiskirchen-saasen, tel: 0640 903283
www.projektwerkstatt.de

Konfliktreiche Zeiten für Berliner Hausprojekte

Brunnenstraße 183 – kalte Räumung?

Im Laufe der letzten acht Jahre entwickelte sich in der Brunnenstraße 183 ein offenes Wohn- und Kulturprojekt mit Ateliers, Band-Übungsräumen, öffentlichem Internetzugang, Food Coop und beliebten kulinarischen, informativen und kulturellen Treffpunkten. Doch seit das Haus im Sommer diesen Jahres von der Tübinger Firma „Team 2“ Gesellschaft für Stadtentwicklung“ gekauft wurde, droht sich hier die in Berlins Mitte bereits übliche Verdrängung der BewohnerInnen zu wiederholen. MieterInnen und Initiativen müssen nun mit permanenter Bedrohung durch Team-2 Mitarbeiter Günther Stach, das von ihm instrumentalisierte Bauamt und die Polizei rechnen. Stach will die Mietverhältnisse nicht anerkennen und versucht nun seine „Immobilien“ in den schönsten Lagen von Berlin“ zu „entwickeln“ (www.team-2.de). Dabei

hofft er offenbar auf die Mithilfe von Ämtern und Polizei – doch die BewohnerInnen wollen ihm einen Strich durch die Rechnung machen. Sie vernetzten sich mit zahlreichen anderen Häusern und Betroffenen der teilweise „verbrecherischen Praktiken“ von Team 2 und wollen nun von den Erfahrungen gegenseitig profitieren. Mit kreativen Aktionen und Widerstand wollen sie sich gegen die Praktiken von Team 2 wehren, denn „Team 2 und Ihresgleichen halten sich nur mit dubiosen Krediten, undurchschaubaren Firmengeflechten und dem Bescheißen von Mietern und Firmen über Wasser. Graben wir ihnen das Wasser ab. Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche ...“

Über Infos zu „Team 2“ würden sich die BewohnerInnen freuen. Kontakt via Ö-Punkte-Redaktion „FreiRäume“.

Rigaer Straße 94 bleibt!

„Komisch bunt“ werden die Nachbarhäuser der Rigaer Straße 94 in Berlin-Friedrichshain seit kurzem, meinen die BewohnerInnen des gleichnamigen Hausprojekts. Ihr neuer Hausbesitzer Suitbert Beulker versucht sie seit einiger Zeit mit Räumungsklagen und polizeilicher Hilfe die BewohnerInnen aus dem Haus zu drängen. Seit Beulker das Haus besitzt, werden die MieterInnen regelmäßig mit fristlosen Kündigungen und Räumungsklagen eingedeckt. Bisher fanden 5 Verhandlungen statt – alle verlor Beulker. Doch „das heißt nicht, dass die RichterInnen immer so entscheiden müssen.“ So gab es auch im letzten Monat zwei neue fristlose Kündigungen. Vor Gericht zeigt sich der neue Besitzer äußerst kreativ und erfindet immer neue Kündigungsgründe. Die BewohnerInnen sehen in dem Vorgehen Breuklers jedoch nicht nur die Machenschaften eines „durchgeknallten“ Vermieters sondern vielmehr auch eine politische Strategie die seit Anfang der 90er Jahre im Rigaer-Straßen-Kiez bestehende Hausprojekte zu destabilisieren und zu zerstören versucht. Dem entgegen die BewohnerInnen: „Wir werden nicht die Gerichte über die Zukunft dieses Hausprojekts entscheiden lassen und höflich abwarten.“ – „wenn räumung, dann beule!!!“

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter 2001/02

• Aktion und Vision

51



Das Freiburger Mietshäuser Syndikat

In den letzten 10 Jahren hat das Freiburger Mietshäuser Syndikat, ein Solidarzusammenschluss selbstorganisierter Mietshäuser, neun Projekte auf den Weg gebracht. Im letzten Jahr dabei zunehmend auch in anderen Städten. Ein Interview mit AktivistInnen vom Freiburger Mietshäuser Syndikat (MS).

Frage: Was ist das Mietshäuser Syndikat?

MS: Das Freiburger Mietshäuser Syndikat berät überregional selbstorganisierte Hausprojekte und daran interessierte Menschen, und beteiligt sich an solchen Hausprojekten, damit diese dem Immobilienmarkt entzogen werden.

Das Syndikat hilft bei der Finanzierung, initiiert neue Projekte und verwaltet 2 Fonds, den Solidarfonds für neue Projekte, und den Gießereihallenfonds für das bestehende Projekt Grether Ost.

Geplant ist die Gründung einer Aktiengesellschaft zur Finanzierung von selbstorganisierten Hausprojekten.

Frage: Wie ist das Syndikat entstanden und wie viele Mitglieder hat es?

MS: Das Syndikat in seiner heutigen Form wurde 1992 als „Mietshäuser in Selbstorganisation“ gegründet und besteht aus 150 Einzelpersonen und Gruppen, die die politischen Ziele des Syndikats unterstützen.

Alles fing mit der Grether Fabrik in Freiburg an: Ende der 70er Jahre sollte die alte Eisengießerei auf dem Grethergelände abgerissen werden. Es hat sich eine Initiative, aus der später die Grether Baukooperative hervorging, zusammengefunden, um den Abriss zu verhindern und daraus ein selbstverwertetes Projekt zu machen. Das Gebäude wurde in Wohnungen und Gewerberäume umgebaut.

Nach der Gebäudefertigstellung und dem Scheitern der Häuserkämpfe in Freiburg überlegten sich die Leute von der Grether Baukooperative neue Perspektiven. Wie kann ein offensives Rangehen an alte Gebäude funktionieren, um diese in selbstorganisierte Mietshäuser umzugestalten? Sie kamen dann darauf, dass das, was an wirtschaftlichen Möglichkeiten bei Projekten entsteht, an Überschuss, neuen Projekten zur Verfügung gestellt wird. Das war die Geburtsstunde des Solidarfonds und der Anfang des Syndikats; auch als eine Möglichkeit, sich weiterhin in eine laufende Stadtpolitik einzumischen und andere Wohn- und Eigentumsformen durchzusetzen.

Frage: Was ist das Besondere an eurem Modell?

MS: Es gibt einzelne, autonome Hausprojekte, an denen das Syndikat beteiligt ist. Das ist schön übersichtlich. Jedes Projekt ist selbst verantwortlich für seine Finanzen und Verwaltung.

Diese Autonomie ist nur für den Fall eingeschränkt, dass die NutzerInnen ihr Haus zu Schotter machen wollen. Das funktioniert dann so, dass sowohl das Hausprojekt, als auch das Syndikat, dem Verkauf zustimmen muß. Da eine zentrale Aufgabe des Syndikats die ist, einen Hausverkauf zu verhindern, wird sowas nie zustandekommen.

Noch eine Besonderheit ist der Aufbau eines Solidarfonds, indem die Überschüsse aus den laufenden Projekten, die zwangsläufig irgendwann entstehen, wenn die Mieten nicht radikal abgesenkt werden, genommen werden, um neu entstehende Projekte zu initiieren; der Einstieg in eine andere Wohnungswirtschaft, in eine Solidarwirtschaft.

Frage: Welche Rechtsform habt ihr?

MS: Wir sind durch ein Gründungshandbuch für Alternativbetriebe damals auf die Idee gekommen, die Form der GmbH zu wählen, weil die sehr frei gestaltbar ist. Für jedes Projekt wird eine GmbH gegründet, in der sowohl die NutzerInnen in Form eines Hausvereins, als auch das Syndikat mit jeweils einer Stimme vertreten sind. Eine Veränderung des Status quo kann nur mit beiden Stimmen vorgenommen werden.

Frage: Wer kann zu euch kommen und wie läuft das dann ab?

MS: Im Prinzip können alle zu uns kommen, die ein Projekt machen wollen. Das Ganze funktioniert so, sie kommen in die Koordination und erzählen, was sie machen wollen. Entweder sie haben sich ein leerstehendes Haus ausgesucht, oder das Haus, in dem sie wohnen, soll verkauft werden, oder sie haben eine konkrete Projektidee und suchen ein Haus oder Grundstück dazu. Dann wird zusammen überlegt, wie die Perspektiven, wo die Probleme sind, und wenn es

nicht völlig verrückt oder aus irgendwelchen anderen Gründen abgelehnt wird, werden Finanzierungspläne erarbeitet und Möglichkeiten sondiert. Dann wird das Projekt in der Mitgliederversammlung vorgestellt und darüber entschieden, ob es das Gütesiegel „Projekt im Mietshäuser Syndikat“ erhält. (kicher, kicher)

Die Projekte selber sehen sehr vielfältig aus. Es gibt große Projekte, da wohnen 250 Leute drin, oder ganz kleine, mit zwei Familien und sogar eine Wagenwieseninitiative. Es gibt reine Wohnhäuser, schön sind aber auch welche mit einer Mischnutzung, Wohnungen, Werkstätten, Räume für politische, soziale und kulturelle Gruppen.

Frage: Wie werden die Projekte finanziert?

MS: Es gibt bei allen Häusern eine Mischfinanzierung. Das Mietshäuser Syndikat ist über eine Einlage aus dem Solidarfonds an allen Projekten beteiligt. Das wichtigste Standbein sind jedoch die Direktkredite, das sind Gelder, die uns von Gruppen oder Einzelpersonen, also z.B. von dir, zinsgünstig zur Verfügung gestellt werden. Dadurch sind die Projekte nicht in großem Umfang gezwungen, Bankkredite aufzunehmen und können so die Mieten niedrig halten. Da es aber nicht ganz ohne Banken funktioniert, arbeiten wir mit der GLS-Gemeinschaftsbank zusammen. Perspektivisch werden sich Altprojekte mehr noch als bisher mit einer stillen Einlage an neuen Projekten beteiligen.

Frage: Wie kann man mit euch Kontakt aufnehmen?

MS: Das ist ganz einfach. Wir sind erreichbar unter: Mietshäuser Syndikat, Adlerstraße 12, 79098 Freiburg, Tel.: 0761/281892, www.syndikat.org
Das Interview führte Isabella Bischoff



Ö-Verteiler "FreiRäume"

• Leider keiner.

Das Interview mußte leicht gekürzt werden.





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

52

Winter 2001/02

• Aktion und Vision

Autor

Schwarze Katze

www.free.de/schwarze-katze

* In der Gender-Debatte wird davon ausgegangen, dass Geschlechter kein „natürliches“ Schicksal, sondern eine soziale Konstruktion sind. Nach dieser Auffassung gibt es keine einheitliche Gruppe der Männer bzw. Frauen, sie ergibt sich erst aus der stereotypen Zuschreibung von best. Eigenschaften. Als Ziel wird die Dekonstruktion von Geschlecht angestrebt, inklusive dem Zwang, überhaupt Mann oder Frau sein zu müssen.

Wenn die Vorschläge mgw. unausgereift wirken, so liegt das einfach daran, dass eine Debatte um die Vermittlung von dekonstruktivistischen Gender-Positionen zur Zeit nicht existiert – also werdet kreativ, entwickelt eigene Aktionsideen!



Themenredaktion "Widerstand, Direkte Aktion"

Daniel Habenicht dan_o@web.de

Weitere Mitwirkende gerne gesehen!

Mehr Infos

www.hoppetosse.net

Rubrik „Direct Action“

DA & Gender: Die Geschlechterverhältnisse demontieren

Die Schwäche politischer Bewegung zeigt sich in der zur Zeit existierenden, klaren Trennung zwischen inhaltlicher Debatte und Aktion – fast überall. So gibt es zum einen reine Theoriezirkel, die abgehoben und isoliert über Widerstand, Revolution und Emanzipation schwadronieren. Auf der anderen Seite stehen Menschen aus oftmals jüngeren Zusammenhänge, die zwar direkte Aktionen machen, den entstehenden Raum jedoch nur selten inhaltlich füllen. Folge: Debatten um Visionen beschränken sich auf kleine Kreisen und Aktionen verkommen zum inhaltslosen Selbstzweck – oder werden von NGOs instrumentalisiert, um ihre Inhalte zu pushen. Beides ist ziemlich blöd!

Das Konzept von direkter Aktion verbindet Widerstand und theoretische Vision: Gut ausgedachte und durchgeführte direkte Aktionen, d.h. unmittelbar widerständiges Handeln, wirbeln Sand auf, stiften Verwirrung – sie eignen sich daher, um Inhalte zu vermitteln. Durch sie wird ein Raum (Erregungskorridor) geschaffen, in den wir dann herrschaftsfeindliche Positionen einbringen und Diskussionen anstossen können...z.B. für ein Leben nach den Geschlechtern.

Auch die Gender-Debatte* wird vor allem auf theoretischer Ebene geführt; oft mit dem selbstbemitleidenden Tenor, dass mensch jetzt ja eh nichts daran ändern könne, weil wir alle so fest in den Geschlechterrollen stecken. Veränderung...vielleicht nach der Revolution. Ziel einer emanzipatorischen Bewegung muss aber sein, dass Auseinandersetzung heute beginnt und überall geführt wird, d.h. auf den Strassen wie auch in den eigenen Zusammenhängen.

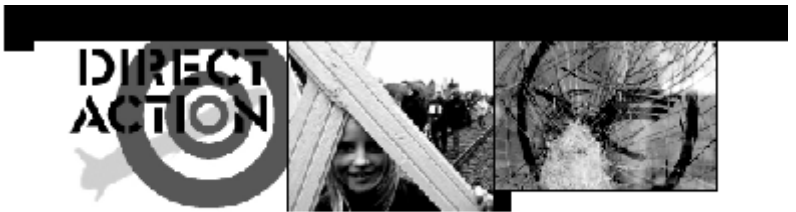
Dass es auch anders geht beweisen einige (Quer-)AktivistInnen aus gegenkulturellen Strömungen, politische Transsexuelle oder zuletzt der Pink-Silver Block (endlich in Deutschland angekommen!) beim Grenzcamp in Frankfurt; alles Menschen, die mit Identitäten spielen, sie – in Ansätzen – aufbrechen und Irritation (auch unter „Linken“) hervor rufen. Doch die Debatte, wie Widerstand gegen Sexismus und Geschlechterkonstrukte aussehen und vermittelt werden kann, könnte viel breiter angegangen werden. An dieser Stelle folgen einige Beispiele für direkte Aktionen, welche helfen können, die Konstruktion von Geschlecht zu thematisieren. Deutlich soll werden, dass direkte Aktion mit Inhalt gefüllt sein kann und muss, ebenso wie Widerstand gegen Geschlechterrollen möglich ist, heute, hier und überall!

–Als Gruppe in die Einwohnermeldebehörde einfallen und lautstark einfordern, dass bei Angaben zum Geschlecht ab sofort wenigstens zwei Kreuzchen erlaubt sind bzw. diese komplett abgeschafft werden. Die verdutzten Mitarbeiter mittels Fragen sofort in Debatten verwickeln: „Warum müssen wir uns entscheiden, Mann oder Frau zu sein?“ Unterstützend können Flugis verteilt werden; parallel dazu eine gute Presse-

arbeit, um die Öffentlichkeit der Aktion zu erweitern. Diese Aktion kann – auch alleine – überall im Alltag wiederholt werden, indem z.B. Angaben zum Geschlecht verweigert werden.

–Mittels verstecktem Theater eine alltägliche, authentische Unterdrückungssituation von Menschen darstellen, die aus dem Mann-Frau-Raster fallen (z.B. Inter – und Transsexuelle). Beispiel: In der Innenstadt treffen sich ein Typ im Rock und queerigem Look und ein Heteromacker, der ersteren sofort als „dumme Schwuchtel“ diffamiert. Daraufhin mischen sich ein zwei weitere, „normal“ aussehende Personen ein, die sich mit dem angegriffenen Typen solidarisieren. Die entstehende Erregung unter den Umstehenden nutzen, um inhaltliche Gespräche anzuzetteln; mgw. kommt es zu Solidarisierungen „unbeteiligter“ PassantInnen.

–Spielzeug ist unübersehbar ein Mittel geschlechtsspezifischer Sozialisation und eignet sich daher für ihre Dekonstruktion. Denkbar ist, einfach mal das örtliche Kaufhaus bzw. Spielzeuggeschäft zu besuchen und Barbie und Actionfiguren so richtig anzuhimmeln. Dabei könnte hier z.B. das Prinzip der Überidentifizierung eingesetzt werden: Völlig überzeichnete Slogans wie „Barbie, wir wollen genauso unterwürfig sein wie du“, „Mode, Haushalt, Ehemann – uns kann’s gar nicht eintönig genug sein!“, oder „Actionhero: wenn ich nicht weiter komm schieß ich dich um!“, entlarven die Geschlechter als Rollen, die für Selbstbestimmung keinen Raum lassen. Richtig nett, wenn diese Aktion auch genutzt wird, um für eine anstehende inhaltliche Veranstaltung (z.B. über Intersexualität/sexuelle Verstümmelung) zu werben.



Was ist los mit D-Land?

Das Direkt Action Network in Deutschland liegt einmal wieder im Sterben. Liegt es wohl daran, dass mensch lieber redet, statt zur Tat zu schreiten? Ist Protest schon eine Veränderung der Lebensumstände?

Ich glaube nicht. Durch die ewigen Demonstrationen erkennen wir den Staat und seine Machenschaften im Grunde an. Das es nicht wirklich sinnvoll ist, können wir aus der Geschichte lernen. Proteste hat es zum Beispiel schon vor hundertfünfzig Jahren gegeben, als die Arbeiter mehr Lohn und weniger Arbeit forderten. Warum sind sie nicht einfach zu Hause geblieben und haben wieder angefangen sich selbst zu versorgen? Durch Proteste stärken wir den Staat. Er lernt mit uns umzugehen, infiltriert uns und wenn wir zu weit gehen, erschießt er uns.

Vor dreißig Jahren hießen die Demonstranten nützliche Idioten. Sie waren für die Bevölkerung der Beweis, in einer Demokratie zu leben – jeder hat das Recht auf freie Meinungsäußerung – . Zum anderen wurde die Wirtschaft gestärkt, schliesslich ist die Protestszene ein eigener Markt (es gibt sogar Che – Zigarretten!).

Es gelten die gleichen Gesetze wie in anderen Marktsegmenten. Auch Protest – Shirts werden in Billiglohnländern gefertigt und die Plakate sind in vierfarbigen Hochglanz. Es wird für revolutionäre Vereinigungen genauso geworben wie für einen Bausparvertrag.

Unterhalte ich mich mit einigen Protestlern, so stell ich fest, dass die wirkliche Emanzipation, von diesem streitbaren System, noch nicht im Ansatz vollzogen wurde.

Wir wissen, dass unser Kaffee aus Bolivien kommt, dass Gemüse, wenn nicht aus Holland, aus Israel oder Afrika, die Äpfel aus Neuseeland usw. Warum nicht die Alternative Leben?

Wir wollen ein Leben ohne Chef und Staat, ohne Herrschaftsstrukturen. Warum fragen wir die Herrschenden um Erlaubnis (nichts anderes sind Demonstrationen)? Direkte Aktion heisst, den Staat nicht um Erlaubnis zu fragen, sondern es einfach zu tun. Aus der Legitimation heraus, im Recht zu sein.



Der Infodienst für
Umweltaktivist:innen

Winter 2001/02

• Aktion und
Vision

53

Castor-Bilanz: Wo waren die Inhalte?

Bulleninvasion im Wendland

Und wieder einmal trifft sich mensch im Wendland, um sich dem Kampf um mehr Mitsprache bei Energiefragen zu stellen. Gleich nach der Kundgebung in Lüneburg war klar, dass es keine weltbewegende Sache wird. Lediglich 7 – 8000 Menschen fanden sich im Lüneburger Liebesgrund ein. Etwa die Hälfte vom letzten mal.

Nach mehreren kleinen Aktionen im Vorfeld kam es am Montag zur ersten großen Sitzblockade auf den Schienen bei Hitzacker. Während in der Presse von einer Auflöserung der Blockade durch die viel gelobten Konfliktmanager die Rede war, zeigte sich den Widersachern ein anderes Bild. Vor der Pressekamera wurden sie gestreichelt, dahinter verprügelt. Mit unverhältnismäßiger Gewalt wurde die Blockade mit ca 700 bis zu 1500 Menschen zerschlagen. Mindestens einer ist nicht so „gut“ weggekommen. Er wurde von Riotcops verprügelt bis er sich nicht mehr bewegte. Später hieß es er hätte ein Schädeltrauma.

Im Radio sprach mensch von einem Verletzten, der wohl „gestolpert“ sei.

Viel ging nicht im Wendland. Auf den Strassen gab es auch immer wieder kleine bis größere Blockaden. Einzelheiten kann mensch im Internet nachlesen. Beste Überwachungstechnik und viel zu viele Spitzel auf der einen Seite, bissige Hunde, die schwere Verletzungen verursachten, berittene und prügelfreudige Polizei auf der anderen. An der Stras-

senstrecke dann die Kompletversion des Polizeistabs. Mit Räumfahrzeugen, portablen Absperrungen, Kränen und Wasserwerfern.

Wir mit Schlafsack, Zahnbürste und gutem Willen können da mittlerweile nicht mehr viel anrichten.

Vielleicht könnte ein wenig mehr Kreativität die Sache wieder in Bewegung bringen.

Der Kampfplatz ist zu eindimensional. Die Bullen haben sich auf alle möglichen Vorfälle im Wendland bestens vorbereitet. Um nicht völlig zu stagnieren sollten wir wieder unberechenbarer werden. Was sich allerdings als schwierig erachtet beim schleichenden Abbau der Privatsphäre. Nicht wenige Aktionen wurden durch offensichtliche Observation ver-

Bericht einer Aktivistin aus M.

Ich habe eine Menge Transpis und auf Häuser gemalte Sprüche etc. gesehen. Das hilft allerdings nichts, wenn die Presse sie nicht filmt und bringt. Es ist nicht sinnvoll, etwas aus der Presse heraus zu beurteilen. Die waren erstens kaum da und zweitens haben sie es scheinbar darauf angelegt, den Widerstand lächerlich zu machen. Wir haben auch ferngesehen, während wir vor Ort waren, und die Berichte haben der Realität schlicht widersprochen, es war eine Farce. Sie sagen, es wäre niemand am Verladekran gewesen: Komisch, wenn die Bullen auch alles abgeriegelt hatten. An diesem Zaun aber waren etwa 1500 Menschen... (Ich nicht, weil auf Kundgebung mit anderen 2000...) Da waren jede Menge Schilder und sehr gute Reden... aber die Presse... nicht da.

Ich habe mit vielen Menschen über Pressearbeit und inhaltliche Vermittlung gesprochen. Bei vielen war Frustration zu spüren, nach dem Motto: Wir erzählen denen, was wir wollen und die verdrehen uns das Wort im Mund, indem sie alles zusammenschneiden... Allerdings meinten einige, dass sie eine Training zu Pressearbeit gut fänden. Der Mensch, mit dem ich hingefahren bin, hat auch ein Interview gegeben, und sie haben einfach alle politischen Aussagen rausgeschnitten in der Sendung... es ist unglaublich. Aber es lehrt uns: Keine unpolitischen Fragen mehr beantworten, jeden Satz vorher dreimal überprüfen, ob sie ihn aus dem Zusammenhang reißen können...

Der Castor-Widerstand war sehr schwach, aber nicht so schwach, wie er in der Presse dargestellt wurde... ich fand es trotzdem gut... Auf jeden Fall war es ausserdem sehr schön, die Gastfreundschaft der WendländerInnen zu erleben und diese tiefe Verwurzelung eines Widerstandes zu spüren... Wir haben ihnen gezeigt, dass sie auch bei einem Drittel der Demonstrationen einen dermassenen Aufwand betreiben müssen. Das ist gut. Er hat mal wieder 50 Millionen gekostet, das ist krass. Gut, weil es schwierig ist, das zu vermitteln, schlecht, weil das Geld woanders besser aufgehoben gewesen wäre.

Stromboykott?

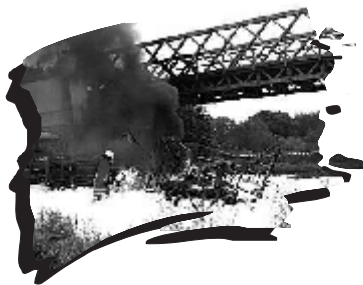
Was haltet Ihr von einem Aufruf zu einem zeitlich begrenzten Stromverzicht? Sozusagen einen Stromboykott. Statt die „armen“ Steuerzahler zu schröpfen, die Verursacher beschneiden. Das ist Direkte Aktion und geht garantiert ohne Riotcops und bissigen Hunden von staten.

In Kürze wird es einen offiziellen Aufruf geben, mit Daten über die Verluste die wir damit erzeugen können und Ideen wie sich so ein Stromverzicht angenehm gestalten kann. Habt ihr auch Ideen oder Alternativen?

Schreibt an dan_o@web.de.

Pressemitteilung von „WiderSetzen“/X1000malquer

Nachdem der Castor-Transport auch aufgrund der gewaltfreien Sitzblockade ‚WiderSetzen‘ mit erheblicher Verspätung im Zwischenlager Gorleben eingetroffen ist, haben Atomkraftgegner eine positive Bilanz ihrer Proteste gezogen und dabei massive Kritik an Behörden und Polizei geübt: ‚Von einem reibungslosen Transport kann keine Rede sein. Es gab viele Menschen, die bereit waren zum gewaltfreien Protest gegen den Castor‘, so Jochen Stay, Pressesprecher der Kampagne X-tausendmal quer, die an der Aktion beteiligt war. Allerdings seien im Vorfeld massiv Grundrechte eingeschränkt und Atomkraftgegner kriminalisiert worden.



Aktion gegen CO₂-Handel

Today, 50 local activists in The Netherlands protested against the use of emissions trading in the Kyoto Protocol, by selling air to passersby on the streets of Amsterdam. While the Samba band whipped up the crowd into a hip-swinging frenzy, „carbon traders“ attempted to sell people their own air, which they could then take home in jars to pollute as they please. Luckily, there were climate heroes on hand to let people know the real costs of carbon trading.

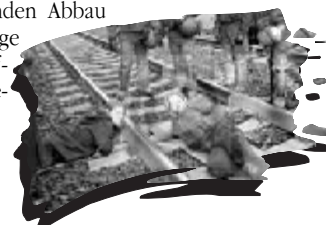
The day was a success in the extreme and hopefully some residents of Amsterdam are a little bit more informed about the issues around climate change. Highlight of the day was a young American woman asking one of the activists, „Where do you get the air from?“

You can find photographs at www.risingtide.nl



O-Verteiler
"Widerstand"

• Leider keiner.



Zu den Fotos

Die drei spektakulärsten Aktionen im Bild ...

Links: Brennende Anhänger beschädigen die Eisenbahnbrücke Richtung Dannenberg.

Ober: Blockade der ICE-Strecke vor Lüneburg. Der Castor wird kurz aufgehalten.

Unten: ‚WiderSetzen‘, die Aktion von BI und X1000malquer, bleibt zwar ohne direkte verzögernde Wirkung, ist aber immerhin eine der wenigen Aktionen, die während der Auseinandersetzungen öffentlich sichtbar wurden.



Angst, es können sich was ändern.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

54

Winter 2001/02

• Aktion und Vision

Hoppetosse Netzwerk für kreativen Widerstand

rganisierung von unten

Ich bin nicht über Dir,
Ich bin nicht unter Dir,
Ich bin NEBEN Dir!

....

**Weißt Du jetzt, dass Du frei bist?
Weißt Du jetzt, wer Du bist?**

Dass Organisierung von unten (im folg. Ovu) sexy ist, wussten schon die „Ton, Steine, Scherben“ in „Komm, schlaf bei mir“. Leider hat auch der Bekanntheitsgrad dieses Liedes ganz und gar nicht dazu geführt, dass die Menschen heute mehr „nebeneinander“, also „von unten“ organisiert wären. Nein, Machtverhältnisse sind im Zentralismus mancher Organisationen genauso vorhanden, wie in den intransparenten Dominanzen der „Antiautoritären“.

Da es widersprüchlich anmutet, eine (hierarchie)freie Gesellschaft mit von Macht und Mackertum durchsetzten Zusammenhängen erreichen zu wollen, brauchen wir Konzepte für eine hierarchiefreie Organisierung „von unten“. Denn un-hierarchisch bedeutet nicht unorganisiert – die Frage ist, WIE menschlich organisiert!

Ein Projekt des Hoppetosse-Zusammenhangs beschäftigt sich derzeit mit Konzepten und Methoden für eine Verbesserung der „Organisierung von unten“.

Die Überlegungen dazu sind keineswegs end- und immergültig. Konzepte für emanzipatorische Organisierung müssen prozesshaft von allen Agierenden permanent weiterentwickelt werden.

Die grundlegende Bedingung für Ovu ist – natürlich – dass alle Hierarchien abgebaut werden, so dass eine Kooperation gleichberechtigter Menschen in einem Netzwerk gleichberechtigter Gruppen möglich wird. Dadurch wird gleichzeitig ein diskriminierungsfreier Raum und eine Atmosphäre geschaffen, in der die Individuen sich trauen, abweichende Meinungen zu haben oder Fragen zu stellen.

Tatsächlich gibt es einige Zusammenhänge, die sich als hierarchiefrei oder emanzipatorisch begreifen, und trotzdem von unsichtbaren Dominanzen durchzogen sind. Zudem ist eine basisorientierte Bewegung derzeit wenig sichtbar und hat wenig politische Aktionen – geschweige denn Erfolge – vorzuweisen. Ovu hat das Image des Chaotischen und Erfolglosen.

Was funktioniert also bei Ovu nicht, und warum ist das so?

Eine Auswahl von drei Problempunkten wird mit Analyse, Lösungsansätzen von oben und Vorschlägen für Lösungen von unten knapp vorgestellt.

Gesellschaftliche Konstruktionen und Mechanismen des Sozialverhaltens wirken weiter

Viele Menschen, zum Beispiel Frauen, Homosexuelle und ethnische Minderheiten, werden in diesem System krasser unterdrückt als andere. Auch reagieren Menschen je nach Charakter und Sozialisation anders auf Bevormundung, Dominierung, Kommandierung oder Bestrafung. Das typische Verhalten, das mensch benötigt, um sich „gegen andere durchzusetzen“ folgt – ebenso wie diese Wettkampflogik selbst – patriarchaler Mackerlogik. Dadurch werden Menschen, die nicht so auftreten, erstens davon abgeschreckt, sich einzubringen, und zweitens von den Anderen als weniger gewichtig wahrgenommen. Symptome davon sind etwa die „SchweigerInnen“ und die „VielrednerInnen“.

„Von oben“ wird dies oft durch verbürokratisierte Regeln, zum Beispiel Frauen- oder Minderheitenquoten, gelöst. Emanzipatorische Organisierung verlangt eine allgemeine Analyse von Herrschaft- und Diskriminierungsmechanismen, welche verstanden, zur Handlungsgrundlage und permanent weiterentwickelt werden muss. Diskriminierung sollte immer sofort zur Sprache gebracht werden (direkte Intervention), damit anschließend ein Lernprozess stattfinden kann. Starre Regelungen und schnelle Ausschlussverfahren fördern das nicht. Sinnvoll ist es auch, mit alternativen Diskussions- und Entscheidungsmethoden zu experimentieren, da sie die Dominanzlastigkeit, die in Plena existiert, verhindern (mehr dazu unter www.hoppetosse.net bei HierarchNIE!).



Bloss nicht einschüchtern lassen!

Angst vor Repression

Das kennen alle. Mensch möchte so gern eine Aktion machen, aber die Angst vor prügelnden Bullen, strengen RichterInnen und dunklen Knastverliehen obsiegt. Mensch bleibt passiv. Die derzeitige übliche Antirepressionsarbeit besteht hauptsächlich in Angstmacherei. Verregelte Anweisungen („Anna & Arthur halten's Maul“) suggerieren Handlungsunfähigkeit und Auslieferungsein, sobald die Repressionsmaschine eineN in den Händen hat. Monopolisierter Zugang zu Anwälten und Alleinvertretungsanspruch der Rechtshilfe führt zu Abhängigkeiten von unbekanntem Menschen und Organisationen wie Ermittlungsausschuss oder Rote Hilfe. Der einzige Schutz gegen Spitzel soll extreme Konspirativität sein.

Ein emanzipatorischer Ansatz gegen Repression ist frech und heißt: „Entdecke die Möglichkeiten“. Zunächst sollten AkteurInnen im Umgang mit allen Formen der Repression geschult werde:

Prügelbullen und Verhörbullen, Verfassungsschutz, Staatsanwalt, Gerichte und Knast. Die Angst vor dem Repressionsapparat sinkt, wenn mensch weiß, wie er/sie sich wehren kann. Das erhöht nicht nur die Handlungsfähigkeit im Allgemeinen, sondern die Verhaftung kann als Anfang einer neuen Aktion gesehen werden – für die/den BetroffeneN nach dem Motto „Kreativ subversiv“, für alle drumherum nach „Jetzt geht's erst richtig los“. Sowohl der/die Betroffene als auch die Unbeteiligten wissen, was sie tun können. So werden Gerichtsprozesse zum Spass für uns und nervenaufreibend für die StaatsdienerInnen. Das Öffentlichmachen eines solchen Umgangs mit Repression vermittelt allen anderen, dass wir keine hilflosen Opfer sind.

Absoluten Schutz gibt es nicht, aber es ist viel mehr möglich, als derzeit so bekannt ist. Die Diskussion darum steht erst am Anfang.

Die Weiterentwicklung und Umsetzung dieser Ideen ist sehr wichtig. Seminare zu einzelnen Themen und weitere Diskussionsrunden, sowie direkte Aktionen dazu sind unter www.hoppetosse.net zu finden.

Mehr Infos

www.hoppetosse.net



Konkretes Beispiel:

Experimentierfeld Jugendumweltkongress

Kann ein Plenum mit 500 Leuten Spaß machen? Können Entscheidungen effektiv und zur Zufriedenheit aller getroffen werden? Ich glaube, in großen Gruppen gelingt dies selten. Einerseits fehlen entsprechende Verfahren und Methoden, auf der anderen Seite ist das Bewusstsein, dass mensch nicht nur eine Person im Entscheidungsverfahren ist, sondern auch zu diesem beitragen muss, nicht immer vorhanden.

In der Selbstbeschreibung des Jukß heißt es „mit herrschaftsfreien Strukturen und basisdemokratischer Entscheidungsfindung zu experimentieren“. Das Vorbereitungsteam löst sich am ersten Tag auf. Der ganze Kongress geht in die Hände der TeilnehmerInnen über. Hier gibt es viel Freiraum zum Analysieren, Diskutieren und Ausprobieren.

Bezugsgruppen

Die Basis der Entscheidungsfindung auf dem Jukß bilden die Bezugsgruppen. Daneben existieren Mitmachgruppen, welche alle anfallenden Aufgaben nach Themengebieten übernehmen. Dieses Modell verursacht jedoch einen recht großen Zeitaufwand, deshalb die Vorschlag für den nächsten Kongress, dass die Bezugsgruppen sich über gemeinsame Interessen (Utopien, Wasser, Stop A17, Aktionsvorbereitung...) finden und Aufgabengebiete (Presse-, Kinderbetreuung-, Weckgruppen...) übernehmen. Anders als bei Bezugsgruppen bei Aktionen steht hier nicht nur das gegenseitige Kennenlernen, Vertrauen finden und Absprachen für das eigene Verhalten im Vordergrund, sondern aus diesen Gruppen sollten Ideen, Lösungsvorschläge, Impulse für den Kongress kommen. Bei ähnlicher Interessenlage in den Basisgruppen ist es wahrscheinlicher, dass Entscheidungsprozesse schneller ablaufen oder sich intensiver mit Themen, die die Gruppe interessieren, beschäftigt wird. Ich glaube, dass so eine eigene Dynamik und mehr Effektivität entstehen könnte.

Plenum

Bisher ist das (Voll-)Plenum das zentrale Entscheidungsorgan des Jukß. Hier werden Probleme zusammengetragen und diskutiert, wenn nötig in die Basisgruppen gegeben, und beim nächsten Plenum durch den SprecherInnenrat erneut zusammengetragen und beschlossen. Anstrengend war die Dauer des Plenums, sobald es strittige Fragen gab, und teilweise nicht ergebnisorientiertes Diskutieren, bei dem ich den Eindruck hatte, dass sich einige Leute nur präsentieren wollen. Dominanzen, besonders rhetorischer Art, kommen oft vor.

Alternativen zum Plenum

Aus diesen Kritiken heraus folgender Vorschlag für den nächsten Jukß: Es gibt nur große Infopena, die keine generelle Entscheidungsbefugnis haben. Sie dauern nur kurz. In ihnen werden Informationen weitergegeben und bei auftretenden Problemen, Diskussionen oder Entscheidungen diese erläutert und nur in ihrem Umfang dargestellt. Im Infopenum gibt es keine Diskussionen oder Entscheidungen. Diese werden nach dem Infopenum in Betroffenenplena erörtert. An diesen nehmen nur Leute teil, die betroffen sind, allgemeines Interesse an dem Thema haben, oder zur Lösung / Planung beitragen möchten.

Bisher besteht das Problem, dass die meisten das Gefühl haben „beteiligt zu sein“ ohne selber etwas tun zu müssen, bzw. sich als nicht Betroffene/r ganz raushalten können. Das widerspricht meiner Ansicht nach einem basisdemokratischen (emanzipatorischen) Anspruch. Viele trauen sich nicht, vor großen Gruppen zu sprechen. Bei den Betroffenenplena werden die Gruppen meistens kleiner sein und, wenn ich hier bin, um mich einzubringen, sinkt vielleicht die Hemmung, dieses auch zu tun.

Nachteil der Interessensplena ist die Ausschlussgefahr (eine Person kann nur an einem Plenum gleichzeitig teilnehmen). Hier können mich Personen aus meiner Bezugsgruppe in anderen Plena vertreten. Es müssen Sicherheiten für die Transparenz dieser Betroffenenplena geschaffen werden, Protokolle ausgehängt werden, Zeitfristen für Einsprüche existieren. Entscheidungen, die nicht alle betreffen (was meistens der Fall ist) werden im Betroffenenplena getroffen. Die Art bzw. Methode wählen die Gruppen selbst. Ein Beispiel wäre die Konsensabstimmung mit vier Stufen (Ja, Ja mit Vorbehalt, Ja ohne eigene Beteiligung, Veto). Bei einer Abstimmung sollte klar sein, wie es, bei bestimmten Ausgängen, weitergehen kann.

Sollen Entscheidungen mit vielen Personen getroffen werden, besteht die Möglichkeit, die Diskussion in Form einer Fishbowl durchzuführen. Dabei sitzen 4 bis 8 Personen auf Stühlen an einem Tisch und diskutieren miteinander. Die restlichen Personen befinden sich außerhalb dieses kleinen Kreises und hören nur zu. Möchte eine Person dieses „stummen“ Aussenkreises sich in die Diskussion einbringen, so stellt sie sich hinter einen Stuhl einer Person im Innenkreis. Diese muss, nachdem sie ausgereedet hat, den Innenkreis verlassen. Vorteile der Fishbowl Diskussion sind: Dominanzen werden recht schnell klar, da der Diskussionskreis übersichtlich ist; die Personen im Innenkreis reden miteinander und halten keine Reden an den Aussenkreis; Diskussionen sind meist zielgerichteter; es ist für „schüchterne“ Personen einfach sich einzubringen, da auch ohne Ablösung die Personen im Innenkreis diesen verlassen können.

Eigene Ohnmacht gegenüber unendlichen Ressourcen von Staat und Gesellschaft; Irrelevanz und Marginalisierung der politischen Arbeit und ihrer AkteurInnen

Politik erscheint manchmal wie ein endloses Rennen gegen eine Mauer, die einfach nicht umfallen will: endlose Bullenketten, unzählige Protestgründe, und der Castor kommt auch jedes Mal durch. Die meisten Aktionen bleiben symbolisch, echte Veränderung ist selten. Dieses Gefühl der Ohnmacht und Marginalisierung, die Unerreichbarkeit unserer Ziele, Wünsche und Träume lässt viele Aktionspläne in der Schublade verstauben.

Lösungen „von oben“ gibt es viele. Neben der Schaffung einer Scheinmächtigkeit, bei der den AktivistInnen in jeder noch so minimalen Aufgabe eine übergroße Wichtigkeit vermittelt wird, die sich bis zu einem internalisierten Zwang hin entwickeln kann, erreichen auch Fanatismus oder Religiosität hohe Aktivitätsgrade; Minimalreformismus oder Scheinreformismus (Bsp. „Atomkonsens“) lässt die Ziele erreichbarer erscheinen, die Kooperation mit den Machtinstitutionen des Gegners und Lobbyismus verhindern die Aufreißung der eigenen Ressourcen. So wähnt mensch sich direkt an den Schalthebeln

der Veränderung. Das sind nur einige der Lösungsstrategien „von oben“.

Emanzipatorische Ansätze haben es wesentlich schwerer. Das heißt zwar nicht den Kampf um des Ziel aufzugeben. Es wäre allerdings sinnvoller, sich des Prozesscharakters vieler Kampagnen bewusst zu sein, und so zu versuchen, gesellschaftliche Prozesse zu erzeugen. Oftmals sind uns die Mittel und Wege unbekannt, wie wir handeln können. Wir finden uns in Situationen wieder, in denen wir gerne „was machen“ würden, nur nicht wissen was und wie. Deshalb ist das Aneignen von Methoden und Aktionstechniken ein wichtiger Schritt in Richtung Handlungsfähigkeit.

Verschiedene Konzepte direkter Aktion, Intervention im Alltag oder das Schaffen und Füllen von Erregungskorridoren können ohne große Mühen und Risiken vollbracht werden. Dazu gehört, raus zu gehen, auf die Strasse und rein in die Gesellschaft. Die Zeit der verschwörerischen Zirkel muss weichen für offene Teach-ins auf Plätzen, Strassen, in Zügen und Bussen, in Schulen, Unis und Betrieben. Wir müssen sichtbar und hörbar werden.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen
Winter 2001/02
● Aktion und Vision

55

Zum JUKSS

Auf dem nächsten Jukß vom 26. Dezember bis 2. Januar 2002 in Dresden besteht auch für Dich wieder die Möglichkeit mit herrschaftsfreien Strukturen und basisdemokratischer Entscheidungsfindung zu experimentieren. Eine Diskussion findet bereits unter www.opentheory.org/demokratiemodell.html

Weitere Informationen bei der Jukß-Vorbereitungsgruppe, c/o Grüne Liga oberes Elbtal e.V., Schützenstraße 16, 01067 Dresden, Telefon: 0351-4943374 oder unter www.jugendumweltkongress.de.

Tagungshaus

**Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5
projektwerkstatt@apgJahn.de, www.projektwerkstatt.de/saasen**

... mit spannender Ausstattung

Das optimale Seminarhaus mit Bibliotheken, Archiven, Medien und Mitbenutzung von technischer Ausstattung. Per Bahn erreichbar, nahe Gießen (also recht zentral fürs Land). Ökig, radikalpolitisch, Preise z.T. nach Selbsteinschätzung.

... für politische Gruppen

Optimal geeignet ist das Haus für politische Gruppen, z.B. zum Vorbereiten von Projekten, Aktionen oder Planungstreffen. Denn hier gibt es Arbeitsmaterialien, die Technik kann genutzt werden und mehr.

... mit besonderen Angeboten

Wir können ReferentInnen zu verschiedenen Politikbereichen stellen – sei es zu Aktionsstrategien, Tips zur Gruppenorganisation, ökologische Themen usw. Oder wir stellen Bio-Lebensmittel bereit. Oder ...
Geniale Preise: 10-15 DM nach Selbsteinschätzung pro Nacht, 12 DM/Tag für Lebensmittel (wenn gewünscht).